

# TRANSFORMATION IN ASERBAIDSCHE

---

## NATIONALISMUS ALS BRÜCKE ZUR DEMOKRATIE?

Dissertation  
zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie  
der Universität Hamburg

vorgelegt von

**Hendrik Fenz**

aus Hohen Neuendorf/Berlin

---

Erstgutachterin:	Prof. Dr. Petra Kappert
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Gernot Rotter
Datum der Disputation:	09. Oktober 2003

Hamburg 2003

## Danksagung

Die fachliche und persönliche Unterstützung durch Freunde und Kollegen hat mir das Arbeiten an der Dissertation erleichtert, mir den Zugang zu Interviewpartnern, Archiven und Zeitzeugen ermöglicht und mich dort wo es nötig war, korrigiert. Mein Dank gilt all jenen, die nicht nur Anteil, sondern sich auch Zeit nahmen, allen voran Prof. Dr. Petra Kappert und Prof. Dr. Gernot Rotter, als die Betreuer der Arbeit. Ihrem Verständnis von Zeitmanagement habe ich es zu verdanken, daß die Arbeit in weniger als drei Jahren abgeschlossen werden konnte.

Während des Forschungsaufenthaltes in Aserbaidshan, großzügig gefördert durch ein Stipendium des DAAD, hatte Prof. Dr. Cəmil Həsənli beständig ein offenes Ohr für alle Fragen und Probleme im Zusammenhang mit dem Forschungsvorhaben.

Als profunder Kenner aserbaidshanischer Geschichte und Gegenwartspolitik half mir Dr. Raoul Motika, inhaltliche Untiefen zu erkennen und zu umschiffen. Sehr zu schätzen weiß ich auch den „technischen Beistand“, etwa bei Übersetzungsfragen durch Elnura Gubarnova und Ülvi Abasquliyev, oder bei dem oftmals ermüdenden Korrekturlesen durch Monika Klaffs, Dr. Dirk Axtmann und Dr. Andreas Görke.

Zu guter Letzt, mir persönlich aber am nächsten stehend, der Dank an Christine Peter und meine Eltern, die nicht nur kritische Beobachter sondern ebenso sehr persönliche Mutmacher waren.

Einleitung .....	I
Forschungsstand und methodischer Ansatz .....	V
Transkription .....	X
Karte Aserbaidshans .....	XI
Karte eines von BAB propagierten Gesamtaserbaidshans .....	XII

## TEIL I

### NATIONALISMUS, NATION, NATIONALITÄTENPOLITIK

Einleitung .....	1
------------------	---

#### Erstes Kapitel

#### Nationalismus und Nation

*Seite 3*

1. Nationalismus als Katalysator .....	3
2. Nation .....	9
Zusammenfassung .....	14

#### Zweites Kapitel

#### Nationale Bewegungen und ihre Träger

*Seite 15*

1. Etappen nationaler Bewegungen .....	15
2. Eliten .....	18
Zusammenfassung .....	20

#### Drittes Kapitel

#### Sowjetische Nationalitätenpolitik

*Seite 21*

1. Über die Nationen zum Sozialismus .....	21
2. Sprach- und Bildungspolitik .....	26
Zusammenfassung .....	30
Fazit Teil I .....	31

## TEIL II

### IDENTITÄTSENTWICKLUNG IM PERIPHEREN RAUM

Einleitung Teil II .....	35
--------------------------	----

#### Erstes Kapitel

#### Zwischen Autonomie und Agonie

*Seite 37*

1. Oktoberrevolution: Vom Zarenreich zum Sowjetreich .....	39
2. Sowjets, Wahlen und Gewalt im Kaukasus .....	42
3. Die Republik 1918-20 .....	48
3.1. Desaster und Märtyrer .....	51
3.2. Selbstbewußtsein und Konsolidierung .....	53
3.3. Die Armee: Garant der Republik und des Bürgerkrieges .....	58
3.4. Isolation und Bürgerkrieg: Aserbaidtschan wird geopfert .....	60
Zusammenfassung .....	63

#### Zweites Kapitel

#### Über die Nationen zum Sozialismus

*Seite 64*

1. Wie autonom ist unabhängig? .....	66
1.1. Nationalkommunismus und die Unabhängige Sowjetrepublik .....	67
1.2. Die Transkaukasische Sozialistische Sowjetrepublik (TSFSR) .....	73
1.3. Blut statt Brot .....	76
2. Gegen den großrussischen Chauvinismus .....	78
2.1. Korenizacija – Trennung bedeutet Einheit .....	79
2.2. Müsavatisten – Die Konterrevolutionäre der Sowjetisierung .....	80
3. Im Fokus: Iranisch-Aserbaidtschan .....	85
3.1. Option aus der Vergangenheit: Der Sowjetisch-Iranische Vertrag von 1921 .....	86
3.2. Truppen und Propaganda: Sowjetische Solidarität .....	88
3.3. Provisorische Regierung Aserbaidtschans .....	91
3.4. Die Geburt der Sehnsuchtsliteratur .....	93
4. Die Institutionalisierung der „Südfrage“ .....	96
Zusammenfassung .....	103
Fazit Teil II .....	105

## TEIL III

### DIE HOFFNUNG LEBT AM ARAS

Einleitung Teil III .....	108
---------------------------	-----

#### Erstes Kapitel

#### Bildungsoffensive und Schriftgewirr

*Seite 111*

1. Schrift und Sprache – Spielbälle nationaler Politik .....	113
2. Wirtschaftswunder Aserbaidschan .....	119
3. Literatur im Dienste der Nation .....	123
4. Aserbaidschanisch, Türkisch oder beides? .....	127
Zusammenfassung .....	134

#### Zweites Kapitel

#### Volksfront: Experimente auf Kosten des Volkes

*Seite 135*

1. Vom Intellektuellenzirkel zur politischen Sammlungsbewegung .....	137
2. Der Griff nach der Macht .....	148
2.1. Der „Schwarze Januar“ und die Wendekommunisten .....	149
2.2. Erste Siege: Der Einzug ins Parlament .....	153
2.3. Aufbruch in die Demokratie: Die AXC-Regierung .....	157
2.4. Aserbaidschanismus als Rettungsanker .....	170
3. Nationalismus in der Opposition: Monolog statt Dialog .....	174
3.1. Die Rückkehr des starken Mannes: Əliyev und die YAP .....	176
3.2. Die Angst vor einem religiösen Fundamentalismus .....	180
3.3. Die Koalitionen der Opposition .....	182
Zusammenfassung .....	186

#### Drittes Kapitel

#### Panaserbaidschanismus in Reinform: BAB

*Seite 188*

1. Außerparlamentarischer Nationalismus .....	190
2. Programme, Ziele, Strategien .....	196
2.1. Vereinigung als „natürliches Recht des Volkes“ .....	198
2.2. Von der Kultur zur Politik .....	203
2.3. Strategische Ziele und Grundsätze .....	205
3. Nation und die Einigkeit der Sprache .....	208
Zusammenfassung .....	216

Viertes Kapitel  
Aserbaidsschaner aller Länder – vereinigt Euch!  
*Seite 217*

1. Heimat in der Fremde .....	219
2. GAMOH .....	223
3. DAK .....	227
Zusammenfassung .....	232
Fazit Teil III .....	233
Schlußbemerkungen .....	237
Bibliographie .....	238

**Verzeichnis der Tabellen und Darstellungen:**

Karte Aserbaidsschans .....	XI
BAB-Karte eines Gesamtaserbaidsschans .....	XII
Ausschnitt eines Müsavat-Programms von 1917 .....	44
Flagge Bakus (1917-1918).....	46
Flagge Bakuer Kommune .....	47
Proklamation General Tomsons .....	53
Flagge der Republik Aserbaidsschan (1921-1937) .....	67
Flagge der TSFSR (1930er-1936) .....	73
Fragmente eines Flugblattes von 1927 .....	77
Tittelblatt von <i>Aydınlıq</i> 05. Juni 1992 .....	160
Wirtschaftswachstum in Aserbaidsschan zwischen 1990-1994 .....	165
Karikatur aus <i>Dünya Azərbaycan</i> .....	189
Tabelle der Funktionsträger von BAB .....	193
BAB-Anschauungsmaterial.....	197
Tabelle aserbaidsschanischer Organisationen in der Diaspora .....	219
Tabelle aserbaidsschanischer Medien (Diaspora, Republik Aserbaidsschan).....	220
Logo von GAMOH.....	223
Logo von DAK .....	227
Karikatur aus der Zeitschrift <i>Dünya Azərbaycan</i> .....	228

## EINLEITUNG

Ungebildeten Gemüsehändlern wolle man nicht die Macht überlassen.

So äußerte sich der Ministerpräsident Aserbaidshans und Vizechef des staatlichen Ölkonzerns SOCAR, İlham Əliyev, der Sohn des Präsidenten Heydər Əliyev. Er gibt damit einen tiefen Einblick in die Machtverhältnisse Aserbaidshans, wo über ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die postsozialistischen Herrschaftsstrukturen fröhliche Urstände zu feiern scheinen.<sup>1</sup>

Sind also Transformation und Demokratisierung in Aserbaidshan gescheitert? Zum Teil ja, verstecken sich doch unter dem Deckmantel von politischem Pluralismus und Zivilgesellschaft reformresistente autokratische Herrschaftsstrukturen. Zum Teil nein, da die vergangenen 15 Jahre eben diesen demokratischen Mantel hervorzubringen vermochten.

Nun entwickelten sich die gegenwärtigen demokratischen Institutionen, so anfällig sie in Aserbaidshan noch sein mögen, nicht in einer „politikfreien“ Umgebung, sondern konnten auf Erfahrungen aus vergangenen Epochen ebenso zurückgreifen wie auf die Unterstützung internationaler Organisationen.

Autokratie wie Demokratie gab es schon früher in Aserbaidshan. Nicht selten wurde und wird in der aserbaidshanschen Perzeption auf eben diese Phasen territorial-staatlicher Eigenständigkeit zurückgegriffen. Ob frühe aserbaidshansische Kleinreiche oder die Aserbaidshansische Demokratische Republik (ADR, 1918-20): Sie werden für die Konstruktion einer nationalen Identität herangezogen. Das dahinter stehende Phänomen ist leicht benannt: Nationalismus dient dazu, angestrebte strukturelle Veränderungen mit einem ideologischen Überbau zu versehen.

Mit der Macht übernahmen die Bolschewiki 1917 auch ein multiethnisches und multireligiöses Reich. Die Völker Rußlands mußten regiert werden, wenn das Land nicht auseinanderfallen sollte. Über Jahrzehnte verstrickte sich Moskau immer weiter in einem Netz, dessen Haltepunkte die Förderung der Nationen auf der einen Seite und die Kontrolle der Nationen auf der anderen Seite waren. Überdehnt riß dieses Netz Ende der 80er Jahre und gab einen Staat frei, der in seiner politischen Agonie Nationalismen hervorbrachte. Völker wie das Aserbaidshans fanden zu ihrer staatlichen Unabhängigkeit.

---

<sup>1</sup> Vgl. [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-260483,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-260483,00.html) (Zugriff am 27. August 2003).

Auf dem Weg dorthin mußte oft genug ein hoher Tribut, nicht selten als Blutzoll, gezahlt werden. Die große Zahl territorialer Konflikte und Kriege ist be-  
redtes Beispiel nationaler Selbstfindung.

Die Genese politischer Parteien in Aserbaidschan ist eng gekoppelt an den Ter-  
ritorialstreit um Berg-Karabach. Beides gehört zusammen und läßt sich nicht  
isoliert betrachten. Der erbittert geführte Konflikt, in den Armenien und Aser-  
baidschan durch eine gescheiterte sowjetische Nationalitätenpolitik getrieben  
wurden, mündete – trotz internationaler Vermittlungsversuche durch die OSCE  
– bisher nur in einen Waffenstillstand.

Der Krieg bildete den Nährboden, auf dem beide Völker einem Nationalismus  
entgegenwuchsen, der nicht nur den Frieden verhindert(e), sondern auch poli-  
tische Gruppierungen zum Leben erweckte, die ihre Strategien unter nationale  
Losungen stellten. Als Folge jedoch hingens politischer Erfolg und Überleben  
von genau dieser national-territorialen Haltung ab. Der Umgang mit diesem  
Territorialkonflikt verdeutlicht neben dem politischen Handlungsvermögen der  
regierenden Parteien im besonderen Maße deren ideologischen Ansprüche.

Diese Arbeit widmet sich der Herausbildung einer aserbaid-schanischen Identi-  
tät. Die Weite des Forschungsfeldes machte es nötig, die Thematik enger zu fas-  
sen. Dabei konzentrierte ich mich auf folgende Fragestellung: Wie und durch  
wen wurde der aserbaid-schanische Nationalismus zur Steuerung gesellschaftli-  
cher Prozesse eingesetzt? Zu diesen Prozessen zählen neben Transformation  
und Demokratisierung auch kulturelle und staatliche Autonomiebestrebungen,  
Territorialisierung und, vornehmlich seit der Unabhängigkeit Aserbaidschans,  
Panaserbaidschanismus.

Im Ergebnis zeigt sich, daß zu unterschiedlichen Zeitpunkten in der aserbaid-  
schanischen Geschichte ein aserbaid-schanischer Nationalismus explosionsartig  
zu wachsen schien. Die Hintergründe dafür mögen sich gleichen; sie sind je-  
doch in völlig verschiedenartigen Kontexten angesiedelt.

Im Verhältnis Peripherie – Zentrum findet sich allerdings eine Übereinstim-  
mung. In einem Vielvölkerstaat, wie es Rußland bzw. die Sowjetunion waren,  
wurde den politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Vorgaben des Zent-  
rums mit einer gewissen Distanz begegnet. In Phasen zentraler Machtminde-  
rung nutzten die peripheren Gebiete, also auch Aserbaidschan, die Schwäche  
des Zentrums zur Umsetzung eigener Ansprüche.

Nicht selten war das regionale Aufbegehren gegen das Zentrum an nationale Losungen gekoppelt. Eben diese Losungen entsprechen nationalen Identifikationsmustern, mit deren Hilfe Personen bzw. Gruppen mobilisiert werden können. Hier setzt Nationalismus an. Indem mit dessen Hilfe ein nationales Bewußtsein geschaffen wird, wirkt er über religiöse bzw. tribale Zugehörigkeiten hinaus als einigende Ideologie. Nun entsteht Nationalismus nicht von selbst, sondern beruht auf den Aktivitäten einer nationalen Avantgarde. Eben diese Avantgarde ist es, der die Arbeit einen großen Teil ihrer Aufmerksamkeit widmet. Zudem wurde für die Phase nach dem Zusammenbruch der UdSSR, Nationalismus und Demokratieentwicklung zueinander ins Verhältnis zu setzen. Zwei Ziele wurden damit verfolgt.

ERSTENS sollten die für die Herausbildung eines Nationalbewußtseins notwendigen Abläufe, Strukturen und Aktivisten charakterisiert werden.

ZWEITENS sollte die Wirkung von nationaler Ideologie auf den Demokratisierungsprozeß herausgearbeitet werden. So verkehrte sich der progressive und einen politischen Wandel fördernde Nationalismus der ersten postsozialistischen Jahre sehr bald in ein blockierendes Element im Transformationsprozeß.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen arbeiten.

Der ERSTE TEIL behandelt das Thema Nation, Nationalität sowie die Nationalitätenpolitik in der UdSSR. Dieser soll für die kommenden Teile die theoretische Grundlage bilden.

Im ZWEITEN TEIL wird anhand einer chronologischen Darstellung die nationale Identitätsbildung während ausgewählter Epochen analysiert. Dabei widmet sich dieser Teil vornehmlich dem Wechselspiel von russischer bzw. sowjetischer Nationalitätenpolitik und nationalem Selbstverständnis seit Mitte des 19. bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Der DRITTE TEIL konzentriert sich auf die postsowjetische Transformationsphase. Untersucht wurde zuerst die Bedeutung der Sprach- und Schriftsysteme bei der Entwicklung einer aserbaidjanischen Identität. Hier zeigte sich, daß über Jahrzehnte gerade diesem Bereich eine nie nachlassende Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Aber nicht nur das: Es zeigte sich ebenso, wie sehr die jeweiligen Parteien in ideologischen Gräben festsaßen und bzw. noch immer sitzen.

Der Schwerpunkt dieses Teiles liegt jedoch auf der Analyse nationaler Parteien und Organisationen. So sind die folgenden beiden Kapitel einzelnen Organisationen gewidmet. Deren Programme, Zielvorgaben und deren Politik wurden unter dem Aspekt national-aserbaidsschanischer Forderungen analysiert. Dabei wurde deutlich, daß es schon in den 60er Jahren eine Tendenz zunehmender Nationalisierung gibt, die in den 1990ern in eine panaserbaidsschanische Ideologie zu münden scheint. In unterschiedlicher Intensität fordern diese Organisationen die Vereinigung beider „Teile“ Aserbaidsschans. Im abschließenden Kapitel wird das sich in den vergangenen Jahren herausgebildete panaserbaidsschanische Netzwerk vorgestellt, das nicht nur innerhalb der Republik Aserbaidsschan oder innerhalb Iranisch-Aserbaidsschans agiert, sondern zunehmend auf internationaler Ebene aktiv ist.

Eingegrenzt wurde das Thema durch zwei weitere Überlegungen. Zum einen geht es vor allem um die politischen Strukturen und Rahmenbedingungen, unter denen sich Nationalismen entfalteteten. Zum anderen liegt der – geographische – Schwerpunkt dieser Arbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Aserbaidsschan. Aus dieser Perspektive konnte die aserbaidsschanische Identitätsentwicklung in Iran nur eingeschränkt zur Kenntnis genommen werden. Dort wo es sich anbot, flossen historische wie aktuelle Aspekte des *nation building* unter iranischen Verhältnissen mit ein, so etwa in der kurzen Übersicht zur Konstitutionellen Revolution in Iran Anfang des 20. Jahrhunderts oder in der Analyse iranisch-aserbaidsschanischer Organisationen der Gegenwart.

## FORSCHUNGSSTAND UND METHODISCHER ANSATZ

Der Zusammenbruch der Sowjetunion brachte eine Reihe von Nationalstaaten hervor. Eine Fülle an Werken über *nation building*, Transformation und Demokratisierung in den Staaten der „Früheren Sowjetunion“ (FSU) folgten. Ließe sich die Begeisterung für das Thema an der Fülle der Publikationen ablesen, so wäre sie nicht nur ungebrochen, sondern steigend.

Allgemeingültige Aussagen über die Ursachen, Abläufe und Ausdrucksformen nationaler Entwicklungen fallen schwer. Zumindest für die kaukasischen und zentralasiatischen FSU-Staaten lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Im Verbund der UdSSR über lange Zeit aneinander gekettet, war der Zusammenbruch der Sowjetunion allen gemeinsamer Start in die staatliche Autonomie. Und damit der Start in die nationale Rückbesinnung. Was fällt auf? Erstens sind in vielen der Staaten Elemente einer autokratischen Herrschaftsform präsent. Sei es Turkmenistan, Usbekistan oder eben Aserbaidschan: Die Präsidenten sind nicht nur mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, sondern arbeiten an einer dynastischen Herrschaftsform. Zweitens bedient man sich zur historischen Legitimation nationaler Identität gerne früherer Nationalhelden.

Ob „geregelt“, „gesteuert“ oder „defekte“ Demokratien: Der gegenwärtig weit verbreiteten Vorliebe für „Adjektiv-Demokratien“ wird hier nicht gefolgt. Gleichwohl aber einem Schema, das sich nach Merkel (1999) entlang der „Herrschaft in einem politischen System“ definiert und zwischen Demokratie, autoritärem und totalitärem System unterscheidet.

Natürlich gibt es Forschungslücken, regionale wie zeitliche. Wurde (und wird) das Kernland Rußland weitgehend gut erforscht, so sind es die peripheren Regionen in geringerem Maße. Zudem verhinderten die über Jahrzehnte eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten zu Quellen eine chronologische Aufarbeitung bestimmter Ereignisse oder Phasen. Erst die Öffnung der ehemals sowjetischen Archive verbesserte die Ausgangslage und förderte zum Teil erstaunliche Dokumente zu Tage.

Die in der Vergangenheit so häufig zu verzeichnende interpretative Schieflage zwischen Werken „westlicher“ Autoren und jenen sowjetischer Autoren, ist mittlerweile weitgehend aufgehoben und einer differenzieren Sichtweise gewichen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Studie Tejmur Axmedovs (1988) über Nəriman Nərimanov, einem führenden Nationalkommunisten der 20er Jahre, die allein schon durch die Themenwahl den durch Perestroika neugewonnenen politischen Spielraum deutlich macht.

Ähnlich zu bewerten ist die Arbeit zu gesellschaftspolitischen Bewegungen in Aserbaidshan von Sevda Süleymanova (2000). Hier zeigt sich gleich zweierlei: zum einen die differenzierte Einschätzung nationaler und sowjetischer Entwicklungen, zum anderen die Aufarbeitung der eigenen Geschichte vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Transformation. Während neuere Quellen und Dokumente als politische Zielvorgaben zu verstehen sind, die manchenorts einen Offenbarungsanspruch zu erheben scheinen, sind wissenschaftliche Werke immer auch Kinder ihrer Zeit. So spiegeln aserbaidshanische Arbeiten zur Geschichte des Landes eben auch den aktuellen Zeitgeist wieder. Und dieser war in den 90er Jahren vor allem auf die Reproduktion nationaler Identität gerichtet.

Die gewonnenen Informationen aus empirischen Befragungen als auch aus Interviews mit politischen Vertretern wurden in den Rahmen der historischen Ereignisse gesetzt, der durch Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften (vgl. Bibliographie), durch Sekundärliteratur und intensive Internet-Recherche seine hier vorliegende Größe erhielt. Durch die entsprechende thematische Ausrichtung der Teile variiert der methodische Ansatz.

Der ERSTE TEIL widmet sich den theoretischen Grundlagen von Nation und Nationalismus und setzt diese Begriffe in den Kontext der Nationalitätenpolitik. Da diese Begriffe sich in einem engen Bezug zu Nationalismus und Nationen in Europa entwickelten, werden sie vor ihrer Anwendung auf aserbaidshanischer Ebene, ja selbst auf der Ebene des multiethnischen russischen/sowjetischen Staates auf ihre Gültigkeit hin untersucht. Dort, wo es angebracht schien, wurden sie ergänzt. Es zeigte sich, daß keines der verwendeten theoretischen Modelle geeignet war, alle Aspekte von *nation building* systematisch zu erklären. Allein schon der Begriff *Nation* ruft unterschiedlichste Theorieschulen auf den Plan. So ist Nation nicht gleich Nation: Wird sie von den einen als bewußte Willensentscheidung definiert (Renan), so von anderen als eine von Territorium, Sprache, Tradition etc. tradierte Gemeinschaft (Stalin). Aber auch innerhalb bestimmter Schulen, etwa dem Marxismus-Leninismus, bestehen Gegensätze.

Hier eine Basis hereinzubringen, auf der die Arbeit ihre konkrete regionalspezifische Analyse aufbaut, bedeutete auch, sich auf bestimmte Ansätze zu stützen.

Einer dieser Ansätze, der die Herausbildung nationaler Bewegungen in drei Phasen charakterisiert, stammt von Miroslav Hroch (1985). Von einer kulturellen Avantgarde (Phase A) über eine politisierte Minderheit (B) entwickelt sich die – idealtypische – Nationalbewegung zur Massenbewegung (C). Indem dieser Maßstab auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse „vor Ort“ übertragen wird, kann die Entwicklung der aserbaidischen Nationalbewegung(en) und ihrer Ideologien greifbar gemacht werden.

Die Spannbreite der ideologischen Apparates schwankt zwischen Forderungen nach mehr kultureller Autonomie über territoriale Autonomie bis hin zu einer gesamtaserbaidischen Vereinigung. Ihren konkreten Kontext finden die theoretischen Ansätze beispielgebend in der sowjetischen Nationalitätenpolitik.

Für den ZWEITEN TEIL über „Identitätsentwicklung im peripheren Raum“ erschien mir eine chronologische Darstellung als am besten geeignet, historische Entwicklungen zu beleuchten. Es werden jene Phasen herausgearbeitet, die für die Ausbildung eines Nationalbewußtseins von erheblicher Bedeutung waren. Jedoch kommt dieser Teil nicht ohne einen Paradigmenwechsel aus.

Waren die ethnischen Gemeinschaften an der Peripherie aus Sicht des Zentrums nur Objekte im Sinne kolonialer bzw. realsozialistischer Politik, so stellt sich in der Eigenwahrnehmung ein anderes Bild ein. Vom „ausgebeuteten“ Objekt wurde man zum „mitbestimmenden“ Subjekt. Um sich diesem dynamischen Prinzip anzunähern, werden historische Prozesse weitgehend aus aserbaidischer Perspektive betrachtet, ohne jedoch, dies sei mit Nachdruck gesagt, auch die aserbaidische Perzeption von Geschichte einzunehmen.

Die Aussagen und Resultate speisen sich neben der herangezogenen Sekundärliteratur vor allem aus aserbaidischen Quellen, mit Ausnahme der Dokumente, die das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik (PA-AA) zur Verfügung stellte.

Für Dokumente und Quellen über das frühe 20. Jahrhundert, von der Jahrhundertwende bis etwa zur Sowjetisierung Aserbaidischans 1920, waren das Staatliche Archiv für politische Parteien und gesellschaftliche Bewegungen (GAP-POD), das Staatliche Archiv der Republik Aserbaidischans (GA-AR) und das Staatliche Historische Archiv der Republik Aserbaidischans (GIA-AR) ebenso hilfreich wie das Bakuer Handschriften-Institut für das Auswerten von Zeitungen und Zeitschriften dieser Zeit. Der Zugang zu den Presseerzeugnissen wurde durch den Katalog Touraj Atabakis (1995) wesentlich erleichtert.

In der Sekundärliteratur liegen hervorragende Arbeiten über die gesamtrossische wie aserbaidische Geschichte vor. So etwa von Andreas Kappeler zur Geschichte des Vielvölkerreiches Rußland (1993) sowie von Tadeusz Swietochowski (1985 und 1995) und von Audrey Altstadt (1992) zur aserbaidischen Geschichte, die sich durch eine Fülle von Daten und einen weiten historischen Bogen auszeichnen. Andere Publikationen „westlicher Autoren“ widmen sich bestimmten Teilaspekten, etwa Ingeborg Baldauf (1993) und Barbara Kellner-Heinkele/Jacob M. Landau (2001) zu Schrift- und Sprachentwicklung bei den Muslimen der FSU-Staaten. Einem bisher wenig erforschten Teilgebiet, dem Stalinismus im Kaukasus, geht die vor Details schier überbordende Arbeit Jörg Baberowskis (2003) nach.

Der Identitätsentwicklung der aserbaidischen Gemeinschaft in Iran, einem bisher ebenfalls vernachlässigten Bereich, widmet sich Brenda Shaffer (2002). Es zeigt sich dort, daß über Jahrzehnte ein nationales Bewußtsein gewachsen ist, das sich in der Zeit der Islamischen Revolution deutlich ausprägte und seitdem zwar unterdrückt werden mag, aber sich – meist auf lokaler Ebene – organisiert. Hinzu kommt die abwägende Aufarbeitung der aserbaidischen Bevölkerungszahlen, die mit dem Mythos von den angeblich „weit mehr als 50 Millionen Aserbaidischen“<sup>2</sup> bricht.

Mittlerweile gibt es auch eine Reihe moderner Arbeiten aserbaidischer Autoren und Autorinnen, die sich mit Aspekten der Geschichte, der Literatur und dem kulturellen wie politischen Wandel in Aserbaidischland beschäftigen. So mögen hier stellvertretend die Überblicksarbeit zur aserbaidischen Geschichte von Igrada Aliyeva (1995) und Maksim Musayev mit seiner Arbeit über das Parlament Aserbaidischlands (2001) stehen. Nach der Studie von Sakina Berengian über aserbaidische und persische Literatur im 20. Jahrhundert in Iran (1988), gibt es eine neue Arbeit zu der Thematik. Mit dem – auch politisch – interessanten Titel „Literatur Südaserbaidischlands“ (1998) begibt sich Almaz Əliqızı auf die Suche nach den Äußerungsformen aserbaidischer Literatur in Iran nach dem Zweiten Weltkrieg.

---

<sup>2</sup> Vgl. Əliqızı, Almaz, Güney Azərbaycan Ədəbiyyatı, 1998:Deckblatt.

Der DRITTE TEIL konzentriert sich auf bestimmte, für die Ausprägung eines aserbaidischen Nationalismus exponierte Organisationen. Zu diesen zählen die Volksfront Aserbaidisch (Azərbaycan Xalq Cəbhəsi Partiyası, AXCP), die Gesamtaserbaidische Union (Bütöv Azərbaycan Birliyi, BAB) und Diaspora-Gruppen wie der Aserbaidische Weltkongress (Dünya Azərbaycan Konqresi, DAK) und die iranisch-aserbaidische Nationale Bewegung zum Erwachen Südbaidischans (Güney Azərbaycan Milli Oyanıb Hərəkatı, GAMOH).

Zwei Bemerkungen zu den in diesem Teil am häufigsten herangezogenen Quellen über die Entwicklung der AXCP und ihrer Regierungszeit von 1992-1993 einerseits und über das Programm / Manifest von BAB andererseits:

Die Selbstdarstellung dieser Organisationen geben nicht nur den Blick frei auf deren inhaltliche und ideologische Grundsätze, sondern ebenso auf die politische Kultur in Aserbaidisch. Es bleibt – auch nach der Analyse der Dokumente – schwer verständlich, womit sich national orientierte Parteien und NGOs eine breite Basis in der Bevölkerung schaffen wollen. Allein die Forderung nach territorialen Rechtsansprüchen, die schon deshalb so wenig bedeutsam sind, weil im Laufe der Jahrhunderte fast jedes der großen südkaukasischen Völker ähnliche Gebietsansprüche aufgebaut haben dürfte, mag zwar Massen mobilisieren, aber löst nicht jene Probleme, die **innerhalb** der Gesellschaft gelöst werden müssen. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsschwäche, Autokratie und Umweltsünden haben weniger mit Territorialstreitigkeiten zu tun als vielmehr mit programmatischer Konzeptlosigkeit.

Hinzu kommt bei den Materialien der Volksfront, die sich im wesentlichen retrospektiv auf die Umbruchphase ab 1988 und die Regierungszeit 1992-93 beschränken, ein gewisser Rechtfertigungsanspruch. Eine Analyse der tiefgreifenden strukturellen Defizite der Partei wurde nicht geleistet.<sup>3</sup>

Hier setzt diese Arbeit an, indem anhand programmatischer Aussagen und organisationsinterner Materialien untersucht wird, an welchen Punkten die Volksfront scheiterte und aus welchen Gründen. Herangezogen wird dazu auch das Werk von Əbulfəz Elçibəy (1997), dessen Titel: *Bütöv Azərbaycan Yolunda* die panaserbaidische Zielsetzung Elçibəys auf das Deckblatt setzt.

Es ist dieses Werk ein Beweis für den ausgeprägten Nationalismus Elçibəys und daher bestens geeignet, sich den dahinter stehenden ideologischen Ansätze zu nähern.

---

<sup>3</sup> Die englischsprachigen Materialien sind nicht frei von grammatikalischen Fehlern. Diese wurden der besseren Lesbarkeit wegen weitestgehend getilgt.

Die Herangehensweise an die Positionen von BAB sind ähnlich. Auch hier wird auf deren Manifest zurückgegriffen. Die dort gemachten Aussagen, Ansichten und Programme werden einer Wertung unterzogen und dabei Anspruch und Wirklichkeit miteinander verglichen. Die Interviews mit Vertretern von BAB gaben dabei weiteren Einblick in die Absichten der Organisation.

Für die Untersuchung des internationalen Netzwerkes konnte ich ebenfalls auf zahlreiche Interviews zurückgreifen. Hilfreich waren zudem die im Internet publizierten Programme und Ziele. Sowohl DAK als auch GAMOH verfügen über beständig aktualisierte Internetseiten hohen propagandistischen Anspruchs.

### TRANSKRIPTION

Das Schriftgewirr, dem Aserbaidshan und damit seine Literatur, Presse etc. ausgesetzt war, stellt eine Herausforderung an die Transkription von Texten und Eigennamen dar. Insbesondere, wenn es sich um gleichlautende Bezeichnungen handelt, die jedoch aus verschiedenen Epochen stammen. Den Lesefluß so wenig wie möglich durch Umschriften und diakritische Zeichen zu behindern, stand bei der Entscheidung über die „richtige“ Transkription im Vordergrund. Ohne auf die Besonderheiten historischer Schriftvarianten<sup>4</sup> in Aserbaidshan einzugehen, stütze ich mich bei allen aserbaidshanischen Begriffen auf die Umschrift von Nemat Rahmati (1999).

Die Müsavat-Partei erscheint beispielsweise in der DMG-Umschrift als Musāwāt-Partei (مساوات), in der Umschrift aus dem Kyrillischen wird daraus Musavat (russisch) oder Müsavat (aserbaidshanisch). Hier zu vereinfachen, lag auf der Hand. So habe ich mich für die moderne Variante, Müsavat, entschieden.

Bei historischen Begriffen und Eigennamen, die nicht unmittelbar dem aserbaidshanischen Kontext entspringen, nutzte ich die DMG-Umschrift. In das Deutsche übernommene Begriffe (Schah, Pascha, ...) blieben davon unberührt.

Für russische Begriffe, die zumeist als Literaturverweis in den Fußnoten auftauchen, verwende ich die entsprechende wissenschaftliche Transkription.

---

<sup>4</sup> Arabisch bis 1925, Lateinisch bis 1936, Kyrillisch bis 1991, seitdem ein modifiziertes Lateinisches Alphabet.

# Azerbaijan



802083 (R00137) 8-92

Quelle: [www.lib.utexas.edu/maps/commonwealth/azerbaijan.gif](http://www.lib.utexas.edu/maps/commonwealth/azerbaijan.gif)



# TEIL I

NATIONALISMUS

NATION

NATIONALITÄTENPOLITIK

## EINLEITUNG TEIL I

Mit der Französischen Revolution hat auch der moderne Nationalstaat seinen Siegeszug in Europa angetreten. Wie aber läßt sich das, was praktisch geschah (und geschieht), theoretisch fassen? Hinsichtlich gemeingültiger Definitionen solcher Begriffe wie Nation und Nationalismus scheinen sich Forscher gegenseitig im Wege zu stehen, ja – sich bisweilen in die Quere zu kommen. Zwar hatte Johann G. Herder den Begriff des Nationalismus schon 1774 geprägt und Ernest Renan in einem Vortrag 1882 gefragt: „Qu'est-ce qu'une nation?“<sup>5</sup>; ein Konsens ist der Wissenschaft bisher nicht vergönnt.

Theorien gibt es viele, und sie in ihrer Gesamtheit nachzuzeichnen reicht diese Studie nicht nur nicht aus; es ist auch nicht das Ziel dieser Arbeit.<sup>6</sup>

Im ERSTEN KAPITEL soll eine Eingrenzung der Begriffe Nationalismus, Nation und Kultur erfolgen, mit denen später gearbeitet wird.

Interessengruppen bedienen sich des Nationalismus, um möglichst weite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Nationalismus als Ideologie zielt auf Machterweiterung und ist in seinen materiellen und ideellen Erscheinungsformen wandelbar. Die Vielfalt, in der Nationalismus sich zu äußern vermag – imperial und antiimperial, unterdrückend und emanzipatorisch, polyethnisch und regionalistisch – macht es erforderlich, den Begriff einzugrenzen. Indem Nationalismus, entsprechend Peter Alter, als dynamisches Prinzip begriffen wird, macht er Interaktionen zwischen Interessengruppen vergleichbar.<sup>7</sup> Ziel dieser Interessengruppen ist nicht zwangsläufig die Schaffung einer Nation. Aber was nun genau ist eine Nation? Ist es, nach Karl Deutsch, der Staat, der ein Volk zur Nation adelt? Auch steht das „tägliche Plebiszit“ für eine Nation (E. Renan) der „Schicksalsgemeinschaft“ des Austromarxisten Otto Bauer (1881-1938) gegenüber, der zu entfliehen der Einzelne keine Möglichkeit hat (Stalin).

Mit Sicherheit gibt es bestimmte Charakteristika (Sprache, Traditionen, Religion etc.), die eine Gemeinschaft prägen. Und mit ebensolcher Sicherheit sind gemeinsame Erfahrungen eine bedeutende Quelle, aus der sich das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe speist.

---

<sup>5</sup> Renan, Ernest: *Was ist eine Nation?*, Hamburg 1996. Rede am 11.3.1882 an der Pariser Sorbonne.

<sup>6</sup> Wer mit der Arbeit von Hobsbawm, *Nation und Nationalismus*, 1992, vertraut ist, kennt die darin enthaltene „Leseliste“ zur Nationalismus-Forschung: anderen sei sie hiermit empfohlen.

<sup>7</sup> Alter, Peter: *Nationalismus*, 1985:14.

Diese Faktoren sind eng mit Vergangenen verbunden. Aber erst in Verbindung mit einem auf die Zukunft ausgerichteten Bestreben nach Gemeinschaft entwickelt sich eine Nation. Nicht zwangsläufig muß dafür ein Staat angestrebt werden.

Überlagernde oder sich ausschließende Nationalismen, wie sie in Rußland bzw. der Sowjetunion aufeinandertrafen, prägten die Identitätsentwicklung der Nationen nachhaltig. Dieses ideologische Erbe reproduziert sich auch im heutigen Aserbajdschan. Daher widmet sich das ZWEITE KAPITEL nicht nur den theoretischen Hintergründen, sondern auch den Akteuren und Trägern nationaler Bewegungen.

Im Zentrum des DRITTEN KAPITELS steht die Entwicklung von Nationalismen während der sowjetischen und postsowjetischen Phase. Diese waren und sind von mehreren Konstanten bestimmt und in starkem Maße geprägt von der Bildungspolitik des herrschenden Systems.

Bildungspolitik nahm und nimmt immer einen zentralen Platz ein. So ermöglichte sie einerseits der Moskauer Führung während der Sowjetzeit die Kontrolle über die Regionen und andererseits der Republik Aserbajdschan mit der Unabhängigkeit die nationale Identitätsfindung. Sowohl die Schaffung einer Sowjetnation (*sovetskij narod*), als auch die – vermeintliche – Rückbesinnung auf eine aserbajdschanische Nation wären ohne eine dezidierte Sprach- und Bildungspolitik nicht denkbar. In ihr äußert sich der ideologische Versuch einer Homogenisierung entweder mehrerer Ethnien innerhalb eines Vielvölkerreiches wie der Sowjetunion, oder eines über Jahrzehnte von Fremdbestimmung gezeichneten Volkes.

Die sowjetische Sprach- und Bildungspolitik reicht mit ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart, deren deutlichstes Beispiel das auch heute noch in Aserbajdschan anzutreffende zweiteilige Bildungssystem darstellt, das zwischen einem russischsprachigen und einem aserbajdschanischsprachigen Zweig unterscheidet. Trotz dieses Erbes gehen seit den frühen 90er Jahren die Bestrebungen aller aserbajdschanischen Regierungen hin zu einer Stärkung des aserbajdschanischen Zweiges.

Erstes Kapitel  
NATIONALISMUS UND NATION

„So jede zwei Nationen, deren Neigung und Kreise der Glückseligkeit sich stossen – man nennt's Vorurtheil! Pöbeleil! eingeschränkten Nationalism! Das Vorurtheil ist gut, zu seiner Zeit: denn es macht glücklich. Es drängt Völker zu ihrem Mittelpunkte zusammen, macht sie vester auf ihrem Stamme, blühender in ihrer Art, brünstiger und also auch glückseliger in ihren Neigungen und Zwecken.“<sup>8</sup>

### 1. NATIONALISMUS ALS KATALYSATOR

Das 19. und das 20. Jahrhundert waren die Jahrhunderte des Nationalismus. Während in Europa, Asien und Afrika Nationalstaaten emporwuchsen, zerbrachen sie anderenorts.

Nationalismus zu definieren erscheint insofern wichtig, als sich gesellschaftliche Gruppen und nationale Eliten auf ihn bei der Mobilisierung der Bevölkerung und der Durchsetzung ihrer Interessen berufen. Dabei stellt sich die Frage nach dem Primat von Inhalt oder Form. Ist es die Ideologie, die eine Organisationsstruktur (Nation) hervorbringt, oder umhüllt sich die Nation mit dem Mantel einer Ideologie?

Nach Gellner ist es der Nationalismus, der Nationen erschafft: „[...] it invents nations where they do not exist“.<sup>9</sup> In seiner Idealvariante nun – und damit eher theoretisches Axiom denn lebenserprobte Praxis – erscheint Nationalismus als „pluralistisches internationales politisches System“<sup>10</sup>. Was ist damit gemeint? Nichts anderes, als daß jede nationale Gemeinschaft sich auf das eigene Territorium und nur auf dieses orientiert und damit das nichteigene Territorium als unantastbar respektiert.

Nationalismus sei, dank seiner Orientierung auf die Nation, überparteilich und internationalistisch und daher, so Gellner, „ein politisches Prinzip, das besagt, politische und nationale Einheiten sollen deckungsgleich sein“.<sup>11</sup>

---

<sup>8</sup> Herder, Johann G. (1744-1803): *Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit*, Paris, 1940:184 Auch damals war vom vorurteilsbehafteten Nationalismus die Rede.

<sup>9</sup> Gellner, Ernest: *Thought and Change*, 1965:168.

<sup>10</sup> Gellner, Ernest: *Nationalismus und Moderne*, 1995:9.

<sup>11</sup> Ebd.:8.

Mit den Worten von Məmməd Əmin Rəsulzadə, Präsident der Demokratischen Republik Aserbaidshan von 1918-1920, auf dem Allrussischen Kongreß der Muslime Rußlands 1917:

„Im großen muslimischen Haus muß es daher separate Wohnungen geben für Türken, Perser, Araber.“<sup>12</sup>

Wie weit sich Nationalisten von dem idealen, die kulturelle Vielfalt erhaltenen Nationalismus zu entfernen verstehen, beweist die Äußerung des politischen „Rechtsaußen“ im russischen Parlament, Wladimir Schirinowski:

„Internationalismus ist die Idee der Vermischung. Nationalismus ist die Idee der Qualität. Nationalismus sind die eigenen vier Wände statt der Gemeinschaftswohnung oder des gemeinsamen Schlafsaals. Wenn Sie in ihrer eigenen Wohnung wohnen, so werden Sie mit Vergnügen die Nachbarn besuchen und diese zu sich einladen – einen gemeinsamen Tisch und eine gemeinsame Toilette jedoch gibt es nicht mehr, und damit weniger Streit. [...] Was folgt praktisch daraus? Wenn wir anerkennen, daß wir einen eigenen Nationalstaat aufbauen, mit einer nationalen Ideologie, ohne jeglichen ‚Eurasismus‘ und ‚Atlantismus‘, dann müssen wir zuerst und vor allem die Grenzen dieses Staates festlegen. Und diese Grenzen sollten wir mit einem Schloß verriegeln. [...] Wir verlassen Mittelasien und den Kaukasus, wir überlassen diese Völker ihren Kriegsherren und Mullahs. Nach einiger Zeit kommen sie von selbst wieder zu uns, korrekter – sie kriechen, geschlagen, hungrig, krank, auf Krücken und Bahren. Sie werden uns anbetteln, ihnen wenigstens Wasser zu geben, damit sie sich waschen können. [...] Und dann kommen wir. Unsere Soldaten werden ihre Stiefel im Wasser des Indischen Ozeans reinigen, und Eingeborene werden sie mit Blumen empfangen. Sie werden als Retter kommen, als Bewahrer vor Hunger und gegenseitiger Vernichtung.“<sup>13</sup>

Schirinowski, ganz Produkt sowjet-sozialistischer Bildungspolitik, setzt Nationalismus mit Territorium gleich und geht den Weg sowjetischer Nationalitätenpolitik weiter. Er möchte Rußland als ethno-kulturellen Raum zu anderen Völkern hin abgrenzen – ohne die auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zahlreichen Völkerschaften Rußlands zu beachten – und steht damit in der russisch-sowjetischen Tradition der Ethnisierung des Territoriums.

In der Theorie finden wir also einen idealtypischen Nationalismus postuliert, der niemandem etwas zuleide tut und das „Fremde“ akzeptiert. In der Realität

---

<sup>12</sup> Vgl. *Der Neue Orient* (NO) 10-1917:526f.

<sup>13</sup> *Spiegel*, 2. 10. 1994: „Nationalsozialismus mit menschlichem Gesicht“ Interview mit W. Schirinowski (1946 in Alma Ata, Kasachstan geboren).

jedoch kollidieren die „Wohnungsinhaber“ bei der Durchsetzung ihrer Interessen nicht selten und aus den unterschiedlichsten Gründen miteinander. So kann und wird die völkerverständigende Variante des Nationalismus in der Realität in ihr Gegenteil verkehrt.

Um zu einer Definition von Nationalismus zu gelangen, die für die Darstellung und Untersuchung der in dieser Arbeit beschriebenen gesellschaftlichen Vorgänge zugrunde gelegt werden kann, wird auf Alter zurückgegriffen:

„**Nationalismus** ist demnach eine Ideologie und zugleich politische Bewegung, [...] die in der Lage sind, ein Volk oder eine große Bevölkerungsgruppe politisch zu mobilisieren. Nationalismus verkörpert also in hohem Maße ein dynamisches Prinzip.

Nationalismus liegt dann vor, wenn die Nation die gesellschaftliche Großgruppe ist, der sich der einzelne in erster Linie zugehörig fühlt, und wenn die emotionale Bindung an die Nation und die Loyalität ihr gegenüber in der Skala der Bindungen und Loyalitäten oben steht.“<sup>14</sup>

Warum gerade diese Definition?

Zum einen ist die darin enthaltene Dynamik ein bedeutendes Moment nationaler Ambitionen. Dynamik erscheint als Interaktion zwischen Interessengruppen, die in Abgrenzung zu fremden Kulturen ihre eigene definieren. Zum anderen sind Zugehörigkeitsgefühl und Loyalitätsverpflichtung gegenüber der Gruppe als primär herausgehoben im Ensemble möglicher Kriterien, zu denen auch Abstammung, Religion und Territorium gehören können.

Die Bedeutung von Zugehörigkeitsgefühl und Loyalität gipfelte für Rußland und die Sowjetunion in dem Versuch, die einzelnen Ethnien entweder zu russifizieren oder zu sowjetisieren. Regionale Traditionen, Sprachen und Religionen sollten, wenn nicht völlig verboten, so doch zumindest auf die russische Kultur hin ausgerichtet werden. Auch wenn dieser Prozeß jegliche Kontinuität vermissen ließ (Russifizierung wechselte mit regionaler Selbständigkeit, Sowjetisierung mit Nationalisierung), änderte dies nichts am finalen Ziel: eine Kultur, eine Sprache ...

So trifft für das Russische Reich bzw. die Sowjetunion zu, was in Anlehnung an Gellner als die Homogenisierung der Kulturen benannt werden kann.<sup>15</sup> Nationalismus ist dabei das Agens, das auf die jeweiligen Bevölkerungsgruppen re-

---

<sup>14</sup> Alter, Peter: 1985:14.

<sup>15</sup> Gellner, Ernest: 1995:63ff.

gionalübergreifend einwirkt. Nun zeigt sich Homogenisierung als janusköpfige Schöpfung.

Einerseits war mit ihr eine Standardisierung des Kulturellen verbunden, die in Teilen die Grundlage für jene Industrialisierung war, die Rußland im 19. Jahrhundert erfaßte. Andererseits besteht die Gefahr, daß aus der „Homogenisierung von Kulturen“ schnell eine Kolonialisierung von Völkern entwächst.

Scheitern alle Versuche einer ethnischen Akkulturation, so bleibt der Nationalitätenpolitik nur noch wenig Spielraum. Wenn sich Ethnien – nach Schirinowski – nicht anpassen ließen, dann gälte es, sie zu trennen: zu territorialisieren. Ob zu diesem Zweck Ausgrenzung, Vertreibung oder Assimilierung die Stilmittel nationaler Politik seien, sei der Realität geschuldet, ändere jedoch nichts am Ergebnis: der Ethnisierung des Territoriums.

In Abgrenzung zum Nationalismus einzelner Völker (Russen, Aserbaidshaner, Armenier ...) soll für den völkerübergreifenden sowjetischen Nationalismus, der eine sowjetische Nation zum Ziel hatte, der Begriff des „Transnationalismus“ eingeführt werden.

**Transnationalismus** wird hier definiert als eine Ideologie, die eigenständige Nationen in eine dominierende Nation zu inkorporieren versucht. Ziel des Transnationalismus ist die Aufhebung nationaler Unterschiede (Sprache, Religion etc.) zu Gunsten einer „Supranation“.<sup>16</sup>

Der Zerfall der sowjetischen „Nation“, die in ihrer Reinform ohnehin nur in den Köpfen der Ideologen gedieh, brachte einen, wie es bei Wälzholz heißt: „Rückzug in partikularistische Bewegungen“ mit sich.<sup>17</sup>

Der sich daraus formierende Nationalismus bleibt mit seinen Forderungen weitgehend deckungsgleich mit den kulturellen und politischen Grenzen.

Ob armenischer, aserbaidshanischer oder sonstiger post-sowjetischer Nationalismus: Seine Ansprüche richten sich auf die Kongruenz von Ethnie und Territorium. Daher bleiben Konflikte wie der um Berg-Karabach immer Konflikte

---

<sup>16</sup> Vgl. [www.epd.de/entwicklungspolitik/print/entwicklungspolitik\\_index\\_16225.html](http://www.epd.de/entwicklungspolitik/print/entwicklungspolitik_index_16225.html) (Zugriff am 08. Aug. 2003). In anderen Zusammenhängen wird Transnationalismus begriffen als ein über nationale Grenzen hinausgehendes Agieren im Sinne von *global governance*. Vgl. Bernal, Victoria: Nationalisierung des Transnationalismus, in: *epd-entwicklungsdienst*, 23, 24 (2001).

<sup>17</sup> Wälzholz, Gunnar: Nationalismus in der Sowjetunion, in: *Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft*, Osteuropa-Institut (OEI), 8 (1997): 8.

um Territorialgrenzen, über die sich Ethnien nicht selten definieren und identifizieren.

Nun ist Kultur nicht gleich Kultur. Auch hier bedarf es einer Definition, um nicht in begriffliche Untiefen zu geraten.

Die Ansätze zur Begriffserläuterung reichen von einem bildungsbürgerlichen Verständnis von Kultur bis hin zum funktionalistischen Modell.

In Abgrenzung zum bildungsbürgerlichen Begriff, der Kultur versteht als einen eigenständigen Bereich im gesamtgesellschaftlichen Kontext, der von anderen, Sport, Religion, Politik etc., abgegrenzt ist, wird an dieser Stelle der ethnologische Erklärungsansatz favorisiert, ist dieser doch weitgreifender und schließt Bereiche wie Religion, Sprache, Politik etc. als konkrete Ausdrucksformen von Kultur mit ein.

Kultur wird daher verstanden als geteilte Erfahrung, die alle Bereiche des menschlichen Lebens einbezieht. Nach Clifford Geertz ist Kultur ein in Symbolen verkörpertes, historisch überliefertes System von Meinungen, in dem die soziale Interaktion abläuft.<sup>18</sup> Mit anderen Worten: Kultur ist der Code zur Verständigung innerhalb einer sozialen Gruppe. Die Bedeutung der eigenen Kultur wird dabei erst durch die Abgrenzung vom „Fremden“ deutlich.

Die Homogenisierung der Kultur zielt daher auch auf die Vereinheitlichung des Codes. Soziale Gruppen, bisher partikularistisch orientiert, richten sich, teils durch innere Veränderung, teils durch äußeren Druck, an einem übergeordneten kulturellen Rahmen aus.

Der Erfolg des Prozesses um kulturelle Vereinheitlichung und deren Beständigkeit war und ist abhängig von der Stärke des Zentrums und blieb oft genug ein Trugbild, das beim ersten Anschein einer Schwäche des Systems zerbrach.

Mit der Sowjetunion, mit Jugoslawien, aber auch mit westafrikanischen Ländern traf dies immer wieder Staaten, die zumindest zwei Gemeinsamkeiten aufwiesen: Sie vereinten zum einen viele Völker, oftmals unterschiedlichster Sprache, Tradition und Religion. Zum anderen waren sie geprägt von einem zentralistischen Machtapparat. Periphere Regionen wie etwa Aserbaidschan reagierten und reagieren sensibel und unmittelbar auf Machtschwankungen des Zentrums. Schon 1903 und damit vor der bürgerlichen Revolution im Zarenreich (1905) brachen, von Baku ausgehend, städtische Unruhen aus und ü-

---

<sup>18</sup> Geertz, Clifford: *The Interpretation of Cultures*, 1973:89.

berschwemmt die Regionen bis hin zur Ukraine. Zusammengenommen waren sie ihrer Art nach „die erste Revolution im Orient“.<sup>19</sup>

Kaum mehr als wirtschaftspolitische Forderungen erhoben die Akteure. Aber allein diese kaum gesteuerten Aktionen schnitten tief ein in das Selbstverständnis des Zarenreiches, zumal das Reich ohnehin mit ökonomischen, militärischen und politischen Krisen zu kämpfen hatte. So entpuppte sich der russische Nationalismus letztendlich weniger als Garant russischer Macht denn als Falle im Spiel mit den Nationalitäten. Daß auch der Sowjetunion die Spielführung aus der Hand glitt, lag an der fortgeführten Tradition der Russifizierung. Dieser entzogen sich die Völker in Momenten zentraler Führungsschwäche, ja – förderten diese bisweilen noch.

Die Bildung von Nationen, so häufig sie auch betrieben wurde, war – und ist – nicht zwangsläufig von Erfolg gekrönt.

„Daß Nationen als eine natürliche, gottgegebene Art der Klassifizierung von Menschen gelten – als ein [...] politisches Geschick – ist ein Mythos. Der Nationalismus, der manchmal bereits bestehende Kulturen in Nationen umwandelt, erfindet manchmal Kulturen und vernichtet häufig tatsächlich bestehende Kulturen: *Das* ist eine Realität.“<sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> Kappeler, Andreas: *Rußland als Vielvölkerreich*, 1993:269.

<sup>20</sup> Gellner, Ernest: 1995:77.

## 2. NATION

Vorbemerkung:

Dem Begriff „Nation“ haftet die Schwäche an, die semantischen Unterschiede zwischen Englisch und Französisch auf der einen Seite und Deutsch auf der anderen Seite zu verwischen.

In der Fachliteratur, finden sich neuerdings Synonyme wie *dominant ethnic group* und *non dominant ethnic group*.<sup>21</sup> Diese umschließen auch nationale und ethnische Minderheiten, kleine Nationen, Nationalitäten und Subnationalitäten. Zwar ist damit eine umfassende Begrifflichkeit plaziert, jedoch nicht der Wandlungsfähigkeit dieser Gruppen Rechnung getragen, können doch dominierende zu nichtdominierenden ethnischen Gruppen werden und umgekehrt.

Wenn dem Terminus „Nation“ hiermit der Vorrang gegeben wird, dann deshalb, weil er beide Gruppen gleichermaßen mit einschließt.

Hans Kohn, ein Vertreter der traditionellen Geistesgeschichte, gab der Nationalismus-Forschung mit seinem polarisierenden Nationen-Modell einen starken Impuls. Angelehnt an den Dualismus von Staatsnation und Kulturnation, den Friedrich Meinecke herausgearbeitet hatte<sup>22</sup>, sprach Kohn von einem subjektiven und objektiven Nationsbegriff.<sup>23</sup>

Die nach ihm benannte „Kohnsche Dichotomie“ geht demnach von einem westeuropäisch-subjektiven und einem osteuropäisch-objektiven Nationsbegriff aus. Die westliche Staatsnation ist für Kohn ihrem Charakter nach liberal, demokratisch und rational, im Gegensatz dazu die östliche Kulturnation konservativ, undemokratisch und irrational:

„Im Westen ist der Nationalismus in dem Bemühen erwachsen, eine Nation in der politischen Realität und in den Kämpfen der Gegenwart, ohne zu starke gefühlsmäßige Bindungen auf die geschichtliche Vergangenheit zu bilden; in Mittel- und Osteuropa dagegen haben die Nationalisten oftmals aus dem Mythos der Vergangenheit und aus ihren Zukunftsträumen ein ideales Vaterland konstruiert [...]“<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Kappeler, Andreas u.a.: *The Formation of National Elites*, 1992:2f.

<sup>22</sup> Meinecke, Friedrich: *Weltbürgertum und Nationalstaat*, 1969:3.

<sup>23</sup> Kohn, Hans: *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution*, 1962:309ff.

<sup>24</sup> Ebd.

Dieser Einschätzung werden wir auch später noch begegnen; denn auch heute erheben sich Stimmen, die einer auf Tradition und Loyalitäten basierenden Gesellschaft eine demokratische Entwicklung absprechen möchten und statt dessen einer autokratischen Herrschaft das Wort reden.

Eine differenziertere Betrachtung erfolgte durch Karl W. Deutsch, Ernest Gellner, Ernst B. Haas u.a., die für ihre Untersuchungen sozialwissenschaftliche Aspekte berücksichtigten. Politischer, sozialer und kultureller Kontext, sozioökonomische Faktoren und die soziale Mobilisierung von Individuen und Gruppen tragen demnach die Entwicklung von Nationen und nationaler Identität bedeutend mit.

Nach Gellner ist die Nation ein soziales Produkt und entsteht durch die gegenseitige Anerkennung der Mitglieder einer sozialen Gruppe und der Definition über die soziale Gruppe als solche.<sup>25</sup> Die Nation stellt ein komplexes System dar aus

- historisch entwickelten Ordnungsvorstellungen
- kulturellen und religiösen Wertebegriffen.

Zur Abstimmung von Interessen wird daher zurückgegriffen auf ein System aus Rechten und Pflichten, Erlaubtem und Verbotenem. Im Verbund der Völker bildet der Staat den Rahmen, um mittels Institutionen eine durch eine Mehrheit sanktionierte Ordnung aufrecht zu erhalten.<sup>26</sup>

Hier bedarf es einer Unterscheidung. Ein Staat – so erfahren wir bei Deutsch – ist die Bedingung, die ein Volk zu einer Nation werden läßt.<sup>27</sup> Das impliziert aber im Umkehrschluß, daß ein Volk **ohne** Staat keine Nation ist.

Mit anderen Worten: Erst der Staat adelt ein Volk zur Nation. Ohne Staat, ohne das institutionelle und formale Instrumentarium zur Machtausübung bleibt ein Volk ein Volk und gelangt nicht in den Rang einer Nation.

Sehr wohl aber, so Deutsch, darf es als Nationalität gelten, so es, das Volk, nach politischer Macht **strebt**. Zwei Verben machen also den Unterschied:

---

<sup>25</sup> Gellner, Ernest:1995:11ff.

<sup>26</sup> Nicht alle Völker haben einen Staat, noch nicht einmal alle streben danach. Für das Aserbaidschan des 20. Jahrhunderts darf gelten: Ein Volk, das nach einem Staat strebt.

<sup>27</sup> Deutsch, Karl W.: *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, 1966:204.

Besitzen = Nation  
Streben = Nationalität.

Und nur über das Streben nach politischer Macht in Form eines Staates gelänge der Schritt von der Nationalität zur Nation.<sup>28</sup>

Darf das so gelten? Was ist mit Nationen, die, durch Krieg oder Revolution, ihren Staat verlieren? Sind es dann nur mehr Nationalitäten oder nicht doch Nationen, da des Volkes Wille zum Zusammenhalt noch immer besteht, mithin eine ideologische Übereinstimmung in wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens? Es sind Nationen, wenn auch in unterschiedlicher Distanz zum Staat.<sup>29</sup> Mit folgenden Kriterien läßt sich diese Distanz charakterisieren:

politische Souveränität  
sprachliche und kulturelle Integrität  
bestehende Sozialstrukturen.

Je mehr dieser Attribute eine Nation auf sich vereinigen darf, um so näher ist sie dem Staat. Dabei ist nicht gesagt, daß alle nationalen Gemeinschaften nach einem Staat streben.

Russisch-Aserbajdschan selbst erlebte im 19. und 20. Jahrhundert mehrere Transformationswellen: vorkoloniale, russisch-imperiale, sowjetische und post-sowjetische Epochen lösten einander ab bzw. bauten aufeinander auf und waren stark gebunden an Phasen sozialer Mobilisierung. Mit seiner nationalen Entwicklung, seinem Territorium, Religion und seiner Sprache ordnete sich Russisch-Aserbajdschan bis zur Unabhängigkeit in den ersten Zweig als „Nationale Gemeinschaft“ ein. Mit der politischen Souveränität gewann es 1991 noch das letzte der drei Kriterien für sich. Nach Deutsch könnte sich das aserbajdschanische Volk erst ab diesem Moment als Nation bezeichnen.

Wenn man die Gleichzeitigkeit verschiedener Identifikationsebenen einmal unbeachtet läßt, so zeigt sich spätestens in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg im aserbajdschanischen Selbstverständnis die Nation. Nicht Russe war man oder Türke, sondern Aserbajdschaner.

---

<sup>28</sup> Ebd.:204.

<sup>29</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: 1992, S. 3-10. Kappeler bezieht sich in seiner Charakteristik auf das 19. Jahrhundert und auf ethnische Gruppen in Europa. Zumindest für Rußland und die frühe Sowjetunion läßt sich diese Aufgliederung übernehmen. Zudem macht er unterschiedliche Zweige aus: Nationen die im Entstehen begriffen sind, nationale Gemeinschaften und ethnische Diaspora-Gruppen.

Auch versprach der Status einer „Sozialistischen Sowjetrepublik“ de jure politische Souveränität, jedoch nur solange, wie die Sowjetrepubliken keine Ausgliederungsambitionen hegten. Diese nicht im ethnischen Bewußtsein verwurzelte externe Restriktion verhinderte die Umsetzung staatlicher Souveränität, ohne daß es dem Nationalgefühl einen Abbruch getan hätte.

In der Geschichte der Sowjetunion – und damit steht sie ganz in der Tradition des russischen Imperiums – gab es viele Versuche, die europäischen, kaukasischen und zentralasiatischen Völker zu einer russischen Nation zusammenzufassen. Schon 1913 warb Stalin mit seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ offen für die sozialdemokratischen Positionen des bolschewistischen Flügels der RSDAP.<sup>30</sup>

„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“<sup>31</sup>

In diese Definition fließen sowohl der historische Bezug, als auch kulturelle Normen mit ein, sie scheint daher kaum weniger sinnvoll und umfassend als die „westlicher“ Forscher.

Seiner Definition schickte Stalin noch nach – und untermauerte damit deren Absolutheit – „daß keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht. Mehr noch: Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört die Nation auf, eine Nation zu sein.“<sup>32</sup>

Die Stalin'schen Kriterien dessen, was eine Nation definiert, haben aus heutiger Sicht zwar kaum an Aktualität verloren, mit ihrem Unbedingtheitsanspruch ist die Definition als solche jedoch zu statisch, um sich verändernde Gesellschaften zu erfassen.

---

<sup>30</sup> Stalin, Josef W.: *Marxismus und nationale Frage*, 1950. Der Artikel entstand 1912/13 in Österreich und erschien erstmals 1913 in der Zeitschrift „*Prosvješenie*“ (*Aufklärung*) unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie“. 1914 wurde die Schrift separat im Verlag Priboij (Brandung), St. Petersburg, verlegt und umgehend vom Innenministerium verboten. Stalin setzt sich darin deutlich mit den Positionen der Austromarxisten Bauer und Springer auseinander.

<sup>31</sup> Ebd.:272.

<sup>32</sup> Ebd.:272. Stalin zeichnete sich mit diesem Artikel für den Vorsitz des Volkskommissariates für nationale Angelegenheiten (*NARKOMNAT*) aus, den er 1917 bis 1923 innehatte. Er war damit im hohen Maße mitverantwortlich für die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki.

Eine Hintertür ließ Stalin sich daher offen mit der Erklärung, daß in der Summe der Merkmale „bald das eine Merkmal (der Nationalcharakter), bald das zweite (die Sprache), bald das dritte (das Territorium, die wirtschaftlichen Bedingungen) prägnanter hervortritt.“<sup>33</sup> Dies impliziert, daß die Bedeutung einiger Merkmale auch gegen Null tendieren kann. Dieser Definition zufolge bedeutet das „tägliche Plebiszit“ nichts, die Tradition hingegen alles.

Mit dieser von Polemik nicht verschonten Arbeit zielte Stalin in eine bestimmte Richtung. Die für ihn so bedeutende „freie Entwicklung der geistigen Kräfte des Proletariats“<sup>34</sup> sah er durch das russische Imperium beeinträchtigt. Als Übergangsphase wiederum waren Nationen wichtig für die proletarische Entwicklung. Ein Recht auf Selbstbestimmung und autonome Entwicklung wurde den Völkern insoweit zugestanden, als sich das Proletariat in diesem neuen Rahmen der (zaristischen) Fesseln entledigen konnte, um anschließend in sozialistischer Staatsform seinen Sieg zu erringen. Die nationalen Bewegungen wurden vor den Karren der sowjetisch-proletarischen Interessen gespannt, um spätestens in den 30er Jahren und bis zum Tode Stalins der Sowjetisierung der Völker geopfert zu werden.

**Nation** soll daher definiert werden als eine auf Wollen beruhende Solidargemeinschaft, die durch eine Reihe von Charakteristika (Sprache, Religion ...) sowie durch eine gemeinsame Vergangenheit bzw. Geschichte geprägt ist und durch den Willen zur gemeinsamen Zukunft ihren Zusammenhalt sicherstellt.

---

<sup>33</sup> Ebd.:275.

<sup>34</sup> Ebd.:282.

### ZUSAMMENFASSUNG

Der Nationalstaat ist eine Erfindung der Moderne. Dort, wo er auftaucht, ist er verbunden mit einer Ideologie: dem Nationalismus.

Anhand von ihr selbst ausgewählten Merkmalen definiert sich eine Gemeinschaft als Nation. Merkmale wie Religion, Sprache und Territorium grenzen als *hard facts* die Gemeinschaft nach außen ab. Das Fremde wird so zum Spiegel des eigenen Selbstverständnisses. Als *soft fact* übt hingegen das subjektive Zugehörigkeitsempfinden („tägliches Plebiszit“) eine nach innen gerichtete Funktion aus.

Soweit ethnische Grenzen und territoriale Grenzen kongruent sind, existiert ein Gleichgewicht der Nationen. In multiethnischen Staaten oder Regionen mit ethnisch-territorialer Inkongruenz stehen nationale Wertevorstellungen und Ordnungssysteme in Konkurrenz, nicht selten auch in offener Feindschaft zueinander. Macht scheint in dieser Situation das geeignete Mittel zur Durchsetzung von Gruppeninteressen. Zur Mobilisierung der Gemeinschaft dienen Nationalismen. Als ideologischer Überbau produziert Nationalismus jene für den Machterhalt bzw. Machtzugewinn notwendigen Prinzipien, auf deren Boden Loyalitäten aber auch Vorurteile gedeihen.

## Zweites Kapitel NATIONALE BEWEGUNGEN UND IHRE TRÄGER

„Die Mauer war zerbrochen, die Nation von Nation  
schied, der erste Schritt gemacht, die Nationalcharaktere  
aller zu zerstören, alle in eine Form zu werfen, die ‚Rö-  
mervolk‘ hiess. Natürlich war der erste Schritt noch nicht  
das Werk: jede Nation blieb bei ihren Rechten, Freiheiten,  
Sitten und ihrer Religion; ja die Römer schmeichelten ih-  
nen [..].“<sup>35</sup> J.G. Herder

### 1. ETAPPEN NATIONALER BEWEGUNGEN

Nationale Bewegungen werden nicht als politische Massenbewegungen geboren, sondern sie durchlaufen Formationsstufen, brechen ab, gründen sich neu, erleiden Niederlagen und sind bisweilen siegreich. Aber wie lässt sich das Entstehen von nationalen Bewegungen erklären?

Als Grundlage bieten sich hier die Arbeiten von Miroslav Hroch an. Seiner Argumentation folgend, sind es drei Phasen, über die eine nationale Bewegung zur eigentlichen Massenbewegung gedeiht.<sup>36</sup>

In der Phase A, „*the period of scholarly interest*“ zieht es Intellektuelle, Künstler und Gelehrte zur Sprache, Kultur und Geschichte ihres (unterdrückten) Volkes. Frei aller politischer Ambitionen und ohne feste Organisationsform, bildet das Streben nach Wissen das Hauptmotiv kultureller Renaissance.

In Phase B, „*the period of patriotic agitation*“ wird die nationale Idee geboren, und eine Gruppe Intellektueller ist mit politischen und sozio-kulturellen Forderungen wortführend. Diese „*minorité agissante*“<sup>37</sup>, oftmals organisiert in Geheimverbänden, findet erste Kontakte zur Bevölkerung und organisiert sich in festen Formen.

„[...] a group of patriots who were already dissatisfied with the limitation of interest to the antiquities of the land, the language and the culture, and saw their mission as the spreading of national consciousness among the people.“<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Indem er Ägypter, Phönizier und Römer mit Kindheit, Jugend und Mannesalter gleichsetzte, zog Herder einen historischen Vergleich, der die Entwicklungsstadien von Nationen charakterisieren soll. Vgl. Herder, Johann G.: 1940:164.

<sup>36</sup> Hroch, Miroslav: *Social Preconditions of National Revival in Europe*, 1985; Ders.: *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas: eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen*, 1968.

<sup>37</sup> Hobsbawm, Eric J: 1992:23.

<sup>38</sup> Hroch, Miroslav: 1985:23.

In Phase C, „*the rise of a mass national movement*“<sup>39</sup>, werden die nationalen Programme und Forderungen von den Massen aufgenommen und transportiert. Für einen Teil der Bevölkerung stellt die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe<sup>40</sup> nicht mehr nur ein naturgegebenes Schicksal (Geburt) oder ein politisches Resultat (Territorium) dar, sondern eine bewußte Einstellung. Eben hier findet sich der Einstieg zur nationalen Identität.

„A national movement can be defined as a purposeful striving to attain all missing attributes of a complete national existence, that is the elimination of the existing deficits. To achieve its objective leaders had to stimulate and mobilize the sentiments of the masses. National movements were not metaphysical phenomena. They were fostered, directed and organized on the developing a group consciousness which could be moulded into national activism.“<sup>41</sup>

An dieser Stelle ergibt sich nun eine Schwierigkeit: Nach Kappeler definiert sich eine nationale Bewegung erst durch ihr Streben nach **allen** Insignien einer nationalen Existenz (Sprache, Souveränität, Sozialstruktur). Davon kann in Aserbaidschan Mitte des 19. Jahrhunderts, in der wissenschaftlich-kulturellen Phase, keine Rede sein. Ohne Zweifel kann das kulturelle Erwachen in Aserbaidschan der Phase A zugeordnet werden. Eines der ersten Projekte, das den Übergang zur Phase B weist, ist die angestrebte Schriftreform des Schriftstellers, Dramatikers und Reformers Mirzə Fəth Əli Ahundzadə (1812-1878), mit der er auch politische Ziele verfolgte.

Die Einbettung Aserbaidschans in den islamischen Kulturkreis spiegelte sich auch in der Entstehung eines nationalen Identitätsbewußtseins wieder. [...] Anstelle des europäischen Schrittes vom Volk zur Nation folgte man im russischen Aserbaidschan einem religiösen – ethnischen – politischen – nationalen Weg, der über den Panislamismus und Panturkismus zur Bildung eines ethnischen Bewußtseins und darüber hinaus zur Gründung eines Nationalstaates führte.“<sup>42</sup>

Indem nun der Fokus auf den Prozeß der nationalen Identitätsentwicklung selbst gelegt wird, lassen sich auch die frühen Phasen nationaler Bewegungen einfangen, wobei die angestrebten Ziele erweitert werden um den Aspekt wirtschaftlicher und politischer Selbstbestimmung auf ethnischer Basis.

---

<sup>39</sup> Bezeichnungen der Phasen in: Ebd.:23.

<sup>40</sup> Hier spricht Hroch nicht von ethnischer Gruppe, sondern – quasi vorausschauend – von Nation; einer Nation, die ja erst im Werden begriffen ist.

<sup>41</sup> Kappeler, Andreas: 1992:3. Mit den Attributen sind gemeint: Sprache, Souveränität, Sozialstruktur.

<sup>42</sup> Fenz, Hendrik: *Vom Völkerfrühling zur Oktoberrevolution 1917. Die Rolle der aserbaidshanischen Elite bei der Bildung einer nationalen Identität*, 2000:7.

Für die Bildung einer nationalen Bewegung reicht demnach schon das Streben nach **einer** der Komponenten aus. Dies soll auch die Basis der Untersuchung bilden, können doch so auch die frühen Entstehungsphasen erfaßt werden.

Nun hat Hroch die Entwicklung nationaler Bewegungen explizit für kleine Nationen in Europa des 19. Jahrhunderts beschrieben. Können wir trotz dieser Restriktionen die Phasen-Theorie auch auf andere Gebiete, in unserem Fall auf Aserbaidschan, anwenden?

Hroch selbst gibt Kriterien an, die er für eine Untersuchung nationaler Bewegungen als notwendig erachtet. Informationen über Eigenheiten nationaler Eliten und ihrer Angehörigen seien unter folgenden Aspekten zu sammeln und auszuwerten:

- 1 sozialer Status (Beruf)
- 2 soziale Herkunft
- 3 territoriale Verteilung, und lokale Standorte patriotischer Aktivitäten
- 4 Herkunftsregion
- 5 Bildungsstand<sup>43</sup>

Auf deren Basis und gemeinsam mit dem Blick auf den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext wird die Entwicklung der aserbaidischen nationalen Bewegung untersucht. Unter den Bedingungen der Transformation ab Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts sind diese Aspekte hilfreich für das Verständnis der Eigendynamik des aserbaidischen Nationalismus.

Das Solidaritätsprinzip und die damit verbundene „nationale Orientierung“ zwischen der Bevölkerung einerseits und deren Eliten andererseits gaben auf breiter Front dem Nationalismus Vorschub.<sup>44</sup> Die Gründung der Volksfront Aserbaidschan (*Azərbaycan Xalq Cəbhəsi*, AXC) manifestierte diese Entwicklung.

Als politische Organisation von Intellektuellen gegründet, wandelte sie sich von einer Sammlungsbewegung zu einer national-aserbaidschanischen Partei. Spätestens 1989, mit den Wahlen in der Sowjetunion, zerbrach das politische „Allokationsmonopol der KPdSU“<sup>45</sup> und damit eine der letzten Motivationen der nationalen Eliten, sich dem sowjetischen Weg anzuschließen.

<sup>43</sup> Ebd.:15.

<sup>44</sup> Vgl. Elwert, Georg: Nationalismus und Ethnizität: Über die Bildung von Wir-Gruppen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41 (1989) 3, S. 440-446.

<sup>45</sup> Wälzholz, Gunnar: 1997:22.

## 2. ELITEN

Eliten: Ein Begriff, der in Deutschland – über lange Jahrzehnte tabuisiert und abgelehnt – deutlicher als in anderen Ländern negativ besetzt ist. Von Theodor W. Adorno stammt ein Satz, der genau dieser Ambivalenz Ausdruck verleiht: „Zur Elite darf man ja gerne gehören, man sollte nur nicht darüber reden“. Der Terminus „Eliten“ scheint jedoch ungenau, kann sowohl Machtelite, Funktionselite, Leistungselite und geistige Elite umfassen als auch die Führer nationaler Bewegungen. Empirisch-soziologisch läßt sich „Elite“ auf das Führungspersonal von Staatswesen und Institutionen begrenzen, ohne eine Beurteilung hinsichtlich der moralischen Qualitäten. Das kann zur Beurteilung von Strukturen hilfreich sein, birgt aber die Gefahr, Interaktion zwischen Individuen und Gruppen zu rationalisieren.<sup>46</sup>

Daher möchte ich den empirisch-soziologischen Begriff **Eliten** verstanden wissen als Gruppen bzw. zu Gruppen gehörende Individuen, die sich über besondere Merkmale (materieller Besitz, Wissen, Ansehen...) eine Gestaltungsmacht sichern, die sie zum Wohl aber auch zum Nachteil der in ihrer Einflußsphäre Lebenden einsetzen bzw. einsetzen könnten.

Damit ein umfassendes Bild der nationalen Identitätsfindung entsteht, genügt es nicht, den Blick nur auf historische Prozesse als abstrakte, ja seelenlose Abläufe von Geschichte zu werfen. Es gilt vielmehr, die dahinter wirkenden Individuen und Interessengruppen zu entdecken. Deren Handeln wird geleitet von dem Ziel, Macht und Ressourcen zu gewinnen. Die sich daraus entwickelnden Konflikte sind nicht nur ereignisgeschichtliche Phänomene, sondern bilden Ebenen, auf denen sich von Individuen und Gruppen präferierte Interessensphären überschneiden.

---

<sup>46</sup> Eine Unterscheidung von Gebrauch und Mißbrauch von Macht und Einfluß – variable Größen und nur im soziokulturellen Kontext zu erfassen – fällt sehr schwer. „Der Realismus wird als Vehikel der Entmutigung benutzt; gegen die ordinären Massen werden tragische Eliten gestellt. Das ist eine Zerstörung des Wahrheitsanspruchs menschlicher Vernunft; die Politik erscheint nur noch als Maskierung des als unveränderlich angesehenen Machttriebs der Menschen. Im Kern ist das nicht besser als die Utopie der Abschaffung von Herrschaft überhaupt in einer `klassenlosen´ Gesellschaft.“ Glotz, Peter: Wieviel Elite braucht und verträgt die Demokratie. In: Kodalle, Klaus M. (Hsg.): *Der Ruf nach Eliten*, 2000:46.



Diese Interessen, die materieller oder auch ideeller Natur sein können, lassen sich umso eher umsetzen, je mehr sich jede Seite mit den eigenen Zielen, aber auch mit denen der Gegenseite, intensiv auseinandersetzt. Sinn und Resultat dieser Motivsuche ist die Identifizierung mit den avisierten Positionen und – als Folge davon – eine Abgrenzung zu fremden Positionen. Die dabei zutage tretenden Auseinandersetzungen um Einflußsphären fördern gleichzeitig die Identifikation mit der eigenen Gruppe. Mit anderen Worten:

**Konflikte sind Meilensteine des *nation building*.**

Nun entsteht Nationalismus und in seiner Folge die Nation nicht als selbstlaufender Prozeß, sondern als Resultat agierender Eliten<sup>47</sup>. Ziel der Eliten ist es, individuelle und kollektive Vorteile zu erreichen. Diese Eliten bedienen sich des Nationalismus, um bestimmte soziale Organisationsform wie eine Nation zu errichten oder zumindest zu beeinflussen. Im Rückschluß bedeutet dies nichts anderes, als daß Nationen durch Eliten anfällig sind für Manipulationen.

Das Verständnis des *nation building* führt daher über die Untersuchung der Rolle der Eliten.<sup>48</sup>

<sup>47</sup> Zu Eliten allgemein: Kodalle, Klaus M: 2000; Michel, Karl M.(Hsg.): Die neuen Eliten, in: *Kursbuch Nr.139* (2000) 3; Pradetto, August & Weckmüller, Carola: *Eliten in postkommunistischen Ländern*, 2000.

<sup>48</sup> Zum Verhältnis von Eliten und Nationen auch: Kappeler, Andreas & Adanir, Fikret (Hsg.): 1992; Sunny, Ronald G. & Kennedy, Michael D.: *Intellectuals and the Articulation of the Nation*, 1999; Elwert, Georg: 1989, S. 440-446.

Es wird für Aserbaidshon also zu untersuchen sein, in welchen Bereichen die Eliten der sowjetischen Nationalitätenpolitik gefolgt sind und wo sie an eigenen Positionen festhielten. Hierfür nähert sich die Arbeit der sowjetischen Nationalitätenpolitik wie auch der gesellschaftlichen Transformation ab 1988 aus dem Blickwinkel der national-aserbaidshonischen Eliten.

Am Beispiel des „Panaserbaidshonismus“ lässt sich nachzeichnen, wie nord-aserbaidshonische Gruppen sehr wohl die sowjetische Politik für sich auszunutzen verstanden. So gab die Islamische Revolution im Iran 1979 nicht nur dem kommunistischen Apparat in Moskau die Handhabe, politisch und agitatorisch (Fernsehprogramme, Publikationen etc.) im Nordiran aktiv zu werden. Auch die aserbaidshonische nationale Strömung nutzte dies, um für ihre eigenen panaserbaidshonischen Ideen zu werben.

#### ZUSAMMENFASSUNG

Die These von M. Hroch über die Entstehung nationaler Bewegungen lässt sich für die letzten Jahre der Sowjetunion und die Gründung der Republik Aserbaidshon sehr gut verdeutlichen.

Nachdem über einen langen Zeitraum die sowjetische Bildungs- und Modernisierungsoffensive nationale Eliten hervorbrachte (Phase A), wurden diese in den 80er Jahren zunehmend politisch aktiv und trat als „*minorité agissante*“<sup>49</sup> mit Forderungen nach mehr politischer und wirtschaftlicher Autonomie auf (B). Die wirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit der Republiken (*hozrasčët*, Eigenbewirtschaftung), mit der Gorbatschow die Regionen zu beruhigen versuchte, war ein erster Erfolg. Das kollabierende Sowjetsystem selbst bot die Voraussetzung dafür, den nationalen Bewegungen eine Massenbasis zu geben (C).

Eine nationale Interessensgemeinschaft der unterschiedlichen sozialen Gruppen eines Volkes wurde schon allein durch die sowjetisch-oktroyierte Identifizierung der Ethnien auf das Territorium gefördert.

---

<sup>49</sup> Hobsbawm, Eric J.: 1992:23.

Drittes Kapitel  
SOWJETISCHE NATIONALITÄTENPOLITIK

„Wenn das Nationalitätenproblem nicht grundsätzlich gelöst worden wäre, hätte die Sowjetunion nicht das gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und defensive Potential, über das sie heute verfügt. Unser Staat hätte nicht überlebt, wenn die Republiken nicht eine Gemeinschaft gebildet hätten [...]“<sup>50</sup>

### 1. ÜBER DIE NATIONEN ZUM SOZIALISMUS

Bei ihrem Streben nach einer „Sowjetischen Nation“ legte die Kommunistische Partei ein besonderes Interesse für den Nationalismus an den Tag. In den Augen der kommunistischen Ideologen bedeutete dieser lediglich eine Übergangsphase zum Sozialismus. Ökonomische und infrastrukturelle Unterschiede der Regionen mußten in die „Sowjetisierungs“-Rechnung mit einbezogen werden, sollte die territoriale Integrität bei gleichzeitigem Machterhalt der Kommunisten gewahrt bleiben. Je nach dem politischen und gesellschaftlichen Kontext reagierte die Moskauer Führung mal mit Zugeständnissen an die nationalen Bewegungen, mal mit Restriktionen und hielt damit der *divide et impera*-Politik des russischen Imperiums die Treue. Die beiden Waffen im sozialistischen „Nationalitäten-Gefecht“ hießen Homogenisierung und Modernisierung. Um den Weg in eine sowjetische Nation zu ebnen, galt es, die regionalen Unterschiede zu überbrücken. Getreu der Devise der „Homogenisierung der Kulturen“ versuchte die Führung, regionale und nationale Besonderheiten zu glätten.

Homogenisierung war der eine Hebel, der angesetzt wurde, das Vielvölkerreich umzugestalten.<sup>51</sup> Der zweite Hebel war die politische und religiöse Modernisierung der Regionen und Gesellschaften. Homogenisierung und Modernisierung sollten das Land in eine neue Epoche führen.

Die regionale Modernisierung, wie sie den Kommunisten vorschwebte, war nur über die ebenfalls regionalen Eliten durchsetzbar, die durch diese Förderung letztendlich in ihrer kulturellen und nationalen Identität eher bestärkt wurden.

---

<sup>50</sup> Gorbatschow, Michail: *Perestroika*, 1987:149.

<sup>51</sup> Nach Gellner (1995:89f) beruht Nationalismus auf der Logik der Industrialisierung. Diese verlange nach einer Hochkultur, einem staatlichen Bildungswesen und einer vereinheitlichten Kommunikationsebene (Sprache etc.). Beide Elemente scheinen sich jedoch auch gegenseitig voranzutreiben. Für Hobsbawm (1992:21) steht fest, „daß – gesprochene oder geschriebene – nationale Hochsprachen als solche erst aufkommen konnten, nachdem es Druckerpressen, eine Volksbildung und damit Volksschulen gab“.

Die Fusion der Nationen sollte ihren Weg über die Förderung der freien Entfaltung der Nationen gehen. So hatte es Lenin postuliert und so wurde es bis etwa 1937 praktiziert. Dem Proletariat als „Avantgarde der Revolution“ war dabei eine führende Rolle zugedacht.<sup>52</sup> Die Dialektik dieses Modells, das Nationalismus und Internationalismus vereinen sollte, bestand in der Doppelfunktion des Proletariates: Einerseits national der Herkunft nach, war es der Funktion nach international. Mit der Nationenförderung sollte vor allem das Proletariat als Klasse gefördert werden. Gäbe es erst ein politisch bewußtes nationales Proletariat, würden sich die Nationen von selbst auflösen. Letztendlich sollte sich dieses dialektische Modell in den Kanon politischer Trugschlüsse einreihen.

Der Einfluß der sowjetischen Nationalitätenpolitik auf die nationalen Eliten war nichtsdestotrotz von Nachhaltigkeit geprägt. So ist die Mehrheit der postsowjetischen Bevölkerung auch Jahre nach dem Zerfall des Staates deutlich „sowjetisiert“ (Russisch ist und bleibt auf absehbare Zeit Lingua Franca). Ihren Weg jedoch haben sie, trotz Repressalien, Zugeständnissen und Loyalitäten, bei der Entwicklung einer eigenen nationalen Identität entweder nie verlassen oder aber neu gefunden: Die sowjetische Politik gegenüber den Nationalitäten barg von Beginn an ein Konfliktpotential in sich. Von Moskau aus wurden administrative Organisationsstrukturen aufgebaut, mit denen man Nationalismen institutionalisieren und damit kontrollieren konnte. Ein administrativ-territoriales System aus Unionsrepubliken, Autonomen Republiken, Gebieten und autonomen Kreisen zwang die Völker in ein Korsett von Hierarchien.

Bei den etwa 800 ethnischen Gruppen in der Sowjetunion wurde klar unterschieden zwischen autonomen und nichtautonomen Völkern, territorialen und exterritorialen Völkern, Minderheiten und Titularnationen. Die von Moskau gesteuerte Territorialaufteilung schuf bewußt Minderheiten. Nicht die Grenzverläufe wurden nach den regionalen Besonderheiten ausgerichtet, sondern die ethnische Verteilung den zentralen Planspielen angepaßt.<sup>53</sup>

Aber nur 53 Gruppen wurden mit der Zuweisung eines Territoriums zu Titularnationen erhoben. Dabei fällt auf, daß die sowjetischen Regierungen kontinuierlich weniger Völker als offizielle Nationen anerkannten.

---

<sup>52</sup> Lenin, Vladimir I.: Gesammelte Werke, Bd. 26, 1972:5.

<sup>53</sup> Bei nur 5 von 21 Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken (ASSR) stellten die Titularnationen auch die Bevölkerungsmehrheit. Vgl. Wälzholz, Gunnar: 1997:11.

Waren es 1926 noch 190 Völker, so wurden 1970 nur noch 104 offizielle Nationalitäten registriert.<sup>54</sup> Die angestrebte „Inkongruenz von Ethnos und Territorium“ darf als Mittel gelten, mit dem die Vorgaben der Nationalitätenpolitik umgesetzt werden sollten.<sup>55</sup>

Nach Stalin war die Existenz einer Nation immer auch an die Existenz eines eigenen Territoriums gebunden. Die territoriale Umstrukturierung – wiederum als russisch-imperiale Anleihe – sollte die historisch entstandenen nationalen Bewegungen neutralisieren. Mit anderen Worten: *nation building* von oben.

„Die Territorialisierung der Ethnizität als Mittel zur Kontrolle und Schwächung der Nationalitäten bewirkte letzten Endes die Ethnisierung der Territorien, die eine ideale Referenz für die Prozesse der Ethnogenese darstellten.“<sup>56</sup>

Wie Aserbaidshan verfügten mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 nur wenige der Ethnien, die ihre Unabhängigkeit erklärten, über ein eigenes Territorium, das mit der ethnischen Verteilung weitaus übereinstimmte.<sup>57</sup> Die Mehrheit bezog ihre Legitimation aus der sowjetischen Objektivierung des Nationenbegriffes und übernahm – Ironie der Geschichte und später Sieg des Sozialismus – in ihren territorialen Forderungen oftmals gerade jene Grenzen, die in den 20er und 30er Jahren durch die Nationalitätenpolitik der Kommunisten geschaffen worden waren.

Eine historisch-traditionelle Legitimation war für „alte“ Völker wie etwa Aserbaidshaner, Georgier oder Armenier weitaus einfacher herzuleiten als bei inkongruenten Republiken. Die Aserbaidshanische Demokratische Republik von 1918-20 galt und gilt hier als realer Bezugspunkt einer historischen Rechtfertigung der aserbaidshanischen Nation.

In der Sowjetunion zeigte sich der Mißerfolg sowjetischer Nationalitätenpolitik deutlich nach dem Zusammenbruch Ende der 80er Jahre. Von 76 territorialen Konflikten im März 1991 stieg die Zahl auf 156 im Dezember 1991.

---

<sup>54</sup> Zahlen aus: Zaslavsky, Victor: *Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*, Berlin, 1991:10f. Im Unterschied dazu bezieht sich Simon (1986:29f) auf sowjetische Ethnologen und Demographen, die den Status einer Nation nur den 36 bzw. 48 von den 125 offiziell gezählten Völkern der UdSSR zuweisen.

<sup>55</sup> Wälzholz, Gunnar: 1997:11.

<sup>56</sup> Ebd.: 1997:12. Dragadze sieht hingegen in der Territorialisierung und Ethnisierung zwei parallel laufende Prozesse. Vgl.: *Soviet Economics and Nationalism in the Gorbachev Years*. In: Buttino, Marco: *In a Collapsing Empire*, 1993, S.73-81.

<sup>57</sup> Im nördlichen Teil des aserbaidshanischen Siedlungsgebietes, der ASSR, waren ca. 85% der Bewohner aserbaidshanischer Herkunft.

Wenige Monate später waren es 180 Konfliktherde, die territorial und ethnisch bedingt waren, oder aber Autonomie und Sezession zum Ziel hatten.

Diese lassen sich unterscheiden in Konflikte zwischen:<sup>58</sup>

nichtrussischen Völkern	(z.B. Aserbaidshaner – Armenier)
russischen und nichtrussischen Völkern	(z.B. Russen – Tschetschenen)
innerethnischen Gruppen	(z.B. Tadschiken).

Sezession- bzw. Autonomieforderungen, umstrittene Grenzverläufe und materielle Verteilungskämpfe sind Hintergründe dieser Auseinandersetzungen. Und wie schon das russische Imperium zerbrach auch die UdSSR unter der Last des Vielvölkerreiches. Die unter Verschluss gehaltenen Völker flohen vor der ihnen aufgezwungenen sowjetischen Form und schickten sich an, zu eigenen nationalen Identitäten zu finden.

Wie sehr sich die sowjetische Nationalitätenpolitik schon in ihren Anfängen gerade in Aserbaidshan auswirkte, zeigen die Verhandlungen über eine einträgliche Zusammenarbeit der aserbaidshanschen Nationalisten und den Bolschewiki in Baku nach der bolschewistischen Machtübernahme und dem Ende der Aserbaidshanschen Demokratischen Republik (ADR) 1920.<sup>59</sup>

Die Bolschewiki übernahmen zum Teil die politischen Positionen der nach nationaler Autonomie strebenden aserbaidshanschen Intelligenz. Politisch wesentlich aktiver als das ohnehin schwache Proletariat diente die *intelligencija* den Kommunisten als „Proletarier-Ersatz“. Gemeinsames mittelfristiges Ziel war ein „Unabhängiges Sowjet-Aserbaidshan“, in dem – so hielten die Verträge fest – die nationale Intelligenz weiterhin an der Führung in Aserbaidshan beteiligt werden sollte.

„Alle Amtsträger der Regierungsbehörden werden in ihren Ämtern belassen und nur Personen in verantwortlicher Stellung werden ersetzt. Die neu gebildete kommunistische provisorische Regierung garantiert Leben und Eigentum der jetzigen Regierungs- und Parlamentsmitglieder.“<sup>60</sup>

<sup>58</sup> Saizew, Sergej: Separatismus in Rußland. In: *BIOS-Berichte*, 41-1992:6. Ein Teil der Konflikte läßt sich katalogisieren: territoriale Ansprüche: 9; Autonomieforderungen: 31; Spaltung bi- und multinationaler Autonomien: 7; Wiederherstellung alter Autonomien: 9; Umsiedlung deportierter Völker: 3.

<sup>59</sup> Literatur zur ADR: Baberowski, Jörg: 2003; Hasanlı, Cəmil: *Azərbaycan Tarihi 1918-1920*, 1998; Mirza-Bala, Mehmed-Zade: *Milli Azərbaycan Hərəketi*, 1938; Rəsulzadə, Məmməd Ə.: *Azərbaycan Cümhuriyyəti*, 1990; Sunny, Gregor R.: *The Baku Commune: Class and Nationality in the Russian Revolution*, 1972; Swietochowski, Tadeusz: *Russian Azerbaijan 1905-1920*, 1985.

<sup>60</sup> *Bor'ba za pobedu socialističeskoj revoljuzii v Azerbajžane*. Dokumenty i materialy, 1967, S. 461f.

Das Gleichgewicht der Kräfte blieb auf labilem Boden solange erhalten, wie eine „Entwurzelung“ der nationalen Gemeinschaften (*izkorenizacija*) durch die vertikale föderative Hierarchie der Institutionen des sowjetischen Macht- und Parteiapparates kontrolliert und diszipliniert werden konnte. Wichtiges Mittel war die Gewährung von politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Nationaleliten.

Das Machtvakuum in das die Sowjetunion ab 1985 abrutschte, war der ökonomischen Ineffizienz<sup>61</sup> des Landes (die der sowjetischen Führung angelastet wurde) ebenso geschuldet wie der Perspektivlosigkeit der nichtrussischen Kader, auch höchste Führungspositionen besetzen zu können. Die Attraktivität des sowjetischen Modells war hinter den regionalen Erwartungen zurückgeblieben, und die Loyalität zu Moskau sank in dem Maße, wie die Orientierung auf nationale Belange zunahm.

Das dynamische Prinzip „Transparenz und Umgestaltung“ (Glasnost und Perestroika), mit denen sich die Gorbatschow-Regierung eine Wiederbelebung der sowjetischen Macht erhoffte, zerrte am starren System der Institutionen. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde im Ergebnis selbst zum Spekulationsobjekt.

„Der Nationalismus wurde ferner zum Kitt zwischen der nichtkommunistischen Intelligentsia und alten kommunistischen Funktionseleiten, die sich Ende der achtziger Jahre zunehmend gegen die Alleinherrschaft der KPdSU stellten. Auf diese Weise kam es zu einer politischen Aktivierung der Intelligenz entlang der konservierten nationalistischen Bindungen, die gänzlich neue Koalitionen zwischen alten Kadern, ehemaligen Dissidenten und vormals apolitischen Eliten zuließen.“<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Gorbatschow spricht die sowjetische Mißwirtschaft mit deutlichen Worten an: „Im Grunde entstand ein ganzes System zur Schwächung der ökonomischen Machtinstrumente. Es bildete sich eine Art Mechanismus heraus, der die sozialökonomische Entwicklung bremste und die progressiven Umwandlungen aufhielt, die es gestatten, die Vorzüge des Sozialismus aufzudecken und zu nutzen. Die Ursachen dieser Verlangsamung liegen in ernsten Funktionsmängeln der Einrichtungen der sozialistischen Demokratie, in veralteten, zuweilen auch realitätsfremden politischen und theoretischen Prinzipien sowie in einem konservativen Leitungsmechanismus.“ Vgl. *Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei*. Bericht und Schlußwort des Generalsekretärs des ZK der KPdSU am 27.-28. Januar 1987:11f.

<sup>62</sup> Ebd.: 21.

## 2. SPRACH- UND BILDUNGSPOLITIK

Auch im Bildungsbereich sowie in der Sprachpolitik übten zwei Elemente sowjetischer Nationalisierung antagonistisch ihre Herrschaft aus: Verwurzelung und Verschmelzung der Kulturen (*korenizacija* und *slijanie*).

Daß der offensichtliche Widerspruch zwischen Förderung der Nationen und ihrer Verschmelzung nicht als solcher erkannt wurde, mag am Glauben an die eigene Ideologie und Parteipropaganda gelegen haben. Was heute als Paradox erscheint – die Auflösung der Nationen durch die Stärkung der Nationen – war jahrzehntelange Praxis. Sie hatte nur einen Zweck: Machtsicherung durch Einbindung der partikularen Interessengruppen. Mit Hilfe einer jungen, eigens geförderten moskautreuen Elite gedachte die Moskauer Führung ihre Position in den Regionen zu stärken. Studienplätze in Moskau oder Leningrad waren heiß begehrt, versprachen sie doch den Einstieg in eine berufliche Karriere. Aber mit der zentralen Förderung verband sich auch der Versuch, zukünftige Entscheidungsträger fern der Heimat ideologisch zu formen. Stark vereinfacht läßt sich dies in folgender Formel zusammenfassen:

**Entfremdung + Neuformierung = Loyalität**

In welchem Dilemma die kommunistische Führung auf dem Weg zur Sowjetnation steckte, tritt in der Bildungs- und Sprachpolitik Moskaus deutlich zu Tage. Sprachpolitik war für Moskau Propagandapolitik.

In den 20er Jahren wurden die nationalen Sprachen stark gefördert, teilweise sogar, etwa für Kirgisen, Turkmenen, Tadschiken und Tschetschenen, erstmals verschriftlicht. Damit ließ sich auch in bisher unerreichbare Gruppen die sowjetische Propaganda tragen.

Die Stärkung der nationalen Sprachen gab aber auch einen wichtigen Impuls für das nationale Selbstverständnis. Zwar konnten durch die Förderung nationaler Sprachen die peripheren Landesteile der sowjetischen Ideologie erschlossen werden, aber die Kulturen und Traditionen der Regionen und Völker hielten damit ein neues Ausdrucksmittel in den Händen. Publikationen, Zeitungen etc. in den nationalen Sprachen nahmen zu.<sup>63</sup>

---

<sup>63</sup> 1913 erschienen Bücher in 40 Sprachen, 1928 in 66 Sprachen und 1931 in 80 Sprachen. Einen ähnlichen Aufschwung nahm das Pressewesen: von 205 nichtrussischen Zeitungen in 47 Sprachen (1928) erhöhte sich die Zahl der Titel auf 2188 Zeitungen in 66 Sprachen (1938). Vgl.: Simon, Gerhard: 1986, S.65ff.

Ein neues Selbstbewußtsein entwickelte sich und korrelierte mit äußeren Abgrenzungstendenzen. Der Gestaltung nationaler Identität eröffneten sich neue Freiräume. Eine Entwicklung, die von der kommunistischen Regierung so nicht gewollt war.

In Aserbaidshan, das seine Schrift 1925 reformierte und von der arabischen Schrift zu einer modifizierten Lateinschrift wechselte, wurde an die Reformforderungen Mirzə Fəth Əli Ahundzadəs aus dem Jahre 1863 angeknüpft.<sup>64</sup> Damit war Aserbaidshan noch vor der Türkei das erste turksprachige Land, daß eine Schriftreform konsequent umsetzte. Der Erfolg sollte nicht lange Bestand haben. Schon 1938 mußten die nationalen Schriften dem Kyrillischen weichen. Spätestens damit begann eine Phase, die bis zum Tode Stalins 1953 dauern, durch Denationalisierung und Russifizierung die Nationen schwächen und die Regionen stärker ans Zentrum binden sollte.<sup>65</sup> Erst Jahrzehnte nach dem „Großen Terror“, in den 50er Jahren, kehrte die sowjetische Führung zur Politik der *korenizacija* zurück und die Unionsrepubliken konnten so an nationalem Spielraum gewinnen. Dieser wurde von den Eliten bewußt auch zur politischen Mobilisierung genutzt.

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem die sowjetische Nationalitätenpolitik ansetzte, war das Bildungswesen. In der Schule, an den Hochschulen und Universitäten fand die Sozialisierung der heranwachsenden und zukünftigen Eliten statt. Diese galt es, im sowjetischen Sinne zu prägen und als Gegenpol zu den traditionellen, oft auf stammesorientierte Loyalitäten zurückgreifenden Eliten aufzubauen.<sup>66</sup>

---

<sup>64</sup> Mit der Zeitschrift *Yeni Yol* (Neuer Weg) ging am 21. September 1922, also knapp drei Jahre früher, die erste lateinschriftliche Zeitung an die Öffentlichkeit. Vgl.: Baldauf, Ingeborg: *Schriftreform und Schriftwechsel bei den Muslimischen Russland- und Sowjettürken (1850-1937)*, 1993:381 und 682f. Damit einher stieg der Alphabetisierungsgrad in Aserbaidshan unter den 9-49 jährigen von 9,2 % (1897) auf 28,2 % (1926) und 82,8 % (1939), wobei sich die Alphabetisierungsrate an geographischen und nicht an ethnischen Kriterien orientierte (ebd.: 67).

<sup>65</sup> Dies wird im Bildungswesen besonders deutlich. Bei einem nichtrussischen Bevölkerungsanteil von 47,09 % (1926) waren 43,92 % der Hochschüler Nichtrussen. 1935 lag der Anteil ähnlich hoch (43,73 %) aber der Bevölkerungsanteil sank auf 41,61 %; in Relation zur Bevölkerungsentwicklung ebenfalls eine Stärkung der Nationen. Die Jahre des „Großen Terror“ hatten die Lage drastisch verändert. Die nichtrussische Bevölkerung der UdSSR war auf 45,35 % gestiegen (1959), aber nur noch 38,23 % aller Hochschüler waren Nichtrussen. Innerhalb der Gruppe der Nichtrussen gab es dramatische Unterschiede: Gerade Juden waren bei einem Bevölkerungsanteil von 1,78 % (1939) mit 13,27 % aller Hochschüler überproportional vertreten (ebd.:76f).

<sup>66</sup> Der Anteil derjenigen Aserbaidshanner, die Russisch als ihre Muttersprache angaben, stieg von 36.300 (1959) innerhalb von zwanzig Jahren um das dreifache auf 97.800. Die meisten von ihnen lebten allerdings außerhalb ihrer Unionsrepublik (ebd.:441).

Die jungen Eliten sollten in ihrem Wachsen auf der einen Seite durch die sowjet-nationale Ideologie gestützt werden, auf der anderen Seite dem Einfluß national-orientierter Gruppen entzogen werden. Es wurde ein allumfassendes, unter zentraler Kontrolle gehaltenes Bildungssystem aufgebaut, das alle, auch die entlegendsten Gebiete, umfaßte. Bisweilen wechselten sich während der 70jährigen Sowjetperiode Bildungsoffensiven mit Stagnation ab, die Homogenisierung des Staates zu einer sowjetischen Nation aber blieb primäres Ziel. Etabliert werden sollte eine in den Unionsrepubliken agierende Elite, die Moskau treu ergeben war.

In die zentralen Führungsgremien der Sowjetunion vorzustößen, blieb den qualifizierten Eliten jedoch mehrheitlich versagt. Auf Allunions-Ebene waren Russen als Entscheidungsträger meist unter sich. Verglichen mit dem erreichten Bildungsniveau waren die nationalen Kader bis Ende der 70er Jahre auf den zentralen Führungsebenen der Partei – im Gegensatz zur Unionsebene – deutlich weniger präsent als Russen.<sup>67</sup>

Nach der totalitären Phase 1937-1953 startete ab den 70er Jahren erneut eine „Russifizierungskampagne“. Russisch war an den Schulen vielleicht nicht das begehrteste Fach, aber sicherlich das mit dem gewichtigsten Umfang. Seine Dominanz setzte sich auch an den Hochschulen fort. Russisch war z.B. obligatorisch für Dissertationen etc.

So betonte die Verfassung von 1977 die Gestaltung einer unionsweiten Homogenisierung.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Je nach Region und ASSR variierte die Partizipation erheblich. Entsprechend einer Berechnung von Simon sind die "[...] sehr jungen Nationen islamischer Tradition [...] in der Partei besser repräsentiert. Bezogen auf die Altersgruppe der über Zwanzigjährigen waren die Aserbajdschaner und Kasachen 1976 im gleichen Umfang Parteimitglieder wie die Russen, die Usbeken jedoch nur zu 77% ..." (1986:310ff.). Waren auf Unionsebene 87% der Mitglieder des Politbüros der KPdSU Aserbajdschaner, so galt das nicht für die Zentrale in Moskau: 1981 verteilten sich die Sitze wie folgt: 68,3% Russen, 14,1% Ukrainer, 11,2% auf alle Übrigen, davon 0,6% Aserbajdschaner (ebd.:450). Im Politbüro und Sekretariat der Partei waren ohnehin nur Russen, Ukrainer, Weißrussen, Aserbajdschaner, Georgier und Kasachen vertreten.

<sup>68</sup> Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977, Artikel 19, 1978:16. „Der Staat trägt zur Verstärkung der sozialen Homogenisierung der Gesellschaft, zur Beseitigung der Klassenunterschiede, der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sowie zur weiteren allseitigen Entwicklung und Annäherung aller Nationen und Völkern der UdSSR bei.“

Auch noch 1986 wartete die KPdSU mit dem Ziel der „Verwurzelung der Völker“ auf.<sup>69</sup> Erklärbar wird das aus der immer stärker werdenden Machtbasis der Unionsrepubliken. Die Führung in Moskau bemühte sich, den abgezwungenen Zugeständnissen an die Republiken, die nicht mehr nur politischer und kultureller, sondern zunehmend auch wirtschaftlicher Natur waren, mit einer massiven „*slijanie*-Politik“ zu begegnen. Es war eine natürliche Reaktion der Völker, insbesondere der alten „Kultur“-Völker, sich gegen diese Form der Vereinnahmung zu wehren.

„Das Bemühen, auf Allunionsebene durch Russifizierungsmaßnahmen eine neue Qualitätsstufe nationaler Einheit zu erreichen, bewirkte gerade bei den geistigen Eliten solcher Unionsrepubliken, die dieser Politik einen zum Teil massiven Widerstand entgegenseetzten, genau das Gegenteil.“<sup>70</sup>

Der Versuch der Einbindung der Nationalitäten durch eine kontrollierte Stärkung der Völker (etwa 1922-36) stand im Gegensatz zur Nivellierung und Unterdrückung nationaler Partikularinteressen (1936-38, 60-70er Jahre).

Diese Pendelbewegung setzte mit den 80er Jahren und den sich vertiefenden wirtschaftlichen Problemen der Sowjetunion aus und wich einem unkontrollierten Machtkampf zwischen Zentrum und Peripherie.

---

<sup>69</sup> Gorbatschow, Michael: 1987:45. „Die ganze Atmosphäre unseres Lebens und der gemeinsamen Arbeit, die Familie und die Schule, die Armee, die Kultur, die Literatur und die Kunst sind dazu berufen, bei den sowjetischen Menschen aller Nationalitäten, und in erster Linie bei den jungen Menschen, die edelsten Gefühle herauszubilden und zu entwickeln – Gefühle des Internationalismus und des sowjetischen Patriotismus“.

<sup>70</sup> Wälzholz, Gunnar: 1997:18. Vgl.: Simon, Gerhard: 1986:386. Der Ministerrat der UdSSR beschloß den obligatorischen Russischunterricht an allen nichtrussischen Kindergärten und Vorschulen.

### ZUSAMMENFASSUNG

Konsequent in ihrer Ausrichtung war die Nationalitätenpolitik nicht. Zu viele unterschiedliche Konzepte spielten mit hinein, zu viele Akteure verfolgten eigene Ansätze. Lenin selbst sah in einem Föderativstaat den passenden Weg zur Anbindung der Nationen und stand damit in Opposition zu Stalin, der sich mit seinen Vorstellungen einer starken Zentralisation der Staatsmacht durchsetzen konnte.

Die in den frühen Sowjetjahren von den Bolschewiki so engagiert verfolgte Förderung der Nationen baute auf die ideologische Hoffnung, Nationen seien eine Zwischenstufe zum Sozialismus. Mit der Förderung ethnischer Gemeinschaften sollte deren nationale Identität derart geweckt bzw. gestärkt werden, daß sie – mit ideologisch geschultem Bewußtsein – das klassen- und völkerübergreifende Konzept des Sozialismus erkennen und annehmen würden.

Während der erste Schritt, von der „identitätsfernen“ Ethnie zur Nation weitgehend erfolgreich war, blieb der zweite Schritt aus oder wurde falsch gesetzt.

Mit der Förderung der Nationalitäten ging eine Förderung von Partikularinteressen einher. Stand der Idee einer sowjetischen Nation zu Anfang ein scheinbar diffuses, weil unsozialistisches, Gemeinschaftsgefühl entgegen, so ging mit der Förderung der Nationen ein ausgesprochenes Eigenverständnis der Völker einher. Derart gestärkt, war die Notwendigkeit eines „nationsfreien“ sowjetischen Bewußtseins immer schwerer zu vermitteln.

Das Sowjetreich scheiterte letztendlich an eben diesem latent über Jahrzehnte schlummernden Widerspruch, der im Moment wirtschaftlicher und politischer Schwäche des Systems zum Leben erwachte.

## FAZIT TEIL I

Dem Automatismus der Sowjetisierung und Russifizierung, den die kommunistische Führung im Entwicklungsprogramm der Nationen voraussetzte, folgten die neuen Kader nicht zwangsläufig. Im Gegenteil: Das nationale Selbstwertgefühl der Regionen und Völker wurde noch gestärkt. Die Modernisierungsoffensive bildete das spätere Podest, auf dem die Rufe nach politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung lauter wurden.

<b>Zeitphase</b>	<b>Tendenzen in der UdSSR</b>	<b>Politische und kulturelle Tendenzen in Aserbaidshan</b>	<b>Ökonomie in Aserbaidshan</b>
<b>korenizacija 1920-1936er</b>	Kulturelle Vielfalt Stärkung der Eliten Modernisierung	Nationalkommunismus 1925 Schriftreform	Vergesellschaftung „Kulakenvertreibung“
<b>Stalinismus Späte 20er – 1953</b>	Einschränkung der nationalen Eliten 1938 Schriftreform (Kyrillisch)	1945/46 Kampf um Iranisch-Aserbaidshan	Krise der Landwirtschaft
<b>Lockerung 1954 – 60er</b>	Poststalinistische Phase Kalter Krieg	Sehnsuchtsliteratur	Wirtschaftliche Stagnation
<b>Stagnation 1964-1982</b>	Breschnew-Ära „Politik der friedlichen Koexistenz“ wirtschaftliche Stagnation in der SU	Əliyev-Ära Stärkung des nationalen Kaders durch Bildungspolitik	Wirtschaftliche Erholung
<b>Perestroika/Glasnost 1985- 1990</b>	Reform der Politik und Wirtschaft Stärkung der Regionen	Formierung einer nationalen Bewegung	Stagnation der Wirtschaft
<b>Transformation seit 1991</b>	Zerfall der UdSSR	Ende der komm. Macht Machtübernahme durch Nationalisten Ausbruch des Krieges um Berg-Karabach	Zusammenbruch der Wirtschaft seit 1995: Erholung durch Ölindustrie

Die nationalen Eliten nutzten die ihnen zur Verfügung gestellten Elemente und adaptierten die sowjetische Ideologie dort, wo sie ihnen einen Vorteil versprach: Machtpartizipation, Karriere und materielle Verbesserungen.

Nicht immer war der Weg zu mehr Unabhängigkeit von Vorteilen begleitet. Allgemein läßt sich festhalten, daß eine Wechselbeziehung zwischen regionaler Entwicklung und wirtschaftlichem Nutzeffekt besteht. Je stärker eine Volkswirtschaft entwickelt ist, umso eher wird sie die Unabhängigkeit als Impuls für weiteren wirtschaftlichen Fortschritt nutzen können.

Inwieweit wurde nun aber die Bevölkerung – zum großen Teil eher apolitisch und mit den Tagessorgen enger verbunden als mit Ideologien – selbst aktiver Teil der nationalen Bewegung? Mit anderen Worten: Was versprach sich der durchschnittliche Aserbaidshaner für Vorteile aus einer Beteiligung an der nationalen Reformbewegung, die gegen ein etabliertes Machtsystem antrat und bei deren Fehlschlag er Repressionen der Machtzentrale, in diesem Fall Moskau, zu erwarten hatte?

Die Bereitschaft zur Beteiligung wurde aus mehreren Quellen zugleich gespeist. Moskauer Dominanz, Behinderung von Sprachen, Homogenisierung der Kulturen und Mißwirtschaft waren Stimulantia, die ein ideologisches Unterlegenheitsgefühl hervorriefen, das es zu kompensieren galt. Die Aussicht auf mehr Freiheit im ökonomischen und ideologischen Bereich und die Chance, selbst zu einer der privilegierten *in-groups* zu gehören, waren die positiven Auslöser einer Beteiligung.

Sich nationalen Gruppierungen anzuschließen, war in dem Moment sinnvoll, wo kollektives Agieren für den Einzelnen einen höheren Nutzen versprach als individuelles Engagement.

Für das postsowjetische Aserbaidshchan bedeutet dies: Selbstverwaltung des Territoriums und ökonomische Progression durch die eigenverantwortliche Ausbeutung der Rohstoffe. Da sich jedoch Korruption und Nepotismus in Aserbaidshchan seit Jahren in extremer Ausformung zeigen, ist der Reformprozeß deutlich ins Stocken geraten.<sup>71</sup> Ohne einen beherzten Eingriff in die Verteilungspraxis wird das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der Bevölkerung weiter in Schieflage geraten und den Demokratisierungsprozeß blockieren.

---

<sup>71</sup> Auf dem Korruptionsindex von „Transparency International“ liegt Aserbaidshchan auf einem der hintersten Plätze.

Das Phasenmodell von Hroch, das die Entwicklung nationaler Bewegungen beschreibt, bewährt sich deutlich auch im sowjetischen Gewand. Wählt man als Zeitfenster die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der Sowjetunion, mithin die Zeit des Kalten Krieges, so zeigen sich eben jene drei Stufen, auf denen Schritt um Schritt aus der kulturellen Identitätssuche die politische Massenbewegung wird:

Phase A	50er – 60er Jahre	Sehnsuchtsliteratur
Phase B	70er – Mitte 80er	aserbaidshisch-orientierte Bildungspolitik
Phase C	ab 1988	Massenbewegung.

Aber selbst innerhalb eines extrem kleinen Zeitfensters, dem Wendejahr 1988/89, werden diese Phasen deutlich:

Phase A	Sommer 1988	Klub der Wissenschaftler
Phase B	Herbst 1988	Gründung einer Initiativgruppe
Phase C	Dezember 1988	Massendemonstrationen.

Anders als Baberowski, der das Phasenmodell von Hroch nicht auf die Sowjetunion angewandt wissen möchte, da das Imperium selbst alle „Phasen der Nationswerdung leitete“<sup>72</sup>, nutzt diese Studie das Modell als Arbeitsgrundlage. Nicht zwangsläufig sind alle drei Phasen zu finden, manches Mal bricht die Entwicklung vorzeitig ab, wie sie auch Elemente früherer Epochen übernimmt und darauf aufbaut.

Wie stark im Prozeß der nationalen Selbstfindung Aserbaidshisch verhaftet ist, zeigen die Debatten um die Bezeichnung der Sprache, sowie die Einführung der Lateinschrift als offizielle Schrift. Dahinter verbirgt sich der erbitterte Streit um die Nation als solche. Ob Türke, Aserbaidshischer oder aserbaidshischer Türke: definiert wird dies u.a. über die Sprachbezeichnung. Jeder Wahl wohnt gleichsam eine Abgrenzung nach außen bei wie auch eine Selbstdefinition nach innen.

---

<sup>72</sup> Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:209f.

TEIL II

IDENTITÄTSENTWICKLUNG  
IM  
PERIPHEREN RAUM

---

VON DER KOLONIE ZUR EIGENSTAATLICHKEIT

## EINLEITUNG TEIL II

Identitätsentwicklung im peripheren Raum ist die Klammer, die diesen – zweiten - Teil zusammenhält. Der zeitliche Bogen ließe sich weit spannen: von der Antike über die russische Expansion und Eroberung des Kaukasus bis weit in die Sowjetzeit hinein. Zu weit, um in dieser Arbeit eine vertiefte Analyse zu erfahren. Auch wenn die vormodernen Reiche wenig mit dem vergangenen Sozialismus und der Transformation des letzten Jahrzehnts gemein zu haben scheinen, sie bieten einen Erklärungsansatz für die in Aserbaidschan weit verbreitete Perzeption von Geschichte, welche die nationale Identitätsfindung während des 20. Jahrhunderts prägte und prägt. Scheinen einige Elemente der aserbaidschanischen Selbstdarstellung eher der Erfindungsgabe von Gelehrten, Politikern und ideologischen Missionaren entsprungen zu sein, hatten andere wiederum tatsächlichen Einfluß auf die nationale Entwicklung Aserbaidschans. Auch wenn dieser Teil vornehmlich chronologisch vorgeht: Der historischen Linearität, auf welche die moderne national-aserbaidschanische Elite mit Vorliebe verweist, soll hier deutlich widersprochen werden. Die moderne Republik Aserbaidschan mag zwar die Insignien der Republik von 1918-20 ihr Eigen nennen; in ihrer Tradition steht sie nur in seltenen Fällen.

Unter dem Aspekt der Überlagerung von Identitäten und Ideologien wird der Frage nachgegangen, wie sich die Entwicklung einer nationalen Identität unter den Bedingungen von Fremdherrschaft manifestiert. Dabei geht es in Aserbaidschan nicht nur um den kolonialen Aspekt der „Ausbeutung“ eines Territoriums zugunsten des Mutterlandes, sondern vor allem um die ideologische „Eroberung“ ethnisch, religiös und kulturell fremder Völker. Ob Russifizierung oder Sowjetisierung ist hierbei einerlei, der Wunsch der Großmächte nach Homogenität stand im Vordergrund.

Trotzdem müssen Einschränkungen gemacht werden. Nicht alle Aspekte der aserbaidschanischen Geschichte fanden Eingang in diesen Teil. So ist der Fokus auf das Territorium der heutigen Republik Aserbaidschan gelegt, als dem Zentrum nationaler Prozesse.

Die Aserbaidsschanische Demokratische Republik (ADR), 1918-20, war und ist beredter Beweis für die aserbaidsschanische Identitätsfindung. Das ERSTE KAPITEL betrachtet diese zwei Jahre aserbaidsschanischer Staatlichkeit, die über Jahrzehnte nachwirkten und aserbaidsschanischen Historikern wie Politikern als wichtige Säule bei der Konstruktion einer historischen Kontinuität gelten. Aber außer dieser kurzen Etappe der Eigenständigkeit gab es kaum, schon gar nicht in früheren Jahrhunderten, ein geschlossenes aserbaidsschanisches Reich, auf das sich für die Identitätsbildung stützen ließe.

Mit dem Ende des Russischen Reiches folgte das „Sowjetreich“, dem sich das ZWEITE KAPITEL widmet. Als autonome Sowjetrepublik in vielen Dingen scheinbar eigenständig, lag die eigentliche Entscheidungsgewalt in Moskau. Die von dort für die gesamte Union geplante und umgesetzte Nationalitätenpolitik läßt sich als widersprüchlich und gegenläufig charakterisieren. Phasen der Förderung der Ethnien wurden abgelöst von Phasen kultureller, politischer und ideologischer Indoktrination. Großes Ziel der kommunistischen Führung war die „Sowjetnation“ und der von nationalen Partikularidentitäten befreite Kommunismus. Dafür nahm Moskau Hunderttausende Opfer in Kauf, um letztendlich am eigenen Anspruch zu scheitern. Was folgte, war eine Welle der Nationalisierung, die in Aserbaidsschan schon zu Sowjetzeiten begann und nicht nur eine neue Literaturgattung, die Sehnsuchtsliteratur, hervorbrachte, sondern auch die Idee von dem „Einen Volk in zwei Vaterländern“. Dieser Idee folgte die Vision eines „Einig Vaterland“, die auch aus Moskauer Sicht ihre strategische Bedeutung hatte und auf mehr politischen Einfluß in Iran abzielte. Mehr denn alles andere ist die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg prägend für die Transformation ab den späten 80er Jahren. Eine Kontinuität nationaler Identität läßt sich für die dem Krieg folgenden Jahrzehnte nachweisen. Von der Islamischen Revolution in Iran erwarteten iranische Aserbaidsschaner wie auch die kommunistische Führung in Moskau mehr kulturelle Autonomie und mehr Eigenständigkeit für Iranisch-Aserbaidsschan. Zwar hat die „Mullahkratie“ in Iran das sozialistische Nachbarland bis heute überlebt, und die Aserbaidsschaner Irans fanden sich in einer kulturellen Unterdrückung wieder, die sich nicht nur in der Sprachpolitik zeigte, sondern auch im das aserbaidsschanische Element ausschließende Bildungswesen.

Erstes Kapitel  
ZWISCHEN AUTONOMIE UND AGONIE

„Welcher Art die Ursachen auch sein mögen, eines steht fest: Der Kaukasus hat sich bewaffnet und ist bereit, ‚gegebenen Falles‘ seinen Wünschen Ausdruck zu verleihen.“<sup>73</sup>

Im Mittelpunkt des Kapitels steht der Nationalismus der national-aserbaidischen Bewegung unter Führung der Müsavat-Partei. Eine nicht auf religiöser Ebene gelagerte nationale Identität der einfachen, weitgehend bildungsfernen Bevölkerung zu vermitteln, schlug fehl. So missionarisch man auch zu Werke ging: der Kreis nationalbewußter Mitstreiter blieb exklusiv und das Volk blieb der umma verhaftet.

Europa befand sich 1918 auf dem Wege der Erholung und Deutschland leckte sich die Wunden kolonialer Amputationen, derweil im fernen Kaukasus das Ringen um Einflußsphären zwischen Rußland und Großbritannien anhielt. Auf dem kleinen Tableau des russischen und iranischen Aserbaidischens prallten nicht nur die Interessen der Großmächte aufeinander, sondern es suchten auch die Nationalbewegungen der Aserbaidischener ihren Platz zu finden.

Der machtpolitische Untergang der Qāğāren-Dynastie in Iran und die Selbstauflösung des Zarenreiches gaben den nationalen Ambitionen weiten Raum zur Verwirklichung. Deren eindringlichsten Beispiele manifestierten sich in der Aserbaidischen Demokratischen Republik (ADR) und der Republik Gilan in Iranisch-Aserbaidisch.<sup>74</sup> Jede der Republikgründungen war das Ergebnis nationaler Prozesse, die in mehreren Stufen zur Autonomie führten.

Auslöser für den politischen Neubeginn im Zarenreich war die Oktoberrevolution. Auf den Trümmern eines sich wirtschaftlich und politisch überlebten autokratischen Systems bauten die Kommunisten ihrerseits ein nicht weniger starres System, das Autokratie durch Personenkult ersetzte. Der Zusammenbruch des zentralisierten Vielvölkerreiches ermöglichte es einzelnen Regionen für eine kurze Zeitspanne, sich in Eigenstaatlichkeit zu üben.

---

<sup>73</sup> NO, 1 (1917) 10:455.

<sup>74</sup> Auf die Republik Gilan wird in dieser Arbeit nicht weiter eingegangen. Sie ist jedoch ein hervorragendes Beispiel nicht nur für den Einfluß und das Zusammenspiel der aserbaidischen nationalen Bewegungen, sondern auch für die Ambitionen der russischen Bolschewiki in der iranisch-aserbaidischen Region.

Hinter Russisch-Aserbaidtschan, das nach einer nur Wochen dauernden Föderation mit Armenien und Georgien am 28. Mai 1918 seine Unabhängigkeit erklärte, standen das Osmanische Reich, britische Truppen und deutsche Interessen, die den Nationalisten unter Führung der Müsavat-Partei Schutz vor der jungen Sowjetmacht und ihrer Roten Armee anboten. Die kommunistische Bakuer Kommune, die den letzten Brückenkopf der Bolschewiki im Lande bildete, konnte ihre Zeit bis zum Untergang in Wochen berechnen.

Über annähernd zwei Jahre führte eine national-aserbaidtschanische Regierung die ADR, bis im Frühjahr 1920 die Sowjetmacht verlorenes Terrain wiedergewann und sich anschickte, ein „unabhängiges Sowjet-Aserbaidtschan“ zu errichten. Das Opfer, das die Aserbaidtschaner und Armenier der nationalen Selbstbefreiung darbrachten, war groß. Hunderttausende irrten durch die entvölkerten und brachliegenden Regionen, schleppten Seuchen mit sich und in die Städte und litten unter Hunger. Die Länder waren 1918 in eine dunkle Zukunft geworfen worden und konnten zwei Jahre später einer russischen Übernahme nur mehr dankbar entgegenschauen, glaubte man doch an einen – wenn auch sowjet-bolschewistischen – Neubeginn.

Der Einfluß der Russischen Kommunistischen Partei (KPR-Bolschewiki, KPR-B) auf die aserbaidtschanischen Kommunisten und die militärische Dominanz ließen einer territorial-staatlichen Autonomie der Aserbaidtschaner keinen Raum. Spätestens mit der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) Ende 1922 und der 1925 einsetzenden Revitalisierung der persischen Zentralmacht unter Reżā Pahlavī mußten die Nationalisten ihre territorialen Ambitionen vorerst begraben.

Den Müsavatisten war es während ihrer Regierungszeit nicht gelungen, ihre Ideologie in das Volk oder die Armee zu tragen, geschweige denn dort zu verwurzeln. Die Loyalität der russischen Offiziere war wankelmütig und die der Bauern ohnehin nie gegeben. Hunger und die wirtschaftliche Talfahrt der Republik trieben das Land in die Arme des bolschewistischen Rußlands. Nach Sicht der russischsprachigen Zeitung *Novij Mir* (Neue Welt) hatte sich die Müsavat-Partei selbst überlebt.<sup>75</sup> Nicht Krieg brachte die Entscheidung. Hunger, Mißwirtschaft und das Fehlen jeglicher internationaler Hilfe brachten der Bolschewiki erneut die Macht.

---

<sup>75</sup> Vgl. IsAz, Bd. III, Teil 1:210.

## 1. OKTOBERREVOLUTION: VOM ZARENREICH ZUM SOWJETREICH

„Kampf gegen jede nationale Unterdrückung – unbedingt ja. Kampf *für* jede nationale Entwicklung, *für* die ‚nationale Kultur‘ schlechthin – unbedingt nein.“<sup>76</sup>

Erst die Oktoberrevolution von 1917 gab den Weg frei zu radikalem politischen Wechsel. In St. Petersburg löste eine Massendemonstration die andere ab: dem von etwa 300.000 Demonstranten gefolgten Aufruf zum antizaristischen Protest am 9. Januar 1917 folgten weitere Demonstrationen.

Zar Nikolaus II. gab am 2. März 1917 seine Abdankung bekannt.<sup>77</sup> Ein Sieg der Massen zwar, der aber augenblicklich zwei Kontrahenten auf das politische Spielfeld trieb und sie um die politische Macht konkurrieren ließ: das „Provisorische Komitee zur Wiederherstellung der Ordnung in Petrograd und zur Wiederaufnahme der Verbindung mit Behörden und einzelnen Persönlichkeiten“ sowie den „Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten“.<sup>78</sup>

Auch wenn man sich auf die Bildung einer Provisorischen Regierung einigte: Es gab keine Antwort auf eine der dringlichsten politischen Fragen dieser Tage: Monarchie oder Republik oder Föderation? Lenin faßte diese Stagnation in folgende Worte:

„Eine im höchsten Grade bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution ist es, daß sie eine Doppelherrschaft geschaffen hat. Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der Bourgeoisie, eine noch schwache erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.“<sup>79</sup>

Am 25. Oktober 1917 trugen die Bolschewiki mit der Entmachtung der Provisorischen Regierung ihren größten Sieg davon und begann – vorerst auf die bedeutendsten Städte und industriellen Bezirke begrenzt – ihre Vision eines sozialistischen Staates zu realisieren.

---

<sup>76</sup> Lenin, Vladimir I.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: Ausgewählte Werke, Bd. 2, 1979:373. Lenin veröffentlichte diesen Artikel schon 1913. In den kommenden Jahren änderte er seine Haltung zur Nationalitätenpolitik deutlich.

<sup>77</sup> Dessen Bruder Michael nahm die Krone und den Zarensitz nicht an.

<sup>78</sup> Die Duma wurde als eine der letzten Amtshandlungen des Zaren „beurlaubt“, tagte aber – mit dem Verweis auf eine „Privatzusammenkunft“ – weiter. Wie sehr den Abgeordneten jedoch an einer autokratischen Bestätigung ihrer Beschlüsse lag, zeigte sich in einem Plazet zur Regierungsbildung, das der Zar der neuen „Provisorischen Regierung“ gab. Dieses wurde auf den Tag vor der Abdankung zurückdatiert.

<sup>79</sup> Lenin, Vladimir I: Bd. 24, 1972:20.

Nachdem der II. Allrussische Sowjetkongreß Dekrete über den Frieden und über Grund und Boden beschlossen hatte, veröffentlichte der Rat der Volkskommissare schon wenige Tage später, am 2. November, eine Deklaration über die Gleichheit der Völker des Reiches und deren Selbstbestimmung:

Freiheit und Souveränität der Völker Rußlands  
Das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten  
Aufhebung aller und jeder nationaler und national-religiöser Privilegien und Beschränkungen  
Freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethno-geographischen Gruppen, die das Gebiet Rußlands bevölkern.<sup>80</sup>

Die Provisorische Regierung in St. Petersburg hatte ebenfalls frühzeitig den Völkern des Reiches Konzessionen eingeräumt. So sollten die Unterschiede in der rechtlichen Gleichstellung der Bürger aufgehoben und die national-kulturelle Individualität als Recht verankert werden.

Bei der Frage allerdings um kollektive territorial-staatliche Eigenständigkeit stand die Regierung mit beiden Füßen fest im zaristischen Rußland. Jeglichen Autonomieforderungen trat die Regierung, aber auch der Sowjet, entschieden entgegen und unterschätzte damit die Nationalitätenfrage völlig.<sup>81</sup>

Um in dieser auch für die Muslime Rußlands so bedeutenden Frage zu einer gemeinsamen Position zu finden, wurde am 15. März 1917 das „Provisorische Zentralbüro der Muslime Rußlands“ gegründet. Das Zentralbüro sollte die Koordination der politischen Interessen der muslimischen Völker Rußlands übernehmen. Gerade für die Interessenvertretung der Muslime in der Duma standen die verschiedenen Lager gleichbedeutend für die Zersplitterung der politischen Kräfte. Auch hier, in der Duma, zeigte sich, daß die „muslimische Einheit“ weniger auf religiösen, denn auf parteipolitischen Grundsätzen fußte. Mit dem konservativ-religiösen Lager, dem linken sozialrevolutionären Lager und der İttifaq trafen drei politisch unterschiedlich positionierte Gruppierungen in der Duma aufeinander, von denen nur İttifaq einen religiösen Anspruch hatte.

---

<sup>80</sup> Alexandrow, G. F. u.a.: 1949:690.

<sup>81</sup> So traten v.a. Turkmenen, Kasachen, Tataren, Baschkiren, Nordkaukasier mit Autonomieforderungen auf. Vgl. Kappeler, Andreas: 1993:294ff.

Auf einem „Allrussischen Kongreß der Muslime“ 1917 suchten die politischen Gruppierungen nach einer einvernehmlichen Lösung. Es ging um nicht weniger als um die Frage der staatlichen Existenzform: Türkische Einheit, Föderation innerhalb des Russischen Reiches oder staatliche Unabhängigkeit.

Der Kongreß spaltete sich darüber in Unitaristen und Partikularisten. Das einzig Verbindende schien auch hier der Islam zu sein.

„It was accepted by everybody, including the most radical Marxists, that there existed only one Muslim-nation, geographically divided. Islam was the only bond of unity.“<sup>82</sup>

Dabei erteilten gerade die Panturkisten unter ihrem Wortführer Rəsulzadə einer muslimischen Einheit eine Abfuhr. „Turks first and Muslims second.“<sup>83</sup> Einen Kompromiß der gegeneinanderstehenden Forderungen – extra-territoriale kulturelle Autonomie vs. territorial-staatlicher Autonomie – sahen die Turkisten innerhalb einer russischen Föderation. Letztere wurde vor allem von jenen Ethnien gefordert, die sich geographisch im Besitz eines eigenen Territoriums sahen, also Tataren, Aserbaidshaner u.a.

---

<sup>82</sup> Bennigsen, Alexandre: Panturkism and Panislamism in History and Today, in: *CAS*, 3 (1984) 3:42.

<sup>83</sup> *NO*, 1 (1917) 11/12:526. Zitiert nach: Swietochowski, Tadeusz: 1985:91. Trotz intensiver Suche ließ sich die Quelle nicht aufspüren.

## 2. SOWJETS, WAHLEN UND GEWALT IM KAVKASUS

„Das Regierungskomitee für Transkaukasien hat die Erklärung abgeben müssen, daß die Völker innerhalb seines Kompetenzbereiches hinfort nicht mehr in bunter Mischung, sondern in national geschiedenen Formationen ihrer Wehrpflicht genügen sollen.“<sup>84</sup>

Die Wirren der Revolutionszeit und der Erste Weltkrieg griffen nicht nur hart in das Leben der Aserbaidshaner ein. Beides veränderte die politische Konstellation im Südkaukasus. Auf politischer Ebene versuchten Kommunisten, Nationalisten oder religiöse Gruppen und Parteien wie Bolschewiki, Müsavat oder İttihad Einfluß zu gewinnen.

Wieder waren es die urbanen Zentren Baku und Gəncə, die Gegenpole zueinander bildeten. Das multikulturelle, intellektuelle und proletarische Baku, das deutlich unter bolschewistischem Einfluß stand, wurde zur Stütze der Oktoberrevolution und zur Schaltzentrale des Sowjets. Das ethnisch relativ homogene und nationalistische Gəncə bereitete sich hingegen darauf vor, erster Regierungssitz des „freien“ Aserbaidshans zu werden.

Das Ende des Russischen Reiches wurde im Südkaukasus durch die Abdankung des Statthalters, Großfürst N. Nikolaevič, eingeläutet. Am 22. März 1917 übernahm ein „Sonderkomitee Transkaukasien“ (*Osobyj Zakavkaskij Komitet, OZAKOM*) die Verwaltung der Region.<sup>85</sup> Die reale Macht des Komitees blieb jedoch beschränkt; zum einen fühlten sich nicht alle kaukasischen Völker ausreichend repräsentiert, zum anderen trat der in Baku sehr starke Sowjet dem OZAKOM entgegen. Schon im November 1917 übernahm mit dem Transkaukasischen Kommissariat (*Zakavkaskij Kommissariat, ZAVKOM*) eine Neugründung die Aufgaben des OZAKOM und begann mit den Vorbereitungen zur Einberufung einer Konstituierenden Versammlung.

Praktische Arbeit leistete die Konstituierende Versammlung nie. Ja: durch ein Veto brachte Lenin sie schon wenige Wochen nach ihrem Entstehen zu Fall, galt sie ihm doch als gefährlicher Beweis kaukasischen Selbstbewußtseins.

<sup>84</sup> Vgl. *NO*, II(1917) 5:232.

<sup>85</sup> Das fünf Personen zählende Komitee war ethnisch und politisch heterogen. Den Vorsitz hatte der Russe Karlamov (Kadett). Weiter gehörten ihm zwei Georgier an (Menschewik und Sozialrevolutionär), ein Armenier (Kadett) und der Aserbaidshaner Cəfərov (Müsavat). Literatur dazu: Altstadt, Audrey: 1992; Kazemzadeh, Firuz: 1951:34f; Mehmet-Zade, Mirza-Bala: 1938; Pipes, Richard: *The Formation of Soviet Union*, 1992; Suny, Ronald G.: *The Baku Commune*, 1972; Swietochowski, Tadeusz: 1985.

Zum Zeitpunkt der Wahlen für die Konstituierende Versammlung war Baku schon fest in den Händen der Bolschewiki. Zwar hatten die Müsavatisten bei der Wahl zum Bakuer Sowjet am 22. Oktober 1917 mit 33,5 % der Stimmen den Sieg davongetragen (Bolschewiki: 16 %), aber auf Druck der Bolschewiki wurden die Wahlen für ungültig erklärt.<sup>86</sup> Und das, obwohl die Müsavatisten noch auf ihrem I. Parteitag im Oktober 1917 eine Zusammenarbeit mit den Bolschewiki nicht ausgeschlossen hatten. Im Mittelpunkt der müsavatistischen Forderungen stand die Frage nach Autonomie, die in folgende Grundsätze gefaßt wurde:<sup>87</sup>

- Gründung einer russischen föderativen Republik auf der Basis national-territorialer Autonomie
- Presse-, Rede-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit, sowie das Recht auf Streik und Gründung politischer Organisationen
- Gewerkschaftsarbeit und die Klärung der „Agrarfrage“
- Garantie eines Autonomiestatus für alle Nationalitäten, die über ein eigenes Territorium verfügten und national-kulturelle Autonomie für Völker ohne eigenes Territorium
- Selbstverwaltung der autonomen Gebiete.

Gerade die Agrarfrage, mit der eine Landverteilung gesichert werden sollte, wurde zum politischen Stolperstein für die Müsavatisten. Durch sie allein ließ sich die ländliche Bevölkerung mehrheitlich mit den ideologischen Zielen der Partei verbinden. Die propagierte „gerechtere Verteilung von Grund und Boden“ war realer Anreiz genug, um die Müsavat-Partei zu unterstützen. Wenn diese Unterstützung ausgeblieben ist, so aus dem Unvermögen der Partei heraus, die Agrarfrage auch im Interesse der Bauern umzusetzen. Es fehlten den Müsavatisten in den ländlichen Gebieten die Instrumentarien zur Umsetzung. So stark sie in den städtischen Zentren auch sein mochten, auf dem Land bestimmten traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse über Leben und Eigentum. Die erneuten Wahlen zum Sowjet, die vom 12.-16. Dezember erfolgten, zeigten ein völlig gewandeltes Bild. Die stärkste politische Kraft waren mit 51 von 190 Sitzen (26,5 %) die Bolschewiki, die Müsavatisten erhielten nur noch 21 Sitze.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> *Izvestija* 27.Okt. 1917.

<sup>87</sup> In: Mehmet-Zade, Mirza Bala (1938:85f) findet sich der vollständige Text.

<sup>88</sup> Bolschewiki: 51, Daschnaktzutium: 41, Linke SR: 38 (mit rechten SR), Rechte SR: 28, Müsavat: 21, Menschewiki: 11. Vgl. Suny, Ronald G.: 1972:188f. Swietochowski (1985:104) bezieht sich ebenfalls auf IsAz, kommt aber auf andere Zahlen.

Ausschnitt aus dem Müsavat-Programm 1917<sup>89</sup>



Das beabsichtigte politische Zusammengehen von Bolschewisten und Müsavatisten erlebte im Dezember 1917 ein frühes Ende. In einem scheinbar niedrigschwelligem Konflikt wurzelte die wachsende Distanz der Müsavat-Partei zu den Zielen und dem Programm der Bolschewiki.<sup>90</sup> Die Vorgeschichte dazu war von zwei Vorfällen gekennzeichnet.

Zum einen brach in Dagestan eine anti-bolschewistische Rebellion aus, die Baku von den Getreidelieferungen abschnitt und den ohnehin knappen Lebensmittelbestand weiter schrumpfen ließ. Zudem wurde aus den südlich von Baku gelegenen Gebieten gemeldet, „daß infolge der andauernd übergroßen Dürre die Reisernte als verloren angesehen werden muß“.<sup>91</sup>

<sup>89</sup> GAPPOD, fond 276, opis' 7, delo 168.

<sup>90</sup> Das veränderte Wahlprozedere, das die Bolschewiki begünstigen sollte, war eine weitere, wenn auch eher „technische“ Raffinesse.

<sup>91</sup> NO, 1(1917) 10:455.

Zum anderen beschloß der Bakuer Sowjet in genau dieser Phase die Entsendung einer militärischen Expedition gegen Aufständische in Dagestan. Protest und Unruhen in Baku waren die Folge. Die aserbajdschanischen Muslime blieben nicht neutral, sondern solidarisierten sich mit den Aufständischen in Dagestan. Im Ergebnis kam es in Russisch-Aserbajdschan zu ersten ethnisierten Spannungen. Plünderungen durch die Armee trafen besonders aserbajdschanische Wohnviertel. Beschwichtigend versuchten prominente Aserbajdschaner wie Rəsulzadə und Topçubaşı zu vermitteln: den materiellen Schaden zu beheben waren auch sie nicht fähig. Ähnlich wie 1905 forderten muslimische Aserbajdschaner Schutz und Bewaffnung. Selbstverteidigung schien legitim. Eine Lösung – parteiübergreifend und interethnisch – wurde nicht gefunden.

Im Gegenteil: Die Armierung der ethnischen Gruppen war flächendeckend. Die Bolschewiki fanden in „Rotarmisten-Einheiten“ ihren militärischen Verbündeten. Über das „Militärische Revolutionäre Komitee“ waren ab Januar 1918 Waffen und Ausbildung gesichert.

Nicht anders bei Georgiern und Armeniern, die sich durch französisches und britisches Engagement militärtechnisch wohl versorgt sahen.<sup>92</sup>

Die Aserbajdschaner hingegen griffen zur Selbsthilfe. So erzwang das Nationalkomitee Gəncə im Dezember 1917 von den russischen Regimentern 218/219 die Herausgabe ihrer Waffen und – bei Zusicherung ihres Lebens – den Rückzug der russischen Truppen.<sup>93</sup>

Parallel zur Entwicklung in Baku, die immer stärker von den Bolschewiki bestimmt wurde, fanden der georgische, armenische und aserbajdschanische Teil des Südkaukasus zu einem gemeinsamen Handeln. Ziel war ein eigenes nicht-russisches Territorium.

Die Bolschewiki, nach einer Phase der Unterstützung einer kaukasischen Autonomie, stellten sich massiv und nicht ohne Gewaltanwendung<sup>94</sup> gegen ein nichtrussisches Parlament, konnten dieses aber nicht verhindern. Während der Gründungsphase dieses neuen südkaukasischen Parlamentes (*Maverayi Kafkasya Seymi, Sejm*) gab es erste Zusammenstöße zwischen Bolschewiken und georgischen Kampfgruppen.

---

<sup>92</sup> Vgl. Bihl, Wolfdieter: 1992, Bd. II:284f.

<sup>93</sup> Keykurun, Naki: 1964:21ff und 47ff. Vgl. [www.scf.usc.edu/~baguirov/azeri/tomrisbook1.htm](http://www.scf.usc.edu/~baguirov/azeri/tomrisbook1.htm) (Zugriff am 28. Juni 2003)

<sup>94</sup> Die „geistige Brandstiftung“ der Bolschewiken hatte den Lizenzverlust einiger mit ihr sympathisierender Zeitungen zur Folge. Vgl. Hovannisian, Richard G.: 1967:126.

Der *Sejm* als oberstes Verfassungsorgan in „Transkaukasien“ sollte die Aufgaben der „Konstituierenden Versammlung“ übernehmen. Im Februar 1918 trat der *Sejm* zur ersten Sitzung zusammen und definierte sich als ein Organ, dem im machtlosen Rußland die Gründung einer Einheit unabhängiger Staaten als zeitlich begrenzte Aufgabe übertragen wurde.<sup>95</sup> Am 22. April 1918 proklamierte der *Sejm* die Transkaukasische Föderation. Dieser gehörten Armenien, Georgien und – mit Ausnahme des kommunistischen Bakus – Aserbaidschan an.

Flagge Bakus vom 2. Nov. 1917 – 31. Juli 1918



Während außerhalb von Baku der Kaukasus mit dem *Sejm* ein neues Regierungsorgan erhielt, setzte der Sowjet in Baku alle Kraft daran, politische und wirtschaftliche Schlüsselpositionen zu besetzen. Durch die Übernahme der Judikative und der Bildung eigener Justiz-Tribunale wurde das labile Gleichgewicht der Kräfte aufgehoben. Eine politische Zusammenarbeit auf Basis gegenseitiger Übereinkünfte schien nicht mehr möglich, der politische Konsens kippte und wich der ungehinderten Durchsetzung von Gruppeninteressen.

Die aserbaidshische Bevölkerung Bakus – kaum mehr in politischen Entscheidungsgremien der Stadt vertreten – wurde zum Ziel und zum Opfer des ansteigenden Gewaltpotentials.

Anfang März 1918 standen sich bolschewistische Rotarmisten, Kämpfer des Nationalrates der Muslime und des armenischen Nationalrates gegenüber.<sup>96</sup>

Auslöser der nun losbrechenden Kämpfe war die Ankunft der muslimischen „Wilden Division“.<sup>97</sup>

<sup>95</sup> Vgl. Mehmet-Zade, Mirza Bala: 1938:108f.

<sup>96</sup> Zwar verfügten die Aserbaidschaner mit ca. 10.000 Kämpfern über die personelle Mehrheit; jedoch waren sie – schlecht bewaffnet und ebenso schlecht ausgebildet – in den Kämpfen unterlegen. Hinzu kam das teilweise Zusammengehen von Russen und Armeniern.

<sup>97</sup> Die Division spielte schon in der Kornilov-Affäre eine wichtige Rolle. Unter Führung Kornilovs war sie am Marsch auf St. Petersburg beteiligt, um, wie es aus sowjetischer Sicht heißt, „im Lande die Monarchie wiederaufzurichten“. Vgl. Alexandrow, G. F. u.a.: *Geschichte des Bürgerkriegs in der UdSSR*, Bd. 2, 1949:16. Die Beteiligung am Kornilov-Putsch wurde vom Bakuer Rat der muslimischen Gesellschaft verurteilt. Vgl. Swietochowski, Tadeusz: 1985:94.

Einer Entwaffnung der Division, angeordnet durch den Sowjet, wurde heftiger Widerstand entgegengesetzt, mehrere sowjetische Inspektoren dabei getötet. Die Situation eskalierte zunehmend und schlug in bloße, ungesteuerte Gewalt um. Nach zwei Tagen hatten mehrere tausend muslimische Bakuer ihr Leben verloren.

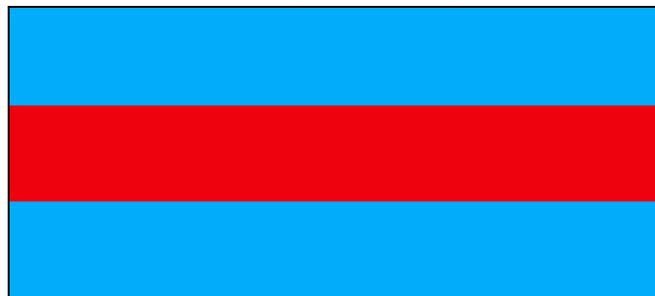
„Der nationale Haß, der auf den Straßen tobte, verschonte niemand. Die Armenier, die dieses Mal siegten, nahmen für 1905 blutigste Rache. [...] Und mitten im Kampfe, in Kellern und Zimmern, die vom Feinde sicher waren, saßen zitternd die Ölbesitzer, Mohammedaner, Armenier, Russen und Juden den Telephonhörer ans Ohr gepreßt und bewachten das schwarze Gold. Ihre bleichen Gesichter glühten im Fieber, im Ölfieber.“<sup>98</sup>

Die Gewalt einzudämmen und die Kontrolle über die Stadt zurückzuerlangen sollte die Aufgabe des von den Bolschewiken hastig gegründeten „Revolutionären Verteidigungskomitees“ (RKV) sein. Diesem standen mit dem Armenier Şaumyan und dem Georgier Caparidsə zwei Bolschewiken und im Falle Nərimanovs ein „Nationalkommunist“ vor. Am 11. April 1918 deklarierte sich das RKV zum höchsten militärpolitischen Organ in Baku, einzig dem Sowjet Reichenschaft schuldig.<sup>99</sup> An seiner politischen Zielrichtung ließ das RKV keinerlei Zweifel.

„In Anbetracht der Tatsache, daß die konterrevolutionäre Partei Musawat dem Sowjet der Arbeiter, Soldaten und Matrosen den Krieg erklärte und damit das Bestehen der Regierung der revolutionären Demokratie bedroht, wird für Baku hiermit der Belagerungszustand ausgerufen.“<sup>100</sup>

Was nun einsetzte wurde als „Bakuer Kommune“ bekannt und entsprach dem Bild, das die Bolschewiki von der „Diktatur des Proletariats“ predigten.

Bakuer Kommune 1. Aug. 1918-15. Sep. 1918



<sup>98</sup> Essad Bey: 1929:89f.

<sup>99</sup> *Izvestija*, 11. April 1918.

<sup>100</sup> Ebd.:221.

### 3. DIE REPUBLIK 1918-20

„[...] sowohl für das Wohl der menschlichen Zivilisation und für das Glück Rußlands als auch zum Nutzen der türkischen Nation, lassen Sie sich uns für die Notwendigkeit entscheiden, daß Rußland in Form einer auf national-territorialer Autonomie basierenden Staatenbundes regiert wird.“<sup>101</sup>

Drei mehr oder minder labile Machtzentren gab es im Frühjahr 1918 im südlichen Kaukasus: Während in Baku die Bolschewiki regierten, steuerte in Tiflis die multiethnische Transkaukasische Föderation ihrem Ende entgegen.<sup>102</sup> Zwei Tage nach deren Auseinanderbrechen gründeten am 28. Mai 1918 in Gəncə die Führer der nationalen aserbajdschanischen Bewegung einen eigenen autonomen Staat – die Aserbajdschanische Demokratische Republik (ADR). Einen Staat, der durch Parlament, Präsident und Flagge eine Selbständigkeit suggerierte, die ihm in der Realität nicht zukam. Nur Dank osmanischer und englischer Unterstützung gelang es der Regierung, nicht nur Baku von der Macht der Bolschewiki zu erlösen und zur Hauptstadt der Republik zu machen, sondern sich annähernd zwei Jahre zu behaupten. Der Führer der Məsavət-Partei, Məmməd Əmin Rəsulzadə, sah in der Republikgründung eine neue Zeit für das aserbajdschanische Volk anbrechen:

„Der Nationalrat von Aserbajdschan, in dem die Partei ‚Məsavət‘ die Mehrheit besaß, proklamierte am 28. Mai 1918 die Unabhängigkeit der nationalen Republik Aserbajdschan, wodurch der 116 Jahre dauernden Fremdherrschaft der Russen ein Ende gemacht wurde.“<sup>103</sup>

Erster Premierminister des Staates wurde Fətəli Xan Xoyski.<sup>104</sup>

Der militärische Rückhalt der jungen Republik wurde durch einen osmanisch-aserbajdschanischen Freundschaftsvertrag gesichert. Dieser in Batum unterzeichnete Vertrag versprach der aserbajdschanischen Regierung Militärhilfe, Sicherheitsgarantien und Unterstützung gegen bewaffnete armenische Milizen in Berg-Karabach.<sup>105</sup> Damit baute das Osmanische Reich seine Vormachtstellung im Süd-Kaukasus weiter aus.

<sup>101</sup> Rəsulzadə, Məmməd Ə.: 1990:XIV.

<sup>102</sup> Am 26. Mai 1918 erklärte Georgien seinen Austritt aus der Föderation. Ohne Georgien sahen auch Aserbajdschan und Armenien keine gemeinsame Zukunft in der Föderation.

<sup>103</sup> Rəsulzadə, Məmməd Ə.: 1938:29.

<sup>104</sup> Xan Xoyski (1875-1920).

<sup>105</sup> Vgl. NO, 2 (1918) 11/12: 537f. Ähnliche Freundschaftsverträge wurden auch mit den anderen kaukasischen Regionen, etwa Georgien und Armenien abgeschlossen.

Für diejenigen osmanischen Kreise, die sich auf dem Weg zu einem turanischen Reich sahen, gab es Mitte 1918 Hoffnung: Die „armenische Frage“ war in den Jahren des I. Weltkrieges auf tödliche Weise gelöst worden – der direkte Weg in den Kaukasus und weiter nach Zentralasien schien den Jungtürken nicht mehr durch eine ethnische Barriere versperrt. Nun galt es, Aserbaidschan als Sprungbrett nach Zentralasien zu nutzen und zu festigen. Da auch die russische Kaukasus-Front brach, waren die osmanischen Truppen bereit, nicht nur militärische Hilfe bei der Befreiung Bakus zu leisten, sondern sich auch Iranisch-Aserbaidschan zuzuwenden.

Nicht allen politischen Führern in Aserbaidschan war die osmanische Einmischung recht. Hier offenbarte sich einmal mehr das Fehlen eines über den unmittelbaren Machtwechsel hinausgehenden Konsens. Hümmätisten und „Block“-isten (Muslimisch-Sozialistischer Block) wandten sich gegen eine osmanische Dominanz und gefährdeten mit ihrer Protesthaltung, die sie zum Verlassen des Nationalrates führte, die labile nationale Einheit.<sup>106</sup>

Der Zwang zur Kooperation veranlaßte Premier Xoyski zu einer ersten Kabinettsumbildung. Am 17. Juni 1918 nahm das II. Kabinett seine Arbeit auf. Starker osmanischer Präsenz war es geschuldet, daß politische und sozioökonomische Entwicklungen zurückgenommen werden mußten. Die Landreform wurde eingestellt, Gewerkschaftsarbeit behindert.<sup>107</sup> Nach der russischen Macht sahen sich die aserbaidchanischen Nationalisten nunmehr der osmanischen gegenüber. Wenn auch in vielem einer Meinung, gingen sie – allen voran Məmməd Əmin Rəsulzadə – nicht mit einer angestrebten „Osmanisierung“ konform.

Eher stärkte die permanente äußere Intervention des Osmanischen Reiches den inneren, den aserbaidchanischen Nationalismus.

Die osmanische Seite versuchte daher einiges, um die Protagonisten des aserbaidchanischen Nationalismus in ihren Aktivitäten aufzuhalten. So hielt eine von osmanischer Seite ausgesprochene „Einladung“ die Führer der Nationalisten, unter ihnen Rəsulzadə, mehrere Monate in Istanbul fest.

---

<sup>106</sup> Mehmet-Zade, Mirza Bala: 1938:143.

<sup>107</sup> Nur wenige Jahre später, im Rausch der sowjetischen Kollektivierungsprozesse, kam erneut eine Landreform auf die aserbaidchanischen Bauern und Ağas zu, diesmal jedoch mit einer „Effizienz“, die für viele mit tragischer Vertreibung und Tod einherging. Vgl. Baberowski, Jörg: Entweder für den Sozialismus oder nach Archangel'sk! Stalinismus als Feldzug gegen das Fremde, in: *Osteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*, 50 (2000) 6, S.617-637.

Vorerst war eine politische Neutralisierung der nationalistischen Kräfte sichergestellt. Panturkisten wie die Aserbajdschaner Hüsəynzadə und Ağayev unterstützten in Aufrufen die „türkische Einheit“. Aserbajdschan sei, so Hüsəynzadə, „nichts anderes als eine Türkei en miniature“.<sup>108</sup>

---

<sup>108</sup> Dazu auch: Kazemzadeh, Firuz: 1951, S. 128-46; Kaspj, 08. Nov. 1918.

### 3.1. DESASTER UND MÄRTYRER

Noch war die ADR ein „Körper ohne Kopf“, ein Staat ohne Hauptstadt. Baku war fest in den Händen des kommunistischen Sowjets. Die Eroberung Bakus war demnach die militärische Parole, mit der die aserbaidtschanische Autonomie einerseits und die osmanische Herrschaft andererseits gefestigt werden sollte. Gleichzeitig breiteten die osmanischen Truppen unter Enver Pascha die Expansion nach Iranisch-Aserbaidtschan vor.

Bevor die „Armee des Islam“ unter Nuri Pascha, der sein Hauptquartier im Mai 1918 in Gəncə aufgeschlagen hatte, ihren Fuß auf Bakuer Boden setzen konnten, lieferte sie der bolschewistischen Kommune ein desaströses militärisches Vorspiel.<sup>109</sup> Lenin sah in diesem, wenn auch mißlungenen, Vormarsch eine derartige Gefahr für die kommunistische Regierung, daß er den Volkskommissaren die Zerstörung Bakus nahelegte:

„[...] that he<sup>110</sup> should prepare everything to burn Baku to the ground, in the event of an attack, and that he should announce this in the Baku press“.<sup>111</sup>

Mit der „Armee des Islam“ vor den Toren Bakus, erbat der bedrängte Sowjet die Unterstützung englischer Truppen unter General Stokes. Dieser rückte zwar aus dem iranischen Anzali (Enseli) an und schlug am 4. August die Islamarmee zurück; aber selbst eine weitere Verstärkung der Truppen durch General Dunsterville verlängerte nur die bolschewistische Agonie Bakus.

Mit der zweiten Eroberungswelle, die um Baku brandete, waren die osmanischen Truppen und die Islamarmee erfolgreicher. Am 15. September 1918 konnte die aserbaidtschanische Regierung ihren Sitz in Baku aufschlagen.<sup>112</sup>

---

<sup>109</sup> Der erste Angriff auf Baku (31. Juli 1918) durch die im Juni gebildete kaukasische Islamarmee unter Nuri Pascha, einem Halbbruder Envers, endete fünf Tage später mit einer Niederlage. Trotz dieses Erfolges suchten die bolschewistischen Machthaber dringend Verbündete. Die Vergabe von Erdölrechten sollte sowohl Deutschland als auch Großbritannien geneigt machen zum Eingreifen. Vgl. Jäschke, Gotthard: Republik Aserbaidtschan, in: *WI*, 23 (1941) 1/2, S.55-69; Kazemzadeh, Firuz: 1951, S.128-146; Suny, Ronald G.: 1972, S.259-324.

<sup>110</sup> Gemeint war Saak Mirzojevič Ter-Gabrielyan (1886-1937), Mitglied der Führung der Zentralen Öl-Administration und Bolschewik.

<sup>111</sup> Pipes, Richard (Hsg.): *The Unknown Lenin. From the Secret Archive*, 1996:46.

<sup>112</sup> Einen Tag vor der Machtübernahme begann mit der Flucht der 26 Volkskommissare über das Kaspische Meer eine kommunistische Legendenbildung, die bis in die Gegenwart am Leben erhalten wurde. Die kommunistischen Führer, die nach einem ersten mißglückten Fluchtversuch seit dem 13. August gefangengehalten worden waren, flohen vor den nationalen Truppen aus Baku nach Krasnowodsk, einem Städtchen am östlichen Kaspi-Ufer. Vgl. Kazemzadeh, Firuz: 1951:144ff.

Es war jedoch nicht die militärische Übernahme der Stadt selbst, die den Machtwechsel so sehr in die Herzen der Menschen einbrannte, sondern die zehntausend Menschen, die den antiarmenischen Pogromen zum Opfer fielen.<sup>113</sup> In der aserbajdschanischen Presse wurden die Pogrome als „natürliche Folge der Märztragödie“ heruntergespielt.<sup>114</sup>

Mit dem Einzug der islamischen Truppen kam die aserbajdschanische Regierung unter Xan Xoyski von Gəncə nach Baku. Nur wenige Wochen sollten der Regierung Xoyski bleiben, um einen aserbajdschanischen Staat zu errichten. Erst einmal aber stellte die Eroberung Bakus einen Etappensieg der aserbajdschanischen Nationalisten dar.<sup>115</sup>

Auch für die osmanische Regierung sollte die Eroberung Bakus den Höhepunkt ihrer „Ost-Kampagne“ bilden. Denn schon bahnten sich dunkle Wolken ihren Weg nach Osten: Die angespannte Lebensmittelsituation in der Türkei und militärische Niederlagen auf dem Balkan und in Syrien ließen den Traum von Turan im Nebel des Ersten Weltkrieges zerplatzen.<sup>116</sup> Das Kaukasusprotokoll von Berlin am 23. September 1918 legte die Anerkennung Aserbajdschans und Armeniens als souveräne Staaten fest. Einerseits ein Erfolg der Nationalisten in den jeweiligen Ländern, andererseits aber auch ein klares Zeichen für die osmanische Regierung. Die Grenzziehung zerstörte alle gen Osten gerichteten Ambitionen, durfte aber auch als eine Art befristeter territorialer Bestandssicherung des Osmanischen Reiches gelten. Der unfreiwillige Rückzug der osmanischen Truppen Richtung Istanbul ab dem 2. Oktober gab sowohl Briten als auch Russen den Weg frei, ihre Einflußsphären auszudehnen.<sup>117</sup>

---

<sup>113</sup> Von bis zu 30.000 Opfer ist an anderer Stelle die Rede (ZK der RKP). Ebd.: 143f.

<sup>114</sup> *Azərbaycan*, 19. Sept. 1918.

<sup>115</sup> Die letzten noch in Aserbajdschan stationierten russischen Truppen verließen im Frühjahr 1919 das Land. Im Lenkoraner Bezirk, mitten in der Mugan-Steppe und südlich von Baku, blieb die russische Präsenz unerschütterlich. Noch im April 1919 sprachen die Bolschewiki von einem sowjetischen Lenkoran. Erst mit massiver Unterstützung englischer Truppen und einer Offensive des Weißgardisten-Generals Denikin konnten Nachschublieferungen unterbrochen werden. Aber erst im Juni evakuierten sich die verbleibenden Truppenteile.

<sup>116</sup> Am 30. September 1918 mußte das Osmanische Reich den Verlust Bulgariens eingestehen. Und nur wenige Tage später, am 9. Oktober, fiel die jungtürkische Regierung entmachteter auseinander. Dem neuen Kabinett von Almed İzzet Pascha (1864-1937) kam es zu, dem Waffenstillstand von Mudros (30. Oktober) zuzustimmen. Das Osmanische Reich gehörte der Vergangenheit an und die Großmächte begannen sich um das Erbe zu streiten.

<sup>117</sup> Mit Bedacht jedoch wählten die osmanischen Offiziere und Soldaten eine Option, um sich „Turan“ offenzuhalten. Viele von ihnen ließen die Möglichkeit, sich den aserbajdschanischen Truppen anzuschließen, nicht ungenutzt. Vgl. Mirza Bala, Mehmet-Zade: 1938:149f.

## 3.2. SELBSTBEWUßTSEIN UND KONSOLIDIERUNG

Der Rückzug der Osmanen 1918 läßt die Aserbaidshanische Demokratische Republik in eine neue, zweite Phase eintreten.

Am 14. November 1918 wurde Baku zur britischen Zone. General Thomson, Chef der britischen Streitkräfte in Nordpersien, landete mit einem weiteren Expeditionskorps von Enseli kommend in Baku. Ihm war – weit vor einer aserbaidshanischen Einheit oder einem aserbaidshanischen Staat – an britischer Präsenz in der Region gelegen. Eine Anerkennung des Staates Aserbaidshan durch die britische Regierung stand für ihn außer Frage und wurde kategorisch abgelehnt.<sup>118</sup> Regiert wurde mit „eiserner Hand“.

Proklamation General Thomsons<sup>119</sup>

П-26-12

## ПРОКЛАМАЦІЯ

**Вступая въ Баку, въ качествѣ представителя союзныхъ державъ, объявляю во всеобщее свѣдѣніе нижеслѣдующее:**

Отъ имени союзниковъ, Баку занимаетъ Великобританскими войсками. Меня сопровождаютъ представители Франціи и Соединенныхъ Штатовъ, и мы здѣсь находимся съ вѣдомъ и волею согласія Нового Русскаго Правительства. На занятіи нами Баку Турціей дано согласіе въ заключенной ею перемиріи.

Въ моментъ торжества, мы не забываемъ великихъ услугъ, оказанныхъ русскимъ народомъ дѣлу союзниковъ въ первые годы мирной войны. Союзники не могутъ возвратиться къ себѣ домой прежде чѣмъ они восстановятъ порядокъ въ Россіи и доставятъ ей возможность занять свое мѣсто въ ряду другихъ народностей міра.

Но Кавказъ еще не свободенъ, и въ дѣлѣ — ввести успокоеніе въ Бакинскомъ районѣ. Существующее разлаганіе является вслѣдствіе работъ нашихъ враговъ. Ни въ Германіи, ни въ Турціи нѣтъ народаго правительства. Поддерживая республиканскія стремленія въ другихъ странахъ, они преслѣдуютъ свои собственныя цѣли и игнорируютъ интересы народаго.

Не можетъ быть вопросъ о томъ, что союзники не должны имѣть оставитъ за собою ни одной пяди русскаго территоріи. Въ этомъ они торжественно обязались передъ русскимъ народомъ.

Равнымъ образомъ, внутреннее управленіе страной или любой частью ея—дѣло исключительно русскаго народа, въ которое союзники ни въ какомъ случаѣ вмешиваться не будутъ. Мы приходимъ къ вамъ съ одного лишь цѣлю: водворить порядокъ, удалить германскіе и турецкіе центры броженія, препятствующіе установленію законности и порядка. Наши отношенія къ всѣмъ народностямъ и всѣмъ въроисповѣданіямъ будутъ совершенно одинаковы. Мною будутъ временно уч-

реждены мѣстныя и городовыя администраціи, причемъ наши старанія будутъ всецѣло обращены на восстановленіе закона и порядка. Въ этомъ дѣлѣ я съ увѣренностію надѣюсь на поддержку сознательнаго большинства гражданъ, предлагаю имъ возвратиться къ своимъ обязанностямъ и возложить свой долгъ какъ гражданъ для поддержанія общественнаго порядка. Съ своей стороны, издаваемые мною приказы будутъ какъ можно менѣе обременительны для населенія и рассчитаны на торговлю и промышленность.

Полагаюсь на содѣйствіе всѣхъ умѣренныхъ и сознательныхъ гражданъ г.р. Баку, я надѣюсь легко и быстро совладать съ возложенной на меня и на искренныя мнѣ войска задачей, дабы мы могли скорѣе возвратиться къ себѣ на родину, въ сознаниіи того, что мы помогли Россіи возобновиться и встать свободна надъ общими плечами врагамъ.

Немедленно вводятся нижеслѣдующія необходимыя мѣры:

1. Лица прокламирующія въ городѣ, и находящіеся вслѣдствіи этого подъ охраной войска, обязаны сдать властямъ всѣ имѣющіеся у нихъ винтовки и револьверы, въ мѣста и сроки, о которыхъ будетъ объявлено своевременно.
2. За выдачу властямъ турецкихъ или германскихъ подданныхъ, оказавшихся въ районѣ города послѣ очисти такового турецкими войсками, будетъ выдана награда.
3. Въ городѣ вводится Военное Положеніе, которое остается въ силѣ до того момента когда гражданская власть окажется настолько сильной, чтобы освободить войска отъ отвѣтственности за поддержаніе общественнаго порядка.

**В. М. ТОМСОНЪ**  
Генераль-Майоръ Командующій Великобританскими войсками въ Сѣверо-Восточной Азіи

<sup>118</sup> Vgl. Mehmet-Zade, Mirza-Bala: 1938:150.

<sup>119</sup> GAPPOD, fond 276, opis' 7, delo 258.

Mit dem Truppeneinzug verband Thomson die Forderung nach einem sofortigen Rückzug der osmanischen Kräfte. Sieben Tage gab er den Osmanen für das Verlassen Bakus, ganze vier Wochen, um die Kaukasus-Region zu räumen.<sup>120</sup> Wieder einmal fanden sich Aserbaidshaner, russische wie iranische, unter einer Fremdherrschaft vereint – jedoch unter veränderten Vorzeichen: General Thomson, der seine natürlichen Verbündeten in den von der Roten Armee gejagten „Weißgardisten“ sah, hatte weder für die Bolschewiki, noch für die aserbaidshanischen Nationalisten Unterstützung übrig. Allein Interessensicherung und Machterhalt bestimmten die englische Kaukasuspolitik.

„Yet some of the Britons who had served in India favored creation of a large Shi'ite Muslim state that would buffer British possessions from both Bolshevik Russia and Sunni Turkey. One such Briton was General Thomson, who had succeeded Dunsford as the commander of the British North Persian Force.“<sup>121</sup>

Indem die Bevölkerung entwaffnet und das Kriegsrecht verhängt wurde sowie die Kontrolle der Ölfelder auf die Engländer überging, griff Thomsons Politik hart in das politische Leben der ADR ein.<sup>122</sup> Staatliche Insignien der neuen Republik, wie die Flagge, wurden aus dem öffentlichen Leben verbannt. Indes sah Thomson für die Zukunft in der Regierung Xoyski die einzige wirklich funktionierende Ordnungsmacht in Aserbaidshen.<sup>123</sup>

Zwar lebten in Baku nach der Flucht der Bolschewiki 1918 Handel und Industrie wieder auf. Dort wo die Kommunisten mit ihrer programmatischen Verstaatlichung begonnen hatten, wurde diese rückgängig gemacht. Reprivatisierung war eines der unmittelbaren Ziele der Müsavatisten.<sup>124</sup> Diese mißachteten jedoch Errungenschaften wie die Mitspracherechte der Arbeiterschaft in den neugeschaffenen Fabrikkomitees, die mit den Kommunisten Einzug gehalten hatten und für deren Bestand die Arbeiter kämpften und gewannen.<sup>125</sup>

<sup>120</sup> Ebd.:149. Vgl. Jäschke, Gotthard: *WI*, 23 (1941) 1/2:60.

<sup>121</sup> Swietochowski, Tadeusz: 1995:75.

<sup>122</sup> In dem offenen Territorialstreit um Berg-Karabach jedoch unterstützte Thomson die Müsavat-Positionen. Durch das Einsetzen des (Ultra-) Nationalisten Dr. Sultanov als Gouverneur von Karabach sprach er diese Enklave am 15. Januar 1919 den Aserbaidshanern zu. Die Region Nachitschevan fiel an die Armenier. Vgl. ebd.: *WI* 23 (1941) 1/2, S.60f.

<sup>123</sup> Vgl. Swietochowski, Tadeusz: 1995:75.

<sup>124</sup> Vgl. *Kaspij*, Nr. 101, 13. Nov. 1918; *Azerbaijan*, 7.Okt. 1918.

<sup>125</sup> Die britische Militärführung unter General Thomson sah sich im Dezember 1918 mit einem von der Müsavat-Partei unterstützten Arbeiterstreik konfrontiert. Diese versprach sich dadurch eine höhere politische Akzeptanz als Regierungspartei. Zwar wurde der Streik ein Erfolg, der mit der Anerkennung der Forderungen (Tarifverträge, Streik- und Versammlungsrecht ...) endete, die politische Wirkung blieb jedoch auf Baku begrenzt. Vgl. *Kaspij*, 28. Dez. 1918.

Der proletarische Erfolg und auch die wirtschaftliche Verbesserung während der ersten Regierungsmonate der Müsavat-Partei blieben ein von Niedriglohn und Inflation überschattetes Zwischenspiel. Und auch die Rekordernte 1919 gab nur einem begrenzten Optimismus Raum, war doch die Requirierungspraxis der Truppenverbände dafür verantwortlich, daß Bauern ihre Produkte zurückhielten und dadurch – gerade im städtischen Raum – eine Warenknappheit erzeugten, deren Folge weitere Preisanstiege waren.<sup>126</sup>

Dieser wurde noch verstärkt durch einen Kollaps des bedeutendsten Industriebereiches Aserbaidshans: der Ölindustrie. Eine mittlerweile veraltete und kostenintensive Förderung und Verarbeitung von Öl, das zudem noch durch russische, iranische oder türkische Krisengebiete transportiert werden wollte, konnte den international stark fallenden Ölpreisen nicht folgen. Bakuer Öl war nicht mehr wettbewerbsfähig. Um das auf Öl für Industrie und Verkehr angewiesene Rußland in seiner kommunistischen Schlagkraft zu vernichten, unterbrachen die Briten den lebenswichtigen Export von Öl aus Baku.

Nicht nur Rußland wurde dadurch getroffen, auch die kaspischen Ölproduzenten, die ihre Produktion auf ein Minimum reduzieren mußten.<sup>127</sup> Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und soziale Unzufriedenheit, die einen reichen Nährboden für die politische Agitation der Bolschewiken abgaben.

In diesem Spannungsgefüge von ausländischen Großmachtambitionen, nationaler Selbstbehauptung und kommunistischer Propaganda setzten die aserbaidshanschen Nationalisten ihren Weg zu einem freien und souveränen Aserbaidshans fort.

Am 7. Dezember 1918 tagte das aserbaidshansche Parlament erstmalig in Baku. Məmməd Əmin Rəsulzadə fand zu diesem Anlaß folgende selbstbewußten und eher symbolischen Worte, die nach über 70 Jahren erneut das Repertoire (süd-) aserbaidshanscher Nationalisten schmückt.

„Die einmal gehißte Flagge wird nicht wieder eingezogen werden.“<sup>128</sup>

---

<sup>126</sup> Im Januar 1919 betrug der Reallohn gerade einmal ein Fünftel dessen, was vor dem I. Weltkrieg im Durchschnitt verdient wurde. Vgl. Baberowski, Jörg: 2003, S. 163-182.

<sup>127</sup> Von den 28.4 Millionen pud im Januar 1918 ging die Produktion auf 16.8 Mill. pud im Mai zurück. Insgesamt sank die Produktion 1918 auf das Niveau von 1890; in den kommenden Monaten wurde selbst dieses Niveau nur noch zu 50% erreicht. Der Weltanteil aserbaidshanschen Öls sank von 19.3% (1912) auf gerade mal 3.66% im Jahr 1920. Vgl. Mautner, Wilhelm: Der Kampf um und gegen das russische Erdöl, 1929:4ff. Und nicht nur das: Nach Überschreiten der Lagerkapazitäten wurde Erdöl zu großen Mengen in das Kaspische Meer eingeleitet.

<sup>128</sup> Rəsulzadə, Məmməd Ə.: 1922 (1990):57.

In das aserbaidische Parlament, dem nach einem repräsentativen Schlüssel auch armenische, georgische, russische, deutsche Abgeordnete angehörten, waren 120 Mitglieder gewählt. Der Verteilung nach lag die Mūsavat-Partei mit 38 Abgeordneten an der Spitze.<sup>129</sup>

Nach dieser Zusammensetzung zählten mehr als zwei Drittel der Abgeordneten zu den Nationalisten. Dem angestrebten Postulat, Aserbaidische im ethnischen Sinne als eine „türkische“ Republik zu führen, kamen die Nationalisten zumindest mit der Parlamentsverteilung recht nahe. In der Realität war eine solche „kaukasisch-türkische Republik“ nicht durchsetzbar.

Zum einen definierte sich die Mehrheit der Bevölkerung noch immer eher über den islamischen Glauben und die Umma, als über das theoretische und empfindungsferne Konstrukt der Nation.

Zum anderen blieben Projekte, die eine national-aserbaidische Identität fördern sollten, zum Scheitern verurteilt. Die Einführung des „Aserbaidischen“ (Azeri) als einzige offizielle Amtssprache war ein solches Projekt; es existierte jedoch nur auf dem Papier. Selbst das „offizielle“ Blatt der Regierung *Azerbaycan* bediente sich des Russischen. Und führende Politiker, oftmals geprägt durch russische Schulen und Behördenkarrieren, konnten nicht auf die Sprache der Fremden, auf die Kolonialsprache verzichten. Russisch blieb *Lingua franca*. Xan Xoyski hob diesen Malus in das Licht der Öffentlichkeit:

„Sie sehen, zu welch traurigen Resultaten uns die Unkenntnis der Heimatsprache geführt hat, wenn es mir nur mit Schwierigkeiten gelingt, mich ihnen verständlich zu machen.“<sup>130</sup>

So ist es nicht verwunderlich, daß eines der bedeutendsten Bildungsprojekte die Eröffnung der Universität Baku war. Von annähernd 1000 Studenten, davon etwa ein Viertel Muslime, wurden die beiden Fakultäten, die historisch-philologische und die medizinische Fakultät, am 1. September 1919 in Besitz genommen.

---

<sup>129</sup> Es folgten İttihad (13), Sozialisten (13), Liberale Partei (5), Unabhängige (8), Daschnakzutiun (6), Armenier (5) und Andere (5). Zahlen nach Swietochowski, Tadeusz: 1995:77. Nach Mehmet-Zade, Mirza Bala (1938:155) war die Verteilung folgende: Mūsavat:32, mit der Mūsavat kooperierende Unabhängige Demokratische Gruppe:7, İttihad:11, Ahrar:10, Müstəqil (Unabhängige):4, Armenier:10, Russen:5, andere Nationen:5. Die meisten der armenischen Abgeordneten boykottierten allerdings das Parlament.

<sup>130</sup> *Azerbaycan*, 25. Dez. 1918.

Jedoch: aserbajdschanische Lehrkräfte und Lehrmaterialien waren rar. So dienten russische Lehrbücher russischen Professoren dazu, den Studenten in russischer Sprache Wissen zu vermitteln.

Der „Russifizierung“ einer ja eigentlich aserbajdschanischen Intelligenz wurde damit weiterer Vorschub geleistet. Ein Dekret vom Sommer 1918 legte zwar den aserbajdschanischsprachigen Schulunterricht fest, es fehlte jedoch an geeignetem Lehrpersonal.<sup>131</sup>

Unabhängig von der „Nationalisierung“ des Landes investierten die Regierung und ihre Institutionen Zeit und Mühe in die Verwaltung des Landes. Hierbei jedoch mußte auf die zaristische Nomenklatura zurückgegriffen werden, auch wenn sich diese zum Teil weiter in den Bahnen russischer Machtpräsenz bewegte. Eine Übergangsfrist von zwei Jahren sollte unter den Bediensteten der Regierung das Erlernen des Azeri erzwingen; in der Praxis aber waren Restriktionen und Entlassungen, schon aufgrund der knappen Personaldecke, nicht durchsetzbar.

---

<sup>131</sup> Hierzu wurden Lehrer aus der Türkei eingeladen und spezielle Lehrer-Fortbildungskurse (ab September 1919) eröffnet. Vgl. GA-AR, Fond 51/ opis' 1/ delo 7, 11. 31-33, zitiert nach : Babrowski, Jörg: 2003:154; Vgl. Swietochowski, Tadeusz: 1985:149f.

### 3.3. DIE ARMEE: GARANT DER REPUBLIK UND DES BÜRGERKRIEGES

Ein für eine souveräne Republik – und als solche definierte sich die ADR – wichtiger Aspekt war die Demonstration militärischer Stärke und das Vermögen zur Sicherung des Landes. Nicht nur für das Eigenverständnis des Staates, auch für die Außenwirkung war die Demonstration eines bewehrten Staates von Bedeutung. Es galt daher, eine selbständige Armee zu bilden, die nationalstaatlichen Ansprüchen Geltung zu verschaffen im Stande war. Das Ziel sollte eine reguläre Armee Wehrdienstleistender sein.

Der Nukleus der nationalen Streitkräfte – türkisch-osmanische Offiziere und zurückgebliebene Angehörige der „Wilden Division“ – war jedoch alles andere als zum Träger nationaler Ideologie geeignet. Um einen aserbajdschanischen Nationalismus auch in der Armee und bei den muslimischen Kämpfern durchzusetzen, verpflichtete man daher junge Intellektuelle zum Dienst in den Truppenteilen.

So konstatierte das Zeitungsblatt *Azerbaycan* im November 1918 voller Euphorie „den Wunsch der jungen *intelligencija*, in das Militär einzutreten“.<sup>132</sup>

Von dem Ziel, im Jahr 1920 etwa 40.000 ausgebildete Soldaten zur Verteidigung der Nation unter Waffen zu haben, blieben Regierung und Müsavat-Partei weit entfernt. Da weder Geburtsregister noch Einberufungslisten o.ä. existierten, die Offiziersausbildung schleppend verlief und die Truppenteile sich immer stärker in lokalen Machtkämpfen und Pogromen verloren, blieb die starke nationale Armee eine papierne Fiktion. Das Kriegsministerium griff daher zu drastischen Maßnahmen, um Soldaten zu rekrutieren und in der Truppe zu halten. Muslimische Bauern wurden zum Militärdienst gezwungen und die Armee ging zeitweise mit Waffengewalt gegen Dörfer vor, um junge Soldaten zu pressen. Von einer ideologischen Identifikation mit dem Nationalstaat Aserbajdschan konnte daher kaum die Rede sein. Gerade während der Erntezeit oder des Viehtriebs war Desertion ein alltägliches Problem.<sup>133</sup> Nərimanov berichtete im September 1919 der Parteizentrale in Moskau vom desolaten Zustand des Militärs.

---

<sup>132</sup> *Azerbaycan*, 7. Nov. 1918.

<sup>133</sup> Deserteure, die oftmals nicht in ihre Dörfer oder Familien flüchteten, sondern als marodierende Banden auf eigene Rechnung agierten und zur Destabilisierung der Region beitrugen. Vgl. *IsAz*, Bd. III, Teil 1:210. Demnach blieb Mitte April in vielen Regimentern nicht einmal mehr die Hälfte der Soldaten zurück. Im 5. Bakuer Regiment waren es von 1.000 Soldaten 300; im 4. Kubinsker Regiment 400; im 1. Konner Regiment 380; 2. Karabach-Konner Regiment 200 ...

„Die neuen Offiziere taugen überhaupt nichts. Die Armee, ihre Organisation, ihre Statuten und alles weitere sind eine genaue Kopie der Nikolai-Armee. [...] Die Ausbildung ist abstumpfend und die Ergebnisse sind unbedeutend.“<sup>134</sup>

Kriegsminister Mehmandarov<sup>135</sup> stand Anfang des Jahres 1920 einem Heer von 30.000 schlecht ausgerüsteten und demotivierten Hungernden vor. Die Loyalität der russischen Soldaten, Matrosen und Offiziere ließ in dem Maße nach, wie Hunger und Chaos sich auszubreiten begannen. Und auch die muslimischen Offiziere, von denen nicht wenige sich der Hümmeät-Partei anschlossen, flohen der Fahne, der sie geschworen hatten.<sup>136</sup>

---

<sup>134</sup> Nərimanov, Nəriman: Ausgewählte Werke, 1989, Bd. 2:225.

<sup>135</sup> Mehmandarov, Səmədbəy (1857-1931).

<sup>136</sup> Ebd.:225. Allein die Karabach-Armee hatte im Frühjahr 1920 annähernd 3.500 Deserteure zu verkraften.

### 3.4. ISOLATION UND BÜRGERKRIEG – ASERBAIDSCHAN WIRD GEOPFERT

Die Nachkriegsordnung in Europa – festgeschrieben im Versailler Vertrag der Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919 – beeinflusste nachhaltig das internationale Engagement im südlichen Kaukasus und in Persien. Die Interessenlage hatte sich geändert: Türkische Truppen unter Kemal Pascha standen in ihrem nationalen Befreiungskampf gegen die Alliierten. Rußlands Kommunisten und die Rote Armee standen im Bürgerkrieg mit den Weißgardisten. Persien – die dritte Regionalmacht – folgte dem Diktat Großbritanniens.

Die Hoffnungen der aserbajdschanischen Delegation unter Führung von Əli Topçubaşı, die europäischen Mächte auf der Friedenskonferenz zur völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Aserbajdschan zu bewegen, erfüllten sich nicht.

Scheinbar, so berichtete Topçubaşı, gingen die Europäer der Frage nach einer aserbajdschanischen Souveränität bewußt aus dem Wege.<sup>137</sup> Deutliches Zeichen dieses politischen Desinteresses war der Abzug der englischen Truppen aus Baku im August 1919. Die Müsavatisten verloren damit einen – wenn auch schwierigen und auf eigene Interesse bedachten – Garanten politischer und militärischer Stabilität. Die Gefahr eines erneuten bolschewistischen Regimes rückte näher und der Weg nach Baku war nur noch versperrt durch die Weißgardisten unter General Denikin.<sup>138</sup>

Von den Befreiungskämpfern und Reformern aus der Türkei hingegen ließ eine Unterstützung des aserbajdschanischen Staates auf sich warten. Nicht ohne Grund: Den einzigen Verbündeten, den die Türkei im Kampf gegen das alliierte Militär ringsum sah, fand es in Rußland. Dessen Interessen an der Rückeroberung des südlichen Kaukasus wollte man von türkischer Seite nicht im Wege stehen. Obzwar Kemalisten und Müsavatisten in wesentlichen Punkten übereinstimmten, wurde Sowjetrußland zum ungleich wichtigeren Partner der türkischen Kemalisten. Die aserbajdschanischen Ambitionen mußten geradezu ins Leere laufen.

---

<sup>137</sup> Vgl. Bor'ba za pobedu sovjetskoj vlasti v Azerbajdžane 1918-1920, 1967:286.

<sup>138</sup> Zwar bedrohte auch dieser die Selbständigkeit Aserbajdschans, hatte sich jedoch vor allem dem Druck der von Dagestan aus anrückenden Roten Armee zu erwehren. Der Sieg über Denikin – und damit der Verlust des einzigen antirussischen „Schutzwalls“ – war auch der Schlüssel zum Sieg über die aserbajdschanischen Nationalisten. Vgl. Kenez, Peter: *Civil War in South Russia*, 1977, S. 203-212; Katzer, Nikolaus: 1999, S. 399-423.

Einem ersten sowjetischen Schritt – die militärische Unterdrückung Armeniens durch bolschewistische Truppen 1920 – wurde schon aus Gründen der eigenen antiarmenischen Geschichte keine Stolpersteine in den Weg gelegt.<sup>139</sup>

In türkisch-sowjetischen Verhandlungen im Dezember 1919 über eine Zusammenarbeit legten Rußland und die Türkei den Grundstein für die Sowjetisierung Aserbaidschans.<sup>140</sup>

Dem konnte die nationale Regierung Aserbaidschans weder auf ökonomischem noch auf politischem Gebiet ein fundiertes und realistisches Programm entgegensetzen. Aber nur damit wäre der wirtschaftlichen und ethnischen Katastrophe in den ländlichen Gebieten beizukommen gewesen. Die von den Müsavatisten propagierte Landreform, welche die zaristische Reformen von 1870 und 1913 erweitern bzw. umsetzen sollte, blieb eine Worthülse.<sup>141</sup>

Fehlende Rechtstitel auf Grund und Boden boten in den oftmals ethnisch gemischten Gebieten Anlaß für Pogrome, bei denen sich die Interessen- und ethnischen Gruppen todbringende Verteilungskämpfe lieferten.

Eine Kontrolle der Provinzen oder gar deren militärische Sicherung durch Regierung und Müsavat-Partei blieb aus.<sup>142</sup>

Der parlamentarische Rückzug aus der Landreform im Oktober 1919 war ein Offenbarungseid der Müsavatisten und für die politische Bindung der ländlichen Bevölkerung an den vielbeschworenen Nationalstaat der Todesstoß. Das einzige für die Einbindung der Bauern zur Verfügung stehende Mittel – die Landverteilung – gaben die Müsavatisten aus der Hand.

Der Kampf der kaukasischen Nationalisten führte die Völker gegeneinander. Die „Territorialisierung der Ethnien“ hatte zur Folge, daß es allein während der Unabhängigkeit Aserbaidschans Hunderttausende Tote gab. Opfer wie Täter fanden sich auf beiden Seiten und waren sowohl Armenier als auch Aserbaidchaner.

---

<sup>139</sup> Die türkischen Truppen agierten v.a. in armenischen Gebieten, jedoch nicht zur Unterstützung der aserbaidchanischen Regierung sondern Sowjetrußlands. Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:178.

<sup>140</sup> Vgl. Jäschke, Gotthard: *WI* 23/1941:66; Mehmet-Zade, Mirza Bala: 1938:187.

<sup>141</sup> Ein Dekret vom 7. Juli 1913 sah die Aufteilung der Böden vor. Das Dekret wurde durch den Ausbruch des I. Weltkrieges nicht umgesetzt. Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:175f.

<sup>142</sup> Vgl. ebd.: 2003:175f. Erschwert wurde die Lage durch die anhaltende Requirierungspraxis der Armee: sowohl türkische als auch aserbaidchanische oder armenische Truppen – ganz zu schweigen von den unzähligen Räuberbanden – nahmen den Bauernhöfen oft das letzte Vieh und den letzten Sack Getreide.

Nationalisten jeden Couleurs suchten mittels ethnischer Konflikte eine Entscheidung herbeizuführen. Die von den Regierungen Aserbaidschans und Armeniens angestrebte ethnische Aufteilung der Bezirke und Provinzen verschärfte die Lage zusätzlich.

Hatte das zaristische Rußland bei der Eroberung gerade die Auflösung und Durchdringung ethnischer und traditioneller Lebens- und Gesellschaftsräume angestrebt, galt es jetzt, die Bezirke ethnisch zu homogenisieren. Deportationen und Flüchtlingsströme in beide Richtungen waren die Folge.

Der Zeitung *Azerbaycan* zufolge wurden allein im März 1918 im Gouvernement Jerevan 199 von Muslimen bewohnte Dörfer zerstört, mehr als 100.000 Menschen starben durch Mord, Seuchen oder Hunger.<sup>143</sup> Leider finden sich in der Zeitung keine Angaben über armenisch-christliche Opfer.

Die rückläufigen Bevölkerungszahlen sind Ausdruck genug für eine von Mißwirtschaft und ethnischen Verwüstungen heimgesuchte Region, die noch dazu auf sich selbst gestellt blieb und Hilfe aus Baku nicht zu erwarten hatte: Allein im Gebiet Nachitschevan wanderte ein Drittel der muslimischen Bevölkerung über die persische Grenze aus und versuchte, sich dort niederzulassen.<sup>144</sup>

---

<sup>143</sup> Vgl. *Azerbaycan*, 25. Sept. 1918.

<sup>144</sup> Dieser Abwanderung lag der Ausbruch ethnischer Gewalt zugrunde, dem eine rein persönliche Blutfehde voranging: die Ermordung eines türkischen Offiziers durch einen Armenier. Vgl. GA-AR, Fond 894/ opis' 10/ delo 80, 11. 40-43, zitiert nach: Baberowski, Jörg: 2003:169.

### ZUSAMMENFASSUNG

Die zwei Jahre, in denen der Kaukasus um Autonomie rang, waren geprägt von Pogromen. Zeigte sich der Kampf um die politische Macht in den Städten noch im Mantel nationaler Ideologien, war er auf dem Lande oftmals nur ein Konflikt zwischen seßhaften Bauern und nomadisierenden Viehzüchtern. Gerade dort waren die Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Nomaden naturbedingt vorgegeben. Mit dem Wegbrechen traditioneller Mechanismen zur Konfliktlösung eskalierten die Spannungen jedoch zu unkontrollierten Ausschreitungen und Bandenkriegen.

Der Müsavat-Partei lief die Situation zunehmend aus dem Ruder. Aserbaidschan zerbrach nicht an der Hegemonie Rußlands, sondern an innerer Instabilität. Es implodierte nicht zuletzt an den vielen partikularen Interessengruppierungen, die das sich ausbreitende Machtvakuum zwar zu besetzen suchten, aber nicht auszufüllen vermochten.

Ist das nationale Experiment einer territorial-staatlichen Autonomie gescheitert? Unter dem Blickpunkt aserbaidshanischer Selbständigkeit mit Sicherheit.

Einerseits, weil es sich um eine von ausländischen Mächten gestützte „Schein“-autonomie handelte. Andererseits, weil der nationale Aspekt, die Idee eines aserbaidshanischen Nationalstaates, der weitgehend muslimischen Bevölkerung nicht zu vermitteln war. Ihre historische Funktion hatte die Republik spätestens 1920 mit der Regierungsübernahme durch die KPR (B) erfüllt.

In ihrer symbolischen Funktion hingegen reicht die ADR weit über ihre Zeit hinaus und erfuhr mit der neuerlichen Republikgründung 1991 eine postume Würdigung. Mit Verve wird seitdem auf die überragende Symbolik der ADR hingewiesen, deren Erbe nunmehr angetreten wurde.

Zur Definition nationaler Identität ist der Rückgriff auf das Autonomieprojekt des frühen 20. Jahrhunderts von nachgerade fundamentaler Bedeutung. In Ermangelung eines anderen aserbaidshanischen Staatsgebildes der Vorzeit wird die ADR zu **dem** Bezugspunkt historischen Nationalbewußtseins schlechthin.

„1918 haben die Intellektuellen des Nordens wie des Südens gemeinsam agiert. Das hat uns zu einer Nation geformt. Aber der Prozeß wurde nicht vollendet. Wenn 1920 die russische Rote Armee nicht in Baku eingerückt wäre, wäre der Prozeß der Etablierung einer Nation nicht so rapide zu Ende gegangen [...].“<sup>145</sup>

---

<sup>145</sup> Elçibəy, Əbulfəz, 1997:330f.

Zweites Kapitel  
 ÜBER DIE NATIONEN ZUM SOZIALISMUS

„Zwei fremde Imperien, die unsere Heimat gespalten haben, taten alles, um die Identität der Türken zu vernichten. Im Norden war das Leitmotiv die Internationalisierung, im Süden der ‚Islam als Nation‘. ‚Sowjetisierung‘ im Norden und ‚Iranisierung‘ im Süden haben auch diesen Bereich [der gemeinsamen Kultur und Mentalität, H.F.] enorm geschädigt.“<sup>146</sup>

Zentraler Drehpunkt des Kapitels ist das Wechselspiel zwischen Sowjetisierung und Nationalisierung. Über Jahrzehnte hinweg zeigt sich darin das Beharrungsvermögen nationaler Identität. Teils gefördert, teils behindert vom sozialistischen Anspruch einer „transnationalen Sowjetnation“, nutzten die nationalen Eliten oftmals die sozialistischen Gestaltungselemente zur Umsetzung nationaler Ambitionen.

Während in Iranisch-Aserbaidschan die Ğangal-Bewegung für eine Republik Gilan focht und Xiyabanis „Azadistan“ gerade einmal drei Monate Optimismus unter den nach Demokratie suchenden Kaufleuten, Arbeitern und Bauern aufkommen ließ, folgte im Norden dem bolschewistischen *takeover* Bakus ein neues Regime: der Nationalkommunismus.<sup>147</sup> Der folgende Abschnitt stellt dann auch den Prozeß zunehmender Sowjetisierung der Gesellschaft in den Kontext der Ereignisse der postautonomen Phase.

In den Jahren bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterwarf die stalinische Repressions- und Regressionsmaschinerie Sowjet-Aserbaidschan einer Politik, die gegensätzlicher nicht hätte sein können. Unter der Ägide Stalins, der bis 1923 als Vorsitzender des Nationalitätenkomitees für die bolschewistische Nationalitätenpolitik verantwortlich zeichnete, und sich nach dem Tode Lenins zum unumschränkten Sowjetherrscher aufschwang, pendelte Aserbaidschan zwischen Nationalkommunismus und Russifizierung.

---

<sup>146</sup> Elçibəy, Əbulfəz, Interview in Muxalifət, 30.03.1996.

<sup>147</sup> Nationalkommunismus ist eine Symbiose aus national orientierter Politik und kommunistischen Prinzipien. Literatur dazu: Bennigsen, Alexandre & Wimbush, S. Enders: *Muslim National Communism in the Soviet Union*, 1980, S.3-16; Baberowski, Jörg u.a.: Unterdrückung, Gewalt und Terror im Sowjetsystem: Diskussionsbeiträge zum „Schwarzbuch des Kommunismus“, in: *Ost-europa*, 50 (2000) 6.

Als Wegbereiter aller turksprachigen Völker ging Aserbaidshan mit der Schriftreform 1925, die das arabische Alphabet gegen ein modifiziertes lateinisches Alphabet austauschte, einen Schritt in die so oft postulierte Moderne. Mit dieser Reform, noch vor der Türkei 1928, bliesen die Befürworter einem halbto-ten Projekt erneut Leben ein und brachten es zum – kurzzeitigen – Aufblühen.

Der nationalen Modernisierung stand jedoch eine „sozialistische Offensive“ entgegen, die 1928 in Zwangskollektivierung und 1938 nicht nur in einer Russifizierung der Gesellschaft und der Kyrillisierung der Schrift mündete, sondern einen Hunderttausende Tote fordernden kommunistischen Terror einläutete.

Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ machte den „Export des Sozialismus“ nach 1945 nicht nur nach Europa möglich, sondern ein weiteres Mal auch nach Iran. Die politischen Eruptionen dieser Zeit führten geradewegs zur aserbaidshanischen und sowjet-kommunistischen Iranpolitik der Nachkriegszeit. Dabei scheinen die Formen national-aserbaidshanischer Identitätsfindung und die (Neu-)Orientierung auf Südaserbaidshan zu wurzeln im „Sieg des Sozialismus“ und dem „Übergang von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zum Kommunismus“.

Die 1945/46 von Pişəvəri ausgerufene „Autonome Regierung Aserbaidshans“ konnte nur dank der Hilfe der UdSSR leben.<sup>148</sup> Aber es war nicht nur ein von Moskau ferngesteuerter Versuch der erneuten Inbesitznahme des südlichen Aserbaidshans. Aktiv beteiligten sich Intellektuelle, Militärs und Politiker aus dem Norden an der südaserbaidshanischen Restauration. Das Verbindende dieser Zeit wurde zum Slogan für Jahrzehnte und das „Geteilte Land“ Aserbaidshan mehr und mehr zum „Vereinten Vaterland“.

Eine eigene Literaturgattung, die Sehnsuchtsliteratur (*həsərət-ədəbiyyatı*) fand hier ihre Quelle. Für den Erhalt einer aserbaidshanischen Identität auch in Iranisch-Aserbaidshan war diese kurze Phase sowjetisch gestützter Eigenständigkeit von nachhaltiger Bedeutung, die über die euphorischen Anfangsjahre der Islamischen Revolution bis in die heutigen Tage reicht.

So verläßt denn auch der letzte Abschnitt die vorherrschende politische Betrachtungsebene zugunsten der kulturellen, zeigte sich doch auf diesem Gebiet das neu erwachte Gemeinschaftsgefühl sehr deutlich.

---

<sup>148</sup> Pişəvəri (1892-1947), eigentlich: Seyidçəfər Seyidcavadoğlu Cavadzadə.

## 1. WIE AUTONOM IST UNABHÄNGIG?

„Die muslimische Welt wartet auf ihren Luther.“<sup>149</sup>

Als 1920 die Bolschewiki die politischen Geschäfte in Baku wieder übernahmen, galt ihr erstes Augenmerk der Kontrolle der zuvor regierenden Elite. Diese Elite war weder politisch noch sozial oder religiös monolithisch, sondern setzte sich aus den unterschiedlichsten Interessengruppen zusammen: Mūsavatisten, Reformer oder Nationalkommunisten agierten gemeinsam.

Die Erfahrungen, die Moskau, aber auch die aserbajdschanischen Kommunisten, in Persien gemacht hatten, gaben die Richtung vor, die religiösen und nationalen Befindlichkeiten der Aserbajdschaner nunmehr besser zu berücksichtigen. Die Definition der Gesellschaft über die Klassenzugehörigkeit hatte demnach – zumindest temporär – zurückzustehen vor ethnischen bzw. religiösen Gruppenidentitäten. Bis zur Festigung und Verwurzelung der kommunistischen Macht war Kooperation mit der nationalen Führung Grundvoraussetzung der Moskauer Nationalitätenpolitik.<sup>150</sup>

Trotzdem setzte die Sowjetregierung alles daran, ihren Einfluß im Kaukasus wiederherzustellen. So gründete die Rückeroberung der südkaukasischen Republiken Georgien und Armenien auf einer Strategie der Provokation. Indem die politische Situation künstlich destabilisiert wurde, erlangten die Truppen der Roten Armee das vermeintliche Recht der Intervention. Am 25. Februar 1921 fiel den Bolschewiken mit Tiflis auch die letzte der drei Hauptstädte in die kommunistischen Hände. Die Resowjetisierung des Kaukasus war damit beendet.<sup>151</sup>

„Sowjetrußland hatte nunmehr jene Grenzen angenommen, in denen es bis 1939 fortbestand. Formell aus sechs souveränen Republiken zusammengesetzt, war es eine konstitutionelle Anomalie, da weder die Beziehungen zwischen den einzelnen Republiken noch die Rolle der Russischen KP in dem neuen multinationalen Staat auch nur in Umrissen festgelegt waren.“<sup>152</sup>

<sup>149</sup> Nərimanov, Nəriman: *Əsərləri*, Baku 1965:162.

<sup>150</sup> Gleiches galt im Übrigen nicht nur für Aserbajdschan, sondern auch für Georgien, Armenien und andere Teile des Sowjetreiches.

<sup>151</sup> Die Annexion Armeniens und anschließend Georgiens lief als diplomatisches Lehrstück über die Bühne. Stalin, Ordsonikidze und Kirov agitierten in Moskau für ein schnelles Eingreifen, worauf sich Lenin nach langem Zaudern zu einem „sofort erledigen“ hinreißen ließ. (Pipes, R., *Die russische Revolution*, Berlin, Bd. 3, 1993:268). Der Bürgerkrieg im Kaukasus, dem Armenien wenig Widerstand entgegenzusetzen konnte, beeinflusste das kollektive Bewußtsein derart, daß die armenischen Verbände der Roten Armee ab 1. Dezember nicht als Besatzer, sondern als Befreier der türkischen Invasoren aufgenommen wurden. Vgl. Hovannisian, Richard G.: *The Republic of Armenia*, Bd. IV, 1996, S.303-340; Pipes, Richard: 1993:265ff.

<sup>152</sup> Pipes, Richard: 1993:270f.

## 1.1. NATIONALKOMMUNISTEN UND DIE UNABHÄNGIGE SOWJETREPUBLIK

Flagge der Republik Aserbaidshan, 1921-1937



Aber auch die Bakuer Nationalkommunisten standen nicht im gleichen Maße hinter der kommunistischen Klassentheorie. Personen wie Nərimanov oder Sultan M. Əfəndiyev, beide Hümət-Aktivisten, standen für eine Politik des langsamen Umschwunges mit dem Ziel eines unabhängigen und säkularisierten Aserbaidshan. Anders als die Məsəvat-Partei, die mit ihrer radikalen Nationalisierung ins politische Abseits geriet und sich selbst diskreditierte, fanden die Hümətisten zu neuer Stärke. Obzwar nie ein ideologischer Ableger der Bolschewiki, sahen sie zu deren Machtübernahme auch keine Alternativen. So sah Nərimanov denn auch in der Sowjetmacht den „Retter der kleinen Nationen“.<sup>153</sup> In ihren Forderungen wiesen Hümət und Bolschewiki eine beachtliche Nähe zueinander auf: Säkularisierung, Reform des Bildungswesens und Bekämpfung des Analphabetentums, nationale Selbstbestimmung und Emanzipation der Frauen propagierten beide Seiten. Anders als Hümət sahen jedoch die Bolschewiki in diesen Reformen nur die Basis eines zukünftigen – und wie sich zeigen sollte: utopistischen – Sozialismusmodells.

Die Erwartungshaltung war hoch und zur Umsetzung ihrer Ziele waren die Bolschewiki auf die regionalen Machteliten angewiesen, allen voran die Nationalkommunisten, ohne diese tiefreichend kontrollieren zu können. Es galt daher, sich der politischen und geistigen Elite des Landes zu versichern, um dauerhaft eine sozialistische Gesellschaft zu modellieren. Gleichzeitig fand sich die Kommunistische Partei gleich mehreren Problemen gegenüber.

ERSTENS wurden die Bolschewiki auf diese Weise selbst instrumentalisiert: Die sich entfaltende Abhängigkeit nutzten die aserbaidshanischen Führer für die Durchsetzung nationaler Ambitionen.

---

<sup>153</sup> Vgl. *Bor'ba za pobedu sovetsoj vlasti v Azerbajžane 1918-1920*. Dokumenty i materialy, 1967:60.

Damit verfangen sich die Bolschewiki in einer dialektischen Falle. Dem ideologischen und exekutiven Absolutheitsanspruch stand die Abgabe der Kontrolle an die regionalen Machtführer entgegen.<sup>154</sup>

ZWEITENS war die nationale Identitätsbindung ein Hindernis bei der propagierten Internationalisierung der Gesellschaft. Dabei folgte man dem festen Glauben, die Nationenförderung sei eine notwendige historische Etappe beim Übergang in eine klassen- und nationslose Gesellschaft.

DRITTENS war die eigentliche Unterstützerguppe der Bolschewiki, das Proletariat, in Aserbaidtschan schwach entwickelt, der größte Teil der ländlichen Bevölkerung verharrte zudem in einer traditionellen islamischen Lebensweise. Einzig die Intelligenzija, oftmals westlich gebildet und säkularisiert, bot sich den Bolschewiken als verlässlicher „Reformpartner“ an. Beide Interessengruppen – internationalistische Bolschewiki und nationale *intelligencija* hatten ähnliche Ziele:

**Bildung und Säkularisierung  
Modernisierung der Gesellschaft**

So gingen *intelligencija*, Machtelite und Bolschewiki einen Dreibund ein, der ein hohes Maß an Konsens verriet und bis hin zur Ämtervergabe reichte. Aus Dokumenten der KP Aserbaidtschans geht hervor, daß – abgesehen von den exponiertesten Führern der ehemaligen Müsavat-Regierung – die Angehörigen der Regierungsbehörden im Amt bleiben und die kommunistische „Provisorische Regierung“ Leben und Eigentum der Regierungsmitglieder garantieren würde.<sup>155</sup>

Über diese drei – ideellen – Punkte hinaus zielte die kommunistische Führung mit der Kontrolle über Baku auf ein sehr viel greifbareres Objekt ihrer Begierde: die Ölfelder und die Petrolindustrie Aserbaidtschans. So äußerte sich Lenin in einem Telegramm an Ordschonikidze:

---

<sup>154</sup> Dieses Dilemma auszunutzen verstanden sich die Nationalkommunisten hervorragend. So gelang es ihnen, den Vertrauten Stalins in Baku, Mikojan (1905-1970), für ihre territorialen Interessen hinsichtlich Nachitschevans einzuspannen. Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:215ff.

<sup>155</sup> Vgl. *Bor'ba za pobedu socialističeskoj revoljuzii v Azerbajdžane*. Dokumenty i materialy, 1967, Nr. 541, S. 461f.

„Wir brauchen das Öl unbedingt, überlegen Sie sich ein Manifest an die Bevölkerung, daß wir alle niedermetzeln, wenn man das Öl und die Ölfelder verbrennt und zerstört und – umgekehrt - wir allen das Leben schenken, wenn Majkop und besonders Groznij geschlossen übergeben werden.“<sup>156</sup>

Aus den sozialistischen Ansprüchen der Bolschewiki und den nationalen Forderungen der einheimischen Eliten entstand als Symbiose das „Unabhängige Sowjetische Aserbaidshans“.

Die neue Regierung Aserbaidshans unter Nərimanov pflegte in dieser Zeit eigenständige diplomatische Kontakte mit der Türkei Kemal Atatürks, die erst 1923 durch die Gründung der „Transkaukasischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik“ (TSFSR, *SAKFEDERAZIA*) endeten.<sup>157</sup> Bis dahin jedoch orientierte sich die Regierung Nərimanov an der Türkei und stand für eine Annäherung beider Länder.<sup>158</sup> Reformprozesse wie etwa die Säkularisierung des Bildungswesens oder die Latinisierung der Schrift erlebten durch die türkisch-aserbaidshansische Freundschaft gegenseitige Ermunterung und profitierten von Synergieeffekten.

Der entscheidende Vorkämpfer für die Selbständigkeit Aserbaidshans, auch im Rahmen der TSFSR, war Nəriman Nərimanov, der „Führer der proletarischen Revolution“ im Orient.<sup>159</sup> Bis zu seinem Tode am 15. März 1925 stand er für die Nationalisierung des Landes.<sup>160</sup> Damit aber auch in erbitterter Feindschaft zu den Moskaugesteuerten, dabei aber selbtherrlich agierenden Kommunisten wie Ordschonikidze, Kirov und anderen.<sup>161</sup>

---

<sup>156</sup> Vgl. Latyšev, A.G., *Rassekrečennyj Lenin*, 1996:20f.

<sup>157</sup> Nərimanov war Chef des Revolutionären Komitees in Baku ab April 1920 und von Mai 1921 bis 1922 war er Vorsitzender des Rates der Volkskommissare.

<sup>158</sup> Einer Rede Atatürks am 14. Oktober 1921, anlässlich der Einführung des neuen aserbaidshansischen Botschafters in Ankara, Ibrahim Abilov, ist folgendes zu entnehmen: „Ich versichere, dass die G.N.V. [Große Nationalversammlung, H.F.] der Türkei und ihre Regierung mit aller Kraft bemüht sein werden, die Bande zwischen den beiden brüderlichen Nationen zu verstärken und Ihnen hierbei jedwede Unterstützung zu gewähren“. Vgl. *WI*, NS II, 1953:275f.

<sup>159</sup> *Kommunist*, Juni 1920. Die Zeitung bedachte Nərimanov mit jenem Titel, der eigentlich nur Lenin zugesprochen wurde, daher als besondere Würdigung seiner Leistungen, aber auch seines Einflusses gelten darf.

<sup>160</sup> Nach offizieller Darstellung starb Nərimanov an Herzversagen. Zur Person: Axmedov, Tejmur: Nariman Narimanov, 1988; Nərimanov, Nəriman: *Izbrannyye Proizvedeniya*, Bd. 1-2, 1988/89.

<sup>161</sup> Ordschonikidze (1886-1937), begann seine politische Laufbahn 1905 in Tiflis, war ein enger Mitarbeiter Stalins, später Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsrates der UdSSR und Mitglied des Zentralexekutivkomitees der UdSSR. Kirov (1886-1934), seit 1904 Mitglied der Bolschewiki, war ebenfalls ein enger Vertrauter Stalins. Leitete später die Leningrader Bolschewiki, marxistisch-leninistischer Theoretiker.

Schon im August 1919 ging das ZK der KPR (B) auf Nərimanovs Forderung ein und beschloß, Aserbajdschan als unabhängige Sowjetrepublik auszurufen.<sup>162</sup> Nicht zuletzt – und darin lag der zweite Grund – weil der eigene zentrumsorientierte Kommunistenkader nur als äußerst kleine Gruppe in Erscheinung trat, die sich auf den städtischen Raum, etwa Baku und Gəncə, konzentrierte und kaum verbunden war mit der Landbevölkerung, die im Gegenzug kaum Verbundenheit mit den nicht-aserbajdschanischen Kommunisten zeigte.

Verbundenheit hingegen zeigte Nərimanov. Seine traditions- und religionsbezogene Agitation predigte einen „Sozialismus islamischer Prägung“, womit er vielen Aserbajdschanern, Intellektuellen als auch Bauern, Məsəvatisten als auch İttihadisten, aus der Seele sprach. Die Selbstinszenierung Nərimanovs, der von Dorf zu Dorf, von Baku nach Gəncə und durch die Provinzen reiste und so den Einheimischen ein greifbarer Führer war, machte ihn zum angeblich „populärsten Führer der Millionen zählenden muslimischen Masse.“<sup>163</sup>

Die zweite große nationale Kraft in Aserbajdschan, die Məsəvatisten, standen politisch mit dem Rücken zur Wand und kurz vor ihrem Verbot. Den Kommunisten galten sie als reaktionäre Nationalisten. Dabei war der bestehende ideologische Graben zwischen Məsəvat und Hümət überbrückbar. So waren Nərimanovs Positionen zur nationalen Neuorganisation Aserbajdschans in der Sache deckungsgleich den məsəvatistischen. Jedoch sah er in einer Bindung von Hümət an die Bolschewiki und der Propagierung des Sozialismus praktische Vorteile. Die Hümətisten waren sich der eigenen Stärke bewußt und Nərimanov, immerhin einer der Gründer von Hümət, machte sich zum Fürsprecher aserbajdschanischer Gebietsansprüche in Nachitschevan und Berg-Karabach. Die Angliederung Nachitschevan und Berg-Karabachs spiegelte wiederum das Interesse der sowjetisch-türkischen Beziehungen wieder, da eine Landverbindung beider Länder garantiert und der wirtschaftliche sowie militärische Austausch gesichert erschien. Verlierer war Armenien, das – in politischer Hoffnungslosigkeit und territorialer Isolation gefangen – den Preis für die Sowjetisierung des Kaukasus zahlte.

---

<sup>162</sup> Vgl. Nərimanov, Nəriman: 1988, Bd. 2:621.

<sup>163</sup> Vgl. Nərimanov, Nəriman: 1988, Bd. 2:347-380; Achmedov, Teymur: 1988:254-267; Baberowski, Jörg: 2003, S. 275ff. Die Verehrung Nərimanovs kommt auch heute noch zum Ausdruck. In einem Gespräch (Sommer 1999) mit dem Präsidenten der Internationalen Universität Aserbajdschan wurde die populäre Rolle Nərimanovs herausgestrichen, dabei aber sein Wirken als Kommunist vehement abgelehnt.

Nərimanov sah in der kommunistischen Rückeroberung der seit 1918 unabhängigen Republiken – im Unterschied zu den russischen Kommunisten – einen Akt postkolonialer Allmacht. Entsprechend sah seine ideologische Argumentation aus, die in einem weiten Bogen Nationalismus, Islam und Kommunismus zu einer Melange verarbeitete: Da alle von Kolonialmächten niedergezwungenen Völker per se unterdrückte Völker seien, die sowjetische Macht der Form nach kolonial sei, gehörte das muslimische Volk Aserbaidschans, wie alle früheren muslimischen Völker Rußlands, zu den unterdrückten Völkern. Aufgrund ihres Status seien alle unterdrückten Völker gleichsam auch proletarische Völker. Demnach – *quod erat demonstrandum* – seien die muslimischen Völker proletarische Völker.<sup>164</sup> Und zwar in ihrer Gesamtheit, unabhängig von ihren jeweiligen Klassen oder sozialen Schichten.

„Die Revolution im Orient konnte nur eine Revolution gegen den Kolonialismus und für die kulturelle Selbstbestimmung der Überfremdeten sein.“<sup>165</sup>

Diese unmarxistische Interpretation des Sozialismus fand sich auch bei anderen nationalen nichtrussischen Führern, wie etwa Sultan-Galiev<sup>166</sup>. Nərimanov genoß aber im Gegensatz zu diesem als Regierungschef des unabhängigen Aserbaidschans einen deutlich stärkeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum. Neben den aserbaidshanischen Regierungsbehörden versuchten die Hümətisten über ein weiteres bedeutendes Entscheidungsgremium, dem „Transkaukasischen Regionalkomitee“ der KPR (B) (*zakkrajkom*), Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen. Wieder war es Nərimanov, der zu den angesammelten Ämtern noch die Mitgliedschaft im *zakkrajkom* hinzufügte. Diese in seiner Hand vereinte Machtfülle und der durch Lenin garantierte Rückhalt Nərimanovs in Moskau kollidierte mit den machtpolitischen Interessen und Gelüsten Ordschonikidzes und Stalins.

---

<sup>164</sup> Zu dieser Haltung paßte auch der Versuch der Hümətisten, alle muslimischen revolutionär-kommunistischen Parteien Rußlands in einer Partei zu vereinen, der weder russische, noch armenische oder georgische Kommunisten angehören sollten. Mithin eine Parteiorganisation mit religiös-ethnischen Ausschlußkriterien. Das politische Gerangel endete vorerst am 11. Februar 1920 mit der Gründung der KP-Az. Die neue Partei repräsentierte ca. 4.000 Mitglieder des Hümət-Lagers sowie die iranische Adalet-Partei und die KPR (B). Vgl. Mil'man, Aron S.: *Azerbaižanskaja SSR*, 1971:41f; Swietochowski, Tadeusz: *CMRS*, 19 (1978) 1-2, S. 119-142.

<sup>165</sup> Baberowski, Jörg: 2003:247.

<sup>166</sup> Sultan-Galiev (1892-1937 oder 41/42) war Stalins Vertrauter und hoher Funktionär der KP-R (B). Er fiel 1923 in Ungnade wegen angeblicher nationalbürgerlicher Umtriebe und wurde 1929 zum Tode verurteilt. Vgl. Bennigsen, Alexandre & Quelquejay, Chantal: *Der „Sultangalievismus und die nationalistischen Abweichungen in der tatarischen autonomen Sowjetrepublik*, in: *CAS*, 9 (1960) S. 323-396.

Beide sahen in einer territorialen Nationalisierung des Südkaukasus eine gegen das zentrumsorientierte Sozialismusmodell gerichtete Gefahr.<sup>167</sup>

Der Einfluß der Stalinfraktion nahm in Aserbaidschan in dem Maße zu, wie die Person Lenin schwach wurde. Mit dem *zakkrajkom* und dem Kaukasusbüro der KPR (B) (*kavbjuro*) besaß die Kommunistische Partei zudem zwei Organisationen, die an Praktiken zaristischer Statthalterschaft erinnerten: die politischen und wirtschaftlichen Vorgaben des Zentralkomitees in Moskau wurden nach eigenem Ermessen umgesetzt. Dagegen konnte auch Nərimanov, einziges muslimisches von neun Mitgliedern im *zakkrajkom*, nur bedingt angehen. Ordschonikidze etwa kontrollierte auch das Militärrevolutionäre Komitee der 11. Armee. Ein Netzwerk von Patronage und Loyalitäten gaben Ordschonikidze den Spielraum, der nur durch die Nationalkommunisten eingeengt werden konnte.

---

<sup>167</sup> Auch als Stalin mit der *korenizacija* gerade den entgegengesetzten Weg einschlug, zeigt das nur die Instabilität des Zentrums gegenüber den Nationen. „Über Nationalisierung zur Sowjetisierung“, lautete daher die Parole.

## 1.2. DIE TRANSKAUKASISCHE SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE SOWJETREPUBLIK (TSFSR)

Die Fraktionskämpfe innerhalb der KP-Az blockierten jedwede politische Entscheidung. Die Kommunisten organisierten sich entlang ethnischer Linien: armenische und russische Kommunisten auf der einen, aserbaidshische Kommunisten auf der anderen Seite. Das Bakuer Komitee stand gegen das Präsidium und familiäre Patronagen gegen bürokratische und institutionelle Prozesse. Clandestine und auf persönliche Loyalitäten basierende Strukturen machten sich breit; Intrigen und Pfründe, Verleumdungen und Netzwerke legten die politischen Gremien nahezu lahm. Die Parallelität individueller Macht-sicherung offenbarte sich in der Rivalität Ordshonikidze – Nərimanov.

Flagge der TSFSR, 1930er – 5. Dez. 1936



Die Blockade politischer Arbeit wurde zu einem ernstzunehmenden Problem für Moskau. Überlegungen, die machtpolitische Führungsrolle zurückzuerlangen, führte zu territorial-politischen Veränderungen und damit zu einem Prinzip, das die Zentralgewalt in Moskau traditionell zu nutzen verstand.

Die Vereinigung der Sowjet-Republiken im Kaukasus zu einer „transkaukasischen“ Republik war eine logische Folge der „Blockadesituation“. Dreierlei versprach sich die Moskauer Führung davon:

ERSTENS erwartete man durch die wirtschaftspolitische Neuordnung der Region einen ökonomischen Aufschwung, da Infrastruktur, Handel und Industrie nicht mehr auf territorial-ethnischer Grundlage organisiert blieben.

ZWEITENS ließ sich eine endgültige Lösung nationaler Grenzstreitigkeiten (Nachtischevan, Berg-Karabach) durch eine Transnationalisierung hinauszögern.

DRITTENS gewährte eine transkaukasische Republik, die zwangsläufig in ihrer Organisation mehr auf das Zentrum hin ausgerichtet war, eine effizientere Kontrolle der nationalen Regierungen. Damit näherte sich die Sowjetunion einem als vergangen gepredigten großrussischen Chauvinismus an, versuchte aber gerade über diesen Weg Xenophobie und Nationalismus zu verhindern.

In der kommunistischen Terminologie hört sich dies so an:

„Hätte die Sowjetmacht es nicht geschafft, ein Organ nationalen Friedens in Transkaukasien zu errichten, das Konflikte und Zwietracht lösen kann, dann wären wir in jener Zeit des Misstrauens in die Epoche des Zarismus oder der Daschnaken, Musavatisten, Menschewiki zurückgekehrt. Daher hat das Zentralkomitee dreimal die Notwendigkeit erklärt, die Transkaukasische Föderation als Organ nationalen Friedens zu erhalten.“<sup>168</sup>

Für Nərimanov und die Nationalkommunisten stellte die im Dezember 1922 konstituierte TSFSR einen Rückschritt und den Verlust der Souveränität Aserbaidshans dar. Die Gräben zwischen Zentrums- und Nationalkommunisten vertieften sich und obwohl Nərimanov im Präsidium des neuen – transkaukasischen – Sowjets einen der drei Posten besetzte, bildete die TSFSR für ihn wie für andere Nationalisten die lokale Variante zaristisch-bolschewistischer Statthaltertschaft zur Umsetzung zentraler Interessen.<sup>169</sup> Soweit die Kontrolle der Politik, der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens in den Großstädten möglich war, so wenig war sie es auf dem Lande.

Für die Stalin-Fraktion der Kommunisten, Ordschonikidze an vorderster Front, galt es, den Einfluß Nərimanovs auf die politischen Geschicke des Kaukasus zu begrenzen. Dessen Popularität und sein Rückhalt beim zunehmend kraftlosen Lenin ließen ein radikales Vorgehen gegen die Person Nərimanov gefährlich erscheinen. So verlegte man sich auf den Weg, ihn vom Kaukasus nach Moskau, in die Zentrale der Macht, hinwegzuloben und ihn dort mit hoch dotierten und einflußreichen Posten von der Realpolitik im Südkaukasus fernzuhalten.

Schon das Amt als Präsidiumsvorsitzender der TSFSR mit Sitz im georgischen Tiflis isolierte Nərimanov von Baku. Aber der Prozeß ging weiter: Im Juni 1923 ernannte ihn Stalin zu einem der vier Vorsitzenden des Exekutivkomitees des All-Unions-Sowjets. Dem Rang nach war Nərimanov nunmehr einer der Staatspräsidenten der Sowjetunion. Die Ämterhäufung, die im nationalkommunistischen Aserbaidshans sinnvoll erschien, wurde ihm hier, in Moskau, zum Verhängnis.

---

<sup>168</sup> *Dvenadcatyi s-ezd RKP(B) 17.-25. aprelja 1923 goda. Stenografičeskij otčet*, 1968:478ff.

<sup>169</sup> Zur TSFSR: Pipes, Richard: *The Formation of the Soviet Union*, 1964:266-69.

Als Leiter des Nationalitätensowjets und Angehöriger des ZK der KPR (B) war Nərimanov ebenso einflußreich wie entfernt von Baku und den Geschicken Aserbaidshans, die nun Ordschonikidze und dessen Parteifreunde in ihren Händen hielten. Nach seinem Tode, am 15. März 1925, wurde er mit einem revolutionären Mythos umgeben und zur Symbolfigur einer orientalischen Revolution hochstilisiert. Die Ehrungen, die seinem Leichnam zuteil wurden, setzten ihn mit dem einem Jahr zuvor gestorbenen Lenin gleich. Als erster Muslim wurde ihm das „Privileg“ zuteil, an der Kremllmauer, in unmittelbarer Nachbarschaft des Lenin-Mausoleums, beigesetzt zu werden.

Hinter dieser Vereinnahmung des aserbaidshanischen Nationalisten für die bolschewistischen Interessen steckte die Hoffnung der Kommunisten, in ihm die vielbeschworene Einheit des Vielvölkerreiches zu zelebrieren und die „orientalischen“ Völker auf die Seite Moskaus zu ziehen. Michael I. Kalinin sah in dem Roten Platz als Grabstätte einen „Ort der Achtung und Ehrung aller Völker, welche die Sowjetunion bewohnen“<sup>170</sup>.

In Aserbaidshanschan war davon nichts zu spüren.

Dem Terror, den die Bolschewiken und ihr Sicherheitsapparat, die „Tscheka“, in den Jahren 1920-23 über den Kaukasus brachten, fielen die Premierminister der ADR, Nasib Yusifbəyli (1881-1920) und Fətəli Xan Xoyski (1876-1920) zum Opfer. Məmməd Əmin Rəsulzadə profitierte in diesem Zeitraum von seinen persönlichen Kontakten zu Nərimanov und Stalin. Diese ermöglichten ihm nicht nur die Flucht nach Moskau, sondern Stalin bewahrte ihn dort vor weiteren Nachstellungen.<sup>171</sup>

---

<sup>170</sup> Kalinin war von Dezember 1922 bis Januar 1938 Vorsitzender des Zentralexekutivkomitees der UdSSR. Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:311.

<sup>171</sup> Vgl. Rəsulzadə, Məhməd Ə: 1990: XVIII f. (Vorwort von Y. Akpınar).

## 1.3. BLUT STATT BROT

Mit dem Terror kam der Hunger. Die bolschewistische Anordnung der Enteignung der Landbesitzer, 1920 aus Moskau erteilt, zielte auf die – kaum vorhandenen – Produktionsüberschüsse in der Landwirtschaft. Diese sollten zwischen Stadt und Land verteilt werden und der Unterstützung der Roten Armee dienen. In der Theorie gegen Großgrundbesitzer gerichtet, kam sie einer Ausplünderung der Bauern gleich. Nicht nur war die Versorgungslage ohnehin prekär und die Requirierungspraktiken der Soldaten äußerst brutal, auch galt die bäuerliche Loyalität eher den Beys als der neuen Regierung oder gar den Bolschewiki. Getreide wurde versteckt oder einfach nicht mehr angebaut. Die Folge waren Preiserhöhungen und das Verbot des privaten Getreidehandels. Neugegründete „Komitees der Dorfarmut“ (*kombedy*) sollten Abhilfe schaffen, verstrickten sich aber bald selbst in den illegalen Handel mit Getreide.<sup>172</sup>

Die katastrophale Lage der Bauern, der kommunistische Terror gegen politische Feinde und die territorialen Übergriffe marodierender Banden und nomadisierender Gruppen auf seßhaftes Gebiet ließen eine Überwindung auch der ethnischen Spannungen nicht zu. Gerade in Berg-Karabach zeichnete sich ein erschütterndes Bild der Misere ab:

„Die politische Lage in Karabach erfordert die Anwendung dringlichster Maßnahmen zur Beseitigung anormaler Erscheinungen, überall herrscht Gesetzlosigkeit und Willkür, es werden völlig unschuldige Bauern verhaftet. Die Bevölkerung wird von Militäreinheiten terrorisiert. Die Beschwerden der Bauern laufen in der Hauptsache darauf hinaus, daß sich in den Militäreinheiten Massen von Dasnaken-Armeniern (sic!) befinden, die ihre national-chauvinistischen Ziele verfolgen.“<sup>173</sup>

Auch in anderen Gebieten Aserbaidschans kam es zu Konflikten, die sich, wie in Gəncə, zu regelrechten Aufständen auswuchsen. So riefen am 26. Mai 1920 Geistliche zum aussichtslosen „Heiligen Krieg“ gegen die Bolschewiki auf. Was dem sechstägigen Kampf zwischen aserbaidshanischen Aufständischen auf der einen, Armeniern und bolschewistischen Truppen auf der anderen Seite folgte, war Plünderung und Mord.<sup>174</sup>

<sup>172</sup> So verloren die Bauern 1920/21 im Durchschnitt ein Viertel ihres Nettoertrages. Vgl. Wehner, Markus: *Bauernpolitik im proletarischen Staat*, 1998, S.31-58.

<sup>173</sup> GA-AR : Fond 27/ opis' 1/ delo 707, 1. 8, zitiert nach: Baberowski, Jörg: 2003 :262.

<sup>174</sup> Die Zahl der Opfer blieb unbestimmt. Während Mirza-Bala von 5.500 Opfern schreibt, sind es bei Rəsulzadə allein 8.500 getötete russische Soldaten. Vgl. Rəsulzadə, Məmməd Ə.: 1938:32.



## 2. GEGEN DEN GROßRUSSISCHEN CHAUVINISMUS

„Ein endgültiges Verebben der nationalen Bewegung ist erst mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich. Erst im Reiche des Sozialismus kann völliger Friede hergestellt werden.“<sup>178</sup>

Bei der Verwirklichung ihrer Interessen stand Kommunisten und Nationalkommunisten der großrussische Chauvinismus im Weg. Den einen, weil er die Sowjetisierung des Landes behinderte, den anderen, weil er jegliche nationale Identitätsbildung bekämpfte. So waren beide Seiten vereint und sahen in der Stärkung der Nationen den Weg zur Stärkung der Sowjetunion.

In Anbetracht der ökonomischen Situation des Landes hätte in der Tat ein erneutes Aufbrechen ethnischer Spannungen und die Rückkehr zum Bürgerkrieg das Ende des kommunistischen Reiches bedeutet. So war ein „nationaler Frieden“ eines der ersten Ziele der Kommunisten und Grundvoraussetzung für einen politischen und gesellschaftlichen Wandel in der TSFSR sowie für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Mit der Förderung der Nationen verbanden die Funktionäre der KPR (B) die Hoffnung, Nationalismen nicht nur kontrollieren und eindämmen zu können, sondern diese auch mittelfristig zu beseitigen. Dazu beanspruchte das Zentrum die Entscheidungsgewalt über das „Wie und Was“ der Verwurzelung. Und provozierte so den Widerspruch nicht nur der Nationalkommunisten, sondern auch der noch immer aktiven Müsavatisten. Letztere wurden zum Erzfeind der neuen kommunistischen Ordnung und standen synonym für Konterrevolution. So lief die Förderung der Nationen auch darauf hinaus, nicht allen politischen Gruppen gleichermaßen den Zugang zur Macht zu gewähren. Nur diejenigen sollten in den Genuß von Privilegien gelangen, die auch integrationsbereit waren. Die Entscheidung darüber, wer zur Integration bereit, und auch fähig war, fiel in Moskau.

---

<sup>178</sup> Stalin, Josef W.: Marxismus und nationale Frage, in: Stalin, J.W., Bd. 2, 1950:285.

### 2.1. KORENIZACIJA – TRENNUNG BEDEUTET EINHEIT

Der 12. Parteitag der KPR (B)(B), der am 23. April 1923 begann, leitete in der sowjetischen Nationalitätenpolitik ein neues Kapitel ein. Die Politik der *korenizacija* (Verwurzelung, von russ. *koren* = Wurzel) schuf die Basis einer bis dahin eher unstrukturierten kommunistischen Vorgehensweise.<sup>179</sup> Freudig stimmten die Nationalkommunisten der verschiedensten Völker dieser „Verwurzelungs“-Politik zu, verhiess diese doch nichts Geringeres als die Stärkung der Nationen und damit Selbstbestimmung und Eigenständigkeit. Die Indigenisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse sollte – so die offizielle Annahme – zur Verminderung, ja zur Aufhebung nationaler Konflikte führen.

Die Abgeordneten des 12. Parteitages fanden zu einem Programm, das eine zügige Nationalisierung der Verwaltung der nichtrussischen Ethnien und deren Bildungswesen festschrieb. Während die Grundzüge der Nationalisierungspolitik aus Moskau stammten, wurde gleichzeitig versucht, über eine nationale Beteiligung am „Umerziehungsprozeß“ die Verantwortlichkeiten auf die Regionen und Republiken abzuwälzen. In erster Linie, um der Latenz nationaler Sezessionsbestrebungen zu begegnen sowie dem kaukasischen Interesse an der kemalistischen Erneuerung der Türkei, das zweifelsohne in den Augen vieler ein Alternativmodell zur Sowjetunion darstellte. Mit anderen Worten: Die Indigenisierung der Nationen – im von Moskau vorgegebenen Rahmen – sollte diese stärker an das ideologische Gerüst Sowjetstaat fesseln.

Im Ergebnis wurden politische, administrative und wirtschaftliche Schaltstellen in den Regionen zunehmend von Einheimischen besetzt, Sprache, Bildung und Kultur wurden gefördert. Minderheitenrechte und die Gewährung von Privilegien – so die Intention der Bolschewiki – sollten die Loyalität der peripheren Völker zu Moskaus Herrschern stärken.

Die Euphorie, in der die sowjetischen Nationalitätenpolitiker schwelgten, machte auch vor ethnischen und religiösen Minderheiten in Aserbaidshan nicht halt. Da die ethnische Zusammensetzung regional sehr unterschiedlich war, zogen auch die Minderheiten (Russen, Armenier, Juden ...) ihren Nutzen aus dem „National-Separatismus“ der Kommunisten.<sup>180</sup>

---

<sup>179</sup> Zu *korenizacija*: Olivier, Bernard v.: *Korenizatsiia*, in: CAS, 9 (1990) 3, S. 77-98.

<sup>180</sup> So gab der Allunions-Sowjet im Mai 1925 den Regionen Weisung, den nationalen Minderheiten in den jeweiligen Sowjets Mandate zu gewähren. Baku teilte sich in etwa in die drei großen Gruppen: Aserbaidshaner, Russen und Armenier. Gəncə war zu zwei Drittel von Aserbaidshanern, zu einem Drittel von Armeniern bewohnt.

## 2.2. MÜSAVATISTEN – DIE KONTERREVOLUTIONÄRE DER SOWJETISIERUNG

Die Indigenisierung der Nationen und deren voranschreitende Selbständigkeit stand im krassen Widerspruch zu der von Terror und Massendeportation begleiteten Kollektivierungsphase in der Landwirtschaft. Ohne von der Förderung der Nationen zu lassen, bekämpften die Bolschewiki alles Eigentum. Die Definition darüber, was Eigentum war, blieb der Exekutive überlassen und reichte von einer Kuh bis zum Großgrundbesitz. Von den Bolschewiken initiiert und ideologisch als „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“<sup>181</sup> propagiert, begann ab 1929 ein „Feldzug gegen das Fremde“<sup>182</sup>. Als Vertreter Stalinscher Forderungen tat sich Molotov<sup>183</sup> hervor und ließ an den politischen Zielen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei keinen Zweifel.

„Ich muß im Vertrauen sagen, daß, als mich auf dem November-Plenum [1929 H.F.] einzelne Genossen fragten, was mit den Kulaken werden soll, ich gesagt habe, wenn es einen geeigneten Fluß gibt, ertränkt sie. Nicht überall gibt es einen Fluß, daß heißt, daß die Antwort unzureichend war [...] Mir scheint, es steht außer jeden Zweifel, daß es ohne repressive Maßnahmen nicht gehen wird, wir sind gezwungen sie zu erschießen [...]“<sup>184</sup>

Auch in diesem Fall gab die sozialistische Planwirtschaft Zahlen vor: 60.000 „Konterrevolutionäre“ sollten erschossen, 150.000 Kulaken mit ihren Familien bis Mai 1930 deportiert werden. Die genaue Anzahl der Opfer stalinistischen Terrors, den Baberowski als „ideologisch zugerichtetes System der gewaltsamen Unterwerfung des Fremden“ definiert<sup>185</sup>, läßt sich nur schätzen und dürfte für den Zeitraum von 1930-1953 bei ca. 5-6 Millionen Betroffenen und 530.000 – 600.000 Toten liegen.<sup>186</sup>

Wer waren die Opfer? Die Kommunisten und ihre Erfüllungsgehilfen schimpften sie Kulaken, Konterrevolutionäre, soziale Außenseiter. Und subsumierten all jene darunter, die nicht den neuen ideologischen Leitlinien entsprachen. Es gehörte noch nicht einmal viel dazu, um unter die Verfolgten zu geraten.

<sup>181</sup> Vgl. Stalin, Josef W.: *Fragen des Leninismus*, 1947, S. 358-362.

<sup>182</sup> Baberowski, Jörg: *Osteuropa*, 50 (2000) 6, S. 617-37.

<sup>183</sup> Molotov, Vjačeslav (1890-1986).

<sup>184</sup> Zitiert nach: Baberowski, Jörg: ebd.:618.

<sup>185</sup> Ebd.:621.

<sup>186</sup> Auch kursieren Zahlen, nach denen mehr als 5 Millionen Tote zu beklagen sind, wobei die Nachweisbarkeit solcher Behauptungen gering zu sein scheint. Vgl. Hildermeier, Manfred: *Stalinismus und Terror*, in: *Osteuropa*, 50 (2000) 6, S. 593-605.

Eine kleine Denunziation eines mißliebigen Nachbarn oder ein Koranzitat an falschem Ort: Schon gehörte man – oft mitsamt der Familie – zu den Vertriebenen. Daher sagt die Vernichtungskampagne weit weniger etwas über die Opfer aus, als über die Täter und den bolschewistischen Chauvinismus als System. An zwei grundlegenden Elementen läßt sich dieser festmachen. Einerseits an einem Xenophobismus sowjetischer Art, der nicht ethnisch bestimmt war, sondern ideologisch.

„Die Außenwelt wurde gefürchtet, weil sie kapitalistisch, nicht etwa, weil sie nicht-russisch war.“<sup>187</sup>

Hier setzte der Wandel im Verhältnis zu den noch in den 20er Jahren geförderten Ethnien und Titularnationen ein.<sup>188</sup> Einerseits noch gefördert, ging man radikal daran, das sozialistische Leitmotiv in die Realität zu übertragen. Traditionen störten dabei ebenso das Gleichmaß des Ideals wie Religionen. Beidem wurde der Kampf angesagt. Und dabei gleich noch die Bevölkerung „entkapitalisiert“.

Andererseits erschöpfte sich die Sowjetmacht nicht in ihrem Kampf gegen „sozial fremde Elemente“ – eine Kategorisierung, die nicht nur Kulaken, sondern auch soziale Randgruppen („Kriminelle“, „Parasiten“ ...) stigmatisierte – sondern „die Ideologie des Klassenkampfes rechtfertigte vorbeugenden Terror gegen ganze Bevölkerungsgruppen [...]“<sup>189</sup>.

Dabei griffen die zentralen und regionalen Kommandoeinheiten auf drei Szenarien zurück:

**Exekution    Einkerkerung    Deportation**

Die Schuldfrage stellte sich hier nicht, ja – war völlig obsolet. Worum es ging waren prophylaktische Maßnahmen. Der Konflikt war daher vorprogrammiert. Das eindimensionale Herrschaftsideal der Bolschewiken kollidierte in zunehmenden Maße mit der Realität des polyethnischen Reiches.

<sup>187</sup> Martin, Terry: Terror gegen Nationen in der Sowjetunion, in: *Osteuropa* 50 (2000) 6:611.

<sup>188</sup> Gerade Diasporagruppen wanderten mit der Zwangskollektivierung aus. In Verbindung mit dem internationalen Aufschwung des Faschismus fühlte sich die Sowjetunion einer potentiellen Bedrohung ausgesetzt.

<sup>189</sup> Ebd.:614.

„Der stalinistische Amoklauf erwuchs aus der Konfrontation totalitärer Ansprüche mit der tristen Realität, in der sie sich vergeblich zur Entfaltung bringen wollten. Je rückständiger und fremder sich die Umwelt in der Wahrnehmung der Bol'seviki präsentierte, desto größer war die Bereitschaft, sie mit Gewalt von ihrem Leiden an der Rückständigkeit zu erlösen, Ambivalenz in Eindeutigkeit zu verwandeln. In diesem Sinne waren die Bol'seviki die treuesten Adepten der europäischen Aufklärung und ihres Fortschrittsoptimismus.“<sup>190</sup>

Die aserbajdschanische Parteiorganisation – mehr als 60 % der KP-Az-Mitglieder waren übrigens Analphabeten<sup>191</sup> – und das Exekutivkomitee der Politischen Hauptverwaltung (*Glavnoje Političeskoje Upravlenije*, GPU) hatten bei der Umsetzung der zentralen Vorgaben mit dem traditionellen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Bauern und Beys zu kämpfen, das geprägt war von dem Dualismus: Loyalität vs. Schutz.<sup>192</sup>

„Bei der jetzigen Lage kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die sowjetische Rechtsprechung im Kreis faktisch nicht existiert, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung lebt nach dem Gewohnheitsrecht oder gibt sich mit den religiösen Gesetzen zufrieden.“<sup>193</sup>

Im „Zusammenprall der Kulturen“ offenbarte sich das tiefe Dilemma, in dem die Bolschewiki steckten. Nationalisierung und sozialistische Modernisierung standen sich unversöhnlich gegenüber. Wobei die politischen und militärischen Entscheidungsträger der Bolschewiki oftmals der realen Macht vor der ideologischen den Vorzug gaben.<sup>194</sup>

Deportationen, Erschießungen, Enteignungen und andere Terrorakte hatten ein Ziel: das Ende der traditionellen Gesellschaft und die Errichtung einer „zivilierten“, d.h. antiimperialistischen Republik.<sup>195</sup> Ihren ärgsten Gegner machten Kommunisten in der 1920 verbotenen Müsavat-Partei aus. Jedenfalls in der national-aserbajdschanischen Perzeption, die in der Aussage Rəsulzadəs gipfelt:

<sup>190</sup> Baberowski, Jörg: ebd.:620.

<sup>191</sup> Ebd.:623.

<sup>192</sup> Zwischen März und Juni 1930 wurden 6.000 als Kulaken bezeichnete Familien aus Aserbajdschan deportiert bzw. innerhalb des Landes, oft in Bergregionen, umgesiedelt. Vgl. GA-AR, Fond 1017s/ opis' 1s/ delo 89, 11. 1-59. Zitiert nach: Baberowski, Jörg: ebd.:633.

<sup>193</sup> Ebd.:625.

<sup>194</sup> So pflegte M.B. Bagirov, Chef der aserbajdschanischen GPU, engen Kontakt zu einem räuberischen *warlord*.

<sup>195</sup> Verboten wurde alles, was den Bolschewiken traditionell erschien: 1929 das öffentliche Tragen des – neuerdings wieder populären – Papach (Fellmütze), 1928 des Tschadors. Aber auch in das religiöse Leben wurde massiv eingegriffen: 461 Moscheen wurden bis März 1929 geschlossen. Den Aktivisten eines „Gottlosenverbandes“ war die Zerstörung von 213 Moscheen anzulasten. Vgl. Baberowski, Jörg: ebd.:629.

„Die aserbeidschanischen Nationalisten schmachten aber nicht allein in Slofki, Sibirien und den anderen Teilen der nordrussischen Hölle; auch die Wellen des blauen Kaspisees dienen den Moskauer Henkern als Opferstätten, worin die Russen bis jetzt Tausende von unschuldigen aserbeidschanischen Freiheitskämpfern ertränkt haben, weil ihre einzige Schuld darin bestand, daß sie ihr Vaterland gegen die fremden Peiniger verteidigten.“<sup>196</sup>

Trotz der Jagd auf Müsavatisten währte Rəsulzadə den Geist des Müsavatismus nicht nur lebendig in Aserbaidschan, sondern noch wachsend. Indem er sich auf Aussagen der Zeitung *Bakinskij Raboči* bezieht, leitet er die Bedeutung des Müsavatismus implizit ab.

„Die mussavatistischen Konterrevolutionäre, die Aserbaidschan von Sowjetrußland abgetrennt haben und damit die größte Fähigkeit im Verrat bewiesen, erkannten sehr schnell in den doppelzüngigen Trotzlisten ihre natürlichen Verbündeten und schlossen sich eiligst an sie an; sie begannen eine wüste destruktive Tätigkeit, die sich in Spionage, Zerstörungen, Sabotage usw. äußert. Auch die nationalen Abweichler in der kommunistischen Partei Aserbaidschans befinden sich unter dem Einfluß der Mussavatisten, nehmen an allen antisowjetistischen Machinationen der Nationen teil und versuchen sowohl Aserbaidschan als auch ganz Kaukasien gemeinsam mit den Mussavatisten von der großen Sowjetunion abzutrennen.“<sup>197</sup>

Die Müsavatisten, die in das Ausland, zumeist in die Türkei, aber auch nach Deutschland oder nach Frankreich hatten fliehen können, übten sich, trotz vielfacher Behinderung und trotz des internationalen Druckes Moskaus, in stetem propagandistischem Widerstand gegen die Besatzer.

„Die aserbaidchanische politische Emigration geht Hand in Hand auch mit den anderen von den Sowjets unterdrückten nichtrussischen Völkern [...]“<sup>198</sup>

Damit gehörten die Müsavatisten zum externen Widerstandspotential gegen die Bolschewiki. Widerstand hatten sich die Kommunisten mit ihrer antinationalen Repression auch in den eigenen Reihen geschaffen. Die „nationalen Abweichler“, Kommunisten allesamt, lehnten sich auf gegen die „Moskauer Ausplünderungspolitik in den sogenannten nationalen Republiken, gegen die fortschreitende Zentralisation, gegen die Russifizierungsbestrebungen Moskaus in den nationalen Republiken und Moskauer Vernichtungsabsichten [...]“.<sup>199</sup>

<sup>196</sup> Rəsulzadə, Məmməd Ə.: 1938:36.

<sup>197</sup> *Bakinskij Raboči*, 26. April 1937. Zitiert nach: Rəsulzadə, Məmməd Ə.: 1938:37.

<sup>198</sup> Ebd.:38f. Wichtigstes publizistisches Organ der Emigranten war die Zeitschrift *Yeni Kafkasya*, die von 1923 bis zum türkischen Verbot 1931 in Istanbul und danach in Berlin erschien.

<sup>199</sup> Ebd.:42.

Klare Forderungen stellten die „Abweichler“ und die kommunistische Presse machte sie zu Agenten der Müssavatisten. Diese seien stets darauf bedacht, gegen den sozialistischen Staat zu intrigieren. Hingegen waren die Forderungen nicht antirussisch oder antikommunistisch, sondern zielten auf eine kulturelle und nationale Gleichberechtigung u.a. des aserbaidischen Volkes.

Während der Jahre der Zwangskollektivierung und des kommunistischen Terrors war der Blick Moskaus auf die innere Umgestaltung gerichtet.

„Das politische System des Stalinismus polarisierte, es lebte von den Feinden, die aus ihm ausgeschlossen bleiben mußten. Selbst im Bemühen zur Integration übte sich die Stalinsche Führung im Ausüben terroristischer Methoden. Und sie betrieb diesen Terrorismus bis an den Rand der Selbsterstörung.“<sup>200</sup>

Die politische und militärische Entwicklung, die Europa in einen neuen Krieg trieb, zwang die UdSSR zu einer außenpolitischen Neubestimmung, die sie mit der Besetzung eines Teiles Irans – genauer: des südlichen Aserbaidischens – in die Realität umsetzte.

---

<sup>200</sup> Baberowski, Jörg: 2000:637.

### 3. IM FOKUS: IRANISCH-ASERBAIDSCHAN

„Richtig, der Aras teilt ein Volk, aber die Erde darunter  
ist eins.“<sup>201</sup>

Das scheinbare Desinteresse der sowjetischen Führung an ihrem persischen Nachbarn, die noch zu Beginn der 20er Jahre dem Nordiran politische und militärische Unterstützung zuteil werden ließ, beruhte auf einer nach innen gerichteten sozialistischen *mission civilisatrice*. Die Moskauer Kommunisten blieben mit ihrer Konzentration auf die postrussische Gesellschaft innerhalb der Grenzen des Landes und versuchten sich am Erschaffen eines neuen Menschentyps: des „Sowjetmenschen“, einem frei von nationalen Eigenheiten ausschließlich auf den Kommunismus ausgerichteten Wesen.

Mit dem persischen Thronwechsel 1925, der das Ende der Qāğären-Dynastie besiegelte, gelangte Reżā Schah an die Macht und mit ihm ein Mann, der für eine politische Zentralisation des Iran stand. Einer aserbaidshanischen kulturellen Autonomie oder gar einem Separatismus des aserbaidshanischen Nordiran ähnlich dem der 20er Jahre gewährte er keinen Raum. Im Gegenteil: die Angst vor einer sowjetischen Bedrohung und die Erfahrungen mit der aserbaidshanischen Nationalbewegung führten geradewegs zur Beschränkung mühselig abgerungener kultureller Zugeständnisse und damit u.a. zum Verbot des Aserbaidshanischen an den Schulen. Iranisierung war das Ziel. Assimilierung und die Isolierung von ihren sowjet-aserbaidshanischen Nachbarn waren das Ziel. So spricht dann auch die Sorge über die Iranisierung der Aserbaidshaner aus den Zeilen Mirzaəli Şabesstari, geschrieben 1930:

„Oh Mensch, sei nie ohne Hoffnung, schreibe nur in deiner Muttersprache, so, wie deine Mutter sie dich gelehrt hat!“<sup>202</sup>

In den Schriften, Interviews und Aussagen der sich 1989 neu formierten national-aserbaidshanischen Organisationen wird beständig von einem „persischen Chauvinismus“ (*fars şovinismi*) gesprochen, den es zu brechen gelte.<sup>203</sup>

In den frühen 40er Jahren setzte ein politischer Wandel ein. Nun ging es der sowjetischen Führung darum, den eigenen Einfluß über die südliche Grenze hinaus auszubauen.<sup>204</sup>

<sup>201</sup> Kamran Mehdi (1980), in: *Ədəbiyyat və İncəsənət*, 12. August 1983:4.

<sup>202</sup> Mirzaəli Şabesstari, Für unser Volk, in: Mietag, Esmail: *M. H. Şahriar*, 1998: 200.

<sup>203</sup> Vgl. Elçibəy, Əbulfəz: *Bütöv Azərbaycan Yolunda*, 1997, S. 57-145.

<sup>204</sup> Da die Blickrichtung auf diese Etappe von der ASSR ausgeht, wurde vor allem sowjetisch-aserbaidshanische und „westliche“ Literatur ausgewertet.

### 3.1. OPTION AUS DER VERGANGENHEIT: DER SOWJETISCH-IRANISCHE VERTRAG VON 1921

Die sowjetische Politik im Iran bis zum Ende des II. Weltkrieges läßt sich in zwei Phasen messen. Die Jahre von 1922 bis etwa Mitte der 30er Jahre waren geprägt von politischer Zurückhaltung der Sowjetunion gegenüber Iran und von einer geringen Intensität politisch-kultureller Ambitionen in Iranisch-Aserbaidshan. Handelsbeziehungen waren die dominierende Form des zwischenaserbaidshanischen Kontaktes.

Erst ab Mitte der 30er Jahre und spätestens ab 1940, als eine Abteilung für Politische Propaganda (*Gosudarstvennaja Upravlenija Političeskaja Propaganda*, GUPP) in der Roten Armee geschaffen wurde, verfiel die UdSSR wieder in politische Aktivität. Obwohl ab Mitte der 30er Jahre die iranischen Aserbaidshaner ein natürlicher Verbündeter der Sowjetunion hätte sein sollen, um einen – auch territorialen – Puffer zwischen den Staaten zu bilden, verzichtete die sowjetische Seite auf eine praktische Zusammenarbeit. Dies trotz der Sorge Moskaus, externe Mächte wie Japan, England oder Deutschland könnten über die Anrainerstaaten hinaus ihren Weg in das sowjetische Territorium finden.<sup>205</sup> Insbesondere die Deutsch-Iranischen Beziehungen und der propagierte „Aranismus“ der iranischen Führung waren dazu angetan, Moskaus Mächtige zu beunruhigen. Gegenüber dem Iran hatte die Sowjetunion schon früh den Grundstein für politische und territoriale Intervention gelegt. Die sowjetische Iranpolitik fand 1921 mit der Unterzeichnung des Sowjetisch-Iranischen-Vertrages ihren – zukunftsorientierten – Abschluß. Im Detail heißt es daher:

„Im Falle, daß durch Drittstaaten Versuche unternommen werden, auf dem Territorium Persiens eine Expansionspolitik wahr zu machen oder das Territorium Persiens als eine Basis für Militäroperationen gegen Rußland zu nutzen, oder wenn sie eine Gefahr darstellen für die Grenzen der UdSSR oder für mit dieser alliierten Staaten, und falls sich die Persische Regierung, nach Warnung durch die Sowjetische Regierung außerstande sieht, dieser Gefahr zu begegnen, hat die Russische Sowjetregierung das Recht, seine Truppen auf dem Territorium Persiens in Stellung zu bringen, um die notwendigen Maßnahmen im Interesse seiner Selbstverteidigung zu treffen.“<sup>206</sup>

<sup>205</sup> Der japanische Einmarsch in die Mandschurei 1931 war der Auslöser für die Suche nach Länderexperten. Ziel war es, Orient-Spezialisten für den Einsatz in der Roten Armee auszubilden. Vgl. Nissman, David B.: *The Soviet Union and Iranian Azerbaijan*, 1987:27-37.

<sup>206</sup> Volodarskij, Michail I.: *Sovety i ich južnye sosedi Iran i Afganistan (1917-1933)*, London 1985:82.

Wenn der Vertrag auch einen gewissen antikolonialen Aspekt in sich trug und gegen ausländische Mächte, vor allem Großbritannien, gerichtet war, besiegelte er vorerst das Ende der Hoffnungen sowohl der iranischen als auch aserbaid-schanischen Revolutionäre. Nachdem die sowjetischen Kommunisten über Jahre versucht hatten, ihre Strategien und die sozialistische Revolution zu exportieren, mußten sie sich ein vorläufiges Scheitern eingestehen.

Die sowjetische Leitpolitik forderte von den aserbaid-schanischen National-kommunisten unter Nərimanov dann auch den Verzicht auf die Unterstützung national-aserbaid-schanischer Bewegungen in Iran. Dem stellte sich das Präsidium der Aserbaid-schanischen Kommunistischen Partei (KP-Az) im August 1921 mit einem Beschluß entgegen, nach dem die iranischen Kommunisten zu unterstützen seien und mit Waffen versorgt werden sollten.<sup>207</sup>

Gleichzeitig hielt Moskau sich mit dem Vertrag von 1921 eine auf territoriale Sicherheitsbedenken fußende Option offen: das Recht auf militärische Intervention, sollten sich Drittmächte – hier wurde auf Großbritannien und Deutschland angespielt – zu einem unionsnahen Aufmarsch versteigen. Die Entscheidung, wann dieser Fall eintrat, behielt sich die sowjetische Führung vor.

Die damit beanspruchte Taktik einer – auch heutigentags von einigen Staaten praktizierten – „Präventiv-Verteidigung“ eröffnete der UdSSR zwanzig Jahre später, 1941, erneut den Weg in den Norden Irans und bildete die Voraussetzung zur Gründung einer unabhängigen nordiranischen Sowjetrepublik.

Der kommunistische Sowjetstaat trat mit diesem Vertrag in die kolonialistischen Fußstapfen des zaristischen Rußlands. Und nicht nur das. Als man sich 1941 auf sein Verteidigungsrecht berief, bewies die politische Führung der UdSSR, also Stalin, altes zaristisches Großmachtdenken, das der propagierten kommunistischen Ideologie vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zuwiderlief.

---

<sup>207</sup> Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:250.

### 3.2. TRUPPEN UND PROPAGANDA: SOWJETISCHE SOLIDARITÄT

Zu Beginn der 30er Jahre waren die Aserbaidshaner beiderseits des Aras tatsächlich und in annähernd allen Bereichen des öffentlichen Lebens, sei es kulturell, politisch oder wirtschaftlich, weit voneinander entfernt. Die iranische Nationalitätenpolitik schien sich auf sicherem Gebiet zu bewegen und selbst das Verbot der Kommunistischen Partei Irans 1931 war den sowjetischen Kommunisten keinen Protest wert.<sup>208</sup>

Einen geringen Einfluß und eine Kontrollmöglichkeit erhielt sich die Sowjetunion über die Ausbildung von Regional-Experten. Deren Aufgabe sah die moralische und psychologische Indoktrinierung potentieller gegnerischer Truppen und der Bevölkerung vor.<sup>209</sup>

Im Jahr 1941 dann, mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion, wurde auch die südkaukasische Flanke zu einem potentiellen Schlachtfeld, hatte Hitler doch mit den Ölvorkommen Bakus eines der strategischen Ziele deutscher Expansionslust definiert. Die engen Beziehungen Irans zu Deutschland taten ein übriges und ließen die Sowjetunion an den Sowjetisch-Iranischen Vertrag von 1921 mahnen, nach dem der UdSSR das Recht auf militärische Intervention bei drittstaatlicher Bedrohung vom Territorium Irans aus zugestanden wurde.

Am 25. August 1941 begann – unter Berufung auf eben diesen Vertrag und mit dem Hinweis auf das militärische Sprungbrett, das Nordiran dem deutschen Rußlandfeldzug bot – der Einmarsch der Roten Armee in Iran.<sup>210</sup> Die Propagandaabteilung der Armee arbeitete schon im Vorfeld auf Hochtouren; immer bestrebt, der Bevölkerung Nordirans die eigene bedrohte Existenz vor Augen zu führen. Es wurden 15 Millionen Flugblätter verteilt, davon zwei Millionen auf Armenisch, vier Millionen auf Persisch und immerhin 11 Millionen auf Aserbaidshanisch.<sup>211</sup>

---

<sup>208</sup> Dazu auch: Shaffer, Brenda: *Borders and Brethren. Iran and the Challenge of Azerbaijani Identity*, 2002, S. 47-58; Asgharzadeh, Alireza: *The rise and the fall of South Azerbaijan Democratic Republic (1945-46)*, in: [www.azerbaijan.com/azeri/AlirezaAsgharzadeh.htm](http://www.azerbaijan.com/azeri/AlirezaAsgharzadeh.htm) (Zugriff am 08. Juli 2003); Atabaki, Touraj: *Azerbaijan. Ethnicity and Autonomy in Twentieth-Century Iran*, 1993, S. 63-98.

<sup>209</sup> Vgl. Nissman, David B.: 1987:29.

<sup>210</sup> Gleichzeitig marschierten in den Südteil Irans britische Truppen ein. Am 16. September wurde Reżā Schah zur Abdankung zugunsten seines Sohnes Moġammad Reżā Pahlavī gezwungen.

<sup>211</sup> Zur Sprache kam auch die ausbleibende Reaktion des Schahs auf die sowjetischen Beschwerden im Vorfeld. Mehrmals wurde der Schah auf die Bedrohung hingewiesen, in der sich die Sowjetunion wähnte; eine Antwort blieb jedoch aus. Vgl. Nissman, David B.: 1987:32.

Gleichviel ob Perser, Aserbaidshaner oder Armenier: Die Sorge, durch eine sowjetische Besatzung Irans auch sowjetischen Zuständen ausgesetzt zu sein, beunruhigte. Zu diesen Zuständen zählten sie Zwangskollektivierung, „Vergesellschaftung der Frauen“ ebenso wie bolschewistischen Terror.

Um der antisowjetischen Haltung vieler Iraner begegnen zu können, wurde nicht nur die „Iranische Gesellschaft für kulturelle Beziehungen zur UdSSR“<sup>212</sup> geschaffen, sondern auch eine spezielle aserbaidshansische GUPP, die unter der Leitung des Sekretärs des Zentralkomitees der KP-Az stand.

Mirzə Ibrahimov<sup>213</sup>, einer der bedeutendsten aserbaidshansischen Schriftsteller der Nachkriegszeit und Protagonist sowohl der „Sehnsuchtsliteratur“ als auch des Slogans „Vereintes Aserbaidshan“ sah in der Roten Armee und in ihren Propagandaabteilungen Garanten für eine demokratische Entwicklung Iranisch-Aserbaidshans.

„Seitdem eine große Anzahl aserbaidshansischer Soldaten im von uns besetzten Südaserbaidshan war, führten wir Propaganda und Agitation bei ihnen durch und halfen, die freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen, die sich von den ersten Tagen der Besatzung zwischen der Bevölkerung und unseren Truppen herausgebildet hatten.“<sup>214</sup>

Politische und gesellschaftliche Initiativen gab es in Fülle. Die über Jahre verbotene Kommunistische Partei Irans gründete sich 1941 als kommunistische Volkspartei des Iran (*Tudeh*-Partei) neu.

Organe für eine sowjetisch-iranische Zusammenarbeit entstanden und besonders das geistig-kulturelle Leben fand unter der sowjetischen Besatzungsmacht zu neuer Blüte. Allerdings in einem sozialistischen Gewand: Sowjetische Krankenhäuser entstanden, Theater, Oper- und Konzerthäuser aus der Sowjetunion tourten mit Gastspielen – trotz Kriegszeiten – durch die besetzten Gebiete.

---

<sup>212</sup> Ebd.:31. Die Gesellschaft wurde 1943 in Täbris gegründet und koordinierte die kulturellen und literarischen Aktivitäten der sowjetischen Institutionen in Iranisch-Aserbaidshan. Vgl. Berengian, Sakina: *Azeri and Persian Literary Works in Twentieth Century Iranian Azerbaijan*, 1988:143f.

<sup>213</sup> Mirzə Ibrahimov (1911-1993), Schriftsteller, Kommunist, Parlamentarier. Von 1954-58 Vorsitzender des Obersten Sowjets von Aserbaidshan.

<sup>214</sup> Vgl. Ibrahimov, Mirza: *Uyalıgın hikməti*, in: *Azərbaycan*, (1983) 5:96.

Wichtigstes publizistisches Organ der neuen Ordnung war *Vətən Yolunda*<sup>215</sup>, dessen Gründer Mirzə Ibrahimov die aserbaidischsprachige Zeitung als neue Hoffnung für Südaserbaidischland sah.

„Den Südaserbaidischländern, für die Schulen, Zeitungen und Literatur in der Muttersprache verboten waren, und die durch die strenge gesellschaftliche und nationale Tyrannei des Despotismus eines Reza Schahs der Unterdrückung und der Verfolgung ausgesetzt waren, indem ihnen ihre Identität, Nationalität, Geschichte, Kultur und Sprache verweigert wurde, erstrahlte *Vətən Yolunda* wie ein Licht in der Finsternis.“<sup>216</sup>

Während im Norden Irans der sowjetische Kulturexport seine ersten Früchte zu tragen begann, war der Süden Irans durch Großbritannien besetzt. Ganz wie in alten Zeiten blieb die Zweiteilung Irans bestehen. In einer Art *gentleman's agreement* kontrollierte die UdSSR den Norden und Großbritannien den Süden. Auch hier war es vor allem das Interesse ihrer Majestät am Öl, das den Hintergrund für britische Präsenz lieferte. Zudem galt es, der sowjetischen Süd-Expansion beizeiten zu begegnen. Wie sehr die iranische Frage in den geostrategischen Überlegungen der Großmächte eine Rolle spielte, wurde wenige Jahre später, mit dem Ende des II. Weltkrieges und der Gründung der Provisorischen Regierung Aserbaidischlands (PRA) auf iranischem Territorium deutlich.<sup>217</sup>

---

<sup>215</sup> *Vətən Yolunda* erschien zweitägig von 1941 bis Ende 1946. Einer der Mitarbeiter war Rüstəm (1906-1989), ein bedeutender Vertreter der sowjet-aserbaidischsprachigen Literatur. Vgl. *Azərbaycan Sovet Ensiklopediyası* (ACE), Bd. II 1978:468.

<sup>216</sup> Ibrahimov, Mirzə: in: *Azərbaycan*, (1983) 5:96.

<sup>217</sup> Zur Frage der Ölkonzessionen: Asgharzadeh, Alireza: 2000:11ff. In der Literatur tauchen die verschiedensten Bezeichnungen für die aserbaidischsprachige Unabhängigkeit auf. Die gängigsten sind: „Provisorische Regierung Aserbaidischland“ (PRA), „Autonome Regierung Aserbaidischland“ (ARA) und „Demokratische Regierung Aserbaidischland“ (DRA).

### 3.3. PROVISORISCHE REGIERUNG ASERBAIDSCHAN

Die Spannungen die mit der Gründung der PRA zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ausbrachen, waren inhaltsschwere Auslöser des folgenden Kalten Krieges. Hinter dem Streit um die PRA stand die zunehmende Konfrontation innerhalb der Anti-Hitler-Koalition, bei der Großbritannien, Frankreich und die USA auf der einen Seite standen und die Sowjetunion auf der anderen Seite.<sup>218</sup>

Vorerst wogten auch unter den Aserbaidsschanern Irans selbst Nationalisierung und Iranisierung gegeneinander. So verschrieb sich die Aserbaidsschanische Demokratische Partei (*Azərbaycan Demokrat Firkəsi, ADF*), gegründet am 3. September 1945, einem Ziel: Autonomie des südlichen Aserbaidsschans.<sup>219</sup> In der Einführung des Aserbaidsschanischen als Amtssprache, in einer Landreform und einem 8-Stunden-Arbeitstag sahen sie weitere notwendige Veränderungen. Derweil polemisierte der prominente Aserbaidsschaner Ahmed Kasravi (1890-1946), der Vater des „Iranischen Nationalismus“, gegen jeglichen ethnischen oder religiösen Separatismus. Verbindendes Glied der iranischen Nation sei das Territorium.<sup>220</sup> Neben allen Errungenschaften barg die Zeit der PRA aber auch eine dunkle Seite: Terror, der als eine Welle von Angst über dem Volk zusammenschlug.<sup>221</sup>

Am 12. Dezember 1945 wurde unter dem ersten Premierminister Pişəvəri die PRA ins Amt berufen.<sup>222</sup> Der Machtverlust des Schah-Regimes 1945 mobilisierte die peripheren politischen Kräfte zusätzlich.

---

<sup>218</sup> Vgl. Rossow, R., *The Battle of Azerbaijan*, 1946, in: MEJ X/1-1956, S.17-32; L'Estrange Fawcett, L., *Iran and the Cold War*, Cambridge ed. al. 1992. Bis hin in die Belletristik reichte der Konflikt: James Aldridge's "Der Diplomat" von 1952 gibt eine lebendige wenn auch fiktive Beschreibung der Situation.

<sup>219</sup> Ende 1945 hatte die Partei 70.000 Mitglieder. Vgl. ACE, Bd. I, 1976:136. Zur ADF auch: Atabaki, Turaj: 1993, S. 100-115.

<sup>220</sup> Vgl. Shaffer, Brenda: 2002:50f.

<sup>221</sup> „The Master of Terror was not Pischevari but the Minister of Labor, Education, and Propaganda, Mohammed Beria. A dark, cocky little man with a thin black mustache and slick black hair, he had risen to prominence in the Communist movement as head of the street-cleaners' union in Täbris. To execute the campaign of Terror, Beria used a sort of goon squad known as the Society of Friends of Soviet Azerbaijan. Recruitment to the society was carried out by agents of the political police, and anyone who showed opposition or even reluctance was lucky to get off with only a pistol whipping and clubbing.“ Vgl. Rossow, R., a.a.O:19.

<sup>222</sup> Einer Reihe von dringend notwendigen Reformen galt sein unmittelbares Augenmerk, u.a. eine Landreform und die Erneuerung des Bildungswesens. Pişəvəri sei „a small man in his middle fifties, with steely gray hair and a small brush mustache under a sharp and slightly hooked nose“. Vgl. Rossow, Robert: *The Battle of Azerbaijan*, 1946, in: MEJ, 10 (1956) 1, S. 17-32; Asgharzadeh, Alireza: 2000:13f.

Dies und der sowjetische Einfluß brachten die PRA auf die politische Bühne. Nur wenige Monate konnte sich die Republik am Leben halten, bis sie durch den international erzwungenen Rückzug der Sowjetunion am 1. Mai 1946 ihren überlebenswichtigen Mäzen verlor und nur Monate später an Irans Machthaber zurückfiel. Pişəvəri floh ein weiteres Mal nach Baku und in Iranisch-Aserbaidshan folgte den Fliehenden eine entfesselte iranische Armee.

„When the Persian Army returned to Azerbaijan, it came with a roar. Soldiers ran riot, looting and plundering, taking what they wanted. [...] The Persian Army – the army of emancipation – was a savage army of occupation.“<sup>223</sup>

Einzig aus der internationalen Konstellation läßt sich die Niederlage der PRA nicht erklären. Durch Druck der Vereinten Nationen, allen voran Großbritanniens und der USA, wurde die Sowjetunion zum Rückzug gezwungen, womit der autonomen Regierung natürlich der wichtigste Partner fehlte. Nach Asgharzade war aber die fehlende Konsequenz der Pişəvəri-Regierung in nicht geringen Maße für die Niederlage verantwortlich. Nicht revolutionär und souverän, sondern konservativ und reformistisch habe die Regierung agiert und damit ihre Entscheidungsfähigkeit eingebüßt.<sup>224</sup>

---

<sup>223</sup> Douglas, William O.: *Strange land and friendly people*, 1951:45, zitiert nach: Asgharzade, Alireza: 2000:16.

<sup>224</sup> Ebd.:17. Über lange Jahre war der 12. Dezember, der Tag der Besetzung, in Iran ein Feiertag.

### 3.4. DIE GEBURT DER SEHNSUCHTSLITERATUR

Nur wenige Monate staatlicher Eigenständigkeit, gebaut auf sowjetischem Fundament: Aber was für eine Zäsur in der Genese eines neuen, Aras übergreifenden, Nationalbewußtseins. Von herausragender und jahrzehntelang anhaltender Bedeutung wirkte sich diese Zeitspanne und der damit gewonnene Identitätsgewinn bis in die 80er Jahre aus. Die Aserbajdschaner gerade auch des Nordens fanden hier einen wichtigen Werkstoff, aus dem sie ihre Vision vom „Vaterland“ bauten.

Im kulturellen Leben, in der Literatur und der Publizistik erhob sich eine neue Gattung zu langsamer Blüte. Die Sehnsuchts-Literatur (*həsərət-ədəbiyyatı*), auch als „*Aras-ədəbiyyatı*“ (Aras-Literatur) bezeichnet, greift das Trennende des *einen* aserbajdschanischen Volkes auf, symbolisiert im Grenzfluß Aras. Als fester Bestandteil der Literatur prägte die Gattung die folgenden Jahre und fand ihr Zentrum in Baku. Periodika wie *Vətən Yolunda* und *Azərbaycan*<sup>225</sup> banden viele Autoren auch aus Iran an sich, gaben den aus Sowjet-Aserbajdschan stammenden Literaten wie Ibrahimov eine Plattform für ihren „großen unbeirrbaren Einsatz im Kampf um die Glückseligkeit des Vaterlandes“.<sup>226</sup>

Der Aras, 1828 im Friedensvertrag von Türkmənçay zum Grenzfluß erklärt, wurde in den Augen vieler zum Mahnmal der Trennung des Volkes und zum Feldzeichen in der Schlacht um Verbrüderung und Einheit.

Der in Täbris gegründete Schriftstellerverband und die Täbriser Gesellschaft der Poeten und Schriftsteller, griffen auf der Suche nach historischen Wurzeln weit in die Geschichte zurück und huldigten Fu'ûlî und Bâbak ebenso wie den zeitnahen Patrioten Səttarxan und Xiyabani.

„Wir sind Azeris, rein dem Namen nach und rein dem Blute,  
unser Land brachte Köroğlu und Cavan Şir hervor, Männer stark wie Löwen,  
neuerlich erblüht das Land Babeks und der Ilkhane  
und es gedeiht im Schatten dieses große altehrwürdige Land.“<sup>227</sup>

<sup>225</sup> *Azərbaycan* erschien erstmalig am 1. November 1941 auf Aserbajdschanisch und Persisch und sah in der Kritik des Pahlavî-Regimes seine vornehmste Aufgabe. Vgl. Berengian, Sakina: 1988:178.

<sup>226</sup> *Azərbaycan* (a), 1. Januar 1946:17. Zitiert nach: Berengian, Sakina: 1988:139.

<sup>227</sup> *Azərbaycan* (a), 6. Januar 1946:16f. Mit diesen Zeilen wandte sich der Täbriser Schriftstellerverband an Stalin, um die historische Dimension der „neuen Epoche“ zu untermauern, ebd.:139.

Der sowjetischen „Gruppendynamik“ war es geschuldet, daß zunehmend eine formale Hinwendung zu einem „revolutionären Stil“ erfolgte. Vertreter des „klassischen“ Stiles hatten mit harscher Kritik zu rechnen.<sup>228</sup>

„To write qasidehs and ghazals and to seek inspiration from the muses, angels and nymphs; to write poems to exalt endless voids detached from the land and the people; to look for art in the skies; to worship the goddess of beauty – these are not the qualities of a true poet. The true poet is a father of the people, and his resources and support are people.“<sup>229</sup>

Nicht alles jedoch ließ sich durch die sowjetische Kulturdoktrin kontrollieren. Rüstəm schrieb seine Gedichte oftmals in der klassischen Form der Gazels. Von den sowjetischen Kritikern als „abstrakte Romantik“ abgetan, traf er gerade damit den Sinn und das Herz vieler Aserbaidshaner. Dessen ungeachtet lieferte die traditionelle Form moderne und revolutionäre Ideen.

Auch über Iranisch-Aserbaidshan hinaus erweckte die neue Literaturgattung Aufmerksamkeit. Nicht nur in Baku, dem kulturellen Herzen Aserbaidshans, sondern bis nach Moskau erfuhren die Vertreter der *Aras-ədəbiyyatı* Anerkennung. So wurde Rüstəms Epos „*Tabrizdə Qış*“ (Winter in Täbris) 1949 durch die Moskauer Literaturzeitung *Ogonjok* (Flamme) ausgezeichnet.

Eines der bedeutendsten Werke der politischen Erneuerung sowie der Vision des „Einen Volkes“, war der Roman „*Gələcək Gün*“ (Der anbrechende Tag). Er brachte 1951 Mirzə İbrahimov den allunionsweiten Leninpreis ein. Zuvorderst würdigte der Preis den politischen Hintergrund des Romans, dem Sujet eines geeinten sozialistischen Aserbaidshans; erst als zweites dessen Ästhetik. Zweifelsohne ist der Roman in erster Linie eine Hommage an die Errungenschaften der Sowjetunion.

„Jenseits des Araxes, nur hundert Schritte von uns entfernt, dachte er, haben die Menschen in zwanzig Jahren einen hundertjährigen, einen tausendjährigen Weg zurückgelegt, während bei uns alles beim alten geblieben ist. [...] Ich denke jetzt immer häufiger an die Kaaba der Freiheit – an Moskau! Einen anderen Weg gibt es nicht!“<sup>230</sup>

<sup>228</sup> Vgl. ebd.:139.

<sup>229</sup> Azəroğlu, in: *Azərbaycan*, 25. August 1946. Zitiert nach: ebd.: 139.

<sup>230</sup> İbrahimov, Mirzə: *Die Zeit wird kommen*, 1952:38 und 273.

Dieser Geist, der im und nach dem Zweiten Weltkrieg auferstand, spiegelte sich auch in anderen Werken dieser Epoche wieder.<sup>231</sup>

Die Sehnsuchtsliteratur, die sich unter der Ägide der sowjetischen Institutionen entwickelte und gefördert wurde, zielte mit ihren Symbolen auf die Unvermeidbarkeit der Wiedervereinigung Aserbaidschans.<sup>232</sup>

Das Ende der Pişəvəri-Periode in Iran 1946 bedeutete zwar das Ende der versuchten aserbaidshanischen Staatlichkeit, nicht aber das Ende der „Volkspoe-ten“. Viele von ihnen, darunter Balaş Azəroğlu und Əli Tudeh, emigrierten in den Norden. Dort, in Baku, setzten sie ihre Arbeit fort und etablierten sich in der Gesellschaft und den politischen Organen.

In Iran wiederum waren die frühen 50er Jahre eine Zeit, die dem kulturellen Aufschwung der Aserbaidshaner relativ wohl gesonnen war. In Teheran gründete sich die „Gesellschaft der Freunde Aserbaidschans“ und die „Gesellschaft der aserbaidshanischen Schriftsteller“. Noch ein Vierteljahrhundert später zehrte die aserbaidshanische Volksgruppe in Iran von der kulturellen Dynamik der 40er Jahre.

Die Sehnsuchtsliteratur – und mit ihr die während der sowjetischen Besetzung ausgebildeten literarischen Symbole – hielt den nationalen Geist wach, der in den ersten Jahren der Islamischen Revolution aserbaidshanische Schulen, Zeitschriften, Theater und Rundfunksender zum Leben erweckte und erneut fördern auf die nationale Identität auszustrahlen begann. Durch drei Quellen wurde die so patriotisch anmutende Sehnsuchtsliteratur gespeist:

- durch den politischen und kultur-assimilierenden Druck des Pahlavī-Regimes, der ein ethnisches Bewußtsein formte
- durch die sowjetische Okkupationspolitik mit ihrer Förderung iranisch-aserbaidshanischen Nationalbewußtseins
- durch den politischen und literarischen Einfluß einer sowjetisch geprägten aserbaidshanischen *intelligenciya*.

---

<sup>231</sup> *Vətən Sevğisi* (Liebe des Vaterlandes), *Ana Topraqım* (Meine Muttererde), *Şanlı Vətən* (Ruhreiches Vaterland) sind Beispiele für eine Vielzahl von Gedichten jener Zeit. Hinzu kamen sowjet-verherrlichende Werke wie *Rotes Moskau*, *Salut an Leningrad* u.a. Vgl. Berengian, Sakina: 1988:150.

<sup>232</sup> Vgl. Nissman, David B.: 1984:201f.

#### 4. DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER „SÜDFRAGE“

„Der Weg zur Rettung eines jeden Volkes, und nicht nur der einzelnen Völker, sondern der ganzen Menschheit, führt durch die Hörsäle der Universitäten“<sup>233</sup>

So gewichtig sich die *Aras-adəbiyyatı* und der aserbajdschanische Nationalismus in den Reihen patriotischer Aserbajdschaner ausgebreitet hatte – der Bevölkerung Iranisch-Aserbajdschans war der versuchte aserbajdschanische Irredentismus schwer zu vermitteln. Ja, mit dem Ende der Demokratischen Republik Aserbajdschan wurde auch die zur Schau getragene nationale Begeisterung vorerst zu Grabe getragen. Eben jene Aserbajdschaner, die wenig früher noch so begeistert als Nationalisten aufgetreten waren, winkten plötzlich den iranischen Truppen beim Einmarsch in die vormals sowjetisch besetzten Gebiete zu. Aserbajdschanische Bücher gingen in Flammen auf und markierten so das Ende der sowjetischen Pläne, das südliche Aserbajdschan aus dem Iran zu lösen.<sup>234</sup> Wenn auch der aserbajdschanische Teil Irans vorerst für die sowjetischen Interessen verloren schien, so verfolgte man in der ASSR wie in Moskau die Idee einer aserbajdschanischen Einheit weiter.

„Der Geist panaserbajdschanischen Irredentismus war nun aus der Flasche, und Versuche, ihn erneut einzudämmen, wurden nicht konsequent verfolgt. Während Moskau – im ganzen gesehen – korrekte und bisweilen sogar gute Beziehungen mit dem Schah-Regime unterhielt, erlaubte die sowjetische Regierung gleichwohl Bekundungen des Panaserbajdschanismus auf der lokalen Ebene der Aserbajdschanischen SSR.“<sup>235</sup>

Zwei Beispiele mögen das anhaltende Interesse verdeutlichen. Der schon 1934 von Ordubadi geschriebene Roman *Dumanlı Təbriz* (Rauch über Täbris) wurde – in textlich überarbeiteter Form – ins Russische übersetzt und erreichte damit eine über Aserbajdschan hinausgehende Leserschaft.<sup>236</sup>

<sup>233</sup> Ibrahimov, Mirzə: 1952:93f.

<sup>234</sup> Vgl. Rossow, Robert: The Battle of Azerbaijan, 1946, in: *MEJ*, 10 (1956) 1, S. 17-32.

<sup>235</sup> Swietochowski, Tadeusz: Der Islam und die Entwicklung nationaler Identität in Aserbajdschan, in: Kappeler, Andreas u.a.: 1989:58.

<sup>236</sup> Ordubadi, Məmməd Said (1872-1950). Der Kampf Sattarxans gegen die iranische Zentralgewalt (1908-09) der im Zentrum des Werkes steht, kann gedeutet werden einerseits als Kampf für ein aserbajdschanisches Nationalbewußtsein im Iran, frei von zentraler Bevormundung. Gleichwohl ist in dieser Wertung auch die mögliche sowjet-aserbajdschanische Selbstbehauptung gegenüber Moskau angelegt. Auf diese Art interpretiert, behält sich das Buch eine anti-sowjetische Polemik vor.

Ähnlicher allsowjetischer Würdigung wurde Mirzə Ibrahims *Galacək Gün* durch die Übersetzung ins Russische zuteil. Ursprünglich 1948 in der Monatszeitschrift *İngilab ve Mədəniyyət* (Revolution und Zivilisation) abgedruckt, erschien der Roman, dessen Fokus auf der Befreiung des iranischen Aserbajdshans liegt, 1949 in Buchform in Baku.<sup>237</sup> Noch Jahrzehnte später erfährt das Buch seine Würdigung. Im Anschluß an den 7. Schriftstellerkongreß in Baku betont Heydər Əliyev in der Zeitung *Azərbaycan*, dem Organ des Schriftstellerverbandes, wie herausragend und genau das Buch die revolutionäre Bewegung und den Kampf des Volkes für Unabhängigkeit in Südaserbajdschan eingefangen habe.<sup>238</sup> Für Səməd Vurgun, der das literarische Geschehen in der Frühzeit Sowjet-Aserbajdschans prägte, war *Galacək Gün* „eines der ersten bedeutenden Werke in der sowjetischen Literatur, das den heldenhaften Überlebenskampf der Völker des Ostens für Sozialismus und Demokratie zum Thema hatte“<sup>239</sup>.

Die Debatten um die Einheit Aserbajdschans fanden in den 70er Jahren mit der Gründung der „Abteilung für Sprache und Literatur des südlichen Aserbajdschan“ am Nizami-Institut ihre akademische Anerkennung sowie staatliche Förderung und Rückendeckung.<sup>240</sup> Zugleich bedeutete dies, allein durch die offizielle Einbettung in eine wissenschaftliche Einrichtung, die Institutionalisierung der „Aserbajdschan-Frage“ zumindest in der ASSR.<sup>241</sup> Die Existenz der Abteilung sowie ihre Bezeichnung lassen sich als deutlicher Ausdruck einer Politisierung der Thematik interpretieren.

Gründer und Leiter des Institutes war Mirzə İbrahimov, der erste und bedeutendste der „Sehnsuchts“-Literaten. Für Nissman stellt die Gründung dieser Abteilung, die wie alle anderen unter dem Schirm der Akademie der Wissenschaften der ASSR agierte, das Ergebnis der Debatten um die Einheit Aserbajdschans dar.<sup>242</sup>

<sup>237</sup> Vgl. Nissman, D., 1984:203.

<sup>238</sup> Erschienen unter dem Titel: H.E. Əliyev yoldaşın çıxışı, in: *Azərbaycan*, 10 (1981), S. 67.

<sup>239</sup> *Azərbaycan* 10 (1981), S. 82f.

<sup>240</sup> In der Literatur tauchen weitere Bezeichnungen für dieses Institut auf, z. B. bei Nissman, 1987:46, „Section for the study and publication of Southern Azerbaijani literature“.

<sup>241</sup> Dieser Institutsgründung ging schon in den 50er und 60er Jahren die intensive Beschäftigung mit den Nationalen Befreiungsbewegungen im Nahen Osten und in Afrika voraus. Das Institut für Orientstudien, gewachsen aus dem Zentrum für Iranische Studien, wurde 1965 zum Institut der Völker des Nahen und Mittleren Ostens. Ab Mitte der 50er Jahre starteten Radiosender mit speziellen iranisch-aserbajdschanischen Programmen und erreichten eine breite Öffentlichkeit. Vgl. Nissman, David B.: 1987:45f.

<sup>242</sup> Vgl. Nissman, David B.: 1984:204.

Ein weiteres Mal stellte sich die „Aserbaidsschanische Frage“ in den Raum zwischen UdSSR und Iran. Als 1979 in Iran Chomeini seine Anhänger zur Islamischen Revolution rief, nahm dies die kommunistische Führung in Moskau erst einmal als Hoffnungsschimmer lang gehegter Süd-Ambitionen wahr. Zwar sah man in Moskau in der Islamischen Revolution nur ein vorübergehendes Phänomen, das die nach Demokratie drängende iranische und aserbaidsschanische Bevölkerung auf dem Reformwege hinter sich lassen würde; in Moskau sah man aber auch die belebende Wirkung der religiösen Eiferer unter Chomeini auf die schiitisch geprägten Muslime Sowjet-Aserbaidsschans. Die iranischen Radiosendungen und Ansprachen Chomeinis richteten sich nicht zuletzt – die geistig-religiöse wie die räumliche Nähe zum nördlichen Nachbarn ausnutzend – an die Adresse der sozialistischen Muslime in der UdSSR.<sup>243</sup>

Die sowjetische Propaganda setzte hingegen auf die nationale Karte. Nicht nur die Aserbaidsschaner als größte Minderheit im Iran, auch Araber und andere Minderheiten erhielten ideologische und materielle Unterstützung. In zuvor ungeahnter Weise ließen sich die aserbaidsschanischen Sender für die ideologische Penetration des iranischen Aserbaidsschans einspannen. Die Reaktionen der Hörer aus dem Süden schienen die Praxis der medialen Überflutung zu rechtfertigen.

„In the media of Soviet Azerbaijan, treatment of Iranian Azerbaijan is less ideological than it is national, and it is national in a sense that encompasses Iranian Azerbaijan as well as Soviet Azerbaijan.“<sup>244</sup>

Die virulente Süd-Frage, in der ein panaserbaidsschanischer Nationalismus verborgen lebte und der sich schnell auch gegen das kommunistische Zentrum Moskau richten konnte, ließ die sowjetische Propaganda in den Jahren 1979-1981 zweigleisig fahren.

Der Sturz des Schahs führte auch die aserbaidsschanische Kultur und Sprache zurück an das Licht der Öffentlichkeit. Und nicht nur das: Die Begeisterung der Aserbaidsschaner für die Islamische Revolution läßt sich an folgendem Gedicht von 1979 ablesen. Es steht *pars pro toto* und für die weitverbreitete Hoffnung, Iranisch-Aserbaidsschan möge an Freiheit gewinnen. Aber es glimmt auch die Angst auf, hintergangen zu werden. Eine Angst, die sich nur zwei Jahre später, 1981, mit Repressionen und Verboten, erfüllen sollte.

---

<sup>243</sup> Vgl. Swietochowski, Tadeusz: 1989:59.

<sup>244</sup> Vgl. Nissman, David B.: 1987:47.

### Gottes Versprechen

Lasse die Islamische Revolution im Iran wie eine Flut fließen,  
Lasse die Wolken donnern, die Blitze zucken.

Lasse die Entrechteten zu ihren Rechten kommen,  
Lasse die Fahne des Islam hoch über den Bergen wehen.

Lasse die Gebetsseufzer der Entrechteten flammen,  
Lasse die Tyrannei an der Wurzel verbrennen und vernichten.

Kann es sein, daß Gott den Eßtisch deckt,  
Und die einen davon essen dürfen und die anderen nicht!?<sup>245</sup>

Die sowjetische Propaganda versuchte eine aserbajdschanische nationale Identität in erster Linie über die Revitalisierung des Azeri zu fördern. Materielle wie ideelle Unterstützung floß aus der Sowjetunion und der ASSR in den Norden Irans. Dort wurden viele neue aserbajdschanischsprachige Publikationen produziert. Die Aufhebung des Verbotes der aserbajdschanischen Sprache 1979 forcierte diesen Prozeß.

„After 1979 with the settlement of the Islamic regime a new period began in the history of language of the Iranian Azerbaijan. Many journals and publications appeared in the Turkish language alone or mixed Turkish and Persian languages. [...] Today there are more than 50 regular journals, although certain of the journals had a relatively short lifetime.“<sup>246</sup>

Nur im Nebensatz und quasi „zwischen den Zeilen“ läßt sich Kritik an der iranischen Politik gegenüber aserbajdschanischen Medien aufspüren. Die „relative Kurzlebigkeit“ ist ein Phänomen, das auch Ländern wie der Türkei nicht fremd ist. Zeitungen werden verboten und mit Klagen überhäuft. Zumeist durch „Neugründungen“ wird darauf reagiert.

In der ASSR hingegen wurde bewußt auf den Unterschied zwischen iranischen Aserbajdschanern und den Aserbajdschanern der Sozialistischen Sowjetrepublik hinargumentiert. Das Spiel mit nationalen Befindlichkeiten zielte auf die Schwächung des – durch die Revolution scheinbar destabilisierten – Irans. Jedoch gründete dies Spiel immer auch auf der Sorge, Nationalismen nicht mehr kontrollieren zu können.

<sup>245</sup> Şahriyar, M. H, in: Mietag, Esmail: 1998:158.

<sup>246</sup> Heyet, Javad: Evolution of the Azerbaijani language and Identity, in: *Varliq*, 25 (1382/2003) 2:94. Heyet ist der Chefredakteur dieser Zeitung.

In der Tat verwob sich das nord-süd-aserbaidtschanische Geflecht so engmaschig, daß sich – wenn auch auf unterschiedliche Weise – die „Aserbaidtschanische Frage“ aus dem akademisch-literarischen Biotop herausbewegte. So ließ sich denn auch Ibrahimov 1980 in der Zeitung *Azərbaycan* zu folgender optimistischen Sicht hinreißen.

“Wie alle Völker des Iran, welche nach 50 dunklen Jahren der Tyrannei das Licht einer revolutionären Dämmerung sahen, unternahmen die Aserbaidtschaner die ersten glücklichen Schritte auf dem Weg zum kulturellen, geistigen, sozialen und erzieherischem Aufschwung.“<sup>247</sup>

Zwei Jahren später jedoch, 1981, war der aserbaidtschanische Aufbruch gestoppt. Der Druck der islamischen Führung in Teheran richtete sich auch gegen die national-kulturellen Bewegungen. Schon Ende 1981 stand ein Dutzend literarischer bzw. politischer Publikationen vor dem Aus.<sup>248</sup> Im Jahr 1984 erschien gerade noch eine Zeitschrift (*Varliq*), die bis heute die scheinbar einzige überregionale aserbaidtschanische Zeitung ist.

“Die iranische Revolution begründete ein neues Leben in Südaserbaidtschan und schuf die Bedingungen für eine umfassende Entwicklung. Im Ergebnis wurden Bücher, Zeitschriften und Zeitungen in aserbaidtschanischer Sprache veröffentlicht. Aber die Gegenreaktion blieb nicht aus. Einige Zeitschriften, etwa *Yeni Yol*, mußten schließen. Unsere Hoffnung ruht auf Aktivitäten militanter Aserbaidtschaner, Poeten und Schriftsteller.“<sup>249</sup>

Für Ibrahimov fußte der islamische *backlash* auf einer anti-aserbaidtschanischen Haltung der iranischen Mullah-Regierung; außer Acht lassend, daß diese auch eine antisowjetische Haltung transportierte.

Schwarze Wolken ziehen am Horizont auf, die Reaktion hat ihre Flügel ausgebreitet und die progressiven Kräfte stehen unter Feuer. Schriftsteller und Dichter, die das Lied des Patriotismus singen, werden verfolgt, ja selbst jene, die Verse über Liebe, Wahrheit und Treue des menschlichen Herzens schreiben. Warum? Weil sie in ihrer Muttersprache, dem Azeri, schreiben.“<sup>250</sup>

Für die Sowjetunion, genauer: für die kommunistische Führung in Moskau, stellte die Forderung nach einer aserbaidtschanischen Autonomie innerhalb des Iran immer nur die Fassade dar für ein vereintes sozialistisches Aserbaidtschan.

<sup>247</sup> Ibrahimov, Mirzə: Cənubda dirxaliş, in: *Azərbaycan*, 1 (1980) S. 36.

<sup>248</sup> *Ədəbiyyat və İncəsənət*, 18. September 1981:7.

<sup>249</sup> Vgl. Talab, Ramin Afiyat: in: *Ədəbiyyat və İncəsənət*, 25. Nov. 1983:8. Das Zitat gibt gleich noch einen interessanten Einblick in die ambivalente Haltung der Befürworter eines aserbaidtschanischen Nationalismus.

<sup>250</sup> Ibrahimov, Mirzə: Dur, vaxti-səhərdir, in: *Azərbaycan* 2 (1984), S. 166.

Diesem Ziel näherten sich Moskaus und Bakus Kommunisten in den Jahren 1979-1981, bis die Erfolge (Sprache, Pressewesen, Literaturaustausch ...) durch die Chomeini-Führung torpediert wurden.

Die sowjetische und auch aserbajdschanische Position eines propagierten „geteilten Aserbajdschans“ aus den 50er und 60er Jahren, eines Aserbajdschan der **zwei** Vaterländer wich hinter einem neuen Slogan zurück. Seit etwa 1982 stand „*Bütöv Azərbaycan*“ (Gesamt-Aserbajdschan) für eine vom Zentrum und der Kommunistischen Partei unterstützte panaserbajdschanische Ideologie, die sich zudem auf einen Nationenbegriff zurückzog, der Sprache, Territorium, Kultur und Tradition – ganz im Stalinschen Geiste – als die Grundlagen einer Nation ansah.

Die Realität sollte den sowjetischen Ambitionen zuvorkommen. Der Zusammenbruch des sozialistischen Vielvölkerreiches nahm sicher nicht in Aserbajdschan seinen Anfang. Die nationale Selbständigkeit, die Aserbajdschan danach gewann, hatte schwere Prüfungen zu überstehen und nicht immer blieb der Idee einer aserbajdschanischen Vereinigung viel Raum zur Entfaltung. Aber immer wieder und immer öfter gelang es Politikern, Intellektuellen oder Organisationen, sich dieses Thema auf die Fahnen zu schreiben. Sei es aus politischem Kalkül heraus oder als wahrhafte Vision.

Die Unterstützung der Islamischen Revolution durch die aserbajdschanische Minderheit läßt sich anhand dreier Punkte erklären.

ERSTENS waren die Opfer der politischen Offensive der PRA von 1945/46 nicht vergessen. Viele Aktivisten dieser Zeit gingen ins Ausland und die ASSR und lebten dort in der Hoffnung auf eine Rückkehr.

ZWEITENS war es die Unterdrückung durch das Pahlavī-Regime selbst, das zum Aufbegehren gegen den Schah führte. Das Verbot der aserbajdschanischen Sprache steht beispielhaft für die ethnische Ungleichbehandlung in Iran.

DRITTENS unterstützten weite Teile der aserbajdschanischen Diaspora alle Anstrengungen, die einem Machtwechsel in Iran dienten.

Nicht zuletzt bildeten die sozioökonomischen Bedingungen, unter denen viele Aserbajdschaner lebten, den Hintergrund für das politische Aufbegehren. In den 60er und 70er Jahren auf der Suche nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen in die Städte gekommen, wartete auf viele nur das urbanisierte Elend.

So versprach man sich in der Entmachtung des Schahs zugleich ein besseres Leben.<sup>251</sup> Als Ende 1977 die ersten Aktionen gegen das Schah-Regime ausbrachen, war es gerade Täbris und die dortige Universität, die zum Herzen des Widerstandes wurde. Der Flucht des Schahs im Januar 1979 ging ein unruhiges 1978 voraus. Hunderte Tote, Hunderttausende Demonstranten und aus Solidarität mit den Streikenden geschlossene Basare bewegten das Jahr. Zum Führer der Aserbaidshaner in diesem Kampf wurde der charismatische Ayatollah Şariatmadari. Auch nach dem Sturz des Schahs und dem Beginn der Islami-schen Revolution kämpfte er für die Dezentralisation von politischer Macht, die sich für ihn in ausgedehnten Rechten der Minderheiten (Regionalparlamente, Autonomie etc.) zeigen sollte. Damit stand er in Opposition zu Khomeini und ab 1982 bis zu seinem Tode 1986 unter Hausarrest.<sup>252</sup>

Seine politische Isolierung hing nicht nur mit den divergierenden politischen Positionen zur Rolle des Staates zusammen, sondern ebenso sehr mit der persönlichen Autorität und Ausstrahlung, die in einem autokratisch geführten und auf Khomeini ausgerichteten Staat in einen Führungskonflikt münden mußte, aus dem Khomeini als Sieger hervorging.

Der Bruch Şariatmadaris und Khomeinis stand symbolisch für den Bruch der politischen nationenübergreifenden Koalition. Die fortschreitende Zentralisation des Staates trieb die Aserbaidshaner als ethnische Gruppe ins Abseits, wenn auch ihre politische und wirtschaftliche Elite vom neuen Staatswesen zu profitieren verstand.

---

<sup>251</sup> Shaffer, Brenda: *Borders and Brethren, Iran and the Challenge of Azerbaijani Identity*, 2002:77ff.

<sup>252</sup> Ebd.:97.

### ZUSAMMENFASSUNG

Der Phase südkaukasischer Eigenstaatlichkeit, die nach einem vierwöchigen Zusammenschluß Armeniens, Georgiens und Aserbaidshans im Frühjahr 1918 zur der Transkaukasischen Föderation in separaten Einzelstaaten mündete, folgte ab 1920 ein von KPR (B) und Nationalkommunisten gleichermaßen gestaltetes „Unabhängiges Sowjet-Aserbaidshan“. Mit Nəriman Nərimanov hatte die aserbaidshanische Sowjetrepublik einen auch auf Allunionsebene anerkannten Gestalter, der letztendlich durch die kommunistischen Fundamentalisten um Stalin entmachtete wurde.

Die politische Situation, in der sich die russischen Bolschewiki unmittelbar nach der Machtübernahme befanden, ließ den Nationalkommunisten vorerst weiten Spielraum für ihre eigenen Interessen. Zwei Faktoren vor allem hielten den ideologischen Drang der Bolschewiki nach sozialistischer Missionierung im Zaum. Es war zum einen das aserbaidshanische Erdöl, auf das die Sowjetunion für ihren harten Überlebenskampf als Schmiermittel ihrer Revolutionsmaschinerie angewiesen war. Zum anderen bedurfte sie zur Umsetzung ihrer Version eines gerechten Regimes, dem Kommunismus, der Unterstützung der nationalen Kommunisten.

Parallel zum Prozeß der Nationenförderung griffen die Kommunisten mit Kollektivierung und „Entkulakisierung“ in bestehende Gesellschaftsstrukturen ein, erzeugten eine gewaltige Hungersnot und trieben Hunderttausende ins Gefängnis oder in den Tod.

Ihre Umkehrung erfuhr die Nationalisierung gegen Ende der 30er Jahre, als mit der Kyrillisierung die zentrale Politik zu einer Stärkung des Russischen wechselte. Für Sowjet-Aserbaidshan bedeutete dies einen erneuten Wechsel der Schrift, nachdem schon Jahre zuvor die arabische von der lateinischen Schrift abgelöst worden war.

Spätestens in den 40er Jahren setzte mit der iranischen Offensive der Sowjetunion ein Prozeß nationaler Identitätsentwicklung ein, der nicht nur den aserbaidshanischen Teil Irans mit einschloß, sondern das aserbaidshanische Selbstverständnis verschob. Der Geisteshaltung eines „Geeinten Vaterlandes“ stand eine Literaturgattung zur Seite, die als „Sehnsuchtsliteratur“ nicht nur die Teilung Aserbaidshans aufarbeitete, sondern ebenso eine politische Funktion erfüllte.

Ihre Vertreter transportierten zum einen die sozialistischen Ideale in den Iran, zum anderen hielten sie, auch in Sowjet-Aserbaidschan, die Erinnerungen an die Teilung des Landes wach.

Mit der Islamischen Revolution in Iran, die zunächst begeistert von iranischen Aserbaidschanern aufgenommen und unterstützt wurde, schien ein weiterer Schritt aserbaidshanischer Annäherung möglich. Selbst die Führung in Moskau spekulierte auf mehr ideologischen Einfluß in Iranisch-Aserbaidschan. Mit dem Fortschreiten der Revolution und dem Niedergang der UdSSR veränderten sich jedoch die Vorzeichen für die kommunistische Regierung. Moskau kämpfte ums Überleben derweil die regionalen Eliten, allen voran in Aserbaidschan, die Geschicke des Landes in die eigenen Hände nahmen.

## FAZIT TEIL II

Von einer linearen aserbajdschanischen Identitätsentwicklung nördlich des Aras kann nicht gesprochen werden. Phasen einer intensiven Ausprägung aserbajdschanischen Bewußtseins stehen solchen geringer bis fehlender Aktivitäten gegenüber. Auch wenn, wie wir im dritten Teil sehen werden, in der aserbajdschanischen Perzeption gerne auf antike und vorantike Reiche verwiesen wird: Ein aserbajdschanisches Selbstverständnis entwickelte sich erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Gerade in Abgrenzung zum kulturell Fremden (siehe Teil I), genauer: zur persischen, russischen und später zur sowjetischen Fremdbestimmung, bildete sich heraus, was Nationalisten als „aserbajdschanisch“ zu bezeichnen pflegen.

Berührte der Aspekt des nationalen Bewußtseins im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nur eine kleine gebildete Schicht, näherte sich ab den 20er Jahren auch die breite Bevölkerung dem Thema, ohne jedoch zum Träger der aserbajdschanischen Identität zu werden. Träger waren und sind Intellektuelle, Wissenschaftler und politische Funktionäre – kurz: die dem russischen bzw. sowjetischen Bildungssystem entstammende *intelligencija*.

Auf diese nationalen Eliten stützte sich sowohl das kommunistische System wie vordem auch das Zarenreich. Hintergrund war anfänglich ein sowohl russischer wie auch sowjetischer Personalmangel. Die Ausbildung neuer nationaler Eliten sollte die Umsetzung zentraler Vorstellungen sichern helfen und Loyalitätsbindungen auf Moskau hin ausrichten. Bestes Beispiel ist nicht nur Nərimanov, sondern auch Heydər Əliyev, der amtierende Präsident Aserbajdschans und „Uralt-Kader“ des kommunistischen Regimes.

Nicht nur, daß der Übergang zur (russisch-dominierten) Sowjetnation, d. h. das Aufgehen aller Nationen in einer, am Beharrungsvermögen nationaler Eigenheiten scheiterte; die nichtrussischen Völker adaptierten die kommunistische Politik der Nationalitätenförderung in nicht selten ungeahntem Maße. So erfolgreich etwa das von Moskau gestartete Unterfangen einer ideologischen Indoktrination Iranisch-Aserbajdschans nach dem Zweiten Weltkrieg und während der Islamischen Revolution war: seine Rückwirkung auf das sozialistische Aserbajdschan war weitaus nachhaltiger.

Erst einmal geweckt, übernahmen die national-aserbaidischen Eliten den Slogan von dem geteilten Vaterland und der Vereinigung Aserbaidischans. Damit verabschiedeten sie sich endgültig von der kommunistischen Vision eines sowjetischen Vielvölkerreiches ohne Nationen.

Die Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei entwickelte sich über die Jahrzehnte zur Schwachstelle im kommunistischen „Bollwerk der Nationen“. Letztendlich scheiterten die Bolschewiki bei ihrer Mission, eine allsowjetische Vereinigung „dem Wesen nach“ zu erreichen, an der mangelhaften Einbindung der nationalen Eliten.

Als Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken formal eine Föderation, blieb es auch unter kommunistischer Herrschaft das, was es zu Zeiten des Zaren war: ein Zentralstaat. Die Nationen gingen nicht im Kommunismus auf, sondern der Kommunismus schuf Nationen.

## TEIL III

# DIE ZUKUNFT LEBT AM ARAS

---

NATIONALISMUS ALS DEMOKRATIEFALLE

## EINLEITUNG TEIL III

Drei Gebieten widmet sich dieser Teil:

- der Schrift- und Sprachentwicklung als wichtigem Element nationaler Selbstfindung
- dem Übergang in die postsowjetische Unabhängigkeit und dem daraus erwachsenden Nationalismus als Massenbewegung
- dem panaserbaischanischen Netzwerk, das international agiert und ein vereinigtes Gesamtaserbaischan anstrebt.

Unter folgenden Gesichtspunkten erfolgte die Analyse der Problemfelder:

1. Wie und wo kommen die national-aserbaischanische Ideologien in den Programmen von (ausgewählten) Parteien und Organisationen zum Ausdruck und durch welche Mechanismen wirken sie auf die Gesellschaft?
2. Auf welche Art beeinflussen diese Gruppen politische Prozesse?
3. Welchen Stellenwert haben Nationalismus und Panaserbaischanismus in der aserbaischanischen Gesellschaft?

Im Zentrum der Untersuchung stehen jene Gruppen und Aktivisten, die für eine national-aserbaischanische Ideologie einstehen. So etwa die AXC, die als oppositionelle Sammlungsbewegung entstand, sich mehrfach teilte, Regierungsverantwortung übernahm und seit dem Jahr 2000 in zwei rivalisierende Flügel („Traditionalisten“ und „Reformer“) zerfiel.

Dabei wird deutlich, daß die Vertreter eines aserbaischanischen Nationalismus in einem systemischen Widerspruch gefangen schienen. Indem sie einerseits die aserbaischanische Gemeinschaft unter einer – nationalen – Fahne zu vereinen suchten, förderten sie einen gesellschaftlichen Destabilisierungsprozeß. Ihre fast bedingungslos zu nennende Orientierung auf das Territorium blockierte die wirtschaftliche und politische Entwicklung und führte Aserbaischan in einen gegenwärtig ruhenden und zumindest in gleichen Teilen von Armenien ausgehenden Krieg um Berg-Karabach.

Der ERSTE ABSCHNITT untersucht die Entwicklung von Schrift und Sprache in Aserbaidshan. Mit einem Rückblick auf frühere Schriftreformen wird deutlich gemacht, wie sehr nationale und kulturelle Identität und Schrift im Zusammenhang miteinander stehen. Der häufige Wechsel des Schriftsystems und die Entscheidung über die Sprachbezeichnung birgt auch heute noch hohes Streitpotential, ist doch damit nicht weniger als eine Entscheidung über die politische und religiöse Ausrichtung des Landes verbunden.

Nach Jahrzehnten der sowjetischen Dominanz stand die Republik Aserbaidshan vor der Aufgabe, die eigene Identität teilweise neu zu bestimmen. Die Verfechter der Lateinschrift sahen in der erneuten Schriftreform nicht nur eine Abgrenzung zu Rußland, sondern auch ein Bekenntnis zur Türkei und zu Europa. Gleichzeitig aber machte der Streit um die Sprachbezeichnung (Azeri, Türkisch oder Azeri-Türkisch) deutlich, daß es auch um eine Positionierung innerhalb der Gemeinschaft der Türkvölker geht. Hier klingt eine schon in den 20er Jahren geführte Debatte um eine gemeinsame Schrift für alle Turksprachen an.

Im ZWEITEN ABSCHNITT stehen jene Prozesse und Akteursgruppen im Mittelpunkt, die den Systemwechsel in Aserbaidshan ermöglichten bzw. zu verhindern trachteten. Woher rekrutierten sich die Führungskräfte dieser Organisationen? Sie alle – ausnahmslos – waren ja dem sowjetischen Bildungswesen entsprungen, verfügten über genügend geistig-kulturellen Potential und wiesen nicht selten schon eine berufliche Karriere vor. Was trieb sie in den 80er Jahren zu dem nicht ungefährlichen Spiel mit der gesellschaftlichen Erneuerung? Probleme hier gar eine nationale Bildungselite die später von Gorbatschow für sich reklamierte Perestroika? Nichts von alledem! Eine politische Opposition, organisiert dazu, fand sich nicht im sowjetischen Aserbaidshan. Abgesehen von wenigen Einzelpersonen oder apolitischen Vereinigungen blieb es nördlich des Aras ruhig. Und diese wenigen, Əbulfəz Elçibəy etwa oder die Organisation Vətən, fanden sich – anders als in anderen Sowjetrepubliken – nicht zu einem Netzwerk zusammen. Erst 1988 formierte sich eine politische Opposition, nahm eine nationale Bewegung Form an und Geschwindigkeit auf.

Anders in Iranisch-Aserbaidshan: Hier wurde die Islamische Revolution nicht nur von vielen Aserbaidshanern unterstützt, sondern ihr wurde durch die heftige aserbaidshanische Opposition gegen das Schah-Regime schon ab 1977/78 der Boden bereitet.

Mit zum Teil erheblicher Unterstützung durch national-aserbaidtschanische Parteien gründeten sich Ende der 90er Jahre panaserbaidtschanische Organisationen in der Republik Aserbaidtschan. Mit BAB wird im DRITTEN KAPITEL eine der wohl wichtigsten politischen Vereinigungen ihrer Art untersucht.

Gefördert durch Parteien und Organisationen wie der Volksfront Aserbaidtschan (*Azərbaycan Xalq Cəbhəsi Partiyası*, AXCP) und der Gesamtaserbaidtschanischen Union (*Bütöv Azərbaycan Birliyi*, BAB), steigerte sich der aserbaidtschanische Nationalismus in Extreme, die bis hin zu einem aserbaidtschanischen Irredentismus reichen.

Es sind die engen personellen Verflechtungen der Parteien AXCP und Müsavat mit BAB, die eine Analyse der thematischen und ideologischen Ausrichtung von AXCP und BAB nicht nur rechtfertigen, sondern geradezu notwendig erscheinen lassen. Nirgends sonst zeigt sich die Entwicklung national-aserbaidtschanischer Ideologie deutlicher als bei diesen beiden Organisationen.

Der aserbaidtschanische Nationalismus machte auch vor staatlichen Grenzen nicht halt. Eingehend vermittelt der VIERTE ABSCHNITT einen Überblick über die Interaktion des sich in den 90er Jahren etablierten Netzwerkes panaserbaidtschanischer Organisationen. Der propagierte Panaserbaidtschanismus stößt in Iranisch-Aserbaidtschan auf geteilte Sympathie, wobei sich die aserbaidtschanische Führungsschicht, die das politische und wirtschaftliche Leben in Iran deutlich mitbestimmt, mit separatistischen Forderungen zurückhält.

In Iran sind es vor allem Organisationen wie die Nationale Bewegung zum Erwachen Südaserbaidtschans (*Güney Azərbaycan Milli Oyanıb Herekatı*, GAMOH), die – unter anderen Vorzeichen – um eine aserbaidtschanische Autonomie ringen. Unterstützung finden die politischen Aktivisten der Republik Aserbaidtschan und Irans durch international agierende Vereine und durch die zahlreiche und weitverbreitete aserbaidtschanische Diaspora.

Erstes Kapitel  
BILDUNGSOFFENSIVE UND SCHRIFTGEWIRR

“Socialism brought enormous profit to people during a certain period. It’s true, there was no freedom of human rights, media or thought. But people were used to that. People thought that that was how the world should be.”<sup>253</sup>

Bevor eine national-aserbaidtschanische Bewegung Anfang der 90er Jahre die Schaltstellen der Macht übernahm, waren es ihre Vorläufer, die – noch in sowjetischer Zeit – den Weg durch die Kaderschmieden der kommunistischen Institutionen fanden. Der aserbaidtschanischen Bildungsoffensive der 70er Jahre war es zu verdanken, daß eine überdurchschnittliche Zahl aserbaidtschanischer Absolventen an die allsowjetischen Hochschulen gelangte. Die Bildungsoffensive gehörte zu jenen Erfolgen Haydar Əliyevs, von denen seine Popularität noch immer zehrt.<sup>254</sup> Auf mehreren Ebenen setzte der seit Juli 1969 als Erster Sekretär der KP-Az regierende Əliyev an. Nicht nur förderten seine guten persönlichen Kontakte mit Moskau Aserbaidtschans niedergehende Wirtschaft durch einfließende Investitionen, auch sein vehementer Einsatz gegen Nepotismus und Korruption erneuerten und strafften den Regierung- und Verwaltungsapparat. Mit diesen „Säuberungsaktionen“ spann Əliyev aber auch ein auf ihn ausgerichtetes Loyalitätsnetz, das die postsowjetischen Jahre in der Warteschleife bis zu seiner Rückkehr an die Spitze des Landes 1993 überdauerte. Heute scheint der Kampf gegen Korruption verloren; Aserbaidtschan steht auf dem Korruptions-Index von *Transparency International* auf dem 95. von 102 Plätzen.<sup>255</sup>

Der bessere Bildungszugang für Aserbaidtschaner übte schon in den 60er, vornehmlich aber in den 70er und 80er Jahren eine positive Wirkung auf das gesellschaftliche Bewußtsein aus. Aserbaidtschaner zu sein wurde nicht mehr nur als Handicap für die Karriere gesehen. Der erfolgreiche Vorstoß Əliyevs in Moskau 1978, das Aserbaidtschanische als offizielle Sprache anzuerkennen, steht damit im direkten Zusammenhang und darf als Erfolg aserbaidtschanischer Selbstbehauptung gelten und als erfolgreicher Aufbau ethnisch strukturierter Klientelnetzwerke.

<sup>253</sup> Əliyev, Heydər, Interview mit *Azerbaijan International*, 9 (2001) 3.

<sup>254</sup> In einer Rede vor aserbaidtschanischen Wissenschaftlern brüstete Əliyev sich, jährlich bis zu 900 aserbaidtschanische Bewerber ohne Aufnahmeprüfung an Universitäten vermittelt zu haben. Vgl. *Bakinskij Rabočij*, 30.09.1993:3

<sup>255</sup> Vgl. [www.transparency.org/pressreleases\\_archive/2002/2002.08.28.cpi.en.html](http://www.transparency.org/pressreleases_archive/2002/2002.08.28.cpi.en.html) (Zugriff am 22. Juli 2003).

Auf diesem Gebiet gibt es eine beeindruckende Kontinuität. Seit der Übernahme des Präsidentenamtes der Republik Aserbaidshan 1993 trat Əliyev vehement für eine Reform der Schrift und für die Definition der Sprachbezeichnung ein. Sowohl die Verfassung des Landes als auch der präsidiale Erlaß des Jahres 2001 über die Umsetzung der Lateinschrift weisen seine Handschrift auf. Wie sehr auch der Präsident im Gespinnst politisch-ideologischer Diskussionen gefangen war, zeigt die Tatsache, daß auch Əliyev sich bis zur Umsetzung acht Jahre Zeit ließ.

## 1. SCHRIFT UND SPRACHE – SPIELBÄLLE DER POLITIK

“Every nation must love its own language. If people don't love their own country and if they don't have their own language, they can never become a strong nation.”<sup>256</sup>

Würde die Schrift eines Volkes als Spiegel kultureller Identität gewertet werden – in Aserbaidschan fänden sich allenfalls Scherben. Die Herrscher über Aserbaidschan ließen im 20. Jahrhundert Schriftmodelle wie Versuchsballons über dem Volk aufsteigen und die nationalen Eliten standen dem in nichts nach.

Dieser Abschnitt möchte einen Aspekt des *nation building* aufgreifen, der die Entwicklung nationalen Bewußtseins stark lenkt und den zu Orten auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens möglich ist. Von geradezu metaphysischer Präsenz für die aserbaidtschanische Identitätsfindung und die Debatten um die nationale Ausrichtung steht die Schrift- und Sprachpolitik. Die Wahl der Schrift ist symbolisch: Arabisch steht gleichsam für die Hinwendung zum Islam wie zum schiitischen Iran, Kyrillisch für Russifizierung und das Lateinische für Europa. Gleiches gilt für die Sprachbezeichnung: Azeri, Türkisch oder Azeri-Türkisch: *nomen est omen* und steht für nationale Eigenständigkeit bzw. für eine Türkisierung.

Die arabische Schrift wich in den zwanziger Jahren einer besonderen Form des Latein, das wiederum nur 13 Jahre (bis 1937) Zeit fand, sich zu entfalten, bis es vom Kyrillisch der Stalinschen Epoche abgelöst wurde. Immerhin ein gutes halbes Jahrhundert Schriftkontinuität gewährte der Sowjetstaat den Völkern. Die Vision vom Kommunismus und vom neuen „Sowjetmenschen“ blieb in der Realität von wirtschaftlicher Misere und gescheiterter Nationalitätenpolitik stecken: Die 80er Jahre lösten das Sowjetreich auf und zurück blieben mehr oder minder überlebensfähige Nationalstaaten. Damit einher ging die Abkehr vom Kyrillischen und die Renaissance des Latein, das nunmehr in einem modernisierten, zu den 20er Jahren jedoch abweichenden, Design auftritt.

---

<sup>256</sup> *Azerbaijan International* 9 (2001) 3. Die Zitate entstammen einem Interview mit Heydər Əliyev.

### Turkologenkongreß Baku

Schon Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts traf die Sprachproblematik auf ein starkes Echo. Gerade in der Presse fanden sich Erneuerer und Konservative zu nachhaltigen und die nationale Identität fördernden Diskussionen zusammen. Obzwar einhellig in der Meinung nach Förderung der aserbajdschanischsprachigen Schulbildung, war man sich uneins hinsichtlich der Modernisierung der aserbajdschanischen Sprache. Die Debatten um eine „Türkisierung“ der Sprache erinnern an die Reformbemühungen im 19. Jahrhundert. Etwa ab 1903 traten die Vertreter eines vereinfachten Aserbajdschanisch (*azəriciler*) mit der Forderung nach einer „Ent-Osmanisierung“ der Sprache auf. Die Satirezeitschrift *Molla Nəsrəddin* sah eine Übermacht des Osmanischen: „[...] während einer kurzen Zeitspanne füllte sich die Sprache der Kaukasus-Türken mit osmanischen Wörtern und Äußerungen.<sup>257</sup> Die darin lauernde Gefahr einer sich immer weiter von der Bevölkerung entfernenden Literatur und Schrift wollte die Zeitschrift mit der Vereinfachung der Schrift begegnen.

Als 1926 in Baku die Teilnehmer des Ersten Turkologenkongresses engagiert und mit teils abstrusen Ideen über die Einführung des Lateinalphabetes debattierten<sup>258</sup>, blickten Aserbajdschaner schon auf eine dreijährige Erfahrung mit dem neuen Alphabet zurück. Schon im April 1924 hatte sich eine wissenschaftliche Kommission zur Einberufung eines turkologischen Kongresses gebildet, die 120 Wissenschaftler, turkologische Organisationen, Lehrer und Politiker nach Baku rief.<sup>259</sup> Vor allem den aserbajdschanischen „Latinisten“ war der Kongreß zu verdanken. Gerade sie sahen in dem Forum eine Möglichkeit zur Internationalisierung ihrer Sprachforderungen und damit einen Gegenpol zu der starken, lediglich auf eine Reform der arabischen Schrift abhebenden Strömung in Baku.<sup>260</sup>

---

<sup>257</sup> *Molla Nəsrəddin*, 23 (1913).

<sup>258</sup> Eine der Behauptungen bestand darin, daß das arabische Alphabet die Augen überanstrengen würde. Daher seien auch die vielen Brillenträger zu erklären. Dagegen wurde gestellt, daß nicht das Arabische für die schlechten Augen verantwortlich sei, sondern das Kyrillische (vgl. [www.azeri.org/Azeri/az\\_english/81\\_folder/81\\_articles/81\\_turcology\\_congress.htm](http://www.azeri.org/Azeri/az_english/81_folder/81_articles/81_turcology_congress.htm), Zugriff am 23. Juli 2003).

<sup>259</sup> Vgl. Menzel, Theodor: Der 1. Turkologische Kongreß in Baku, in: *Der Islam*, 16 (1927) S. 4-76 & 169-228. Menzel berichtet hier von 131 Teilnehmern (ebd.: 21). Zum Kongreß und zur Sprachpolitik in Aserbajdschan auch: Baldauf, Ingeborg: 1993, S.364-458.

<sup>260</sup> Vgl. Baldauf, Ingeborg: 1993:393ff.

Drei klar umrissene Interessengruppen lassen sich hinter der Themenwahl des Kongresses verorten:

- aserbaidsschanische Sprachreformer, mit Səmədəğa Ağamaloğlu<sup>261</sup> als herausragendstem Verfechter, die vehement für eine Latinisierung der bis dahin arabischen Schrift eintraten,
- Turkologen
- Vertreter und Sympathisanten des Volkskommissariats für Nationalitätenangelegenheiten, die sich von diesem Kongreß Impulse für eine zentralistisch ausgerichtete Wissenschaft- und Kulturpolitik versprachen.

Auf der Tagesordnung standen wissenschaftliche, pädagogische und praktische Fragen aus folgenden Themenbereichen:

- turkologische Sprachreform
- Geschichte und Religion der Turkvölker
- muttersprachlicher, türkischer Unterricht.<sup>262</sup>

Von der Teilnehmerschar her international, transportierte der Kongreß eine pantürkische Haltung aus den Anfängen des Jahrhunderts, die 1926 schon nicht mehr der innersowjetischen Realität entsprach. Die „Kulturentwicklung der Turkvölker“ in einer gesamtrussischen Form war das Ziel, dem der Kongreß entgegeneiferte. Jeglicher gesetzgeberischer Kompetenz ledig, stimmte der Kongreß für die Umsetzung der Sprachreform und für die Einführung des Lateinalphabetes in den turksprachigen Republiken und Regionen. Die positive Darstellung, welche die Sprachreform in Aserbaidsschan auf dem Kongreß erfuhr und der große Einfluß Ağamaloğlus, dürften für die allrussische Umsetzung eine entschiedene Rolle gespielt haben.

In der Lösung der Alphabetfrage sah Menzel „eine Entscheidung von historischer Tragweite, die sich erst im Laufe der Zeit auswirken wird“.

„Sie bedeutet unstreitig einen kulturellen Aufschwung der Massen, eine Förderung des Nationalgefühls, das Aussichten hat, sich zum Chauvinismus zu steigern, eine Beschneidung der panislamischen Ideen.“<sup>263</sup>

<sup>261</sup> Səmədəğa Ağamaloğlu (1867-1930), wird von Menzel (1927:15) beschrieben, als „ein Mann mit nicht hoher Bildung, aber mit durchdringendem Verstand, großer Menschenkenntnis und souveräner Beherrschung der parlamentarischen Formen, mit klugen Zielen und einem den gefährlichsten Momenten gewachsenen Humor, der, trotz seiner fast an Fanatismus grenzenden Vorliebe für das lateinische Alphabet, stets sachlich und korrekt bleibt und der eben so eindringlich und überzeugend russisch wie türkisch zu sprechen versteht“.

<sup>262</sup> Zum Arbeitsprogramm des Kongresses: Menzel, Theodor: 1927:16f.

<sup>263</sup> Ebd.:200.

Bemerkenswert an diesem Kongreß war – nach Meinung Menzels – der von Wissenschaft und Praxis gleichermaßen getragene Ablauf, der eine möglichst rationale Entscheidung der angehäuften Probleme „türkischen Volkstums“ anstrebte.<sup>264</sup> Trotzdem war der Widerstand gegen das neue Alphabet vorerst beachtlich. Gerade die Vertreter des Klerus waren gegen eine solche Form der Neuerung, die ihrer Meinung nach jegliches religiöse Fundament aufweichen würde.

„[Es] ergab sich unverkennbar die fast übereinstimmende unversöhnliche Gegnerschaft der meisten Türkvölker, wenigstens vorläufig noch, gegen die geplante Einführung des lateinischen Alphabets. Eine Ausnahme bildeten nur die Turkmenen, [...] denen das Aserbajdschanische Alphabet noch zu wenig radikal war [...]“<sup>265</sup>

Nicht nur für die Aserbajdschaner, die in der russischen Bürokratie im Allgemeinen als *tiurk* bzw. *tiurkskij* bezeichnet wurden, sondern auch für die russische Administration, in den Parteien oder auf den „Allrussischen Kongressen der Muslime“<sup>266</sup> kam der Entwicklung der Sprache ein bedeutender Stellenwert zu.<sup>267</sup> Dabei kamen trotz aller Latinisierungsversuche die Vorgaben dazu aus Moskau. Und so sehr die Neuerer auch kämpften: Schulbildung war noch immer ein Privileg. Inmitten der Epoche der *korenizacija* (Verwurzelung) kamen die von dort gesteuerten Indigenisierungsvorgaben dem Bildungswesen auf zweierlei Art entgegen. Viele Schulen, sowohl Grund- als auch weiterführende Schulen, wurden nach ethnischen Kriterien umstrukturiert bzw. neu gegründet. Darin zeigt sich nicht nur der hohe Anspruch, mit dem die Kommunisten die Förderung der Nationen betrieben, sondern auch ein ideologischer Wechsel in der Nationalitätenpolitik. Noch 1913 hatte sich Lenin entschieden gegen die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten ausgesprochen.<sup>268</sup>

<sup>264</sup> Ebd.:25.

<sup>265</sup> Ebd.:18.

<sup>266</sup> Der I.-III. Kongreß der Muslime tagte 1905 und 1906 jeweils in Nižni Novgorod, St. Petersburg und nochmals Nižni Novgorod. Inhaltliche Differenzen zwischen gemäßigten Reformern wie Gasprali und Panturkisten wie Akçura, sowie das Ungleichgewicht der ethnischen Zusammensetzung verhinderten nachhaltige Erfolge. Den aserbajdschanischen Muslimen war eine nach innen gerichtete politische Orientierung wichtiger als eine weitreichende Zusammenarbeit auf der Basis der Kongreßbeschlüsse. Vgl. Swietochowski, Tadeusz: 1985:48f; Rorlich, Azade-Ayşe: 1986:110f; Scheibert, Peter: 1972:91.

<sup>267</sup> So förderte die Duma mit 2.900 Rubel die Verbreitung der „*tatarischen Sprache*“ in den vier russisch-tatarischen Schulen Bakus (vgl. *Baku*, 19. Nov. 1906). Im Vergleich zum Jahres-Budget der Duma, das 1905 etwa 1.332.000 Rubel betrug, mit einem Defizit von 600.000 Rubel, eine verschwindend geringe Summe (vgl. *Baku*, 8. Nov. 1906).

<sup>268</sup> Lenin, Vladimir I.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, 1979:375.

Von den insgesamt 382 Grundschulen, die im Jahr 1926 in Aserbaidschan arbeiteten, waren nur 132 „türkischsprachige“ Schulen mit 25.640 Schülern (von insgesamt 64.311). Ethnische Minderheiten hatten im Grundschulbereich mit 250 Schulen einen hohen Anteil.

Grundschulen ethnischer Minderheiten, 1922-36<sup>269</sup>

Ethnische Zugehörigkeit	Schulen	Schüler
Armenier	190	26.910
Deutsche	7	1.078
Georgier	5	250
Wolgatataren	4	484
Bergjuden	3	566
Griechen	2	91
Juden	1	168
Assyrer	1	56
gemischte Schulen	37	9.070
<b>Gesamt</b> (mit türkischen Schulen)	<b>382</b>	<b>64.311</b>

In den Jahren bis zum Wechsel der Nationalitätenpolitik 1936 ließen die Bolschewiki Literatursprache um Literatursprache schaffen und zogen damit die Gräben zwischen den Völkern tiefer und tiefer.<sup>270</sup> In Aserbaidschan wurde 1936 in über 700 nationalen Schulen 15 Sprachen unterrichtet.<sup>271</sup>

Der Vorsitzende des Nationalitätensowjets der UdSSR und frühere aserbaid-schanische Regierungschef, Gəzənfər Musabəyov, sah in der nationalen Abgrenzung einen Vorteil und eine Errungenschaft sozialistischer Nationalitätenpolitik.<sup>272</sup> Andererseits sollte die von Aserbaidschan ausgehende Latinisierungskampagne alle anderen muslimischen Republiken der Sowjetunion und auch die Türkei beeinflussen.

<sup>269</sup> Vgl. Baberowski, Jörg: 2003:342.

<sup>270</sup> Allein 26 Sprachen für sibirische Völker wurden verschriftlicht: Selbst das 300 Personen zählende altaiische Gebirgsvölkchen der Tuba durfte eine eigene Schriftsprache sein Eigen nennen.

<sup>271</sup> Vgl. GARF, Fond 3316, opis' 29, delo 582, l. 29. Zitiert nach: Baberowski, Jörg: 2003:338f.

<sup>272</sup> Musabəyov, Gəsənər (1888-1938): Zakavkaz'e prevraščəetsja v cvetuščij socialističeskij kraj, in: RN (1934) 1:47, zitiert nach Baberowski, Jörg: 2003:344.

In unzähligen Disputationen machten Befürworter und Gegner der Lateinschrift ihren Argumenten, ihrem Widerstand bzw. ihrer Unterstützung Luft.

Es war ein jahrelanges zähes Ringen um die Schrift. Wie schon im 19. Jahrhundert bei Ahundzadə und den Djadidisten prallten Modernisierung und westliche Orientierung auf Konservatismus und religiöse Verlustängste. Aber schon unter der Müsavat-Regierung wurden drei Lateinschrift-Projekte initiiert und in einem Lehrbuch (*son türk əlifbası*) 1919 erstmals umgesetzt.<sup>273</sup>

Ab 1921 – unter den Nationalkommunisten – wandte sich die Presse erneut dem Thema zu. Das „Komitee Neues Türkalphabet“ (*Yeni Türk Əlifbası Komitəsi*) gründete sich, weitere Komitees zur Schriftreform folgten. Am 21. September 1922 erschien mit *Yeni Yol* die erste Zeitschrift in lateinischer Schrift. Bis zur Einführung und Umsetzung der Lateinschrift vergingen weitere drei Jahre, in denen vorerst in Behörden die Schrift gleichberechtigt neben der arabischen Schrift eingesetzt wurde. Erst 1925 wurde in den Grundschulen zugewise das neue Alphabet eingeführt. Damit steht Aserbaidshan in der Reformierung der Schrift noch vor der Türkei (1928) auf dem ersten Platz. Bis 1937 blieb die Lateinschrift den sowjetischen Aserbaidshanern erhalten, bis sie von der Kyrillisierungskampagne der Kommunisten überrollt wurde.

Die Lateinschrift bedeutete ein sichtbares Symbol der Eigenständigkeit für Aserbaidshan. Und strahlte auf die anderen sowjetischen Turkrepubliken ab, die in den 20er Jahren ebenfalls ähnliche Schriftsysteme einführten. Gleichzeitig jedoch trennte die Schrift die Aserbaidshaner nördlich des Aras von ihrem „Brudervolk“ im iranischen Teil Aserbaidshans. Literatur, Zeitschriften Publikationen wurden in einer Schrift veröffentlicht, die zunehmend das gegenseitige Verständnis und den Zugang zu kulturellen Äußerungen zu erschweren begann. Mit dem erneuten Schriftwechsel zum Kyrillischen war es innerhalb weniger Jahre das dritte Alphabet, an das sich die Bevölkerung zu gewöhnen hatte. Literarische Kontinuität und Schrifttraditionen konnten so nur schwer gewahrt werden. Nach über vier Jahrzehnten, ab den 70er Jahren, entbrannte erneut der Kampf um die Schrift.

---

<sup>273</sup> Vgl. Baldauf, Ingeborg: 1993: Anhang 1.

## 2. WIRTSCHAFTSWUNDER ASERBAIDSCHAN

“Azerbaijan gained enormous benefits from the Soviet system. I built huge factories here, power stations, roads, bridges, apartment buildings. Here in Baku within a single year, I built one million square meters of apartment buildings. Do you see all these buildings? They all were built by me.”<sup>274</sup>

Der Bildungszuwachs in den Siebzigern war nur ein, wenn auch wichtiges, Element einer Erneuerungskur, die Əliyev der Sowjetrepublik verordnete und die durch Moskau auch in anderen Republiken förderte. Im Kern barg das Wachsen der nationalen Bildungselite eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Innerhalb der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik gelangten die aserbaidtschanischen *high potentials* zu mehr Macht und Ansehen. Bei einem Bevölkerungsanteil von 78,1 % (1979) belegten überdurchschnittlich viele Aserbaidschaner, genauer: 94 %, Führungspositionen.<sup>275</sup> Dieser ethnische „Verdrängungserfolg“ war auch ein Ergebnis steigender nationaler Besinnung. Aus dieser eigenstaatlichen Bildungselite entwuchs Ende der 80er Jahre die nationale Opposition. Der Weg aber zur All-Unionsebene blieb den allermeisten Führungskadern verschlossen. Auch wenn die Karriere Əliyev’s eine andere Sprache spricht: Die sowjetische Kaderpolitik garantierte im Allgemeinen eine russische Vormachtstellung.<sup>276</sup>

Überbevölkerung und Wirtschaftsschwäche zählten zu den drängendsten Problemen.<sup>277</sup> So sank das Realeinkommen bis 1975 auf unter 2/3 des Sowjet-Durchschnitts (63 %) um bis 1987 auf magere 70 % anzusteigen. Im direkten Vergleich lag Aserbaidschan, trotz seines Ölreichtums, abgeschlagen auf dem dritten kaukasischen Platz. Armenier mußten sich 1975 mit 83 % des Durchschnittseinkommens zufriedengeben, Georgier lagen mit 75 % in der Mitte. Das ökonomische Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie blieb bestehen, obwohl die Erdölproduktion doch eigentlich reichen Gewinn versprechen mußte.

<sup>274</sup> *Azerbaijan International*, 9 (2001) 3, Interview mit Əliyev, Heydər.

Vgl. [www.azer.com/aiweb/categories/magazine/93folder/93articles/93aliyev.html](http://www.azer.com/aiweb/categories/magazine/93folder/93articles/93aliyev.html) (Zugriff: 05. 05. 03).

<sup>275</sup> Vgl. Simon, Gerhard: 1986:427. E.M. Auch (1994:7) kommt abweichend davon bei der Titularnation der Aserbaidschanischen SSR auf 82,7 %.

<sup>276</sup> Vgl. Simon, Gerhard: 1986:450.

<sup>277</sup> Zu dieser Problematik: Schroeder, Gertrude E.: Transcaucasia since Stalin: The Economic Dimension, in: Suny, Ronald G.: 1996, S. 461-479.

Jedoch waren die beiden bedeutendsten Produkte, die Aserbaidtschan zu bieten hatte, Erdöl und Baumwolle, abhängig vom Weltmarkt.<sup>278</sup>

Ein weiterer Aspekt waren die rückläufigen Investitionen Moskaus in die aserbaidtschanische Öl-Branche – man konzentrierte sich vielmehr auf die neuen Vorkommen im Wolgabecken und im Ural – zum anderen war die Technik veraltet und stammte zum Teil noch aus der Zeit der Nobel-Brüder und der Jahrhundertwende. Die wirtschaftlichen Eckdaten verwiesen Aserbaidtschan, anders als seine kaukasischen Nachbarn, nach Zentralasien. In Mißwirtschaft und verfehlter Planwirtschaft sah Əliyev die Gründe für den wirtschaftlichen Niedergang.

„Für die ernsthaften Mängel in der ökonomischen Entwicklung der Republik liegt die Hauptursache im niedrigen Niveau der Organisationsstruktur einiger führender Organisationen und des Sowjets [...].“<sup>279</sup>

Die wirtschaftliche Stagnation wurde begleitet durch ein erhebliches Bevölkerungswachstum und demographische Veränderungen. Innerhalb von zwei Dekaden wuchs die Bevölkerung um annähernd 100 %; von 2,49 Millionen Aserbaidtschanern 1959 auf über 4,7 Millionen 1979. Noch einmal zehn Jahre später lebten 5,8 Millionen Aserbaidtschaner in ihrer Republik. Berücksichtigt man das Emigrationsverhalten von Russen und Armeniern, deren Volksgruppen 1989 nur noch um die 390.000 Personen ausmachten, wuchs die Bevölkerung in Aserbaidtschan kontinuierlich an. In Verbindung mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann hier getrost von einer negativen Tendenz ausgegangen werden.<sup>280</sup>

Die Erneuerungskur, der sich die Sowjetrepublik zu unterwerfen hatte, setzte im von Korruption und Nepotismus unterhöhlten Aserbaidtschan im Zentrum an: bei einer Nomenklatura, die Willerton als „*mafia-type networks*“ klassifiziert. Innerhalb nur weniger Jahre wechselte Əliyev mehr als vier Fünftel der Kader aus.<sup>281</sup>

---

<sup>278</sup> Schroeder, Gertrude E.: 1996:469f.

<sup>279</sup> Əliyev, Heydər, Bakinskij Raboçij, 18. Sept. 1969. Wenn Əliyev von „einigen führenden Parteien“ spricht, so erscheint das mit Blick auf das Entscheidungsmonopol der KP-Az unlogisch.

<sup>280</sup> Beide Gruppen hatten sich um 17 % verringert. Vgl. Anderson, Barbara A.: & Silver, Brian D.: Population Redistribution and the Ethnic Balance in Transcaucasia, in: Suny, Ronald G.: 1996, S. 481-506.

<sup>281</sup> Vgl. Willerton, John P.: *Patronage Politics in the Soviet Union*, 1992, S. 191ff.

So wurden aus der Führungsspitze der KP-Az 13 der 14 Mitglieder innerhalb zweier Jahre entfernt.<sup>282</sup> Das Kaderkarussell hatte – überblickt man einmal die aktuellen Gegebenheiten – nicht den erwünschten „Anti-Korruptions“-Effekt.

Auch heute noch dominiert Vetternwirtschaft. Loyalitäten sind eher an persönlichen Beziehungen ausgerichtet, denn an politischen Positionen.

Zumindest jedoch erreichte Əliyev mit dem Führungswechsel einen Strukturwandel. Gewachsene Loyalitäten verschoben sich durch die Neubesetzungen zugunsten Əliyevs, der gleichzeitig der *korenizacija* Aufmerksamkeit zollte. Die Besetzung der wichtigsten Führungsstellen ebenso wie die Förderung der aserbaidischen Bildungselite gaben dem Land wichtige Impulse für Strukturveränderungen. Nicht mehr zog es Studenten nur an außeraserbaidische Universitäten, vor allem nach Moskau und Leningrad; es absolvierten viele auch innerhalb der Republik, im aserbaidischsprachigen Bildungssektor, ihr Studium, wobei vor allem die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer russisch dominiert blieben.

Dies führte zu einem wachsenden Selbstvertrauen auch in die Qualität nationaler Bildungseinrichtungen, polarisierte damit aber auch die öffentliche Meinung: Aserbaidisch war nicht mehr nur zweitrangig, sondern dem Russischen ebenbürtig.

“In short, there were a wave of popular feeling in favour of Azeri.”<sup>283</sup>

Jedoch gab es gerade im Bildungsbereich gravierende regionale Unterschiede, die sich im Sprachgebrauch (monolingual, bilingual) festmachen lassen. Im ländlichen Raum waren 1970 nur 4,5 % der Bevölkerung zweisprachig, also im Russisch und Aserbaidisch gleichermaßen beheimatet. Im urbanen Bereich immerhin schon 30,4 % und in der Hauptstadt Baku 47,7 %.<sup>284</sup> Dieses Gefälle, wenn auch in anderer Relation, besteht noch heute. Gesammelt betrachtet, stieg der Anteil derjenigen, die Kenntnisse im Russischen hatten, von 16,6 % 1970 auf 34,4 % im Jahr 1989.<sup>285</sup>

Es zeigt sich daraus vor allem zweierlei: Die geistige Elite war in Baku konzentriert und Russisch schien eine janusköpfige Gestalt zu haben. Einerseits breitete Russisch sich aus und galt als Schlüsselqualifikation für beruflichen Erfolg.

---

<sup>282</sup> Ebd.:198.

<sup>283</sup> Kellner-Heinkele, Barbara & Landau, Jacob M.: *Politics of Language in the ex-Soviet Muslim States*, 2001:78.

<sup>284</sup> Suny, Ronald G.: 1996:389.

<sup>285</sup> Vgl. Kellner-Heinkele, Barbara & Landau, Jacob M.: 2001:56.

Andererseits erschöpften sich seine integrativen Fähigkeiten in Richtung Sowjet-Identität. Sicher spielte der Umstand, daß Əliyev in der kommunistischen All-Unions-Hierarchie bis in die Führung aufstieg eine bedeutende Rolle, konnte er durch seine Machtfülle erheblich zur Verbesserung der Lebensumstände in Aserbaidshan beitragen, die sich in einer höheren Produktivität und einem höheren Bildungsniveau zeigten. Ähnlich seinem berühmten Vorgänger der zwanziger Jahre, Nərimanov, hatte er das Wohl Aserbaidshans gleichermaßen im Auge wie die Interessen der UdSSR.

### 3. LITERATUR IM DIENSTE DER NATION

„Das Volk weiß, daß du mir gehörst.  
 Du bist mein Land, mein Nest, mein Haus.  
 Du bist meine Mutter, meine einzige Heimat  
 von Geburt an.  
 Kann denn die Seele sich vom Geist trennen?  
 Aserbaidtschan, Aserbaidtschan!“<sup>286</sup>

Das aserbaidtschanische Nationalgefühl verharrte vorerst im kulturellen Bereich. Dort jedoch erweiterte es beständig seinen Rahmen. Die aserbaidtschanische Sowjet-Enzyklopädie, erschienen von 1976-1987, ist hierfür illustratives Beispiel, liegt sie nicht auf Russisch, sondern auf Aserbaidtschanisch vor und beweist mit Stichwörtern wie „Südaserbaidtschan“ (*Cənubi Azərbaycan*) oder Täbriz sehr wohl politisches Geschick.<sup>287</sup> Ähnliche Enzyklopädien erschienen auch in anderen Sowjetrepubliken und dürften für eine Politik der *re-korenizacija* stehen. Auch Zeitungen wie *Azərbaycan*, dem Organ des Aserbaidtschanischen Schriftstellerverbandes (ASV), und *Ədəbiyyat və İncəsənət* (Literatur und Bildende Kunst) widmeten sich Themen zur aserbaidtschanischen Geschichte, zur Sprache und der ab 1979 wieder virulenten Frage Gesamtaserbaidtschan. An jener „Südfrage“ kam zu diesem Zeitpunkt kaum eine Zeitschrift vorbei, ja, das Thema bildete oftmals die Hintertür, durch die Zustände auch im sozialistischen Aserbaidtschan kritisiert werden konnten. So druckte Anfang der 80er Jahre die Zeitschrift eine Reihe von Gedichten und Essays ab, die von aserbaidtschanischer Trennung und der Sehnsucht nach Vereinigung sprachen und womit einige Schriftsteller in einen verschlüsselten „Poet-zu-Poet“-Dialog traten. Etwa Süleyman Rüstəm mit den Zeilen: „Ich sehe, die Morgenröte hat die Farbe unseres Blutes“. Die Antwort aus „Südaserbaidtschan“ erfolgte schon wenig später durch Şəhriyar, der im Blutvergießen den nötigen Preis der Freiheit sah.<sup>288</sup>

<sup>286</sup> Səməd Vurgun (1906-1956). Das Gedicht wurde erst seinem Tode 1965 veröffentlicht. Die Übersetzung stammt aus: Mietag, Email: 1998:214.

<sup>287</sup> Vgl. ACE, 1980, Bd. 4, S. 513. Der Verweis „Südaserbaidtschan“ findet sich unter der Rubrik „Iranisch-Aserbaidtschan. Täbriz wird als „größte Stadt Südaserbaidtschans“ beschrieben (ASE, 1986, Bd. 9, S. 229).

<sup>288</sup> Rüstəm Süleyman, in: *Azərbaycan*, 4 (1980) S. 61. Morgenröte bildet die Metapher für Revolution und Vereinigung; die Antwort Şəhriyars in: *Ədəbiyyat və İncəsənət*, 08. Februar 1980.

Bəxtiyar Vahabzadə, der in Baku lebende Dichter, aber auch andere, richteten wenig später eigenen Zeilen als Antwort an Şəhriyar: „Der Preis der Freiheit ist Blut ...“ heißt es dort und gibt der Trauer über die Trennung des Volkes ebenso Ausdruck wie der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft.<sup>289</sup> Gleichsam als Indikator der Veränderung öffnete sich der kulturell-künstlerische Lebensraum noch vor allen anderen Bereichen dem Wandel. Wie so oft, wenn Meinungsäußerungen politisch unerwünscht und die Kunst der Meinungsfreiheit nicht im direkten Austausch geprobt werden kann, übernahmen auch in Aserbaidshan Literatur und Theater die Rolle des politischen Kritikers und kritischen Beobachters. So ist es kein Wunder, daß ab Mitte der 80er Jahre der Aserbaidshani-sche Schriftstellerverband (ASV) selbst zum Reformprojekt wurde. Dessen wichtigstes Organ war die Monatsschrift *Azərbaycan*. Einem Mikrokosmos gleich reagierte die Zeitung auf die Zeichen der Zeit.<sup>290</sup>

Seit der Aserbaidshani-sche Schriftstellerverband (ASV) 1923 gegründet worden war, hielten seine Mitglieder über Jahrzehnte der Kommunistischen Partei die Treue. Ja, der ASV gerierte sich als offensiver Vertreter bolschewistischer Propaganda und Ideen. Als Exporteur sozialistischer Lebensweise standen seine Mitglieder etwa während des Zweiten Weltkrieges an vorderster Front im Iran, initiierten die Gründung von Schulen, Theatern und Zeitungen. Die Frage der Trennung wie auch der Vereinigung Aserbaidshans wurde in den Jahren von 1941-1946 aktiv gelebt. Als literarischer Meilenstein dieser Phase hebt sich der oft zitierte Roman *Galəcək Gün* von Mirzə İbrahimov heraus.<sup>291</sup> Um diesen Autor herum, der mit seinem literarischen und politischen Wirken die folgenden Jahrzehnte prägte, scharten sich – zumindest bis zum Beginn der Ära Elçibəy – diejenigen Intellektuellen, die im Export des Sozialismus nach Iranisch-Aserbaidshan den Weg in eine Vereinigung sahen.

---

<sup>289</sup> Vahabzadə, Bəxtiyar (geboren 1925 in Şeki, Sowjet-Aserbaidshan), Antwort auf Şəhriyar's Brief an Süleyman Rüstəm; in: *Ədəbiyyat və İncəsənət*, 7. März 1980:7.

<sup>290</sup> Eine genaue Untersuchung über die redaktionelle Zusammensetzung, die Positionen und die Rolle des Blattes für den Zeitraum von 1985-1990 findet sich bei: Motika, Raoul: Glasnost in der Sowjetrepublik Aserbaidshan am Beispiel der Zeitschrift *Azərbaycan*, in: *Orient*, 32 (1991) 4, S. 573-590.

<sup>291</sup> Vgl. İbrahimov, Mirzə: *Die Zeit wird kommen*, Berlin, 1952. Als Mitglied der Akademie der Wissenschaften, als Vorsitzender des Obersten Sowjets der ASSR und als Vorsitzender des ASV verkörperte er Nomenklatura und Patriotismus in einer Person.

Als 1986 Michael Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KPdSU übernahm und „Glasnost“ und „Perestroika“ der politischen und wirtschaftlichen Stagnation ein Ende bereiteten, griffen auch die aserbaidischen Intellektuellen die Impulse auf. „*Yenidənqurma*“ und „*Aşkarlıq*“ waren auch in Aserbaidisch die Schlag- und Modewörter der folgenden Jahre.

Betrachtet man einmal die personelle Besetzung der Zeitschrift *Azərbaycan*, so fällt auf, daß der Redaktion 1985 mehrheitlich Mitglieder der kommunistischen Nomenklatura angehörten. Gleichzeitig waren alle 16 Mitglieder der Redaktion Muslime, nicht wenige auch bekennende Nationalisten. Hier zeigt sich einmal mehr die Gleichzeitigkeit von Identitäten. Chefredakteur war zu diesem Zeitpunkt Cabir Novruz<sup>292</sup>, dessen Stellvertreter Isa İsmayilzadə<sup>293</sup>. Die Einbindung in die politische Hierarchie der Kommunistischen Partei und ihrer Institutionen war für die Vielzahl der Intellektuellen – neben ihrer persönlichen Überzeugung – ein wichtiger Garant beruflicher Karriere. Gerade die iranischen Exilanten, die nach 1945 und nach der Islamischen Revolution 1979 in Baku ihr „Zweites Vaterland“ fanden, sahen sich durch die kommunistische Unterstützung ermutigt in ihren Forderungen nach Umwälzungen im Land südlich des Aras. Auf dem 7. Kongreß des ASV 1981 fand Balaş Azəroğlu die passenden Worte:

„Einige Schriftstellern, die aus Südaserbaidisch kamen, wählten mit Sowjetaserbaidisch ein zweites Vaterland. Äußerst dankbar sind wir alle der Kommunistischen Partei Aserbaidischs und der Regierung der Republik, die die notwendigen Bedingungen für eine kreative Produktivität schuf. Dadurch können wir Werke schaffen, die helfen, den Kampf unserer Landsleute und Brüder für Freiheit und sozialen Fortschritt zu unterstützen.“<sup>294</sup>

Der Kongreß des Schriftstellerverbandes, der 1981 tagte, nahm nicht nur Bezug auf die Islamische Revolution in Iran, sondern widmete sich bewußt und deutlich der politischen und literarischen Entwicklung südlich des Aras. Əliyev selbst hob in seiner Rede die Bedeutung der Zusammenarbeit mit „Süd-Aserbaidisch“ hervor.<sup>295</sup> Gleichzeitig gibt Balaş Azəroğlu der nationalen und persönlichen Zerrissenheit Ausdruck, indem er schreibt:

<sup>292</sup> Cabir Novruz (geboren 1933), war Parlamentsabgeordneter und begann seine redaktionelle Tätigkeit 1958 bei der Abendzeitung *Baki*, war ab 1965 in der Zeitschrift *Azərbaycan* für den Bereich Poesie verantwortlich, von 1967 an Chefredakteur von *Ulduz*, eines Literaturmagazins für Jugendliche, von 1984-88, dann Chefredakteur von *Azərbaycan*.

<sup>293</sup> İsa İsmayilzadə (1941-1998).

<sup>294</sup> *Kommunist*, 16. Juni 1981:3.

<sup>295</sup> Vgl. *Ədəbiyyat və İncəsənət*, 19. Juni 1981.

„Täbriz ist (mein) Vaterland, Baku ist (mein) Vaterland“.<sup>296</sup>

Soweit der kommunistische Einfluß auch reichte und so sehr sich der Einzelne dieser Ideologie verschrieben hatte: Es gab – gerade in den Kreisen der literarischen Elite – ein zweites stark ausgeprägtes Bekenntnis auf nationaler Basis. Auch wenn sich im Laufe der Jahre der Duktus von der Sehnsuchtsliteratur über eine „Zwei-Vaterländer“-Phase zum Ruf „Wir sind ein Volk“ verschob: Die nationale Orientierung war stete Größe im politischen und kulturellen Leben Aserbaidshans. Der Einfluß der national gesinnten Literaten spiegelte sich in der Redaktion von „*Azərbaycan*“ wieder. Mit Süleyman Rüstəm, Nəbi Xəzri, Balaş Azəroğlu und Kamil Vəli Nərimanoğlu waren gleich mehrere Personen im Redaktionskollegium vertreten, deren Werke und deren Wirken einer – wie auch immer gearteten – aserbaidshanischen Vereinigung das Wort sprachen.

Im Transformationsprozeß, der ab 1985 die Sowjetunion erfaßte, wurden die politischen Institutionen, zu denen der Schriftstellerverband ungeachtet seiner literarischen Funktion zählte, einer ideologischen Läuterung unterzogen aus der sie – gestärkt, reformiert oder beseitigt – in jedem Falle verändert hervorgingen. Während etwa die Kommunistische Partei einer radikalen Zäsur entgegenschritt, reformierte sich der ASV dergestalt, daß der nationalbewußte Teil an Einfluß gewann. Mit Yusuf Səmədoğlu, der ab Oktober 1987 als neuer Chefredakteur die Geschicke von *Azərbaycan* zu leiten begann, manifestierte sich dieser Wandel. Ebenso wie in anderen Organisationen hielten sich auch im ASV hartnäckig unterschiedliche politische Positionen. Unter seinen Mitgliedern finden sich patriotisch gesinnte Aserbaidshaner ebenso wie panaserbaidshanische oder postkommunistische. Noch immer ist der ASV ein von der Regierung alimentierter Berufsverband und schon aus diesem Grunde zu Loyalität angehalten. Deutlich wurde die regierungstreue Linie des Verbandes während einer Diskussionsrunde mit ausländischen Teilnehmern im Sommer 1999. Fluchtartig verließen hochrangige Funktionäre des ASV in dem Moment den Raum, als über die Vereinigung von Aserbaidshan gesprochen wurde.

Durchaus kontrovers diskutiert, dabei aber mit einem klaren Bezug zu Deutschland, war die panaserbaidshanische Fraktion in der Mehrheit. Personell zeigten sich deutlich die Verbindungen zu Organisationen wie BAB und AXCP.<sup>297</sup>

---

<sup>296</sup> Vgl. *Azerbaijan*, 7 (1981) S. 79f.

<sup>297</sup> Nach dieser Debatte übrigens, war die Diskussionsrunde wieder vollständig. Gerade auch die Bitte iranisch-aserbaidshanischer Teilnehmer, nicht ihre Namen in der Öffentlichkeit zu nennen, zeigte die Angst vor Repressalien bei einer Rückkehr in den Süden.

#### 4. ASERBAIDSCHANISCH, TÜRKISCH ODER BEIDES?

„Die Staatssprache ist unser nationaler spiritueller Reichtum“<sup>298</sup>

Arabisch, Lateinisch, Kyrillisch, wiederum Latein: Ein Durcheinander, dem sich jeder, Literat und Politiker, Arbeiter und Intellektueller gegenüber sieht und dem abzu helfen mehr als präsidiale Dekrete nötig sind.<sup>299</sup>

Bis zum August 2001 hielten Aserbaidchaner bei ihrer Presseschau einen lateinisch-kyrillischen Buchstaben-Mix in den Händen. Schon durch ein Gesetz vom 25. Dezember 1991 hatten Zeitschriften ihre Titel und Aufmacher im neuen lateinischen Gewand abzubilden, derweil die Texte weiterhin auf kyrillisch erscheinen durften. Ein Erlaß des Präsidenten Əliyev vom 1. August 2001 darf nun als ein weiterer Schritt gelten, sich vom „sowjetisch-kolonialen“ Kyrillisch abzunabeln. Demnach waren alle offiziellen Dokumente, aserbaidchanischsprachige Zeitungen, Zeitschriften, Werbeträger und Logos ab sofort in lateinischer Schrift zu publizieren.

„In order to strengthen Azerbaijan’s independence, to respect its history and cultural development, it is necessary to observe the norms of the Azeri language and namely the Latin script.“<sup>300</sup>

Gleich auf mehreren Ebenen griff das Dekret dem dynamischen Findungsprozeß in die Speichen. Zum einen zielt die „Stärkung der Unabhängigkeit Aserbaidchans“ auf das aserbaidchanisch-sowjetische Verhältnis: immer aus Angst vor der über Jahrzehnte erlebten Omnipotenz der Sowjetunion und im permanenten Selbstbehauptungszwang gegenüber dem neuen Rußland. Zum anderen ist der Rückgriff auf die „Geschichte und Kultur der Aserbaidchaner“ beliebte Methode, eine neue nationale Identität ins historische Kontinuum zu setzen.

Ganz nebenbei dürfte dieses Dekret der Debatte um die Schriftreform und um die Bezeichnung der aserbaidchanischen Sprache neue Energie zuführen. Um wenig wurde in den vergangenen Jahren heftiger gestritten als um die Sprache. Auch wenn die Diskussion im wesentlichen vorbei ist, flackert sie beständig um die Begrifflichkeiten „Azeri“ oder „Türkisch“ herum auf.

<sup>298</sup> Titel einer Dokumentation in der regierungsnahen Zeitung *Azərbaycan*, 02.-11. Nov. 1995.

<sup>299</sup> Dazu auch: Kellner-Heinkele, Barbara: Biz kimik? – Das Problem mit der Bezeichnung der Staatssprache in der Republik Aserbaidchan, in: *Folia Orientalia*, XXXVI (2000) S. 159-170.

<sup>300</sup> Vgl. [www.news.excite.com/printstory/news/r/010803/08/odd-alphabet-dc](http://www.news.excite.com/printstory/news/r/010803/08/odd-alphabet-dc) (Zugriff am 14. August 2002).

Realpolitiker, historisierende Intellektuelle und Sprachwissenschaftler versuchten sich an diesem Thema. So förderlich die in aller Öffentlichkeit geführten Diskussionen für das nationale Bewußtsein waren: betrachtet unter der Lupe des *nation-building* standen sich die Kontrahenten letzten Endes kompromiß- und ergebnislos gegenüber. Das letzte Wort hatte – kaum verwunderlich im aserbaidischen Machtgefüge – der Präsident.

Hinsichtlich der Vehemenz, mit der er seit Jahrzehnten um die aserbaidische Sprache und deren politische Anerkennung im Reigen der vom Russischen dominierten Sprachen rang, schien Əliyev von glühendem Patriotismus beseelt zu sein. Dabei positionierte er sich selbst im Diskurs um Schrift und Sprache ein weiteres Mal als der Vorreiter. Schon 1977, als die UdSSR ihre Verfassung erneuerte, nahm sie – auf heftiges Betreiben Əliyevs hin – Aserbaidisch als Staatssprache auf.<sup>301</sup> Ein Jahr später, 1978, verabschiedete auch das Parlament der Sowjetrepublik eine neue Verfassung, in der die Abgeordneten dem Aserbaidischen einen festen Platz als offizielle Sprache zuschrieben.

„Of course there were some objections to declaring Azeri to the state language in 1978, but if you look at the 1998 Constitution that the people approved in a referendum after our independence, I’m the one who created it. Azeri is listed as the single official State language.“<sup>302</sup>

Wobei die Debatten um die zu wählende Sprachbezeichnung – zur Auswahl stehen *Azərbaycan Dili*, *Türk Dili* oder das zwiesichtige *Azərbaycan Türk Dili* – von einem politischen Impetus bedrängt werden, der nicht selten von Intellektuellen abgelehnt wird. So ist die „Allmacht“ des Präsidenten auch gleichzeitig die „Ohnmacht“ der Wissenschaftler: Hätten sich nur „die Intellektuellen für Türk Dili stark gemacht, hätte der Präsident das auch akzeptiert“.<sup>303</sup>

Nicht erst mit der Unabhängigkeit Aserbaidischs 1991 galt der Sprachgesetzgebung die Aufmerksamkeit der politischen Führung und der intellektuellen Kreise. Durch einen *ukaz* (Verordnung) des ZK der KP-Az galt Aserbaidisch ab 1989 als offizielle Sprache.<sup>304</sup>

<sup>301</sup> Bemüht man die frühen Verfassungen Aserbaidischs von 1919 und 1921, so tauchte die Frage nach der Staats- bzw. offiziellen Sprache noch nicht auf. Erst 1958 wurde der von 1938 stammenden Verfassung der ASSR ein Zusatz über das Azeri angefügt (vgl. Kellner-Heinkele: 2000:163). Allerdings waren die Konstitutionen von 1919 und 1921 nach formalen Kriterien nicht Verfassungen im juristischen Sinne.

<sup>302</sup> *Azerbaijan International*, 9 (2001) 3, Interview mit Heydər Əliyev.

<sup>303</sup> Rüstəmxanlı, Sabır, in: *525-ci Qəzet*, 30. Okt. 1996.

<sup>304</sup> Vgl. *Bakinskij Rabočij*, 10. Februar 1989.

Nur zwei weiteren Titularnationen, Armenien und Georgien, wurde dieses Privileg gewährt und kann als Ausdruck auch der nationalen Bemühungen gelten, das eigene Volk zu repräsentieren.

Die sowjetaserbaidische Verfassung erlebte und überstand in den Folgejahren Perestroika, die Auflösung der UdSSR, die Souveränitätserklärung 1989 sowie die Unabhängigkeit 1991. Präsidenten wechselten sich ab und der Krieg um Berg-Karabach forderte 10.000 Tote und hinterließ mehr als eine halbe Million Flüchtlinge. Erst 1995, genauer: am 12. November, bildete ein Referendum die Basis und notwendige Voraussetzung für eine eigenständige aserbaidische Verfassung. Nicht nur wurde das Aserbaidische als Staatssprache bzw. offizielle Sprache durch die Verfassung festgeschrieben, auch die Definition der Sprache als *Azərbaycan Dili* (Aserbaidische Sprache) war ein Wendepunkt in der politisch überkochenden Auseinandersetzung um die Sprachbezeichnung. Oder der – vorläufige – Endpunkt, denn immerhin wurde damit einer langjährigen und intensiven Debatte die Spitze gebrochen.<sup>305</sup>

Obwohl die neue Verfassung erst Jahre nach dem Ende der UdSSR entstand, reichte die Thematik „Sprache und Schrift“ durch die Gorbatschow'sche Politik stärker in das Zentrum intellektuellen Interesses hinein, als die zentralistisch geführte Sowjetpolitik vermuten ließ. Die 1988 gegründete Organisation *Qayğı* (Sorge) setzte sich für die Entwicklung von Sprache und Kultur ein.<sup>306</sup>

Wie wurde nicht um die Sprache gerungen. Die Protagonisten sämtlicher Provenienz lagen sich über Kreuz. Dabei lagen ihre Positionen nicht soweit auseinander, wie das gegenseitige geistige „Aufeinanderprügeln“ vermuten ließe. Im entscheidenden Punkt der Debatten bestand sehr wohl Einigkeit: Die Schrift sollte erneuert, die Sprache als bedeutendes Kriterium nationalen Bewußtseins festgeschrieben werden. Dissens bestand jedoch – und besteht bis heute – über die einzuschlagende Richtung. Die Befürworter von *Azərbaycan Dili*, unter ihnen Präsident Heydər Əliyev, trafen auf die Vertreter von *Türk Dili*. Zu letzteren zählten der kurzzeitige Staatspräsident Əbulfəz Elçibey (1992/93).

Im wortreichen Streit der Fraktionen ging die „Konsens-Gruppe“ (*Azərbaycan Türk Dili*) annähernd unter, obwohl ihr mit Cəfərov, Anar und Əlçin u.a. namhafte Wissenschaftler und Literaten angehörten.

---

<sup>305</sup> *Bakinskij Rabočij*, 5. Dez. 1995.

<sup>306</sup> Aus dem Programm der Vereinigung, in: *Bakinskij Rabočij*, 23. Aug. 1988.

Es zeigte sich, daß alle Fraktionen mit teilweise ähnlichen Argumenten vorgingen. Fast immer findet sich dabei der Anspruch, nur die jeweils bevorzugte Sprachbezeichnung könne den Bestand nationaler Identität garantieren.<sup>307</sup>

Eine durch die Zeitung *Azadlıq* (Freiheit) initiierte Podiumsdiskussion mit Befürwortern von *Türk Dili* im Mai 1995 kam ganz entschieden zu dem Punkt, sich postum Stalinscher Positionen zu eigen zu machen, würde die von ihm eingeführte Bezeichnung Aserbaidshanische Sprache übernommen werden.<sup>308</sup>

In der folgenden Gegenüberstellung werden die Nuancen der Argumentationslinien deutlicher sichtbar.

### **Azərbaycan Dili**

Hauptvertreter und oberster Protagonist war und ist Heydər Əliyev. Seine Position übernahm die „Kommission zur Vorbereitung eines Entwurfs einer neuen Verfassung der Republik Aserbaidshan“ nahezu unverändert. Die Aserbaidshanische Sprache sei – anders als das vom Volke nie verinnerlichte Türkisch (*Türk Dili*) schon seit Jahrzehnten in den früheren Verfassungen verankert gewesen, genieße einen hohen Bekanntheitsgrad auch auf internationaler Ebene. Nicht zuletzt habe es eine Entwicklung genommen, die den Rückgriff auf das frühere russische *Tjurki / Turecki jazyk* nicht mehr gerechtfertigt erscheinen ließe.<sup>309</sup>

Das Abstimmungsergebnis zur Verfassung und damit zur Staatssprache (*dövlət dili*) nach Artikel 21 endete mit der Umsetzung Əliyevscher Vorstellungen:

„Die Aserbaidshanische Sprache ist die offizielle Sprache der Republik Aserbaidshan. Die Republik Aserbaidshan unterstützt die Entwicklung der Aserbaidshanischen Sprache. Die Republik Aserbaidshan garantiert den freien Gebrauch und die Entwicklung anderer vom Volk gesprochener Sprachen.“<sup>310</sup>

Die realpolitische Macht hatte ihren Sieg errungen.

Auch Befürworter von *Türk Dili* wie Nizami Cəfərov unterstrichen die Modernität des Begriffes *Azərbaycan Dili*, allerdings aus einer anderen Perspektive heraus.

<sup>307</sup> So Əliyev in einer Rede vor dem Parlament. Vgl. *Azərbaycan*, 11. Nov. 1995.

<sup>308</sup> Vgl. *Azadlıq*, 2. Mai 1995. Unter der Überschrift „*Dilimiz varlığımız*“ (Unsere Sprache ist unser Reichtum, unsere Existenz) wird über diese Debatte berichtet, an der vornehmlich Vertreter der „Türk-Dili“-Variante anwesend waren.

<sup>309</sup> Vgl. Protokolle zu den Debatten in: *Azərbaycan*, 2.-11. Nov. 1995, hier: 2. Nov.

<sup>310</sup> Vgl. [www.uni-wuerzburg.de/law/aj00000.html](http://www.uni-wuerzburg.de/law/aj00000.html), Verfassung der Republik Aserbaidshan vom 12. Nov. 1995 (Zugriff am 15. Jan. 2003).

In einem Kommentar in *Yeni Müsavat* geht Cəfərov davon aus, daß *Azərbaycan Türk Dili* erst in den 30er Jahren auftauchte – mithin in der Endphase der *korenicazija*, der nationalen Verwurzelung der Völker, und das ursprüngliche *Türk Dili* aus den Köpfen der Menschen drängte.<sup>311</sup>

Nun war gerade der frühere Vorsprung von *Azərbaycan Türk Dili* das entscheidende Argument: gleichzeitig aber auch das Problem. Warum, so mag man sich fragen, war *Azərbaycan Türk Dili* so erfolgreich, wenn doch *Türk Dili* einen jahrhundertealten und traditionellen Begriff darstellte, nicht zuletzt gefördert durch die zaristische Verwaltungssprache, und tief eingeebnet in den Alltagswortschatz des Volkes war? Maßgebliche Indikatoren für diesen Wandel in der Sprache – und damit einem Wandel im Denken – waren die Phasen politischer Autonomie ebenso wie die Politik der *korenicazija*. Deren historische Nachhaltigkeit beweisen sich auch am Ende des 20. Jahrhunderts.

### **Türk Dili / Türkçe**

Lag das Argument der Realpolitiker um Əliyev auf der Bezeichnung *Azərbaycan Dili*, so gab und gibt der akademisch-intellektuelle Block mehrheitlich dem *Türk Dili* den Vorrang. Der historische Bezug spielt in die Entscheidung ebenso hinein, wie sprachwissenschaftliche und kulturelle Aspekte. Die Argumentationslinie baut daher auch auf vier Säulen auf:

#### *Historisch:*

Hier wird die ADR bemüht und ein Regierungsbeschluss vom 27. Dezember 1918 angeführt, der die Türkische Sprache als Staatssprache festlegte.

#### *Verfassungsrechtlich:*

Da die Republik Aserbaidschan als Rechtsnachfolger der ADR ab 1991 die Insignien der präsovjatischen Republik übernahm (Nationalhymne und Flagge) schliesse dies auch die Sprachbezeichnung mit ein. Hielte man sich nicht daran, sei man ein Bastard (*haramzadə*).<sup>312</sup>

#### *Politisch:*

Untermuert wird dies mit dem Argument, daß in Aserbaidschan noch vor der Türkei offiziell die Sprache als Türkische Sprache geführt wurde, somit eine Art *copyright* auf die Bezeichnung bestünde.<sup>313</sup>

<sup>311</sup> Cəfərov, Nizami, Professor für Turkologie an der BDU, in: *Yeni Müsavat*, 24. Dez. 1992. Bezeichnenderweise lautet die Überschrift: „*Azərbaycan dövlət dili Azərbaycan Türk dilidir!*“ (Die aserbaidchanische Staatssprache ist Aserbaidschanisch-Türkisch).

<sup>312</sup> Vgl. *Müxalifət*, 8. Nov. 1995.

<sup>313</sup> Rüstəmxanlı in: *Yeni Müsavat*, 24. Dez. 1992.

*Identitätsbildend*

Immerhin sei der Begriff *Türk* auch für die im Iran lebenden Aserbajdschaner gebräuchlich. Daher würde der Verbleib bei *Türk Dili* eine gemeinsame Identität auch für die Zukunft nur stärken. Kamil Veli Nərimanoğlu (Kamil Vəliyev) geht in seinem Ruf nach *Türk Dili* soweit, an das verbindende Element der Sprachen des territorial geteilten, aber im Geiste und in der Kultur geeinten aserbajdschanischen Volkes zu gemahnen. Nərimanoğlu, der sich dahingehend äußerte, ist einer der bedeutenden panaserbajdschanischen Fürsprecher. Als Professor an der Staatlichen Universität Baku (BDU), als Volksfront-Mitglied und im Vorstand von BAB ist er Multiplikator der Ideologie der aserbajdschanischen Vereinigung.<sup>314</sup>

Anders als das gebräuchliche *Azərbaycan Dili* hat *Türk Dili* sein ganz eigenes Legitimationsproblem: Die Bezeichnung ist weitestgehend unbekannt. Und wenn nicht, dann steht es für das Türkei-türkische Umwege seien nötig, den Malus aufzuheben. Es sei nicht nur allein der sowjetischen Turkophobie geschuldet, daß sich *Azərbaycan Dili* etabliert habe, sondern dem steten Bemühen der Russen, die türkischen Völker zu spalten, besonders aber die Türken in der Türkei und die aserbajdschanischen Brüder und Schwestern im Iran zu entfremden. Die Gemeinschaft der türkischen Völker und das Verbindende, die Sprache, wurde dann auch in der Zeitschrift *Azadlıq* beschworen.<sup>315</sup>

Um das volle Argumentations-Spektrum auszuschöpfen, bemüht auch BDU-Professor Tofiq Hacıyev, eigentlich eher dem Kompromiß zugeneigt, die armenische Gefahr. Als Feinde sei den Armeniern daran gelegen, das große aserbajdschanische Volk zu teilen, daher käme es der Bezeichnung *Türk Dili* zu, die Einheit sicherstellen.<sup>316</sup>

---

<sup>314</sup> Vgl. *Azadlıq*, 4. Nov. 1995.

<sup>315</sup> Nizami Xudiyev, in: *Azadlıq*, 10. Juni 1992. Xudiyev war zum damaligen Zeitpunkt Prorektor der Staatlichen Pädagogischen Universität.

<sup>316</sup> Hacıyev, Tofiq (geboren 1936), in: *Müxalifət*, 8. Nov. 1995.

### Azərbaycan Türk Dili

Bedeutende Vertreter dieses mittleren Weges sind etwa Tofiq Hacıyev, Anar, Əlçin und Cəfərov. Sowohl Əlçin als auch Anar lehnten eine Politisierung der Debatte ab. Zum Ausdruck kam dies u.a. während der „Hochphase“ im Herbst 1995.

In einem Interview brachte Əkrəm Əylisli – der persönlich für *Türk Dili* eintrat – eine gewisse Resignation in wissenschaftlichen und intellektuellen Kreisen zum Ausdruck, da nicht wissenschaftliche Diskussionen im Vordergrund standen, sondern politische Entscheidungen.

„Wir fühlten uns dort ganz fehl am Platze. Wir hatten naiverweise saubere Vorgehensweisen erwartet, aber dann realisierten wir, daß es hier nicht um wissenschaftliche Diskussion ging, sondern ganz und gar um politische Aktion.“<sup>317</sup>

---

<sup>317</sup> Əylisli, Əkrəm (geboren 1937), in *525-ci Qəzet*, 10. Nov. 1995. Zitiert nach: Kellner-Heinkele, Barbara: 2000:166.

### ZUSAMMENFASSUNG

Für einige Jahre – Dezember 1992 bis November 1995 – durften sich die *Türk-Dili*-Kämpfer als Sieger fühlen. Əbulfəz Elçibəy, Akademiker, glühender Nationalist und Präsident Aserbaidschans hatte – ganz in alter autokratischer Tradition stehend – *Türk Dili* im Dezember 1992 zur Staatssprache dekretiert.

„Das aserbaidshanische Parlament erklärt sich einverstanden, daß in Aserbaidshan ausschließlich die Türkische Sprache [...] Staatssprache ist.“<sup>318</sup>

Als singuläres präsidiales Dekret ohne Verankerung in einer gültigen Verfassung (keine Zwei-Drittel-Mehrheit) hatte diese Bezeichnung jedoch schon alleine *de jure* keine Existenzberechtigung über den Machtwechsel 1993 und die Annahme der neuen Verfassung 1995 hinaus.

Die Bedeutung von Sprache und Schrift geht über deren Funktion als reines Verständigungsmittel weit hinaus, war – und ist – die Entscheidung für eine Schrift immer auch eine politische. Schon im 19. Jahrhundert, mit den ersten Reformversuchen des arabischen Alphabetes und der kulturellen Aufwertung des Azeri, wurde nicht nur ein neues Selbstverständnis gefördert, sondern der Versuch gewagt, auch der einfachen Bevölkerung den Zugang zur Bildung zu erleichtern.

Die Annahme des Lateinalphabetes 1925, das in den darauffolgenden Jahren nicht nur viele turksprachige Sowjetrepubliken einführten, sondern auch z.B. Moldawien, steht nicht nur im Kontext der damaligen von *korenizacija* geprägten Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei, sondern wird heutigentags als identitätsstiftend verstanden.

In den 70er Jahren setzte erneut eine Rückbesinnung auf das Aserbaidshanische ein, das sich beständig gegen das Russische als *lingua franca* zu behaupten hatte und über Jahrzehnte nicht zur „Karriere“-sprache geeignet schien.

Wenn in den Jahren, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR folgten, die Schrift erneut als Fixpunkt nationalen Selbstverständnisses galt, dann weil diverse politische Gruppierungen ihre Positionen durchzukämpfen versuchten. Bei der Bildung nationaler Loyalitätsnetzwerke ist Sprache und Schrift immer auch ein probates Mittel zur Exklusion fremder „Seilschaften“ von den Positionen mit Ressourcenzugang.

---

<sup>318</sup> Vgl. Cəfərov, Nizami, in: *Yeni Müsavat*, 24. Dez. 1992.

Zweites Kapitel  
VOLKSFRONT: EXPERIMENTE AUF KOSTEN DES VOLKES

„Die Volksfront ist nicht nur die Hülle der nationalen Bewegung, sie ist die Bewegung selbst. Keiner kann sie verhindern. Ihre Wellen werden sich nach Südaserbai-dschan erstrecken und danach bis in die Türkei. [...] Sie wird die Diktatur in Iran stürzen.“<sup>319</sup>

Es müssen erhabene Stunden für ihn gewesen sein, als Əbulfəz Elçibəy am 7. Juni 1992 zum Präsidenten der Republik Aserbajdschan gewählt wurde. Mit seinen 54 Jahren stand er damit auf der obersten Stufe einer Karriereleiter, die erst seit wenigen Jahre an der bröckelnden Mauer des Sowjetreiches lehnte.

Die Volksfront Aserbajdschan – ein Zusammenschluß einzelner politischer Organisationen<sup>320</sup> und Einzelpersonen unter dem späteren Vorsitz Elçibəys – formierte sich im Juni 1989 und hatte als Ziel die Entmachtung des kommunistischen Systems im Auge. Als Erfolg darf sich die Volksfront den temporären Sieg über die Nomenklatura und auch die aserbajdschanische Souveränität anrechnen lassen. Sie muß sich aber auch, Kehrseite des Erfolges, der Verantwortung stellen, das Land in einen Krieg mit Armenien und an den Rand des Bankrotts geführt zu haben. Aufstieg und Fall verdankte die Volksfront ihrer politischen Ausrichtung auf einen „territorial fixierten Nationalismus“.<sup>321</sup>

Woher stammte aber die neue Opposition? Ihre Akteure rekrutierten sich aus der aufstrebenden „neuen“ Bildungselite, aus Kreisen einer reformorientierten Nomenklatura und aus einem „Geldadel“, dem die wirtschaftliche Stagnation innerhalb der UdSSR zusehends die „Rendite“ verdarb. Mit anderen Worten: Funktionselite, Wirtschaftselite, Bildungselite trieben die Transformation an.

Deutlich trat das Bedürfnis in der Wirtschafts- und Bildungselite zu Tage, neue Wege zu gehen, die einen um wirtschaftlichen Prosperierens wegen, die anderen um sich im festgefahrenen Hierarchiegefüge neue Karrierechancen zu eröffnen. Der Antrieb reformbereiter Kreise der Nomenklatura bleibt im Unklaren.

---

<sup>319</sup> Elçibəy, Əbulfəz: *Bütöv Azərbaycan Yolunda*, Ankara 1997:327. Die Aussage stammt vom 21. 04. 1990.

<sup>320</sup> Unter dem Begriff Organisation wird hier jede Form politischer Vereinigung, also auch Parteien, subsumiert. So war etwa die Volksfront bis 1995 nicht als Partei registriert, trat aber als solche auf.

<sup>321</sup> Auch, Eva-Maria: 1994:9.

So läßt sich der Sinneswandel der Reformer mit Opportunismus erklären, die „in der Eingliederung marktwirtschaftlicher und demokratischer Elemente in das sie tragende System die Chance der Systemerhaltung und damit ihrer Legitimation sahen ...“<sup>322</sup>

Volksfront war – und ist – nicht gleich Volksfront. Sie hat sich seit 1989 gewandelt, ist in verschiedene Strömungen zerfallen und definierte sich 1995 als Partei neu. Der Tod ihres charismatischen Vorsitzenden Elçibəy im August 2000 dürfte die Volksfront allerdings in eine tiefere Krise gestürzt haben, als es Krieg, Umsturz und Repressionen vermochten. Er war die Personifizierung eines aserbaidischen Nationalismus: Sein Ziel war die (Wieder-) Vereinigung zu einem Gesamtaserbaidisch.

Wenn im folgenden Kapitel die Genese und Zusammensetzung der Volksfront, ihre Programmatik und ideologischen Eckdaten untersucht werden, dann spielt naturgemäß auch ihre panaserbaidische Dimension eine wichtige Rolle.

---

<sup>322</sup> Ebd.: 1994:7.

## 1. VOM INTELLEKTUELLENZIRKEL ZUR POLITISCHEN SAMMLUNGSBEWEGUNG

„Wenn der Gründer des Tages der Nationalen Solidarität unser ganzes Volk ist, so ist die Volksfront dessen Organisator. Würdig hat die AXC einen mutigen und historischen Schritt getan und ihre ehrenvollen Verpflichtungen vor dem Volk erfüllt. Die dornigen Drähte [...] hat das Volk mit dem Beil in der Hand zerschlagen und als erstes in der Geschichte den Eisernen Vorhang der Sowjetunion zerrissen.“<sup>323</sup>

Ein Jahr Vorlauf brauchte die Nationale Volksfront Aserbaidshans (*Azərbaycan Xalq Cəbhəsi*, AXC) bis zu ihrer Gründung. Der Name Volksfront, hinter dem sich unterschiedliche Interessengruppen sammelten, war Programm: Die bestehenden Machtstrukturen sollten – frei in der Wahl der Mittel – aufgebrochen werden. Allein der Gründungsgeschichte läßt sich entnehmen, wie sehr eine politische Opposition in der Aserbaidshanschen SSR von den einen gewollt und von den anderen behindert wurde. Von besonderer Schwere wiegt dabei die Hilflosigkeit der aserbaidshanschen – wie der armenischen - Führung, die ausufernden ethnischen Übergriffe einzudämmen.

Wie sensibel die Nationen auf jeweils fremde Ansprüche reagierten, unabhängig ob territorialen, historischen oder wissenschaftlichen Ausdrucks, zeigte sich an einer Begebenheit im Sommer 1987, mithin Monate vor dem armenischen Versuch, ein Karabach-Problem auf internationalem Parkett zu thematisieren. Eine von Fəridə Məmmədova eingereichte Dissertation<sup>324</sup> zur Ethnogenese des aserbaidshanschen Volkes stellte aus armenischer Sicht eine Verfälschung der Geschichte dar. In einem sich darauf beziehenden allsowjetischen Disput wurde der Nobelpreisträger Andrej Sacharow durch die aserbaidshansche Seite mit den doch recht harschen Worten zurückgewiesen, wer die Furt nicht kenne, solle auch nicht den Fluß überqueren.<sup>325</sup>

---

<sup>323</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1997:33. Der Tag der nationalen Solidarität ist der 31. Dezember.

<sup>324</sup> *Die politische Geschichte und historische Geographie von Kaukasus-Albanien vom 3.-7. Jahrhundert*. Zitiert nach: Altstadt, Audrey: 1992:195.

<sup>325</sup> Ebd.:195. Sacharow selbst setzte sich äußerst engagiert für die armenisch-aserbaidshansche Verständigung ein. Im Herbst 1988 unternahm er eine Vermittlungsreise durch Armenien und Aserbaidshans. Seine Ergebnisse und Vorschläge präsentierte er im Dezember 1988 dem UN Generalsekretär Perez de Cuellar und Präsident Mitterand in Paris.

So banal in der Sache, so gewichtig im Kontext. Der Disput brachte den Namen Berg-Karabach auf allsowjetischer Ebene in die öffentliche Debatte. Wenig später dann, am 18. November 1987 während einer Ökonomen-Tagung in Paris, brachte Abel Aganbegyan, Wirtschaftsberater Gorbatschows, eben diese Karabach-Frage vor die internationale Öffentlichkeit.

Als das armenische Karabach-Komitee, gegründet im Frühjahr 1988 und unter Vorsitz des späteren Präsidenten der Republik Armenien, Ter Petrosian, die Forderung nach Angliederung des Gebietes an Armenien stellte, hatte sich die Problematik schon zu einem mörderischen Territorial-Konflikt ausgewachsen. Den armenischen Forderungen nach Angliederung stellte Aserbaidshan Gewalt entgegen: das Pogrom am 27.-29. Februar 1988 war ein Akt der Barbarei bei dem 26 Armenier und zwei Aserbaidshanner sterben mußten.

Die Übergriffe – auch der wenige Tage zuvor erfolgte Tod zweier Aserbaidshanner in Berg-Karabach zählt dazu – lösten Fluchtwellen aus: Armenier nach Armenien, Aserbaidshanner nach Aserbaidshan. Hunderttausende waren unterwegs und suchten nach Halt und Schutz in Ländern, deren Regierungen zu keinerlei Handeln mehr fähig waren. Moskau war weit und kaum in der Lage, Unterstützung und Auswege zu bieten, wenn Gorbatschow auch politisch willig zu sein schien. Der auf ethnische Kriterien abzielende Impetus öffnete die Türen hin zu einem übersteigerten Nationalbewußtsein. Im Rückblick streicht die Volksfront den passiven – und damit impliziert friedfertigen – Charakter der Aserbaidshanner heraus.<sup>326</sup>

In dieser von ethnischen Spannungen und Gewalt geprägten Atmosphäre begann in Aserbaidshan ein kulturpolitischer Erneuerungsprozeß. Der „Klub der Wissenschaftler Bakus“ – symbolträchtig untergebracht am Rasulzade-Platz – war im Sommer 1988 eher ein politisches denn ein wissenschaftliches Refugium. Diesmal aber – sei es aufgerüttelt durch den armenischen Vorstoß auf Berg-Karabach, sei es durch die Politik Gorbatschows – ging man zur Tat über. Zumindest darf die 1988 ins Leben gerufene „Bürgerinitiative“ als ein realer Schritt gelten in einem Land, das über Jahrzehnte „Zivilgesellschaft“ und „Pluralismus“ als imperialistische Demagogie und Verblendung abgetan hatte.

---

<sup>326</sup> Balayev, Aydin: *Rules of Azerbaijan Popular Front Party 1988-1991*, S.8, in: [www.axcp.az/html/body\\_about.html](http://www.axcp.az/html/body_about.html) (Zugriff am 25. Februar 2002), des weiteren zitiert als: AXCP. Die Quelle weist eine Reihe von stilistischen und grammatikalischen Fehlern auf.

Dieser Initiativgruppe nun oblag die Gründung einer aserbajdschanischen Volksfront. Schon zu diesem Zeitpunkt forderte dieser informelle Kreis die staatliche Souveränität innerhalb des Verbundes der UdSSR.<sup>327</sup>

Gemeinsam mit der Gruppe *Varlıq* (Existenz), bündelte man die oppositionellen Kräfte und fand zu einem einheitlichen Vorgehen.<sup>328</sup> *Varlıq* selbst trat für die Einbeziehung des Volkes ein, wenn es darum ging, die stetig wachsenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Probleme zu lösen.<sup>329</sup>

Zu den bedeutendsten Personen dieser Gründungsphase gehörten Araz Əlizadə, Hikmət Hacızadə, Tofiq Qasimov, İsa Qəmbər und der spätere Gründer von *Azadlıq*, Nəcəf Nəcəfov.<sup>330</sup> Unmittelbares Nahziel war die Gründung einer Organisation. Die Formierung einer solchen politischen Gruppe war zu diesem Zeitpunkt illegal. Schon diesem scheinbar so simplen weil formalen Prozedere wohnte eine politische Sprengkraft inne, mußte doch die regierende Kommunistische Partei Aserbajdschans dies als einen Angriff auf ihre Alleinherrschaft verstehen.

Ohnehin war deren Akzeptanz in der Bevölkerung im Schwinden begriffen. Der Vorsitzende der KP-Az, Vəzirov, stand den ökonomischen Veränderungen im Land, dem Karabach-Problem und der politischen Opposition ohne Lösungen gegenüber. Als sich zwischen November und Dezember 1988 die politische Frustration in öffentlichen tage- und nächtelangen Massendemonstrationen äußerte, setzte die Regierung auf Repression und verhaftete am 5. Dezember etliche der Aktivisten. An den Protesten beteiligten sich auch andere Gruppen wie *Birlik* (Einheit) und *Dirçalış* (Auferstehung).<sup>331</sup> Auch hier traten vor allem Intellektuelle und Akademiker wie Bəxtiyar Vahabzadə und Sabır Rüstəmxanlı auf, die den Tausenden an ihren Lagerfeuern Mut machten.

Die Verhaftungen, die zum Teil monatelange Haftstrafen nach sich zogen, ohne daß es je einen Gerichtsbeschuß gegeben hätte, führten zu landesweitem Aufruhr. Am folgenden Tag, dem 6. Dezember 1989, waren allein in Baku weiterhin Tausende im Streik.<sup>332</sup>

---

<sup>327</sup> Ebd.:8.

<sup>328</sup> Ebd.:8.

<sup>329</sup> Vgl. Bakinskij Raboçij, 23. November 1988.

<sup>330</sup> Vgl. Swietochowski, Tadeusz: *Historical Dictionary of Azerbaijan*, 1999:101.

<sup>331</sup> Vgl. Leeuw, Charles van: *Azerbaijan, a quest for identity*, 2001:158f.

<sup>332</sup> Eine ausführliche Schilderung dieser Wochen bei: Altstadt, Audrey: 1992:201.

Aus Sicht der Kommunisten wuchs der Einfluß des politischen Gegners gefährlich, nutzte er doch diese Meetings zur Propagierung eigener Interessen und zur Rekrutierung Unzufriedener. Der Initiativgruppe und *Varliq* gelang es, innerhalb dreier Wochen (17. November – 05. Dezember) über 200 politische Zellen ins Leben zu rufen. Ziel – wie beschrieben – war die Gründung einer politischen Oppositionsfront. Selbstkritisch gestand die AXCP-Führung im Rückblick die mangelnde Vorbereitung ein.

„But it became clear that the largest part of the population could not understand completely the idea to set up APF [Azerbaijan Popular Front H.F.]. The reason for that was the chaotic nature of the mass movement. The movement was based on emotion and confined itself to the Karabakh problem.“<sup>333</sup>

Gleichzeitig mit der chaotischen Situation wurde die emotionale Seite der Bewegung angesprochen und damit – unbeabsichtigt sicherlich – einer der Gründe für die spätere Zersplitterung der Volksfront gelegt. Emotionalisierung war ein bedeutender Faktor für das Zustandekommen jener Bewegung, ist der Einzelne doch um so stärker bereit, Risiken einzugehen, je mehr er seine Persönlichkeit einbringt. Für eine verlässliche Strategie jedoch reichte der emotionale Bezug nicht aus.

Nach einer zweimonatigen Besinnungs- und Sammlungspause begannen *Varliq* und die Initiativgruppe eine neue Offensive, indem sie ein Koordinierungszentrum zur Bündelung der Volksfront-Gründung einsetzten. Diesem gehörten 10 Personen an, paritätisch auf beide Gruppen verteilt.

„The information centre was the only information source in the republic to provide the world with true information about the political events in Azerbaijan.“<sup>334</sup>

Auch wenn es noch Monate dauern sollte bis zur Gründungsversammlung: Die Volksfront stabilisierte ihre Position zusehends. Als am 16. Juli 1989 die *Azərbaycan Xalq Cəbhəsi* gegründet wurde, war dies eine deutliche Niederlage der kommunistischen Führung unter Vəzirov. Immer mehr zeichnete sich ab, daß es im politischen, wirtschaftlichen und interethnischen Durcheinander einen breiten Riß gab zwischen der Bevölkerung einerseits und der aserbaid-schanischen KP andererseits. Und damit einen Riß zwischen Mächtigen und Machtlosen.

---

<sup>333</sup> AXCP:8.

<sup>334</sup> Ebd.:8.

In völliger Mißachtung der Situation hatte Vəzirov diese Lage regelrecht provoziert. Indem er der Volksfront jegliche Möglichkeit der offiziellen Teilnahme am politischen Leben verbaute, förderte er deren Sympathiewerte. So verweigerte er im April 1989 einer Abordnung des Koordinierungs-Zentrums gegenüber die Registrierung; ja – Vəzirov sah diese als nicht notwendig für das politische Leben in Aserbaidshan an.<sup>335</sup> Er verweigerte jegliches Zugeständnis, auch nachdem über Wochen namhafte Intellektuelle wie Səmədoğlu, Rüstəmxaanlı und Şixli nicht nur das Volk aufgefordert hatten, sich hinter der Volksfront zu vereinigen, sondern dem Obersten Sowjet der Republik am 13. März eine Petition, mit der sie die politische Partizipation einforderten, überreicht hatten.

Selbst auf medialem Felde wurde heftig um die Gunst der „Massen“ gerungen. So versuchten sich die offiziellen Medien in der Diffamierung der Volksfront: mit gegenteiligem Erfolg. Ja, es sah so aus, als würde mit zunehmendem Druck auf die oppositionellen Aktivisten deren Popularität zunehmen. Noch bevor die Volksfront mit der Zeitung *Azadlıq* (Opposition) ihr eigenes Sprachrohr schuf, gab es illegal erstellte Informationsbroschüren.<sup>336</sup> Diese auf Russisch und Aserbaidshanisch erscheinenden AXC-Bulletins kursierten von Hand zu Hand und förderten den Bekanntheitsgrad der AXC. Die weiteren Monate waren von zwei miteinander verwobenen politischen Themen geprägt: Zum einen eskalierte der Konflikt um Berg-Karabach in zunehmendem Maße und zum anderen strebte die Volksfront weiterhin nach Teilhabe an der politischen Macht und nach offizieller Anerkennung. Die fehlenden Alternativen um eine Lösung des Karabach-Problems rückten die AXC immer stärker in eine politische Favoritenrolle. Umso mehr, als das armenische Karabach-Komitee<sup>337</sup> die aserbaidshanische Autorität über Berg-Karabach nicht mehr anerkennen wollte und die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetrepublik Aserbaidshan abbrach. In dieser von Emotionen aufgeladenen Atmosphäre sammelten sich in Baku Oppositionelle zum I. Kongreß der Volksfront. Die Charakterisierung der einzelnen Strömungen, die sich unter dem Namen AXC vereinten, ist unterschiedlich. So heißt es etwa bei Leeuw:

---

<sup>335</sup> Ebd.:8.

<sup>336</sup> *Müxalifət* war das Parteiorgan. Angegeben wird eine Auflagenstärke von ca. 50.000 Exemplaren. Mittlerweile hat die Zeitung *Azadlıq* die Rolle als Parteizeitung übernommen, während *Müxalifət* unabhängig erscheint. Vgl. Gaebel, Michael & Jürgensen, Carsten: 1996:143.

<sup>337</sup> Bei diesem Komitee handelte es sich um eine elfköpfige Gruppe unter Führung des späteren Präsidenten Ter Petrosjan, die 1988 gegründet wurde und auf breite Unterstützung bauen konnte. Das Komitee forderte die Angliederung Berg-Karabachs an Armenien.

“The Popular Front was a colourful coalition of a dozen different political tendencies, most of which were more or less centre-right in character.”<sup>338</sup>

In der Selbsteinschätzung sah sich die Volksfront als ein antikommunistisches und zweckorientiertes Bündnis, das einhellig den Machtwechsel anstrebte.<sup>339</sup> Neben der hohen Symbolwirkung, den der Kongreß auf die aserbaidshische Regierung wie auch auf die Bevölkerung ausübte, zählten vor allem die legislativen Organisationsstrukturen und das politische Programm zu den Resultaten des Kongresses.

Es wurde ein 15-köpfiges Präsidium (*Məclis*) eingesetzt, sowie ein Vorsitzender gewählt. Die Wahl fiel zugunsten Elçibəys aus, dem zu diesem Zeitpunkt unbestritten bekanntesten politischen Dissidenten. Mit der grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft, welche die AXC vor Augen hatte, begann sie beispielgebend mit einem neuen föderativen System. Dieses basierte dabei auf dem Prinzip territorialer bzw. betrieblicher Verbände, die eigenverantwortlich arbeiteten. Es sollte auf die gesamte Republik Aserbaidshen ausgedehnt werden und die staatlichen Sowjets durch einen Rat regional gewählte Volksvertreter ablösen. Dezentralisierung war demzufolge das von Perestroika und Glasnost gestützte Reformziel.

Der Präsident der Volksfront, Əbulfəz Elçibəy, kann hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus seiner Organisation kaum als Verwaltungsprofi bezeichnet werden. Weder aus der sowjetischen Nomenklatura stammend, noch politisch integer, arbeitete er als Akademiker am Lehrstuhl für Geschichte Asiens und Afrikas. Ohne Zweifel jedoch war er allein schon durch seine politische Vergangenheit für den Vorsitz prädestiniert. Auch wenn darüber nicht viel und vor allem nichts Detailliertes in Erfahrung zu bringen ist: Seine Haftstrafe, die er 1975/76 zu verbüßen hatte, schien ihn zur postsowjetischen Galionsfigur zu adeln. Spricht er von seiner Haft, so ist dies gleichfalls ein klares Bekenntnis, das sich auch im Programm der Volksfront widerspiegelte:

„Ich habe in den siebziger Jahren an die zwei Jahre wegen ‚Propaganda von Ideen, die die sowjetische Wirklichkeit verleumdend‘ gesessen. Ich war und bin Antikommunist und habe wirklich Propaganda für die Ideen der Unabhängigkeit und der nationalen Wiedergeburt gemacht.“<sup>340</sup>

---

<sup>338</sup> Leeuw, Charles van: 2001:158.

<sup>339</sup> In einem Gespräch mit führenden Parteifunktionären im Oktober 2000.

<sup>340</sup> *Moskau News*, Juli 1992:5. Interview mit Elçibəy. In Wirklichkeit waren es 18 Monate, die er in Haft verbrachte (Januar 1975 – Juli 1976).

Auch wenn der Kongreß den eigentlichen Startpunkt markierte, an dem die AXC mit ihrer landesweiten Arbeit begann, so brauchte es noch weitere Monate und nicht wenige Auseinandersetzungen mit der aserbaidischen Regierungselite, bis im Oktober 1989 die offizielle Registrierung durchgesetzt werden konnte. Wieder waren es Streiks, die ein Einlenken der Regierung erzwangen. Schon Anfang August erreichte die Volksfront-Bewegung einen neuen Höhepunkt. Ursächlich für die Kraft, mit der sich die Proteste entfalteten, war einmal mehr Berg-Karabach. Dort erklärten am 16. August „Bevollmächtigte“ die ehemals autonome Region zu einem souveränen – armenischen – Staat, nachdem sie zuvor den Anschluß an Armenien ausgerufen hatten. Zehntausende Flüchtlinge ergossen sich aus Berg-Karabach in die anderen Regionen, vornehmlich nach Baku.

Ein für zwei Tage angesetzter Streik weitete sich zu einem siebentägigen Generalstreik aus: Die aserbaidische Wirtschaft lag am Boden und mußte Hunderte Millionen Rubel Verluste verbuchen. Die Handlungsunfähigkeit der Regierung steigerte die Popularität der AXC nur noch mehr. Und das, obwohl die Volksfront zu dieser Zeit weder ein praktikables Rettungsprogramm anzubieten hatte, noch die Organisationsstrukturen für dessen Umsetzung.

„The general strike organized by APF was a vivid page in the history of APF and Azerbaijan National-Liberation Movement. At the same time the strike showed great authority of APF among the Azerbaijan people.“<sup>341</sup>

Vor diesem Hintergrund kamen Regierung und Volksfront zu ersten Gesprächen zusammen. Als Ergebnis gab Elçibəy die offizielle Teilnahme der AXC an einer außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets Aserbaidischs bekannt. Die Tagung selbst (15. 09.) gestaltete sich für die AXC zu einer medialen Glanzleistung. Die im Fernsehen vorgesehenen 15 Minuten Sendezeit wurden mit zwei Stunden weit überschritten. Das aserbaidische Volk wurde Zeuge nicht nur eines verbalen Schlagabtausches, sondern auch des kommunistischen Versuches, durch Geschäftsordnungstricks die eigentliche Diskussion über den zukünftigen Status Aserbaidischs zu kippen. Das Resultat jedoch durfte selbst verwegene Hoffnungen von Volksfront-Vertretern erfüllen. Die Forderungen nach ökonomischer Unabhängigkeit und Staatsbürgerschaft verband man mit der Aufforderung an Moskau, den armenischen Hoheitsanspruch auf Berg-Karabach zu verurteilen.

---

<sup>341</sup> AXCP:9.

Schon damit stellte man Moskaus Perestroika und Glasnost auf den Prüfstand. Aber erst das Gesetz über die „Souveränität der Aserbaidshanischen Republik“ sorgte für weitreichende internationale Aufmerksamkeit.<sup>342</sup> Am 5. Oktober war es dann endlich soweit: der Ministerrat Aserbaidshans gab die offizielle Registrierung der AXC bekannt.

“At that time APF was the strongest and largest political force in Azerbaijan. As a result arose dual power in the republic. APF leaned upon widespread support of the population of the republic.”<sup>343</sup>

Damit hatte sich die Volksfront das politische Mitspracherecht erkämpft und eines ihrer ersten Ziele erreicht. Jedoch reichten die Gemeinsamkeiten der einzelnen Fraktionen nicht aus, um die Spaltung im Sommer 1989 zu vermeiden. Als politisches Phänomen und Indiz für die Selbsteinschätzung der Volksfront zeugt die Tatsache, daß die AXC auf eine Zulassung als politische Partei verzichtete. Erst am 1. September 1995 ließ sich die AXC als Partei AXCP registrieren, zu einem Zeitpunkt, als sie in der Opposition schon viel von ihrer einstigen Stärke und Massenbasis verloren hatte.

---

<sup>342</sup> Ebd.:10. Das Gesetz wurde am 23. September angenommen.

<sup>343</sup> Ebd.:10.

### **AXC – Programm**

Zwei Reformbereiche traten im Programm der Volksfront in den Vordergrund:

- Nationale Fragen
- Wirtschaft

Auf diesen Gebieten galt es die Gesellschaft zu reformieren, um das Hauptziel zu erreichen: Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft.

„According to the Programme APF was a public organization to reform all fields of life. Creation of rightful state and civil society was the last aim of APF.“<sup>344</sup>

Das Recht der Nation auf Selbstbestimmung sowie die Gewährleistung elementarer Menschenrechte wurden ebenfalls im Programm festgehalten. Mit einer klaren Abgrenzung zum islamischen Fundamentalismus wurden Glaubens- und Religionsfreiheit gefordert.

„APF demanded to stop primitive and inconvenient accusation against the religion of million of people.“<sup>345</sup>

### **Nationale Fragen**

Dem Verbleib innerhalb der Sowjetunion kam – egal wie weit die Reformvorstellungen auch gingen – eine grundlegende Bedeutung zu. Erst wenn ein allsowjetischer Restaurationsprozeß scheiterte, sollte die Frage nach territorial-staatlicher Unabhängigkeit gestellt werden.

Ein Aspekt dominierte alle anderen Fragen: der Kampf um territoriale Integrität. Hierbei macht sich eine Dualität aus nach innen und nach außen Zielen bemerkbar. Unter den Begriff „Integrität“ wurde so einiges subsumiert: Sowohl territoriale Fragen wie der um Berg-Karabach fallen darunter als auch internationale Beziehungen. Wobei „internationale Beziehungen“ v.a. den Kontakt zu Iran und zur aserbaidischen Bevölkerung in Iran umschrieb.

Die nach innen gerichteten Forderungen: „equality of rights of all nations“ bezogen sich auf die in der multiethnischen Sowjetunion deutlich ausgeprägte Ethno-Hierarchie, nach der Russen dominierten und andere Ethnien je nach Charakteristika (Religion, Titularnation etc.) folgten.

---

<sup>344</sup> AXCP:9.

<sup>345</sup> Ebd.:8

Nach außen forderte man die Unverletzlichkeit territorialer Integrität.

„APF held Azerbaijan people as greater part of the population responsible for international relations and considered its main objective to ensure development of language, culture and tradition of the scanty peoples of Azerbaijan. APF strove to restore the integrity of the Azerbaijan living in Iran and the USSR and intended to take measures in that field (change of the frontier regime, creation of necessary conditions for crossing the Soviet-Iranian border).“<sup>346</sup>

Schlüsselworte wie Entwicklung der Sprache, Tradition, Kultur und Territorium markieren deutlich eine Vorstellung von Nation auf ethnisch-territorialer Basis. Nur so läßt sich auch der vehemente Kampf um Berg-Karabach erklären. Es geht neben dem Gebiet mit seinen Ressourcen immer auch um das Prinzip. Die Territorialisierung der Ethnie kommt hier wie kaum sonst zum tragen. Ausgedehnt wird das auf die Aserbaidshaner in Iran. Elçibəy selbst steht hier mit seinen Äußerungen keinesfalls alleine dar.

„Wir, das aserbaidshanische Volk, haben neben Berg-Karabach auch unsere anderen verlorenen Territorien zurückzugewinnen – ich meine damit all unsere Landesteile, die in anderen Regionen verblieben sind.“<sup>347</sup>

Verglichen mit späteren Statements Elçibəys zur Frage Südaserbaidshans, die ganze Bücher füllen, hält sich die AXCP auch heute noch bedeckt in ihren panaserbaidshanischen Ambitionen. Das liegt allerdings auch an der heterogenen Zusammensetzung der Volksfront. Nicht alle Gruppierungen waren und sind so deutlich vom Panaserbaidshanismus geprägt wie die Gefolgsleute Elçibəys.

### **Wirtschaft**

Die AXCP forderte die Herstellung der ökonomischen Unabhängigkeit Aserbaidshans. Damit widersprach die Volksfront jedoch teilweise ihren eigenen Positionen hinsichtlich des Verbleibs innerhalb der Sowjetunion. Zwar war der Prozeß steigender Einflußnahme der Regionen seit spätestens Anfang der 80er Jahre sichtbar, die völlige Übernahme der Kontrolle –noch wichtiger: der Distribution – stellte eine neue Qualität dar. Dies hätte im Gegenzug einen Machtverlust Moskaus in ungeahnter und damit inakzeptabler Höhe bedeutet. Eine Unterscheidung wurde getroffen hinsichtlich staatlichen Vermögens und Privateigentum.

---

<sup>346</sup> Ebd.:8.

<sup>347</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1997:323.

Während ersteres, explizit wurden Forstwirtschaft, Mineralquellen und Bodenrechte und Bodenschätze genannt, durch die Oberste Volksvertretung kontrolliert werden sollte, sollte letzteres unangetastet bestehen dürfen.<sup>348</sup> Gleichfalls sollten Korruption und Schattenwirtschaft bekämpft werden. Auf das Programm von *Varlıq* ging der ökologische Aspekt zurück. Zusammengenommen definierte das Programm die Wirtschaftsreform als eine Entwicklung zum ökonomischen Pluralismus.<sup>349</sup>

Die zwei Hauptpunkte des Volksfront-Programms waren sehr ambitioniert. Deren Umsetzung war jedoch von vielerlei Schwierigkeiten gekennzeichnet, die zum einen der konfliktbeladenen Transformationsphase selbst entwachsen, zum anderen aber an der mangelnden Kooperations- und Integrationsfähigkeit der Volksfront scheiterten. So blieben ethnische Minderheiten weiterhin von jeglicher politischer Partizipation ausgeschlossen: Lesgier, Taliş, Tataren, Kurden, Taten u.a. sahen in der national-aserbaidshischen Ausrichtung der AXC eine Gefahr. Der aserbaidshische Nationalismus der Anfangsjahre verstärkte die ethnische Ausgrenzung soweit, daß ein ethnischer Separatismus nicht unwahrscheinlich schien.

Das Programm der Volksfront blieb letztendlich im Detail unklar. Die Abspaltungen der Einzelparteien machen den Überblick nicht leichter, zumal es sich im wesentlichen um Parteien mit ähnlicher politischer Ausrichtung, meist nationaler bis nationalistischer Art handelte. Der Nukleus der Volksfront um Əbulfəz Əlçibəy stand für einen antikommunistischen, antirussischen Wandel, bei gleichzeitiger Einführung der Marktwirtschaft. Die Partei stand für eine national-aserbaidshische Ideologie mit deutlicher Türkeiorientierung und pan-aserbaidshischen Tendenzen

---

<sup>348</sup> AXCP:9.

<sup>349</sup> Ebd.:8.

## 2. DER GRIFF NACH DER MACHT

„All in all, from May 15, 1992, till June 17, 1993, democrats managed to pass at the Milli Madjlis 118 laws and 160 decisions. Thus, the legal basis of our independence was laid.“<sup>350</sup>

Der kommunistischen Regierung blieb nur noch wenig Zeit bis zu ihrem Untergang im August 1991.<sup>351</sup> Und die Ereignisse in Aserbaidshan, aber auch in Europa zeigten ihr, daß es vor diesem Untergang kaum ein Entrinnen gab. Umso mehr war KP-Chef Vəzirov jedes Mittel recht, sein politisches Überleben zu sichern: Politische Repression, Parteienverbot und Militäroperationen führten jedoch zum gegenteiligen Ergebnis – einem Machtwechsel.

Erzwungen durch innere wie äußere Faktoren war mit dem politischen Wechsel das Hauptziel der Volksfront erreicht. Nun zeigte sich, daß über den Systemwechsel hinaus ein gemeinsamer politische Nenner der oppositionellen Gruppen immer schwerer zu finden war. So stark die Volksfront-Bewegung zwischen 1989 und 1992 auch war: Sie krankte an sich selbst. Und zerfiel in divergierende Strömungen aus Ultrationalisten, Antikommunisten und Reformern. Ideologisch waren diese Gruppierungen und späteren Parteien nicht allzuweit voneinander entfernt. Gemeinsam predigten sie einen Nationalismus, der sich nur in der Ausrichtung unterschied. Favorisierten die einen – wie die Grauen Wölfe (*Boz Qurd*) – eher ein turkistisches Modell, stark angelehnt an die Türkei, so waren andere, wie die Elçibəy-Fraktion, überzeugte Panaserbaidshanisten.

So war die Volksfront oftmals mehr mit sich selbst beschäftigt, als mit der Umstrukturierung der Gesellschaft oder der Konfliktlösung in Berg-Karabach.

Die spätere Regierungszeit der „Rumpf“-Volksfront 1992-93 war gleichzeitig ihr politischer Zenit wie ihr gesamtgesellschaftliches Desaster. Kaum eines der drängenden Probleme in Aserbaidshan konnte gelöst werden: Das Land trug schwer am Krieg und an einer untergehenden Wirtschaft. Als am 26. Februar 1992 bewaffnete armenische Verbände angeblich 613 aserbaidshanische Zivilisten in dem Ort Xocalı ermordeten, war es auch um die ohnmächtige AXC-Regierung geschehen. Nichts konnte den Aserbaidshanern ihre politische wie staatliche Hilflosigkeit deutlicher vor Augen führen.

---

<sup>350</sup> Ebd.: 5.

<sup>351</sup> Zur Übergangsphase 1991-92: Musayev, Maksim Talib Oğlu: *Milli Şura parlamenti (yaradılması, fəaliyyəti, süqutu)*, 2001.

### 2.1. DER „SCHWARZE JANUAR“ UND DIE WENDEKOMMUNISTEN

Im Transformationsprozeß von 1989-1992 zeigen sich drei Phasen, die mit folgenden Ereignissen korrelierten:

1. Kommunistische Neufindung ..... aserbaidisch-armenische Unruhen
2. Kräftegleichgewicht ..... Ausbruch des Berg-Karabach-Konfliktes
3. Machtübernahme durch AXC ..... Kriegsausbruch

Mit ihrem Programm trat die AXC – ab Oktober 1989 auch offiziell – ein in den Kampf um die Macht in Aserbaidschan. Auch weiterhin gelang es ihr, die Bevölkerung zu politischen Aktionen zu mobilisieren. Jede politische Situation schien der Volksfront einen neuen Popularitätsschub zu garantieren. Etwa die „Vereinigungsfeiern“ am 31. Dezember 1989, als „ein Volk, das unter das Joch zweier Imperien geriet, sich an der Brücke *Xudaferin* versammelte, sich selbst anschaute und weinte“.<sup>352</sup>

Aber der Kampf um die Macht setzte auch innerhalb der Volksfront ein. Wie so oft in der Geschichte von politischen Sammlungsbewegungen, deren einigendes Ziel nur im Sturz eines *ancien régime* lag, war der Dissens über den einzuschlagenden Weg so groß, daß man sich damit ins politische Abseits manövrierte. Nicht selten entstanden in dieser Phase radikale politische Ausformungen, einzig darauf bedacht, Einflußsphären zu halten bzw. neue zu erschließen.

So auch in Aserbaidschan. Trotz des AXC-Programms und der Solidarität der Bevölkerung gab es unterschiedliche Ansätze: Sollte die Regierung des Kommunisten Vəzirov durch den Kampf auf der Straße zu Fall gebracht werden oder sollte der Machtwechsel durch demokratische Wahlen erfochten werden?

Die Volksfront begann ob dieser Frage zu bröckeln. Auch wenn auf einer außerordentlichen Tagung des AXC (6./7. Januar 1990) der gemäßigte Flügel vorerst die Kontrolle behielt und eine neue und liberale Führungsriege, u.a. mit Elçibəy und Samədoğlu, gewählt und damit der radikalen Fraktion eine Abfuhr erteilt wurde. Trotzdem waren erste Verluste zu beklagen: Leyla Yunusova und Zərduşt Əlizadə verließen die Volksfront und arbeiteten in der schon 1989 gegründeten Sozialdemokratischen Partei weiter.<sup>353</sup>

<sup>352</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1997:325. Der 31. Dezember ist seitdem der „Tag der Nationalen Solidarität“ in Aserbaidschan.

<sup>353</sup> Yunusova verließ im August 1991 auch die Sozialdemokratische Partei, zu deren Gründungsmitgliedern sie zählte.

Die Monate von November 1989 – Januar 1990 sind beispielhaft für die Handlungsunfähigkeit der nationalen Sammlungsbewegung AXC. Zu einem Zeitpunkt, der die gesammelte Kraft der Aserbaidsschaner, Regierung wie Opposition gleichermaßen, verlangt hätte, übten sich die politischen Gruppierungen in einer Nabelschau. Sicher, die um die Führung innerhalb der AXC rivalisierenden Flügel waren nur über eine Neubestimmung der weitergehenden politischen Ziele zu bändigen und zu einen. Daher kam die Notwendigkeit interner Grundsatzdebatten und Konferenzen. Nur wurde weder die Bewegung vor der Spaltung, noch der Staat vor seinem Zusammenbruch gerettet, geschweige denn die humanitäre Katastrophe um Berg-Karabach verhindert.<sup>354</sup>

Wie weit die Volksfront von den tatsächlichen Fähigkeiten zur Führung eines Landes entfernt war, zeigen die „Januar-Ereignisse“. Der „Schwarze Januar“ 1990 steht im Gedenken vieler Aserbaidsschaner als Mahnmal nationaler Selbstbestimmung. Seine Toten und Verletzten symbolisieren gleichzeitig auch die politische Ohnmacht der Moskauer Kommunisten.

Für die Aserbaidsschaner bedeutete dieses Ereignis eine Wende im Kampf für mehr nationale Freiheiten. Nur: welch konzeptloses Spiel führten die aserbaidsschanischen Oppositionellen in diesen Tagen. Es war eine Seite, die Massenbewegung in ihren Forderungen zu emotionalisieren; eine andere, diese Masse auch führen zu können.

Als am 13. Januar antiarmenische Pogrome losbrachen und drei Tage lang durch Baku wüteten, überraschte dies die AXC-Führung ebenso wie die Regierung selbst. Dabei stellten sie eine Art Antwort dar auf den von Moskau befohlenen Ausnahmezustand in Berg-Karabach und in anderen aserbaidsschanischen Gebieten. Ausnahmezustand und Ausgangssperren wurden als proarmenisch empfunden und dementsprechend wurde reagiert – gegen Armenier. Daß hinter den Entscheidungen nicht Armenien, sondern zuerst einmal der Oberste Sowjet der UdSSR stand, wurde offenbar ignoriert.

Zur Eindämmung der Gewalt verhandelten Moskauer Politiker wie Primakow mit dem radikalen AXC-Flügel. Die liberale Führung der AXC unter Elçibəy sah sich von den Gesprächen ausgeschlossen. Damit wurde einer bedeutenden Fraktion innerhalb der Opposition das Wort verweigert.<sup>355</sup>

---

<sup>354</sup> Vgl. AXC: 11.

<sup>355</sup> Ebd.:6.

Die AXC-Führung selbst forderte am 17. Januar die Einberufung einer Sonder-sitzung des aserbajdschanischen Obersten Sowjets. Zwei Punkte brauchten eine sofortige Lösung: der Moskauer Eingriff in die Rechte der Aserbajdschanischen SSR und die Entspannung der gefährlichen Lage in Aserbajdschan.

Erreicht wurde das Gegenteil. Demonstrationen vor der KP-Zentrale in Baku forderten den Rücktritt der Regierung. So wurde aus der Sicht der AXC die Hal-tung Moskaus und Gorbatschows zum eigentlichen Auslöser der Gewalt.

„The Kremlin decided to use armed forces to save the puppet government of Azerbaijan. M. S. Gorbachev signed a Decree to announce the state of emergency in Baku. That Decree was the formal reason for cruel action in Baku.“<sup>356</sup>

Moskau hatte Angst. Angst vor der nationalen Selbstbestimmung der Völker, die sich lange Jahrzehnte dem Diktat Moskaus zu beugen hatten. Das Signal, das Baku anderen sowjetischen Republiken und Regionen gab, galt es im Ansatz zu löschen. Über Nacht rollte schweres Gerät in Baku ein. Die „Rote Armee“ be-gann ihre blutige Arbeit: 131 Tote und 744 Schwerverletzte waren das Resultat am Abend des 20. Januars.<sup>357</sup> Ziel der Aktion war es überdies, die Strukturen der Volksfront zu zerstören. Etwa 200 Festnahmen von AXC-Aktivisten und das Verbot der Oppositionszeitung *Azadliq* sprechen dafür.<sup>358</sup> Für die kommenden Wochen arbeitete die AXC in der Illegalität.

Zur Beruhigung der Situation und Stabilisierung der Regierung wurde innerhalb der KP-Az kräftig umstrukturiert. Das Personalkarussell drehte sich. Vəzirov wurde mit einem Parteiausschluß als „Sündenbock in die Wüste geschickt“, 43 Gebietssekretäre ausgewechselt. Während viele Mitglieder aus Protest gegen die eigenen Regierungspolitik die Partei verließen, trat als neuer Parteisekretär Ayaz Mutəlibov in die Lücke und übernahm gleich noch den Vorsitz des Obersten Sowjets der SSR. Damit aber nicht genug, auch programmatisch bestimmte sich die KP-Az neu. Die Partei übernahm die durch die Volksfront so populär ge-wordenen nationalen Losungen. Auf ideologischem Gebiet machte die KP-Az eine erstaunliche Wandlung durch und griff mit Chuzpe Fragmente nationaler Identitätsbildung auf.

---

<sup>356</sup> Ebd.:6.

<sup>357</sup> Zahlen nach: Auch, Eva-Maria: 1994:12. Sie gibt an, daß es sich dabei um offizielle Angaben handelt. An anderer Stelle sind es 300 Ermordete, 350 verschollene Personen und über 600 Ver-letzte. Vgl. Yazdani, Ahmed O.: *Geteiltes Aserbajdschan. Blick auf ein bedrohtes Volk*, 1993:98.

<sup>358</sup> AXCP:6. Bei Auch, Eva-Maria sind es 43 Mitglieder.

Zum einen wurde die historische Kontinuität der nationalen Entwicklung hervorgehoben. Hierzu griff man auf vorchristliche Staaten wie Atropaten sowie auf kaukasisch Albanien (7./8. Jahrhundert) zurück. Ziel war es, das moderne Aserbaidtschan über ein historisch-gegebenes Existenzrecht mit einem territorialen Existenzrecht auszustatten. Der Kampf ums Territorium wurde aus einer geraden historischen Linie abgeleitet. Zum anderen unterzog man den „Sowjetismus“ einer kritischen Beurteilung. Nun gehörte auf einmal die Beseitigung der bürgerlichen Nationalregierung (1918-20), die zentralistische Grenzziehung 1923 und die proarmenische Politik zu den Vorwürfen der aserbaidtschanischen Kommunisten an Moskau. Die Zerstörung der nationalen Identität wurde beklagt, ebenso wie die Verhinderung der Einheit Aserbaidtschans oder die fehlende Wirtschaftsförderung.<sup>359</sup> Mit diesem „Kunstgriff“ hofften die Kommunisten, verlorenes Terrain gutzumachen, Machtpositionen gegenüber der Opposition zu behaupten und letzterer die ideologische Legitimation der Systemkritik zu entziehen. Ohne dabei jedoch die Verbindungen zur Moskauer Führung und zur KPdSU zu verlieren.

---

<sup>359</sup> Vgl. Auch, Eva-Maria: 1994:13.

## 2.2. ERSTE SIEGE: DER EINZUG INS PARLAMENT

Auch die Volksfront fand Zeit, ihre Strategie und Taktik zu überarbeiten. Ein politischer Aufruf von Künstlern und Intellektuellen am 28. April 1990 unterstützte die Politik der Volksfront. Die Stabilität der Republik sei nur in der Kooperation mit der AXC zu erreichen.<sup>360</sup>

Als im Herbst 1990 Neuwahlen anstanden, rangen im Vorfeld vor allem zwei Kontrahenten um Stimmen: die Kommunistische Partei (Kom-Block) und der Block Demokratisches Aserbajdschan (Dem-Block). Letzterer bildete den Schirm für ca. 50 politische Organisationen. Das Programm des Dem-Blockes war kurz und deutlich: Unabhängigkeit, Menschenrechte, Pluralismus.<sup>361</sup>

Wenn auch kein Machtwechsel zu erwarten war, die Wahlen brachten dem Dem-Block 31 Mandate und damit den Einzug in das Parlament. Das war nicht viel, verglichen mit den 360 vergebenen Mandaten, von denen zwei Drittel an Staats- und Parteifunktionäre gingen. Jedoch unter den gegebenen Umständen – eingeschränkte Pressefreiheit, TV-Spots wurden nicht gesendet etc. – war das Ergebnis beachtlich.

Die Volksfront konnte in das Parlament einziehen und dem Machtmonopol der Kommunisten stand erstmalig eine parlamentarische Opposition gegenüber. Sie erreichte damit nach außen hin ihre politische Mündigkeit, wenn ihr auch noch die Durchsetzungskraft fehlte. So konnte die AXC ein Referendum vom März 1991 über den Verbleib in der UdSSR nicht verhindern. Jedoch schon im Sommer 1991 sollten die Ereignisse das prosovjjetische Referendum zur Makulatur werden lassen, stand der Sommer doch deutlich unter einem nationalen und anti-sovjjetischen Stern, der mit der aserbajdschanischen Souveränitätserklärung im August 1991 seinem Höhepunkt entgegenstrebte.

Für wenige Monate hatte die demokratisch orientierte Opposition, trotz Meinungsverschiedenheiten und gespalten in zwei Fraktionen, hinter ihrem Vorsitzenden Elçibəy gestanden, bis die unterschiedlichen Gruppeninteressen auf dem I. Kongreß der AXC im Juli 1991 eine zentrifugale Kraft entwickelten, die die Volksfront auseinandertrieb. Liberale und radikale Kräfte gleichermaßen suchten die Oberhand innerhalb der AXC zu gewinnen; lähmten damit aber jegliche Aktionsfähigkeit. Man war so sehr mit sich selbst beschäftigt, daß der Zusammenbruch der UdSSR fast unbemerkt heranschlich und die Volksfront förmlich überraschte.

---

<sup>360</sup> Elm, 28. April 1990.

<sup>361</sup> Das Wahl-Manifest wurde abgedruckt in: *Azadlıq*, 13. Juli 1990.

E'tibar Məmmədov etwa, ein bekennender Radikaler, erklärte, daß er einen nationalen Diktator einem fremden Demokraten vorzöge.<sup>362</sup> Demgegenüber stellte Hacizadə fest:

“We can express the position of the democratic wing of APF so: to build rightful state through civil society. It is a long way. But is the only right way if we want to build the Democratic and Rightful State.”<sup>363</sup>

Mit der erneuten Wahl Elçibəys zum Vorsitzenden der Volksfront siegte einmal mehr der liberale Flügel. Jedoch wurde die gemeinsame Aktionsplattform, die sich auf den Machtwechsel, die Karabach-Frage und die Souveränität stützte, deutlich kleiner.

Die Auflösung der Kommunistischen Partei und damit das Ende der 70-jährigen Sowjetherrschaft in Aserbaidshan wurde durch ein anderes – externes – Ereignis heraufbeschworen. Der Moskauer Putsch vom August 1991 stürzte die Kommunisten in einen Abgrund, aus dem sie sich nicht mehr befreien konnten. Die KP-Az beschloß auf einem Sonderparteitag im August 1991 ihre Auflösung. Nur Tage später, am 30. August 1991, trat die Sowjetrepublik Aserbaidshan in die völlige Unabhängigkeit hinaus und erklärte sich zur souveränen Republik. Mutəlibov – plötzlich Parteivorsitzender ohne Partei – suchte seine Position durch eine Neuwahl zu sichern. Am 8. September 1991 ließ sich der kommunistische Regierungschef per Referendum zum Präsidenten der Republik wählen. Der einzige Gegenkandidat, Z. Əlizadə, zog seine Kandidatur vorher zurück. Obwohl weite Teile der Bevölkerung das Referendum boykottierten (laut AXC in der Umgebung von Baku bis zu 80 %), gehörte der Sieg Mutəlibov.<sup>364</sup>

Dessen Programm stand auf drei Säulen: Abkehr von der Planwirtschaft und Einführung der Marktwirtschaft, territoriale Integrität und Machtstabilisierung. Die Orientierung auf eine Marktwirtschaft untermauerte er mit deutlichen Reformen, von denen das Gesetz über das Eigentum (November 1991) die Grundlage für Privatbesitz darstellte. Im gleichen Zuge wurde mit der Entmonopolisierung der Wirtschaft begonnen. Es folgten eine Sozialgesetzgebung, Einführung von Mindestlöhnen und weitere Strukturmaßnahmen.<sup>365</sup>

---

<sup>362</sup> Vgl. AXCP:16.

<sup>363</sup> *Azadlıq*, 14. Juli, 1991, zitiert nach: AXCP:16.

<sup>364</sup> AXCP:16.

<sup>365</sup> Ausführlich bei: Auch, Eva-Maria: 1994:16.

Ein weiterer Punkt war das aserbajdschanische Bestehen auf territorialer Integrität. Indem Mutəlibov sein politisches Schicksal mit dem Erhalt Berg-Karabachs innerhalb Aserbajdschans verknüpfte, hing seine Zukunft an dem Territorialstreit. Nur ein Erfolg in dieser Frage konnte ihm die Präsidentschaft sichern. Obwohl der gesetzliche Rahmen für den Aufbau nationaler Streitkräfte geschaffen wurde und obwohl ca. 140.000 Wehrpflichtige unter Waffen standen, blieb der Konflikt nicht nur weiterhin ungelöst, sondern er verschärfte sich noch.

Neben dem Obersten Sowjet – dem alle Abgeordneten angehörten – schuf Mutəlibov einen Nationalen Rat (*Milli Şura*). In diesem waren paritätisch Parlamentarier sowohl des Kommunistischen als auch des Demokratischen Blockes vertreten. Dieses Gremium bestand aus 50 Vertretern und sollte bis zu den ersten ordentlichen Wahlen einer neuen Regierung interimistisch die Führung des Landes übernehmen.<sup>366</sup> In der oppositionellen Presse wurde dies als ein Sieg der Volksfront und als Ausdruck des in Aserbajdschan bestehenden Kräfteverhältnisses gefeiert.<sup>367</sup>

“After creation of the National Council, APF controls the legislative body. Representatives of APF are also in executive bodies of power. That’s why APF should have exact and perfect conceptions for all fields of national development. It demands to set up a special Brain Centre in APF. APF accomplished a historic mission with honour. If the National Regeneration Process at the beginning of the 20<sup>th</sup> century was connected with the Musavat Party then now this process was connected with the Azerbaijan Popular Front.”<sup>368</sup>

Die Selbstdarstellung der Volksfront, auch nach Jahren in der Opposition, scheint durchweg von dem Sendungsbewußtsein und vom Glauben an die frühere politische Unfehlbarkeit der AXC geprägt. Die Entwicklung 1992 schien der positiven Rezeption erst einmal recht zu geben. Nur damit läßt sich das fast völlige Fehlen kritischer Darstellung erklären. So äußerte sich im Jahr 2001 Əli Kərimov, Vorsitzender der AXCP und des Aserbajdschanischen Kongresses in einem Interview auf ähnliche Weise:

---

<sup>366</sup> Vgl. Gaebel, Michael Jürgensen, Carsten: Die politischen Parteien in Aserbajdschan, in: Auch, Eva-Maria: Lebens- und Konfliktraum Kaukasien, 1996:131. Die Sitzverteilung wird hier mit anderen Zahlen angegeben. Demnach waren es 450 Abgeordnete, von denen 40 von AXC-Vertretern besetzt wurden. Obwohl schon im Oktober durch den Obersten Sowjet gesetzlich verankert, nahm der Rat erst im Dezember seine Tätigkeit auf.

<sup>367</sup> Vgl. *Azadlıq*, 29. Nov. 1991.

<sup>368</sup> AXCP:21.

„During that time [gemeint ist die Regierungszeit der AXC von 1992-93, H.F.], significant reforms in political and economic areas took place. Important steps for strengthening Azerbaijan's independence were made, including the withdrawal of 75.000 Soviet troops. The Popular Front initiated the creation of Azerbaijan's armed forces, issued a national currency and created government institutions, which were necessary for the functioning of an independent state. Reforms in the area of politics included: laws on political parties and public organizations, provisions ensuring political pluralism and reforms for structuring an independent judiciary.“<sup>369</sup>

Hier zeigen sich Differenzen in der Wahrnehmung: So wurden die Grundlagen für die aserbaidischen Streitkräfte nicht durch die AXC, sondern schon vorher durch Mutəlibov geschaffen. Auch politische und wirtschaftliche Reformen gingen auf ihn zurück.

Erst einmal aber ging der politische Höhenflug der Volksfront weiter. Nicht weil die politische Überzeugungskraft der AXC dem Volk Hoffnung auf einen Neuanfang machte, sondern weil die Krise um Berg-Karabach auch der Regierung Mutəlibov den letzten Rückhalt entzog. Ohne militärische Erfolge in diesem für die aserbaidische Identität so hoch bewerteten Konflikt war sein politisches Überleben gezählt. Proteste in der Bevölkerung, gesteuert von der AXC, veranlaßten ihn am 6. März 1992 zum Rücktritt vom Präsidentenamt. Diesem 6. März ging der armenische Überfall auf das Dorf Xocalı voran. Hunderte Tote und Verletzte raubten der aserbaidischen Bevölkerung die letzte Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes. Waffen sollten erzwingen, was am Verhandlungstisch nicht zu erreichen schien. Dafür mußte die alte Regierung weichen.

„In Anbetracht der Dauer und Härte des aserbaidisch-armenischen Konfliktes, der wachsenden Verelendung, des Defizits an realer Demokratisierung, aber auch angesichts einer nur zögerlichen Öffnung Europas gegenüber dem ‚islamischen Aserbaidisch‘ im Zusammenhang mit einer einseitigen Parteinahme der westlichen Welt für Armenien erhielten Vertreter einer radikalen, d.h. militärischen Lösung des Karabach-Problems immer mehr Zulauf.“<sup>370</sup>

---

<sup>369</sup> Əli Kərimov, Caspian Crossroads, 5/4-2001, in: [www.usazerbajjancouncil.org/caspiancr.html](http://www.usazerbajjancouncil.org/caspiancr.html)

<sup>370</sup> Auch, Eva-Maria: 1994:18.

### 2.3. AUFBRUCH IN DIE DEMOKRATIE: DIE AXC-REGIERUNG

Die Präsidentschaft des autokratischen Ex-Kommunisten Mutəlibov, die psychischen Auswirkungen des Massakers von Xocalı und die Radikalisierung nationaler Forderungen gehörten zu dem übernommenen Erbe der Volksfront.

Ohne demokratische Legitimation konnte sie von einem Tag auf den anderen die Regierungsgeschäfte übernehmen. Der Oberste Sowjet übertrug Məmmədov, der dem radikalen AXC-Flügel angehörte, die Führung der Regierungsangelegenheiten, während Həsən Əziz Həsənov als Premierminister (1990-1992) mit der Neubildung der Regierung beauftragt wurde. Der von Mutəlibov geschaffene Nationale Rat trat nach dem Rücktritt des Präsidenten in die Verantwortung. Unter dessen Regie wurden Neuwahlen vorbereitet, um das Handlungsvermögen der Regierung wiederherzustellen.

Der Rücktritt Mutəlibovs beruhigte einerseits die Bevölkerung und verhinderte den Ausbruch eines inneraserbaidshanschen Konfliktes. Andererseits schwächte sein Schritt die postkommunistische Fraktion innerhalb des Obersten Sowjet und des Nationalrates. Die vom Nationalrat eingesetzte Wahlkommission bestand mehrheitlich aus Vertretern des oppositionellen Demokratischen Blocks, in dem die AXC tonangebend war. Diese nutzte – trotz Differenzen über den möglichen neuen Präsidentschaftskandidaten – ihre Majorität. Damit bahnte sich eine neue Etappe der Machtbeteiligung an.

Die scheinbare Linearität des politischen Wechsels wurde jedoch unterbrochen. Erneute armenische Angriffe am 7./8. Mai 1992 schreckten das Land auf und brachten Parlament und Nationalrat in Schieflage.<sup>371</sup> Die Fragilität des politischen Systems sowie der öffentlichen Stimmungslage geriet schon durch kleine Vorkommnisse schnell außer Kontrolle.

Der Angriff und die Einnahme der Stadt Şuşa am 7. und 8. Mai waren dabei alles andere als „klein“. Şuşa wurde gleichsam Identitätspfeiler im aserbaidshanschen Nationalgefüge und durch die Angriffe ideologisch weiter überhöht. Binnen zweier Monate stand Aserbaidshan erneut vor einem Bürgerkrieg. Im Parlament tobte die pro-Mutəlibov-Fraktion gegen die Volksfront-Minister und versuchte sich in der feindlichen Übernahme der Regierung. Politiker wie Elçibəy und Niyazi warnten vor ausländischen Komplotten gegen ein freies Aserbaidshan.

---

<sup>371</sup> Am 8. Mai 1992 sollte durch eine iranische Vermittlung in Teheran ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Armenien und Aserbaidshan unterzeichnet werden.

Die verbreitetste Variante war hierbei die iranisch-armenische Verschwörung, aber genauso gut gab es russisch-armenische oder russisch-iranische Verschwörungstheorien.

„Man wisse, daß Iran kein Interesse am Entstehen eines demokratischen Staates in seiner Nachbarschaft habe. Längst liefere Teheran Waffen an Armenien. Die Eskalation vergangener Wochen sei das Ergebnis geheimer Absprachen [...]“<sup>372</sup>

Der – erzwungene – Rücktritt Mutalibovs wurde kurzerhand für ungültig erklärt. Hierzu nutzte die kommunistische Fraktion einen Sitzungs-Boykott der Opposition. Wieder einmal war die Regierung handlungsunfähig. Unter Beifall erklärte Mutalibov er könne, um die nationale Sicherheit zu garantieren, auch eine Diktatur ausrufen. Immerhin ein Schritt in diese Richtung war das vom Parlament am 14. Mai ausgerufenen Kriegsrecht. Der Nationalrat wurde aufgelöst und die für Juni angesetzten freien Wahlen abgesagt.<sup>373</sup>

In den folgenden zwei Tagen kam es zu bewaffneten Massendemonstrationen. Aber nicht nur gegen die kommunistischen Putschisten sondern ebenso gegen die Volksfront. Die Aserbaidschaner waren über die politische Zukunft geteilter Ansicht: innerhalb der GUS oder als freier demokratischer Staat. İbrahim Niyazi, stellvertretender AXC-Vorsitzender gab sich optimistisch:

„Wir werden diese Putschisten zu Fall bringen. Aserbaidschan als demokratisches Land mit freien Wahlen wird Wirklichkeit werden. Die Weltöffentlichkeit muß Mutalibow stoppen, wenn sie kein zweites Iran will“<sup>374</sup>

Dem *coup d'état* aber, dem die Armee ihre Unterstützung verweigerte, verdankte die Volksfront-Mehrheit letztendlich ihren politischen Sieg und den letzten Schritt aufs Regierungspodest. Die AXC-Mitgliedschaft des Verteidigungsministers Gaziyev dürfte bei der Zurückhaltung der Armee ihre Bedeutung gehabt haben. Trotzdem war das entsprechende Parteibuch nicht ein universeller Rettungsanker, wie sich im Sommer 1993 zeigen sollte, als Präsident Elçibəy zum Rücktritt gezwungen wurde und die Truppen diesmal der Volksfront selbst ihre Unterstützung verweigerten.

Gezielt nahm die Opposition im Mai 1992 politische Reformen in Angriff. Und dies, obwohl sie sich – zwei Tage nach der Niederschlagung des Putsches – erneut armenischen Angriffen gegenüber sah.

---

<sup>372</sup> *Süddeutsche Zeitung*, 3. Juni 1992.

<sup>373</sup> Vgl. detaillierte Zwei-Tages-Chronik der Vorfälle in: *Azadlıq*, 14. Mai 1992:4.

<sup>374</sup> *Taz*, 16. Mai 1992.

Diesmal gelang es armenischen Truppen einen für die Versorgung von Berg-Karabach strategisch bedeutsamen Korridor vom eroberten Lacin (armenisch: Berdzor) zu öffnen.

Der Oberste Sowjet – bis dahin oberste Volksvertretung – wurde am 19. Mai mit der Übernahme der Entscheidungsgewalt durch den in Nationalversammlung (*Milli Mæclis*) umbenannten Nationalrat de facto entmachtet. Und dies, obwohl Tags zuvor İsa Qəmbər auf Druck der Bevölkerung und nach Massenprotesten gegen die militärische Unfähigkeit der Regierung zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets und damit zu einer Art Interimspräsident ernannt worden war. Dessen Wahl machte die Stärke der Volksfront deutlicher als jede militärische Operation: Qəmbər wurde mit 95 % der Stimmen (284 zu 14) gewählt.

Warum, so muß man fragen, erhält ein Aktivist der Volksfront eine rekordverdächtig hohe Zustimmung? Wo blieb die ex-kommunistische Gilde, die wenige Tage zuvor noch den Aufstand probte? Sie ging mit wehenden Fahnen zur Gegenseite über. Nicht ihre Geisteshaltung läßt sich daran ablesen, sondern einzig ihr Vermögen, sich machtpolitisch opportun zu verhalten. Diese eines Joseph Fouché (1759-1820) würdige Fahnenflucht war weder politisch noch dauerhaft, sondern einzig und allein von politischem Überlebenswillen diktiert.

Im „neu-alten“ Mini-Parlament blieb die Parität aus Ex-Kommunisten und Opposition von je 25 Mitgliedern erhalten. Die gemäßigten Volksfront-Mitglieder bestimmten hier den Ton und konnten durch ihre angemessenen Reformvorstellungen zumindest Teile der wirtschaftlichen und politischen Eliten hinter sich vereinen. Ein Aspekt, der gleichzeitig Befürworter einer militanten Karabach-Lösung als auch Radikalreformer im politischen Abseits hielt.

Ein gemäßigter Übergang in die Marktwirtschaft schien von der Elçibəy-Fraktion noch am ehesten zu erwarten, so daß sie – anfangs – auf einer recht breiten Basis aufbauen konnte. Mit der Veröffentlichung des „Gesetzes über politische Parteien“ vom 3. Juni 1992 wurde erstmalig auch in Aserbaidschan der formale Rahmen für den Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft vorgegeben.<sup>375</sup> Dieses Parteiengesetz behielt bis 1995 seine Gültigkeit, war jedoch in einigen Punkten mangelhaft. So bezog sich der Text unter anderem auf eine Verfassung, die durch Ausnahmezustände, Krieg, Regierungswechsel oder schlicht Verweigerung über Jahre – bis 1995 – nie Gültigkeit erlangen konnte.<sup>376</sup>

---

<sup>375</sup> Als Dekret des Präsidenten wurde es von Qəmbər unterzeichnet.

<sup>376</sup> Vgl. Gaebel Michael & Jürgensen, Carsten: 1996:133f.



Mit einem Kredit an Hoffnung versehen, versuchte sich Elçibəy an der Beseitigung des Reformstaus. Dem Präsidenten und der „de facto“-Regierung der AXC – zu Neuwahlen des Parlamentes sollte es vorerst nicht kommen – saßen nicht nur die ökonomischen und politischen Defizite im Nacken, sondern vor allem der Krieg um Berg-Karabach. Hier zeigte sich erneut eine vererbte Konzeptionslosigkeit, die zwischen Verhandlungsbereitschaft und kompromißlosem Kampf schwankte. Dabei isolierte sich die Regierung noch selbst, indem sie auf die Ratifizierung der GUS-Mitgliedschaft verzichtete. Anders als Armenien, das darüber hinaus auch dem kollektiven Sicherheitsvertrag beitrug und auf zusätzliche Unterstützung hoffen durfte, blieb Aserbaidschan nur die vage Hoffnung auf Hilfe aus der Türkei.<sup>379</sup>

„Zwischen Aserbaidschan und der Türkei bestehen besondere, verwandtschaftliche Beziehungen. Unsere Völker sind einander in der Sprache, der Kultur und der Mentalität nahe, und die Türkei wird natürlich in der Außenpolitik Aserbaidschans den Hauptplatz einnehmen. Mit Rußland werden wir Wirtschaftsbeziehungen unterhalten, sind aber gegen die Mitgliedschaft Aserbaidschans in der GUS. Unser Ziel ist ein souveränes, unabhängiges Aserbaidschan.“<sup>380</sup>

Die Hoffnung auf den türkischen Verbündeten waren auf Sand gebaut. Entgegen allen Beteuerungen hielt sich die Türkei mit mehr als verbaler Unterstützung zurück. Nicht nur deshalb galt dem Aufbau der aserbaidchanischen Armee oberste Priorität.

„From the very first day, all the potentials that the country possessed were directed towards the formation of the army. The occupation of the Azeri villages in Karabakh, the Khodjali genocide, the surrenders of Shusha and Lachin and the inability to protect the borderline district from Armenian aggression caused people to lose faith in their own strength.“<sup>381</sup>

In der Tat waren die aserbaidchanischen Truppen der von Iran und Rußland unterstützen armenischen Armee unterlegen. Umso beachtlicher die Bemühungen, eine reguläre Truppe aufzubauen.

---

<sup>379</sup> Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes wurde mit dem Sicherheitsvertrag (Mai 1992) eine mögliche Verteidigungslücke geschlossen. Diesem Vertrag traten neben Rußland nur die Staaten Kirgisien, Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan bei, später folgten Armenien, Georgien und Belarus. Auch Aserbaidschan war kurzzeitig Mitglied, wenn auch erst mit der Ära Əliyev. Mittlerweile gibt es weitere und teils regionale Verträge wie GUUAM (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldawien).

<sup>380</sup> *Moskau News*, Juli 1992:5.

<sup>381</sup> Əbulfəz Elçibəy: *Independence*, 1993:5. Dieses Manuskript wurde mir von Asim Mollazadə, Mitglied der AXCP, zugänglich gemacht. Nach seiner Auskunft wurde es bisher nicht veröffentlicht.

Erste Erfolge wie die Rückeroberung kleinerer Dörfer schienen der neuen Regierung Recht zu geben. Auch der Rückzug russischer Truppen vom aserbaidischen Territorium war ein wichtiger ideeller Erfolg. Eine Sicherheitsgarantie war dies jedoch nicht. Sowohl der äußere – armenische – Druck als auch die hohe Anzahl bewaffneter Banden schufen eine Atmosphäre latenter Gewaltbereitschaft. Die Erinnerungen an jene Tage der Gewalt greift noch Jahre später in die Realität über. In einem Gespräch mit Wählern während der Parlamentswahlen im Herbst 2000 gestand eine ältere Dame, sie sympathisiere zwar mit dem Reformflügel der AXCP, sei für mehr Demokratie und Rechtsstaat, hätte aber doch die Kommunisten (sie meinte die YAP!) gewählt. Diese hätten nach den Jahren der Gewalt (1992-93) auf den Straßen wieder für Ordnung und Sicherheit gesorgt.

Zu den dringlichsten Aufgaben, denen sich die Regierung stellte, gehörte der Übergang zur Marktwirtschaft, Demokratisierung und die Sicherung der Menschenrechte.

### **Wirtschaftspolitik**

*„Virtually all economic mechanisms were out of order. Corruption and plundering of the state property was everywhere. Food-stores were empty, resources of fuel were close to nothing. There were only USD 1.5 million and 10 million Russian rubles in the National Bank – and this was in a country with the population of seven million people. During the first four months of 1992, the industrial output dropped by 50 percent compared to the same period of 1991.“<sup>382</sup>*

Ziel war eine sozial gerechte und für die Bevölkerung verträgliche Marktwirtschaft. Damit stand die Regierung im Widerspruch zu ihren ursprünglichen Vorstellungen eines radikalen Wandels, der eine Verbindung von Privatisierung bei gleichzeitiger Schließung defizitärer Staatsbetriebe vorsah. Als die Mutalibov-Regierung wenige Monate früher eben dieses Programm in die Realität umzusetzen begann, sprach die AXC noch vom Ausverkauf Aserbaidschans und sah in der Privatisierung eine Gefahr für die Gesellschaft.<sup>383</sup>

Selbst an der Regierung, sah man nun in einem gemäßigten wirtschaftlichen Wandel den Schlüssel, das Land zu retten. Bereits angestoßene Wirtschaftsprojekte wurden gestoppt und auf einen moderaten Wandel hin ausgerichtet.

---

<sup>382</sup> Ebd.:10f.

<sup>383</sup> Vgl. Auch, Eva-Maria: 1994:20f.

Damit raubte die Regierung nicht nur bereits bestehenden Entwicklungen die Energie, sondern verunsicherte auch aktuelle wie potentielle Investoren. Immerhin erzielte die Regierung durch Kooperationsvereinbarungen mit westlichen Ölfirmen einen ersten Erfolg.

„Western companies started to evaluate Azerbaijan as a beneficial economic space. Preparations were under way for signing contracts with the major industrial companies like AMOCO, British Petroleum, Statoil and others on cooperation in oil extraction and its transportation to the Mediterranean Sea. [...] It would have placed Azerbaijan within the spheres of interest of the Western countries creating grounds for their real assistance to our country.“<sup>384</sup>

Schaut man sich in diesem Zusammenhang einmal die geplanten internationalen Wirtschaftsprojekte auf ihre Ausrichtung hin an, zeigt sich deutlich eine westliche Orientierung, bei der die Russische Föderation weitgehend ausgeschlossen werden sollte. Der Vertrag zur Erdölförderung zwischen Aserbaidshan und ausschließlich westlichen Firmen steht hier *pars pro toto*.<sup>385</sup> Ein Aspekt, der zwar den Willen der neuen Regierung nach Marktwirtschaft und Demokratie und die Hinwendung nach Europa ahnen, gleichzeitig aber auch einen eklatanten Mangel an Realitätssinn erkennen läßt und die Handschrift des rußlandfeindlich eingestellten Elçibəys trägt. Dessen fehlendes Feingefühl für einen Ausgleich der Kräfte, wie es Heydər Əliyev seit Jahren stilsicher zu praktizieren versteht, trug zur politischen und wirtschaftlichen Spannungslage bei.

Mit dem „Gesetz über die Privatisierung des staatlichen Eigentums“ vom 7. Januar 1993 und dem „Gesetz über die Privatisierung des Wohnungsbestandes“ vom 26. Januar 1993 wurde der juristische Rahmen für Investoren und für eine Privatisierung geschaffen.<sup>386</sup> Zur Realisierung der Vorgaben setzte die Regierung eine „Privatisierungsbehörde“ ein. Dieses Staatliche Vermögenskomitee (*Dövlət Əmlak Komitəsi*) sollte die Privatisierung in geordneten Bahnen ermöglichen, entwickelte sich jedoch zu ihrem größten Hindernis.

Anders als etwa die Treuhandanstalt der post-DDR, die durch eine festgesetzte zeitliche Limitierung und eine Art Gewinnbeteiligung an einer schnellen Umsetzung interessiert war, gab es in Aserbaidshan keine solche Zeitbeschränkung.

---

<sup>384</sup> Əbulfəz Elçibəy: 1993:5.

<sup>385</sup> Abgeschlossen wurde der Vertrag im September 1992 mit einem Volumen von ca. 10 Milliarden USD. Eine der ersten Handlungen Heydər Əliyevs nach der Machtübernahme 1993 war die Auflösung dieses Vertrages. Im Jahr 1994 kam dann ein als „Jahrhundertvertrag“ gefeierter Kontrakt zustande, diesmal mit Beteiligung russischer Firmen, vor allem LUKOIL.

<sup>386</sup> Eine Aufstellung amtlicher Dokumente und Gesetze bei: Hanke, Sabine: 1998:268f.

Eben deshalb war dieser Behörde, und selbstredend deren Mitarbeiter, kaum an selbstaufgelegter „Eigenabwicklung“ gelegen. Erst 1995 unter Heydər Əliyev wurde ein real existierendes Privatisierungsprogramm verabschiedet.

Die von der Volksfront-Regierung geplante Privatisierung hatte in ihrer kurzfristigen bis mittelbaren Zielsetzung eine Verschlechterung der sozialen Sicherungssysteme zur Folge. Arbeitslosigkeit, Lohneinbußen und Verlust des Sozialprestiges ließen die vormalige Begeisterung für die AXC daher schwinden.<sup>387</sup>

Andererseits etablierte sich eine „wissende“ Elite, die aus der Privatisierung ihren Nutzen zu ziehen verstand. Kombinatleiter, Nomenklatura oder Spekulanten griffen manipulativ ein und sicherten so ihre eigenen Positionen.<sup>388</sup>

Zwei Elemente sollten für die Privatisierung von Bedeutung sein: der öffentliche Verkauf und das Verschenken von Staatseigentum. Letzteres sollte über die Abgabe von Gutscheinen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes realisiert werden. Obwohl mit den „Investitionsschecks“ Investitionen in die ohnehin maroden Staatsbetriebe verhindert wurden, erfreuten sich diese einer hohen Beliebtheit.<sup>389</sup>

So populär und volksthunlich die Reformen auch angelegt gewesen sein mochten, der volkswirtschaftliche Dilettantismus der AXC unterstützte die politische Renaissance eines vormalig sowjetisch-kommunistischen Heydər Əliyev.

Der Selbsteinschätzung des Expräsidenten Elçibəy zur Rolle der AXC nach, hatte seine Regierungszeit deutliche wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen.

„[...] we had begun to create the country's gold reserve which, by June 1993 amounted to 1.5 tons of gold and other precious metals. Despite the huge military expenditures, by that time the currency reserves of the country grew by 100 times equalling USD 156 million, USD 40 million of which were created by the country's new hard currency. [...] The fall in industrial output were only 10% more than during the same period of the previous year, whereas in Russia it was 17%. The inflation rate in Azerbaijan was 1.200% compared to Russia's 2.700%.“<sup>390</sup>

Einerseits scheint es kein besonderes Verdienst zu sein, sich mit „nur“ 10% negativen Wirtschaftswachstums zu rühmen. Andererseits vermittelt ein genauer Blick auf die Zahlen einen anderen Eindruck:<sup>391</sup>

---

<sup>387</sup> Vgl. [www.kfw.de/DE/Service/OnlineBibl48/Entwicklun38/Aserbaidshchan\\_DE.pdf](http://www.kfw.de/DE/Service/OnlineBibl48/Entwicklun38/Aserbaidshchan_DE.pdf) (Zugriff am 30. Juli 2003). 1999 lagen die Löhne bei nur 64% des Niveaus von 1990, der offizielle Durchschnittslohn bei 45 USD, die Rente bei 17.

<sup>388</sup> Welcher Art die Strukturen solcher spontanen Privatisierungsfälle war, wird deutlich herausgearbeitet bei: Hanke, Sabine: *Aserbaidshchans Weg zur Marktwirtschaft*, 1997:175ff.

<sup>389</sup> Auch hier erfolgten die ersten wirklichen Schritte erst 1995/96. Ein weiterer Privatisierungsschub begann 2001. Vgl. Hanke, Sabine: 1998:192.

<sup>390</sup> Elçibəy, 1995:6.

<sup>391</sup> Zahlen aus: Hanke, Sabine: 1998:41.

	<b>Reales Wachstum BIP</b> (in %)	<b>Investitionstätigkeit</b> (gegenüber Vorjahr, in %)
<b>1990</b>	-	96
<b>1991</b>	-11,9	79
<b>1992</b>	-10,8	60
<b>1993</b>	-40,9	61
<b>1994</b>	-45,7	52 / 189 incl. ausländischer Investitionen

Aber erst mit Beginn der Əliyev-Ära wurden viele ökonomische Prozesse ins Rollen gebracht, die oftmals deutliche Einschnitte in das Sozialgefüge nach sich zogen. Auch Əliyev reklamiert den wirtschaftlichen Erfolg für sich.

„Here I carried out reforms in quite a short period of time. I returned the land to the villagers, for example. But when I was doing it, major countries like Russia and the Ukraine had not yet managed it. Why? Because here in Azerbaijan, the people trusted me.“<sup>392</sup>

Dabei ist zu beachten, daß die selektive Darstellung anhand ausgewählter Daten keine Auskunft über wirkliche Erfolge zuläßt. Zumal „nur“ 1.200 % Inflationsrate nicht wirklich erfolgreich sind.

Als Fazit läßt sich folgendes festhalten. Eine Vielzahl von Reformprojekten wurde durch die Regierung vorbereitet, zum Teil auch umgesetzt. Gleichzeitig wurde auf eine Reformkontinuität aus der Mutəlibov-Phase aus politischen Gründen verzichtet. Die einseitige Ausrichtung auf westliche Länder verhinderte einen Interessenausgleich der politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Der antirussische Kurs der AXC, der sich auf ökonomischem Gebiet in der Vertragsunterzeichnung mit westlichen Öl-Konsortien manifestierte, rief eine Koalition aus Postkommunisten und Russophilen auf den Plan.

Die sozialen Einschnitte, hervorgerufen durch den Übergang in die freie Marktwirtschaft und den ressourcenbindenden Konflikt um Berg-Karabach verschlechterten die Akzeptanz der AXC im Volk.

### **Demokratisierung und Parteienbildung**

Mit der Forderung nach mehr Demokratie trat die Volksfront als eine Sammlungsbewegung im Sommer 1988 gegen das Regime an. Ein politischer Pluralismus sollte die Ein-Parteien-Struktur der Sowjetzeit ablösen.

<sup>392</sup> *Azerbaijan International*, 9 (2001) 3. Interview mit Əliyev.

„Totalitarianism had collapsed, but after 70 years of the reign of only one ideology it was hard for democratic ideals to find their own place in the people’s mind.“<sup>393</sup>

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte 1992 ging es der AXC um nicht weniger als den Erhalt der Souveränität Aserbaidshans. In der von Mutəlibov angestrebten GUS-Mitgliedschaft sah Elçibəy eine von Rußland dominierte Militär-Struktur. Rußland soweit als möglich aus dem Land zu halten, schien daher von hoher Bedeutung. So wurden alle Schritte zum GUS-Beitritt vermieden. Die Verminderung des russischen Einflusses sollte eine politische Stabilisierungsphase einleiten. Durch demokratische Strukturen sollte ein wirtschaftliches Reformprogramm initiiert werden, das den Aufbau einer Zivilgesellschaft unterstützte.

Mit einem breitgefächerten Reformbündel strebte die Regierung nach einem Wandel, der die Gesetzgebung, das Bildungswesen, die Verfassung, Minderheitenrechte und die internationalen Beziehungen auf einen demokratischen und pluralistischen Weg bringen sollte. Allerdings gingen auch hier wie im wirtschaftlichen Bereich die Ansätze oft nicht über die formale Ebene hinaus und blieben noch vor ihrer Realisierung stecken.

Eines der ersten Projekte war die Verabschiedung eines Parteiengesetzes. Am 3. Juni 1992 vom Präsidenten per Dekret erlassen, sah es die generelle Gründung von Parteien vor. Hierzu gab es einige Einschränkungen, zu denen nicht nur das Verbot von ausländischen Parteiblegern zählte, sondern auch alle Aktivitäten verboten blieben, die die nationale Sicherheit beeinträchtigen oder ethnische, religiöse oder nationale Provokationen bedeuteten.<sup>394</sup>

In der Regierungszeit Elçibəys hatten 20 Parteien und mehr als 200 gesellschaftliche Organisationen ihre Zulassung erhalten und über 500 Publikationen wurden in dieser Zeit registriert.<sup>395</sup>

Bedeutendste der Parteien – obwohl offiziell nicht als solche zugelassen – war die AXC. Ihre Mitgliederzahl belief sich auf über 80.000 und war in der gesamten Republik Aserbaidshan, mit Ausnahme Berg-Karabachs, vertreten.<sup>396</sup>

---

<sup>393</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1993:7.

<sup>394</sup> Vgl. Vəliyev, İsmayıl & Hüseynov, Cavid: *Azərbaycanın Siyasi Partiyaları və İctimai Təşkilatları*, 1995; Gaebel, Michael & Jürgensen, Carsten: 1996:133f.

<sup>395</sup> Vgl. Elçibəy, Əbulfəz: 1993:7. Der Partei der Solidarität der aserbaidshanschen Völker (*Azərbaycan Halklarının Bərabərlik Partiyası*) wurde die Zulassung mit der Begründung militanten Separatismus’ im Oktober 1993 wieder entzogen. Bis Januar 1994 wurden 39 Parteien zugelassen.

<sup>396</sup> Vgl. Auch, Eva-Maria: 1994:19.

Der Diversifizierungsgrad der politischen Gruppen macht einerseits auf die hohe Dynamik der politische Bewußtseinsfindung aufmerksam. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß die Mehrheit der Organisationen und Parteien in ihrer Wirkung und ihrem öffentlichen Erscheinungsbild vernachlässigbar sind. Die entscheidenden politischen Gruppierungen Aserbaidshans gingen aus der Volksfront hervor:<sup>397</sup>

- Sozialdemokratische Partei Aserbaidshans (*Sosyal Demokrat Azərbaycan Partiyası*, SDAP)
- Aserbaidshanische Unabhängige Demokratische Partei, (*Azərbaycan Müstəqil Demokrat Partiyası*, AMDP)
- Nationale Unabhängigkeitspartei Aserbaidshans (*Azərbaycan Milli İstiqlal Partiyası*, AMİP)
- Demokratische Unabhängigkeitspartei Aserbaidshans (*Azərbaycan Demokrat İstiqlal Partiyası*, ADİP)
- Neue Gleichheitspartei (*Yeni Müsavat*, Müsavat)
- Grauer Wolf (*Boz Qurd*).

All diese aus der AXC hervorgegangenen Parteien hatten bzw. haben einen nationalen bis nationalistischen Anstrich gemeinsam. Ihre Positionen richteten sich an der territorialen und kollektiven Einheit Aserbaidshans vor allem in Bezug auf Berg-Karabach aus.

Während hier die Gruppen um Elçibəy oder die SDAP vergleichsweise kompromißbereit auftraten, stand mit Boz Qurd eine – später verbotene – Partei in ideologischer Nähe zu den türkischen Neofaschisten. Obwohl offiziell nicht mit diesen verbunden, fällt die ideologische Ausrichtung auf einen extremen Nationalismus auf, der sich auch in der Unterstützung antiarmenischer Pogrome äußerte.<sup>398</sup>

Von nachhaltiger Bedeutung im politischen Kanon der 90er Jahre stand neben der Volksfront-Partei die Müsavat-Partei. Mit einer Mitgliederzahl von etwa 6.000 vergleichsweise klein, trat die Partei das ideologische Erbe der Müsavat-Partei der Aserbaidshanischen Demokratischen Republik von 1918-20 an.

Politisch getrieben von Forderungen nach mehr Demokratie und einem Regierungswechsel, steht ihr Vorsitzender İsa Qəmbər in einem relativ engen Verhältnis zur AXCP. So äußerte sich Əbulfəz Elçibəy über die Kooperation mit der Müsavat und eine mögliche Präsidentschaft Qəmbərs positiv.

<sup>397</sup> Für deren Gründungsdaten: Vəliyev, İsmayıl & Hüseynov, Cavid: 1995, S.7-31.

<sup>398</sup> Vgl. Gaebel, Michael & Jürgensen, Carsten: 1996:133f.

„The coalition government that will be formed in the future, can solve the problems of nation. As there will be the interests of all forces, they will protect both the authority and the nation. [...] We try to establish a coalition government with the Musavat party. Because, these people have been our friends for a long time. And can make effective influence to governing this state.“<sup>399</sup>

Im Rückblick auf die Regierungszeit der Volksfront-Koalition zeigt sich, daß es sich bei der AXC nur noch um eine Rumpfpartei handelte. Besonders ins Auge fällt dabei die fehlende parlamentarische Legitimation der AXC zur Regierungsbildung. Auch wenn die Präsidentschaft Əbulfəz Elçibəys durch das Votum des Volkes zustande kam, konnte davon bei der Regierungsübernahme durch die AXC keine Rede sein. Einer der Grundsteine einer jeden Demokratie – freie und unabhängige Parlamentswahlen – wurde nicht gesetzt. Obwohl ein Wahlgesetz ausgearbeitet zur Verabschiedung dem Nationalen Rat vorlag, wurde die Entscheidung darüber von Monat zu Monat verschoben. Begründet wurde dies mit der Kriegssituation gegen Armenien. So kam es, daß erst 1995 ein Wahlgesetz eingeführt werden konnte.

Die Machtausübung ohne parlamentarisches Plazet stellte die AXC vor entsprechende Legitimationsprobleme. Zwar wurde durch die Einbeziehung von Koalitionspartnern versucht, eine breite Basis und Akzeptanz zu schaffen. Da dies jedoch nur partiell geschah, blieb die Regierungsverantwortung bei der AXC. Erschwerend kamen anhaltende Versäumnisse im Umbau des Regierungsapparates hinzu. Annähernd 90 Prozent der ursprünglichen Nomenklatura blieben im Amt, nur deren exponierteste Vertreter wurden ausgewechselt.

„In the newly formed Cabinet of Ministers and in the apparatus of the state, along with the representatives of the victorious political forces, there were a considerable number of specialists who were representatives of the old regime. Practically, the country was administered by a democratic coalition which consisted, along with the PFA and the Musavat members, of the representatives of the People's Liberation Party, Ana Vatan (Motherland) Party, People's Democratic Party, People's Solidarity Party, Farmers' Party and others. As a matter of fact, about 80-90% of the government employees remained in their positions.

Thus, having come to power, the PFA agreed to leave most of the economic levers in the hands of the old regime. No doubt, this was a risky thing to do. However, we did that for the sake of civil peace. Besides, there were no other specialists in the country then.“<sup>400</sup>

---

<sup>399</sup> *Azerbaijan National Democracy Foundation (ANDF)*, Interview mit Elçibəy, Baku 30. 10. 1998, S. 3, [www.eurasianet.org/departments/election/Azerbaijan/az1030.html](http://www.eurasianet.org/departments/election/Azerbaijan/az1030.html) (Zugriff am 18. Jan. 2003).

<sup>400</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1993:5. Die bei Elçibəy angedeutete politische Koalition findet sich nur bei ihm. Eva-Maria Auch (1993:21f) geht von dem Fehlen jeglicher Machtbeteiligung aus.

Das hier angesprochene Beharrungsvermögen von Exponenten abgelöster Systeme ist kein aserbajdschanisches Novum, sondern nicht selten ein integraler Bestandteil eines tiefgreifenden Systemwechsels. Die kurze Regierungsphase unter Elçibəy vermochte es daher auch nicht, die Verwaltungsstrukturen zu demokratisieren. Offen muß auch bleiben, ob dies überhaupt angestrebt wurde. Die Regierungsgeschäfte verblieben so nur allzu oft in den Händen des alten Regimes. Dieses Umstandes bediente sich Elçibəy nach dem Ende seiner Präsidentschaft als Erklärungsmodell für das politische Scheitern der Volksfront. Eine weitere beliebte Begründung war, daß eine Koalition aus reaktionären, sprich: kommunistischen, Kräften und ausländischen Interessen die „herorragenden Erfolge“ der AXC zum Einsturz gebracht hätten.

Die Darstellung der Erfolge erstreckte sich auch auf die Bereiche der Bildung, der Kultur und der Festigung der interethnischen Beziehungen in Aserbajdschan. Der letztere Punkt wurde jedoch, trotz eines Gesetzes zum Schutz von Minderheiten, zu einem weiteren Stolperstein für die Volksfront-Regierung und ihren Präsidenten Elçibəy. Der Nationalismus der AXC, ihre Orientierung auf das türkische Element als staatstragende Identifikationsebene verschreckte nicht nur die in Aserbajdschan heimischen Ethnien (Russen, Tat, Taliş, Kurden, Lesgier, Juden etc.) sondern weckte dort einen eigenen „Gegen“-nationalismus, der latent jederzeit abrufbar bleibt.

„Es besteht ein großes Risiko, dass alte ethnisch-territoriale Konflikte wieder auf-flammen (Südossetien, Berg-Karabach, Abchasien), ebenso aber auch, dass es zu neuen Konflikten kommt (Adschari, Meskhet-Javakheti, Nakhichevan, Lezghinerna usw.).“<sup>401</sup>

---

<sup>401</sup> Vgl. Gahrton, Per: Arbeitsdokument über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Beziehungen der Europäischen Union zu Transkaukasien. In: [www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20010326/433603DE.doc](http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20010326/433603DE.doc) (Zugriff am 31. Juli 2003).

#### 2.4. ASERBAIDSCHANISMUS ALS RETTUNGSANKER

Während der politische Überbau reformiert wurde, scheiterte die AXC-Regierung auf elementarster Ebene: bei der Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Aserbaidchaner.

Der wachsenden Ungeduld und Unzufriedenheit der Bevölkerung begegnete die Volksfront-Elite mit einem Nationalismus besonderer Art. Dieser pendelte zwischen einem Aserbaidchanismus, der besonders die aserbaidchanischen „Landsleute“ im Iran ansprechen sollte und einem auf die Türkei ausgerichteten Turkismus.

Auf vier Gebieten zeichneten sich schon kurz nach der Amtsübernahme im Sommer 1992 Handlungsdefizite der Regierung ab:

- Fehlende Konfliktlösungen um Berg-Karabach und den besetzten aserbaidchanischen Gebieten
- Konzeptionslosigkeit gegenüber den Flüchtlingsströmen (ca. 500.000)
- Wirtschaftliche Stagnation
- Politische Ausgrenzung ethnischer Minderheiten.

Mehr noch als auf demokratische Reformen blickte die Bevölkerung auf Lösungsansätze in den oben angeführten Bereichen. Hier zeigten sich die Regierung und der Präsident in einem Grade machtlos, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung stetig wachsen ließ.

Weder innenpolitisch noch außenpolitisch gelangten die AXC und Elçibəy zu programmatischem Handeln. Im Gegenteil: Anstelle einen Interessenausgleich der politischen Kräfte zu suchen, führte die präsidentiale Politik zu einer politischen Polarisierung. Während die Politik gegenüber Anrainerstaaten wie Iran und Rußland zusehends restriktiver wurde, war eine deutliche Annäherung an die Türkei festzustellen. Der Austritt aus der GUS (1992) etwa hatte sofortige Konsequenzen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet zur Folge. Rußland reagierte auf den aserbaidchanischen Austritt mit einer 65%igen Erhöhung der Importzölle. Der wichtigste Handelspartner für Aserbaidchan brach damit weg. Besonders russische Firmen verlagerten ihre Aktivitäten in andere Regionen. Rußland selbst sah in Aserbaidchan nicht nur einen Nachbarn, sondern definierte das Land als „Nahes Ausland“ und damit zu einem Land von besonderem strategischem Interesse.

Die von Elçibəy durchgesetzte Schließung russischer Militärbasen und der Rückzug russischer Truppen wurde zwar als ein großer politischer Erfolg der jungen souveränen Republik gefeiert, führte aber letztendlich nur zu einer Verlagerung der militärischen Verbände nach Armenien und Berg-Karabach und damit zu einem politischen wie militärischen Machtgefälle im Konflikt.

Iran spielte in den Vorstellungen der AXC und des Präsidenten ebenfalls die Rolle des *bad guy*. Zum einen durch die latente Unterstützung der armenischen Interessen in Berg-Karabach, die um so irritierender wirkten, als hier eine religiöse „Kreuzkoalition“ geschlossen wurde: christliche Armenier und schiitische Iraner gemeinsam gegen schiitische Aserbajdschaner. Zumindest hier zeigt sich, daß der Streit um Berg-Karabach nicht ein religiös motivierter Territorialkonflikt war. Die Analyse der politischen Ambitionen der Republik Aserbajdschan erhellen sich die Hintergründe der armenisch-iranischen Freundschaft. Die iranische Angst vor einer Nachahmung nordaserbajdschanischer Verhältnisse im eigenen Land und vor einem daraus resultierenden Separatismus ließ Iran sich gegen Aserbajdschan wenden. Eine schwache Republik – so die Kurzformel – konnte unmöglich die iranischen Aserbajdschaner begeistern. Die verbalen Angriffe Elçibəys gegen Iran unterstützen diese Politik noch:

„Heutzutage sieht Iran die größte Gefahr für sich in den vom Norden kommenden Ideen des Turkismus. Die antiaserbajdschanische Position verbindet das iranische Imperium mit dem russischen. [...] Die Demokratie wird das Imperium Iran vernichten. Dies eröffnet reale Perspektiven für die Unabhängigkeit und Einheit Aserbajdschans.“<sup>402</sup>

Aber nicht nur das: Bezeichnungen wie iranischer Chauvinismus, Rassismus und ethnische Unterdrückung sind nur Spitzen eines polemischen Eisberges. Immer wieder verkündete Elçibəy deutlich die Bedeutung der aserbajdschanischen Unabhängigkeit für die Befreiung Südaserbajdschans.

„Auch während der Volksfront-Regierung hatten wir mehrmals betont, daß Iran gegen einen unabhängigen Staat Aserbajdschan ist. Das offizielle Teheran kann nur dann ein Freund Aserbajdschans werden, wenn der Süden selbständig ist. Wenn 30 Millionen Südaserbajdschaner die Unabhängigkeit möchten und das offizielle Teheran sie unterdrückt, kann von Freundschaft keine Rede sein.“<sup>403</sup>

---

<sup>402</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1997:329.

<sup>403</sup> Ebd.:279.

Anders hingegen die Haltung zur Türkei. Die türkischen Ambitionen hinsichtlich des zentralasiatischen Raumes verbanden sich mit den antirussischen Positionen der neuen Regierungselite in Baku. In der Hinwendung zur Türkei versprach sich die AXC nicht nur wirtschaftliche Unterstützung, sondern sah darin auch ein Identifikationsmodell. Dieses sollte nach 70 Jahren Sowjetisierung das türkische Element stärken, ohne jedoch das aserbajdschanische zu vernachlässigen. Obwohl seit 1993 in der Opposition, sieht die Volksfront und ihr Vorsitzender Əli Kərimov in der Türkei noch immer den engsten Partner Aserbaidschans, der nur durch die aktuelle Regierung und deren Vetternwirtschaft und Korruption abgeschreckt worden sei. In allen Bereichen, Wirtschaft, Bildung, Sicherheit, Kultur etc. sieht Kərimov zukünftige Kooperationsfelder. Daß traditionell Rußland als der bedeutendere Handels- und Kooperationspartner ein viel stärkeres Gewicht besitzt, wird ebenso ignoriert, wie die Tatsache, daß die Türkei selbst von ihren anfangs euphorischen Zielen weitgehend abgerückt ist.<sup>404</sup> Der langjährige Botschafter Aserbaidschans im Iran, Nəsib Nəsibzadə, formulierte die Identitätssuche so:

„Die Aserbaidschaner haben zwar dieselben ethnischen Wurzeln wie die Türken in der Türkei, aber sie bildeten doch einen separaten Staat. Der Name für den Staat der aserbajdschanischen Türken ist die Republik Aserbaidschan. Selbst für die Interessen unseres türkischen Bruderstaates können die Interessen dieses Staates nicht geopfert werden.“<sup>405</sup>

Mit diesem Ansatz versuchte die Volksfront und versuchte Elçibəy in einem ideologischen Spagat Nationalismus, Islam und Demokratie zu vereinigen. Einige grundlegende Ansichten darüber präsentierte die aserbajdschanische Zeitung *Cümhuriyyət* 1995. Obwohl erst nach der Amtszeit Elçibəys veröffentlicht, kamen sie schon ab 1992 zum Tragen:

- Turkismus ist die Basis der türkischen Moral Aserbaidschans
- Turkismus und Demokratie bilden eine organische Einheit
- Turkismus und Islam sind Ausdruck der Integration gleicher Spiritualität und Moral
- Turkismus und Aserbaidschanismus stehen nicht gegeneinander, bilden aber eine dialektische und vollständige Einheit
- Turkismus ist kein extremer Nationalismus, ist aber Ausdruck und Bestätigung nationaler Selbstbehauptung
- Turkismus ist ein humanistisches System gegen Chauvinismus, Repression und Unterdrückung.<sup>406</sup>

---

<sup>404</sup> Vgl. *Caspian Crossroads*, 5 (2001) 4, Interview mit Əli Kərimov, dem Vorsitzenden der AXCP, in: [www.usazerbajjancouncil.org/caspiancr.html](http://www.usazerbajjancouncil.org/caspiancr.html) (Zugriff am 01. Juli 2003).

<sup>405</sup> *Yeni Müsavat*, 20. August 1992:2.

<sup>406</sup> Vgl. *Cümhuriyyət*, 5. Januar 1995:3.

Die Betonung des Türkischen kam nicht nur in zahlreichen bilateralen Verträgen zum Ausdruck, sondern zeigte sich, vielleicht am deutlichsten, im Umgang mit den ethnischen Minderheiten in Aserbaidschan. Zwar garantierte ein Dekret des Präsidenten vom September 1992 den Minderheiten weitgehenden Schutz. Aber wie so viele bedeutende Gesetzesvorhaben wurde auch dieses nicht umgesetzt. Die Türkisierung des aserbaidischen Staates mußte daher den ethnischen Minderheiten als eine latente Gefahr erscheinen, der mit einer Hinwendung zu verstärkter ethnischer Orientierung begegnet wurde. So verwundert es nicht, daß der politische Spielraum des Präsidenten wie der Regierung zunehmend enger wurde. Mit der Verlängerung des Ausnahmezustandes, der Verschiebung von Parlamentswahlen und zweifelhafter Personalpolitik suchte die Regierung sich zu retten.<sup>407</sup>

Durch einen als Staatsstreich bezeichneten Regierungswechsel im Juni 1993 wurde die Volksfront in die Opposition gedrängt.<sup>408</sup> Ohne auf die Einzelheiten dieses äußerst interessanten Regimewechsels einzugehen, fällt eine grundlegende Tendenz auf: Die Regierung scheiterte, wie ihre Vorgängerin, an Berg-Karabach. Ohne die Möglichkeiten internationaler Vermittlung ausgeschöpft zu haben, setzte die AXC und ihr Präsident auf eine rein militärische Lösung. Hier mußte die Regierung scheitern, da nicht nur die russisch-armenische Militärmacht dominierte, sondern auch der Aufbau einer aserbaidischen Armee nur in Ansätzen zu erkennen war.

„We had a big shortage of officers and military experts. Unfortunately, the number of the Armenian officers in the Soviet Army could not be compared with the number of the Azeri officers there. In my opinion, the main reason for our military failures was the fact that Russia had always regarded Armenia as its strategic ally in the Caucasus. That is why they never stopped supporting Armenia militarily, diplomatically and economically. Suffice it to say that even the Russian media admitted that 57% of the Armenian budget was funded by the Russian aid.“<sup>409</sup>

Die Qualität der Regierungsführung wurde durch die Bevölkerung, aber auch durch die Regierung selbst, an die Erfolge in Berg-Karabach gekoppelt. Der Vormarsch armenischer Truppen und die Eroberung des Lacin-Korridors sowie der aserbaidischen Stadt Kəlbəcər im Frühjahr 1993 wurden dann auch zum Waterloo Elçibəys.

---

<sup>407</sup> Elçibəy, Əbulfəz: 1993:12f.

<sup>408</sup> Detailliert geht Elçibəy (1993:12ff) auf die einzelnen Akteure und deren Interessen ein.

<sup>409</sup> ANDF:1.

### 3. NATIONALISMUS IN DER OPPOSITION: MONOLOG STATT DIALOG

“While this country is governed with the will of Haidar Aliyev, it has not any future. [...] The end of those, who formed dictatorship, will be finished with tragedy.”<sup>410</sup>

Der ehemalige Präsident Elçibəy scheint seine politische Niederlage nie verwunden zu haben. Prophetisch beschwor er das Scheitern seines Nachfolgers. In die Opposition gedrängt durch eigene politische Fehlentscheidungen und durch eine russophile Allianz unter Führung Heydər Əliyevs hielt die Volksfront an ihrer politischen national-aserbaidshani-schen Linie weiter fest. Beständig brachte Əbulfəz Elçibəy die Ablehnung der Regierung Əliyev zum Ausdruck. Der Boykott jeglicher Zusammenarbeit verbreiterte den Graben zwischen den politischen Lagern nicht nur, er verhinderte auch die Aufarbeitung der eigenen Verantwortung. Die Externalisierung des Scheiterns wurde so zum leichten Ausweg. Rußland und die internationalen Ölinteressen waren dabei nur zwei Gegner der Volksfront, Iran, Armenien und die inneraserbaidshani-sche kommunistische „Reaktion“ andere.

Zu eng verwoben war das Schicksal der politischen Akteure mit dem Konflikt um Berg-Karabach. Weder die politischen und wirtschaftlichen Reformen der Regierung Mutəlibov, noch die Anstrengungen der Volksfront-Regierung zur Stabilisierung des Landes waren von nachhaltiger Bedeutung auf der Waage der öffentlichen Meinung. Einzig die Erfolge bzw. Mißerfolge um Berg-Karabach dienten als Maßstab in Aserbaidshani. Da weder Mutəlibov, noch Elçibəy die Regierungsmacht zu nutzen wußten, um den kriegerischen Konflikt einzudämmen, mußten sie scheitern. Der Karabach-Konflikt war der Königsmacher, an dem sich messen lassen mußte, wer vor dem Volk bestehen wollte.

Die Machtübernahme durch Heydər Əliyev bedeutete 1993 nicht nur einen außenpolitischen Kurswechsel, sondern drängte die nationaldemokratischen Parteien wie AXCP, Məsəvat und AMİP ins politische Abseits.<sup>411</sup> Die Haltung der Parteien wiederum, die von Kooperation mit der Regierung bis zum Boykott des Parlaments und der Wahlen reichte, verbreiterte den Graben zwischen den politischen Lagern weiter.

---

<sup>410</sup> Elçibəy, Əbulfəz: Azerbaijan National Democracy Foundation (ANDF). Interview vom 30. Okt. 1998, vgl. [www.eurasianet.org/departments/election/Azerbaijan/az1030.html](http://www.eurasianet.org/departments/election/Azerbaijan/az1030.html) (Zugriff am 12. Dez. 2002).

<sup>411</sup> Eine trotz ihrer Kürze detaillierte Biographie Əliyevs findet sich bei Freitag-Wirringhaus, Rainer: Haidar Aliyev, Kurzbiographie, in: *Orient* 35 (1994) 1:5.

Der Ruf nach einem starken Mann, der Aserbaidshan retten konnte, wurde immer lauter. Und es gab diesen Mann: Heydər Əliyev trat 1993 an, **sein** Aserbaidshan erneut zu führen. Seit nunmehr zehn Jahren ist Aserbaidshan von seiner Politik geprägt. Nichts geht ohne ihn – seine Omnipräsenz ist beredtes Zeugnis seiner Machtfülle. Wenn auch nicht mehr sakrosankt gegenüber Kritik, scheint Präsident Əliyev der einzige Garant für Stabilität in Aserbaidshan. Die politische Opposition schwächelt, ist uneinig und neigt wenig zur Kooperation.

Unter diesen Prämissen und mit den bitteren Erfahrungen des Unabhängigkeitsprozesses ist die Bevölkerung weniger denn je für einen politischen Wechsel zu motivieren.

Drei politische Hauptgruppen lassen sich ab 1993 im Land ausmachen:<sup>412</sup>

- die Regierungspartei YAP und sympathisierende Gruppen
- oppositionelle Parteien (AXCP, Müsavat, AMİP, ...)
- personalisierte Parteien<sup>413</sup>.

---

<sup>412</sup> Vgl. [www.osce.org/odihr/documents/reports/election\\_reports/az/aze2000fin.pdf](http://www.osce.org/odihr/documents/reports/election_reports/az/aze2000fin.pdf) (Zugriff am 25. Febr. 2003). Hierbei handelt es sich um den Wahlreport der OSCE zu den Wahlen im Herbst 2000.

<sup>413</sup> Diese Parteien wurden wegen ihrer geringen politischen Bedeutung nicht in die Betrachtungen einbezogen.

### 3.1. DIE RÜCKKEHR DES STARKEN MANNES: ƏLIYEV UND DIE YAP

Still schien es um ihn geworden zu sein, als die Volksfront 1992 die Macht in Baku übernahm. Nur täuscht dieser Eindruck, bereitete Əliyev von Nachitschevan aus schon sein *comeback* vor. Woher kommt diese Stärke und Machtfülle, die Əliyev schon 1994 zu folgender Aussage verleitete?

„Sie glauben an mich. Oder noch genauer, sie glauben an mich auf religiöse Weise. Das ist ein verzweifelter, vielleicht schon der letzte Glaube an einen Politiker als Messias, an einen Politiker, der das gesamte Volk vom Unglück befreit.“<sup>414</sup>

Əliyev, der am 10. Mai 1923 in Nachitschevan geboren wurde, begann im sowjetischen System seine Karriere beim KGB. Nach Auslandsaufenthalten in Iran, Pakistan, Türkei und Afghanistan, übernahm er 1967 den Chefsessel des aserbaidischen KGB.

Als Əliyev 1969 zum Vorsitzenden der KP-Az ernannt wurde, begann eine politisch und ökonomisch erfolgreiche Phase in Aserbaidisch, die auch nach seinem Wechsel nach Moskau 1982 fortwirkte. Bis 1987, stieg er stetig in der Hierarchie auf und bekleidete hohe Ämter im Politbüro der KPdSU und im Obersten Sowjet der UdSSR. Mit politischer Raffinesse und ökonomischen und kulturpolitischen Erfolgen läßt sich seine nach wie vor ungebrochene Popularität unter der Mehrheit der Aserbaidischen erklären. Dabei gilt es zwei Quellen zu beachten, aus denen sich seine starke Position speist:

- die historischen Erfolge der 60-70er Jahre
- die aktuellen Erfolge durch sein Konzept des Interessenausgleiches.

Im ersten Bereich kann Əliyev nachweisbare Erfolge in der Umgestaltung des Machtapparates vorweisen, die sich zum einen aus der Bekämpfung von Korruption und Amtsmissbrauch herleiten lassen und zum anderen aus dem ökonomischen Aufschwung des Landes resultierten. Bei letzterem verließ sich Əliyev auf seine engen Beziehungen zu Breschnew, die ihm zumindest teilweise die notwendigen Investitionen sicherten.<sup>415</sup> Im zweiten Bereich geht Əliyev einen Weg des Interessenausgleiches und handelt damit im genauen Gegensatz zur Volksfront-Regierung.

---

<sup>414</sup> *Vek*, 28. Januar/3. Februar 1994, zitiert nach: Freitag-Wirringhaus, Rainer: 1994:5.

<sup>415</sup> Vgl. Willerton, John P.:1992; Hanke, Sabine: 1998.

Er ermöglichte dem Land und seinen Bewohnern nicht nur eine Kriegspause, sondern auch eine wirtschaftliche Stabilisierung.<sup>416</sup> Andererseits, so die Kritik der Opposition, entwickelte sich unter Əliyev ein Neo-Nepotismus.

In seine Heimat Nachitschevan kehrte Əliyev 1990, nach Zerwürfnissen mit Gorbatschow, nicht ohne Gefahr zurück.<sup>417</sup> Als gewählter Abgeordneter der Region vertrat er Nachitschevan, das formell eine autonome Republik innerhalb Aserbaidshans ist, im Obersten Sowjet Aserbaidshans und nahm so Einfluß auf Entscheidungen. Sowohl gegen Kommunisten als auch gegen die Volksfront hatte sich Əliyev durchzusetzen, ehe es ihm gelang, im September 1991 mit einigen Stimmen der AXC zum Parlamentspräsidenten Nachitschevans gewählt zu werden.<sup>418</sup> Von der Enklave zwischen Iran und Armenien, waren Aserbaidshan und Baku weit weg. Əliyev regierte Nachitschevan mehr oder minder autonom, bestimmte die Außenpolitik und erzielte – einmal mehr beweist er die Fähigkeit zum Interessenausgleich – wichtige Handelsabkommen mit der Türkei und Iran.

Mit der Wahl Elçibəys zum Präsidenten kam es in Aserbaidshan zu einem deutlich protürkischen Politikwechsel. Əliyev, der 1992 schon 69 Jahre alt war, konnte aufgrund der (später aufgehobenen) Altersbeschränkung (65) nicht für das Präsidentenamt kandidieren. Während die anfänglich hohe Popularität Elçibəys und der Volksfront mit der Eskalation um Berg-Karabach schwand, wuchs das Ansehen Əliyevs. In diesen Zeitraum, November 1992, fällt die Gründung der Neuen Aserbaidshanischen Partei, YAP. Nationalitätenübergreifend wirkte die Partei von Beginn an als ein Gegenpol zur Volksfront mit ihren turkistischen und panaserbaidshanischen Positionen.

So bestätigt die ethnische Verteilung des Vorstandes von YAP (Aserbaidshaner, ein Russe, ein Talysche und ein Lesgier) den politischen Anspruch der Partei. Gerade diesen Volksgruppen, die als Minderheiten in Aserbaidshan besonders um ihre soziale, kulturelle und politische Zukunft bangten, gab YAP, vorerst nur in Nachitschevan, ein Zuhause. Damit versicherte sich Əliyev gleichzeitig der politischen Loyalität der ethnischen Gruppen.

---

<sup>416</sup> Zu aktuellen Wirtschaftsdaten: [www.imf-az.org/pdf/pr/pr122397.pdf](http://www.imf-az.org/pdf/pr/pr122397.pdf) (Zugriff am 31. Juli 2003); Franke, Ursula, Länderberichte: Republik Aserbaidshan, LRP, Mai 2003, in: [www.lrp.de/m6\\_ausland/download/m612ase.pdf](http://www.lrp.de/m6_ausland/download/m612ase.pdf) (Zugriff am 31. Juli 2003).

<sup>417</sup> Der aserbaidshanische Ministerpräsident Mutəlibov hatte ihn vor einer Rückkehr nach Aserbaidshan ausdrücklich gewarnt, so daß er heimlich nach Nachitschevan reisen mußte.

<sup>418</sup> Vgl. Freitag-Wirminghaus, Rainer: 1994:9.

Am 15. Juni 1993 feierte Heydər Əliyev mit der Wahl zum Parlamentspräsidenten Aserbaidschans seine Rückkehr. Drei Tage später floh Əbulfəz Elçibəy aus Angst um sein Leben in seine Heimatregion, ebenfalls Nachitschevan. Was folgte war ein politisches Kabinetstück erster Güte: Die Abwesenheit des Staatspräsidenten machte es formal erforderlich, daß der Parlamentspräsident, also Əliyev, die Amtsgeschäfte des Staatspräsidenten zu übernehmen hatte. Da sich der Staatspräsident jedoch standhaft weigerte, nach Baku zurückzukehren, übergab die Nationalversammlung nach wenigen Tagen, am 24. Juni 1993, sämtliche präsidialen Vollmachten an Heydər Əliyev. Mit anderen Worten: Der legitime Staatspräsident Elçibəy war entmachtet.

Seine öffentliche Legitimation als Präsident holte sich Əliyev durch ein Referendum im August 1993 und durch schnell anberaumte Präsidentschaftswahlen im November, die mit „sozialistischen“ 98,8 Prozent der Wählerstimmen zum Erfolg für ihn wurden.<sup>419</sup> Sogleich ging Əliyev an die Restauration seiner Herrschaft. Entscheidungen der Volksfront, wie der Vertrag um das Kaspische Öl, wurden revidiert, der 1992 ausgesetzte Beitritt zur GUS dagegen zügig umgesetzt. Bedeutendstes Resultat des ersten Regierungsjahres war der Waffenstillstand mit Armenien 1994. Durch personelle Umgestaltungen seines unmittelbaren Präsidentenapparates festigte Əliyev seine Macht. Gleichzeitig trieb die neue Staatsgewalt die Opposition, vor allem aber die Volksfront, durch Repressalien wie Verhaftungen, Zeitungsverbote und die Besetzung der AXC-Zentrale weiter ins politische Abseits.<sup>420</sup> Nicht zufällig klagte die oppositionelle Zeitung *Müxalifət* in einem offenen Brief an Əliyev diesen als einen Feind der Rettung Aserbaidschans an.<sup>421</sup> Nach innen kompromißlos gegenüber der Opposition, verließ sich Əliyev in der Außenpolitik nicht nur auf die Türkei als Partner, sondern intensivierte die Beziehungen zu Rußland. Der erneute GUS-Beitritt öffnete den Kaukasus für Rußlands Interessen erneut die Türen. Gleichwohl nahm die aserbaidshanische Regierung damit einen Partner ins wankende aserbaidshanische Boot, der vor allem seinen eigenen wirtschaftlichen und militärstrategischen Erwägungen folgte und folgt.

---

<sup>419</sup> Vgl. Center for Strategic and International Studies (CSIS), Azerbaijan presidential election, in: [www.csis.org/ruseura/caucasus/pubs/cew\\_030605.pdf](http://www.csis.org/ruseura/caucasus/pubs/cew_030605.pdf) (Zugriff am 31. Juli 2003).

<sup>420</sup> Informationen von Human Rights Watch zufolge wurden 1993 mindestens 137 Oppositionelle verhaftet. Vgl. [www.hrw.org/reports/1994/WR94/Helsinki-02.htm](http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Helsinki-02.htm) (Zugriff am 18. Januar 2003).

<sup>421</sup> *Müxalifət*: 28. Oktober 1993:1.

Zwar gibt es nach wie vor keine russischen Militäreinrichtungen in Aserbaidschan, aber als bedeutendster Handelspartner ist die aserbaidische Wirtschaft abhängig vom Wohlwollen Moskaus. Umso mehr, als die mittlerweile im Bau befindliche Erdöl-Pipeline Baku-Ceyhan (Türkei) nicht über russisches Territorium laufen wird. Der Verlust dieser potentiell wichtigen Einkommensquelle veranlaßt Rußland zu einer härteren Gangart gegenüber Aserbaidschan.

Durch die Übernahme einer Überwachungsstation macht Moskau an anderer Stelle mit der Zahlung von 70 Millionen USD Aserbaidschan zu einer geostrategischen Abhöranlage. Aber nicht nur Rußland zahlt, auch die USA. Maßnahmen in der Grenzsicherung und „Terrorismusbekämpfung“ waren den USA 50 Mill. USD wert. Belohnt wurden sie dafür mit der Nutzung von Militäreinrichtungen.<sup>422</sup>

Eng verbunden mit dem Erfolg von Heydər Əliyev ist die Regierungspartei YAP. Laut ihrem Programm setzt sich die Partei ein für die nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität Aserbaidschans (Berg-Karabach), für Demokratie, Frieden und soziale Solidarität. Durch demokratische Reformen und den Aufbau einer stabilen Volkswirtschaft soll die Zukunft des Landes gesichert werden. Der Schutz der Rechte und der Freiheit des Individuums, unabhängig von Herkunft, Sprache, Nation oder Religion, wird dort explizit herausgestellt.<sup>423</sup>

Gegenwärtig verfügt YAP im Parlament über 72 von 113 Sitzen (62,3 %) und ist damit die mit Abstand stärkste politische Partei im Parlament. Die restlichen 41 Sitze verteilen sich auf sieben Parteien und 26 unabhängige Parlamentarier.<sup>424</sup> Begleitet wird die Regierungspartei von einer politischen Allianz. Hierzu gehören die Demokratische Allianz und der mit der Allianz verbundene Politische Beirat. Die Demokratische Allianz, eine Verbindung von ca. 75 Parteien und NGOs, gründete sich nach den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1998 als Gegenkraft zu den Oppositionsparteien. Ziel ist der Schutz der Interessen Aserbaidschans und die Abwehr schädlicher innerer und äußerer Kräfte.

---

<sup>422</sup> Vgl. *Spiegel-Jahrbuch*, in: [www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,AZE,00.html](http://www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,AZE,00.html) (Zugriff am 31. Juli 2003).

<sup>423</sup> Ausführlich im Programm der Partei: [www.yap.org.az/indexeng.htm](http://www.yap.org.az/indexeng.htm) (Zugriff am 15. Febr. 2003). Trotz des so demokratisch anmutenden Programms, scheiterte die Partei bei dem Versuch, Mitglied der *Sozialistischen Internationale* zu werden.

<sup>424</sup> Vgl. OSCE-Report vom 15. Januar 2001, S. 28.

### 3.2. DIE ANGST VOR EINEM RELIGIÖSEM FUNDAMENTALISMUS

Die Frage der Religionsausübung gehörte im atheistisch geprägten Sowjetland über Jahrzehnte zu den schwer zu lösenden Konflikten. Propagiert und durch massive Säuberungsaktionen unterstützt, gelang es zwar, den Einfluß der Religion, egal ob christlich oder muslimisch, zurückzudrängen. Vor allem Moscheen wurden beseitigt: entweder zerstört, entweiht oder zu säkularen Gebrauchsräumen (Lager, Werkstätten etc.) umfunktioniert. Die Religion zog sich über Jahrzehnte in den privaten Bereich zurück. Damit schwand das Wissen um die eigenen religiösen Wurzeln: Religion war nur mehr eine Form von Volkstum. Lediglich 4-6 % der muslimischen Bevölkerung praktizierte noch den Glauben.

Die Zahlenangaben zu Moscheen schwanken je nach Quelle erheblich. Im Jahr 1976 gab es lediglich 16 offiziell registrierte Moscheen und eine islamische Schule (*mədrəsə*), Ende der 80er Jahre wurden um die 200 Moscheen gezählt. Bis 2001 wuchs deren Zahl auf etwa 1.300, hinzu kommt mittlerweile eine Islamische Universität und eine theologische Fakultät (*ilahiyyat fakültəsi*).<sup>425</sup>

Umso erstaunlicher war der ab 1991 folgende Aufschwung. Von 1943 bis 1990 vertrat der „Geistliche Rat der Muslime Transkaukasiens“ die religiösen Interessen. Seit 1990, der Rat hatte sich in „Rat der Muslime des Kaukasus“ (*Qafqaz Müsəlmanları İdarəsi*, QMI) umbenannt, steigerte sich dessen Einfluß. Nach Trofimov hatte der Rat folgende Aufgaben: administrative kirchengeistliche Kontrolle, Mediation auf regionaler und lokaler Ebene, diplomatische Aktivitäten.<sup>426</sup> Der QMI nahm in den Folgejahren eine bedeutende Vermittlerrolle ein. Die Tatsache, daß Allahşukur Paşazadə als Şeyx ül-Islam alle politischen Wirren nicht nur überstand, sondern auch aktiv im politischen Leben Aserbaidschans mitspielte, weist auf die Anerkennung seiner Person sowie der von ihm vertretenen Organisation hin.<sup>427</sup>

---

<sup>425</sup> Vgl. Bennigsen, Alexandre & Wimbush, S. Enders: *Muslims of the Soviet Empire*, 1986:17; Motika, Raoul: *Islam in Post-Soviet Azerbaijan*, in: [www.ehess.fr/centres/ceifr/assr/N115/006.htm](http://www.ehess.fr/centres/ceifr/assr/N115/006.htm) (Zugriff am 23. Sept. 2002). Offiziellen sowjetischen Angaben nach, gab es 1988 468 Moscheen unter staatlicher Kontrolle. Führer islamischer Parteien sprechen von 280 aktiven Freitags-Moscheen. Die Gesamtzahl wird bei Trofimov mit über 4.000 angegeben. Vgl. Trofimov, Dmitri A.: *Islam in the Political Culture of the former Soviet Union: Central Asia and Azerbaijan*, in: *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, 93, (1995):47.

<sup>426</sup> Vgl. Ebd.:48.

<sup>427</sup> Paşazadə (geboren 1949), war seit 1975 im Geistlichen Rat der Muslime Kaukasiens tätig.

„On the whole both the BMC [Board of Moslems of the Caucasus, H.F.] and his chairmen play a rather prominent role in contemporary Azerbaijani political affairs. The degree of political independence, which Sheikh al-Islam enjoys is equal only to that of mufti of Kyrgyzstan, although his actual influence exceeds that of all his Central Asian colleagues combined. He is the only official religious leader of the FSU still in power for already 15 years. He managed to survive all the minor and major coup d'états in Baku partly owing to the fact that all those in power saw Sheikh al-Islam as the best mediating figure with both their predecessors and potential contenders. His former (early 1980-s) dependence on Aliyev gradually evolved into a mutually beneficial arrangement for both men.“<sup>428</sup>

Die islamische Bewegung manifestierte sich in den Jahren der Unabhängigkeit auf die verschiedenste Art und Weise. Politische Parteien entstanden (z. B. die Islamische Partei Aserbaidshans), eine Islamische Universität wurde in Baku gegründet und der Neubau vieler Moscheen deuten auf einen Bedeutungszuwachs des Islams hin. Dessen Einfluß wurde zeitweilig als so stark eingeschätzt, daß unter Əliyev ab 1996 ausländische religiöse Organisationen verboten wurden. Zur Umsetzung gehörte ein Bündel an Maßnahmen. Neben gesetzlichen Restriktionen und der Kontrolle ausländischer Aktivitäten im Land wird die Religionsausübung so gut es geht gesteuert. Dazu zählen die offizielle Übernahme religiöser Feiertage und die staatliche Organisation der Pilgerreisen nach Mekka. Durch eine Gesetzesänderung (1996) waren alle religiösen Organisationen zu einer erneuten Registrierung gezwungen. Durch weitere Einschränkungen in der Auslegung, was „traditionelle religiöse Gruppen“ seien, wurden viele Organisationen, christliche wie islamische und andere, zur Aufgabe ihrer Aktivitäten gezwungen.<sup>429</sup>

---

<sup>428</sup> Ebd.:49.

<sup>429</sup> Vgl. Motika, Raoul: Islam in Post-Soviet Azerbaijan, in: *Archives de Sciences Sociales des Religions*, 115 (2001) 3, S. 111-124. Vgl. [www.ehess.fr/centres/ceifr/assr/N115/006.htm](http://www.ehess.fr/centres/ceifr/assr/N115/006.htm)

### 3.3. DIE KOALITIONEN DER OPPOSITION

Die Zersplitterung der Volksfront zieht sich wie ein roter Faden durch die 90er Jahre. Immer wieder gab es Neugründungen aus der *Volksfront* heraus.

Der personelle Verlust, den die AXCP durch den Tod Elçibəys im Sommer 2000 zu verkraften hatte, setzte erneut Zentrifugalkräfte innerhalb der Partei in Bewegung. Als Ergebnis kam es zur Spaltung der AXCP in einen Reformflügel, geführt durch Əli Kərimov, und einen traditionellen Flügel unter Vorsitz von Mirmahud Fəttayev. Die Reform-Abspaltung – namensgleich mit dem anderen, konservativen AXCP-Flügel – richtet ihr Programm auf drei grundsätzliche Problemfelder in Aserbaidtschan aus: Brot – Karabach – Arbeit. Für die Parlamentswahlen im November 2000 war dieser Slogan den Verantwortlichen Programm genug.

#### Demokratischer Kongreß

In der kurzen Geschichte des unabhängigen Aserbaidtschan haben politische Koalitionen schon eine reiche Tradition. Eine der wichtigsten Koalitionen ist der seit 1994 aktive Demokratische Kongreß (*Demokratik Kongres, DK*). Der Zusammenschluß von gegenwärtig 10 politischen Parteien erfolgte mit dem Ziel, die Präsidentschaft Heydər Əliyevs zu beenden. Folgende Parteien gehörten am 23. März 1994 zu den Gründern des DK:<sup>430</sup>

- Müsavat
- AXCP
- Aserbaidtschanische Mutterlandspartei (*Azərbaycan Ana Torpaq Partiyası, AATP*)<sup>431</sup>
- Partei der Freiheit des Volkes (*Xalq Azadlıq Partiyası, XAP*)<sup>432</sup>
- Aserbaidtschanische Demokratische Partei (*Azərbaycan Demokratik Partiyası, ADP*)<sup>433</sup>

Weitere Parteien kamen in den Folgejahren hinzu:

- Partei der Landsleute (*Yurddaş Partiyası*)
- Ahrar Partiyası
- Aserbaidtschanische Partei Modernes Turan (*Azərbaycan Çağdaş Turan Partiyası*)
- Aserbaidtschanische Partei der Volksdemokratie (*Azərbaycan Xalq Demokratik Partiyası, AXDP*)
- Freiheitspartei (*Azadlıq Partiyası*)
- Aserbaidtschanische Demokratische Unabhängigkeitspartei (*Azərbaycan Demokratik İstiqlal Partiyası, ADİP*)
- Grüne Partei (*Yaşillər Partiyası*)

<sup>430</sup> Nach eigenen Rechenungen waren es fünf Gründungsparteien, anderen Quellen zufolge sechs. Vgl.: [www.europeanforum.bot-consult.se/cup/azerbaijan/parties.htm](http://www.europeanforum.bot-consult.se/cup/azerbaijan/parties.htm) (Zugriff am 10. Jan. 2003).

<sup>431</sup> Die AATP ging später in der Müsavat Partei auf.

<sup>432</sup> Die XAP teilte sich in zwei Flügel und wurde später aus dem DK ausgeschlossen.

<sup>433</sup> Ebenfalls ausgeschlossen wurde die ADP.

Schon kurz nach seiner Gründung mußte der DK die erste Niederlage hinnehmen. Bei der Parlamentswahl 1995 konnte lediglich die AXCP zwei Sitze im Parlament gewinnen. Damit zeigten sich nicht nur die Schwierigkeiten der Opposition, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu finden, es zeigte sich auch die Stärke der YAP-Regierung und des Präsidenten Əliyev. Die Politik des Interessenausgleiches, die Əliyev betrieb, hatte das Land stabilisiert und neben einem vorläufigen Waffenstillstand mit Armenien die ersten wirtschaftlichen Verbesserungen gebracht. Mehr als ein Jahr brauchte es, bis die Inflation zurückging. Der als „Jahrhundertvertrag“ bezeichnete Ölfördervertrag brachte dringend benötigte Investitionen und der 1993 noch drohende Bürgerkrieg war einer friedlicheren Atmosphäre in Baku gewichen. Die Bevölkerung honorierte die Veränderungen mit ihrem Votum.

Der Demokratische Kongreß war zu diesem Zeitpunkt, trotz der fehlenden parlamentarischen Möglichkeiten, der bedeutendste Zusammenschluß politischer Organisationen. Bis zu den Parlamentswahlen 2000 baute der DK seine politische Position gegenüber der Regierung und deren Koalitionen soweit aus, daß er seit den Parlamentswahlen im Herbst 2000 von 125 Sitzen im Parlament 10 hält.

“[...] although this may not be a large amount of seats for a normal democratic country, we consider our representation in parliament to be good, given the conditions in which these deputies were elected. Using the Azeri parliament as a base we are calling for serious reforms in Azerbaijan.”<sup>434</sup>

Innerhalb des DK übernahm 1995 die Volksfront die Führung. Für die im DK zusammengeschlossenen oppositionellen Parteien bedeutete der Tod Elçibəys eine Zäsur, die sich in der Spaltung des Blockes bemerkbar machte: Reformer standen auch hier gegen Radikale. Worin bestanden die ernsthaften Reformen, die vom DK angemahnt werden? Sie erschöpften sich vor allem in Rücktrittsforderungen an Heydər Əliyev, der – zumindest aus Sicht der AXCP – nicht frei gewählt worden war. In anderen Bereichen zeigten sich die internen politischen Differenzen zwischen den DK-Parteien. Während die Müsavat-Partei zu Gesprächen mit Staatspräsident Əliyev bereit war, um bestehende Probleme wie den Konflikt um Berg-Karabach oder wirtschaftliche Engpässe zu beheben, lehnte und lehnt die Volksfront jegliche Gespräche mit Əliyev ab.

---

<sup>434</sup> *Caspian Crossroads*, 5 (2001) 4: 2, Interview mit Əli Kərimov.

„One of the contest of Musavat’s policy is the creation of relations with Haidar Aliev. [...] Disregarding the fact that Isa Gambar does not recognize Haidar Aliev as a legitimate president he thinks it possible to begin talks with him as a real political force. [...] It is impossible to begin talks with Haidar Aliev. [...] There is no democracy in the country [...] We do not go for talks with him, for him being an illegal president. We can talk with Haidar Aliev only about his relinquishing the power.“<sup>435</sup>

Die AXCP setzte dezidiert auf einen Boykott jeglicher Zusammenarbeit. Dieser geht soweit, daß im Dezember 2002 von der OSCE organisierte Gespräche über eine Reform des Wahlgesetzes ohne die AXCP und ohne den DK stattfanden.

„It is regrettable that major opposition parties decided not to participate in the roundtable discussions, which were intended to produce concrete recommendations on the draft Election Code. [...] However, the opposition’s absence also shows a lack of confidence in the reform process which should be addressed by the authorities.“<sup>436</sup>

### **Bewegung für Demokratie**

Ein weitere oppositionelle Koalition, die Bewegung für Demokratie, wurde nach den Wahlen 1998 geboren und ist die Antwort auf den massiven Wahlbetrug, den die Opposition der Regierung vorwarf. Die 23 Mitglieder (Parteien und NGOs) erkennen weder die Ergebnisse der Wahl an, noch die Präsidentschaft Heydər Əliyevs. Dies ändert jedoch kaum etwas an seinem festen Stand im autokratischen Aserbaidshan.

„Er ist ein politisches Chamäleon. Zu jeder gegebenen Zeit war er die Person, die gebraucht wurde. Er konnte sich brillant an jede Forderung anpassen und sie erfolgreich bewältigen.“<sup>437</sup>

### **Unser Aserbaidshan**

Die neueste Entwicklung auf dem Markt der Koalitionen ist die von İsa Qəmbər initiierte Vereinigung Unser Aserbaidshan (*Bizim Azərbaycan*, BA). Diese vom Vorsitzenden der Məsavat Partei gegründete Organisation hat wie ihre Vorläufer ein Ziel: die Machtübernahme und den Sturz Əliyevs. Zwölf Parteien haben sich in der Koalition zusammengeschlossen und bilden einen Wahlblock, mit dem man die Phalanx der YAP-Funktionäre durchbrechen möchte.

---

<sup>435</sup> ANDF, 1998:1.

<sup>436</sup> OSCE-Press, 18. Dez. 2002, in: [www.osce.org/news/generate\\_pf.php3?news\\_id=2972](http://www.osce.org/news/generate_pf.php3?news_id=2972)

<sup>437</sup> Fuller, Elisabeth: Azerbaijan: Geidar Aliyev’s Political Comeback, in: RFERL Research Report, Vol. 2, No. 5, 29. Januar 1993, S.11, zitiert nach: Freitag-Wirminghaus, R., 1994:14.

Dabei krankt die BA-Koalition an genau denselben Symptomen wie ihre Schwestern: Weder konnten und können sich die Parteien auf einen von allen gemeinsam unterstützten Kandidaten einigen, noch bleiben die Koalitionen über längere Zeit in sich stabil. Abspaltungen und Eigenwege bzw. Kandidaturen zerstören das beständig propagierte Ziel eines Regierungswechsels.

So auch vor der Präsidentschaftswahl im Oktober 2003. Während sich Unser Aserbaidshan mit İsa Qəmər immerhin auf einen (vorerst) gemeinsamen Kandidaten einigen konnte, kämpft der DK darum, nicht noch weiter auseinander zu fallen. Schon 2000 hatte es nach dem Tode Elçibəys eine Spaltung gegeben, nachdem der eine Flügel von İsa Qəmər, der andere von Əli Kərimov geführt wurde. Letzterer war noch im Frühjahr 2003 in Grabenkämpfe verwickelt, als Mirmahud Fəttayev, der Vorsitzende des traditionellen AXCP-Flügels eine eigene Kandidatur zur Präsidentschaft anstrebte. Zumindest diese ist mittlerweile wieder obsolet und man scheint aus früheren Fehlern gelernt zu haben. Der Demokratische Kongreß hat nach Diskussionen entschieden, die Kandidatur Qəmərs zu unterstützen und auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten.

### ZUSAMMENFASSUNG

Woran nun scheiterten die Volksfront und ihre politischen Ableger?

Zum einen lassen sich dafür parteiexterne Gründe wie der Konflikt um Berg-Karabach, die Wirtschaftslage und Repressalien durch den Regierungsapparat finden, zum anderen gibt es parteiinterne Gründe, die mehrheitlich ideologisch bedingt sind. Dabei zeigen sich je nach Partei erhebliche Unterschiede. Während die Berührungängste von Parteien wie der Müsavat mit dem Präsidenten eher verhalten hervortreten, stehen Teile der AXCP in kompromißloser Ablehnung zu Əliyev und zur Regierung.

Die mittlerweile fast routinemäßig auftretenden Abspaltungen sind eine Reaktion auch auf die Unfähigkeit, innerhalb der Partei zu politischen Kompromissen zu gelangen. Der Tod Əliçibəys stürzte die AXCP in eine weitere Krise und in eine erneute Spaltung. Hier belauerten sich Realos und Fundis in einem Grade, der die AXCP in die Handlungsunfähigkeit führte. Umso erstaunlicher ist es daher, daß die AXCP von den wenigen oppositionellen Sitzen im Parlament noch am meisten gewinnen konnte. Die Selbstzerfleischung der Opposition macht auch vor den Koalitionen, Demokratischer Kongreß und Bewegung für Demokratie, nicht halt.

Die Regierungszeit der Volksfront war zu kurz, um Reformen nicht nur anzugehen, sondern auch umzusetzen. Kollabierende Wirtschaft, Flüchtlingsströme und eine innerparteiliche Konzeptlosigkeit brachten die Partei an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Der Krieg um Berg-Karabach verstärkte die im Land schwelenden Probleme. Die territoriale Fixierung der Partei forcierte die Konfliktlage weiter. Zur Lösung dieses Territorial-Konfliktes, der gleichzeitig zum Schlüssel für den Machterhalt wurde, setzte die AXCP auf einen aserbaidischen Nationalismus, der einerseits zwar Patriotismus förderte, andererseits aber jeglichen diplomatischen Weg verschloß. So bewegte sich die AXCP in einem *Circulus vitiosus*.

Auf äußerst interessante Weise zeigt sich auch hier das Wechselspiel von Peripherie und Zentrum. Im Moment zentralen Machtverlustes (Baku, AXCP) übernahm die Peripherie (Nachitschevan, YAP) die Führungsrolle. Der Machtwechsel 1993 trieb die national-aserbaidischen Parteien in die Opposition. Von dort aus kämpften sie für einen Regierungswechsel. In zunehmendem Maße auch mit panaserbaidischen Positionen.

Die Berichterstattung zu den Parlamentswahlen im November 2000 brachte während des Urnenganges am Wahltag ein Bild hervor, das nicht besser die Machtkonstellation in Aserbaidshan und die Machtfülle Heydər Əliyevs hätte dokumentieren können: Hinter einem eloquenten und energischen Əliyev, der den in- und ausländischen Journalisten seine Version von Demokratie in die Geräte diktierte, stand verloren und im medialen Abseits der Regierungschef des Landes: der YAP-Vorsitzende und Sohn des Präsidenten, İlham Əliyev. Niemand wollte Notiz vom ihm nehmen, keiner eine Frage an ihn richten. Alles konzentrierte sich auf Heydər Əliyev, der als Präsident mit seinen Kommentaren und Vorschlägen keinen Zweifel daran aufkommen läßt, wer der eigentliche Herr über Aserbaidshan ist, Parlamentswahlen hin oder her.

Drittes Kapitel  
PANASERBAIDSCHANISMUS IN REINFORM: BAB

„Wie lange noch werden deine Kinder fern der Heimat  
leben,  
Reiche die Hände, bereite den Aufstand vor, erwache!  
Erwache, oh Aserbaidshan!“<sup>438</sup>

Seit 1997 hat die panaserbaidshanische Opposition wieder einen Namen: Gesamtaserbaidshanische Union (*Bütöv Azərbaycan Birliyi*, BAB).

Zu ihrem Präsidenten wählten die Mitglieder den ehemaligen antisowjetischen Dissidenten, späteren Staatspräsidenten und Nationalisten Əbulfəz Elçibəy. Obwohl er nur wenige Monate später sterben sollte, zeichnete Elçibəy als geistiger Vater verantwortlich für die kompromißlose Ausrichtung der BAB auf ein territorial-fixiertes Programm. Darin wird ein Aserbaidshan angestrebt, das nicht nur die aserbaidshanischen Provinzen Irans einschließen soll, sondern ebenso Teile Iraks, Dagestans, Armeniens und natürlich Berg-Karabach.

Mitgetragen wird dieses Programm von Personen, die zu einem bedeutenden Teil aus den Reihen der früheren Volksfront-Regierung stammen. Diese war schon während ihrer Amtszeit 1992-93 deutlich von einem aserbaidshanischen Nationalismus geprägt. Einem Nationalismus, der sich auch im BAB-Programm wiederfindet.

BAB kann als politische Sammlungsbewegung gelten, deren Mitglieder sich der Idee einer aserbaidshanischen Vereinigung verpflichtet fühlen. Die personelle Zusammensetzung von BAB macht gleichfalls die politischen Leitlinien der national-aserbaidshanischen Parteien in Aserbaidshan deutlich. So steht die AXCP auch nach dem Ende der Regierungszeit weiterhin für einen auch Süd-aserbaidshan einschließenden Nationalismus.

Die YAP hingegen beschränkt sich mit ihren eher gemäßigten nationalen Forderungen auf die Republik Aserbaidshan.

Darf die BAB daher möglicherweise als verlängerter Arm der Volksfront-Partei gelten oder sogar als deren nationalistische Speerspitze? Liest man das Programm von BAB und vergleicht es mit Äußerungen des verstorbenen Präsidenten Elçibəy, besteht daran kein Zweifel. Trotzdem gibt es einige tiefgreifende Unterschiede.

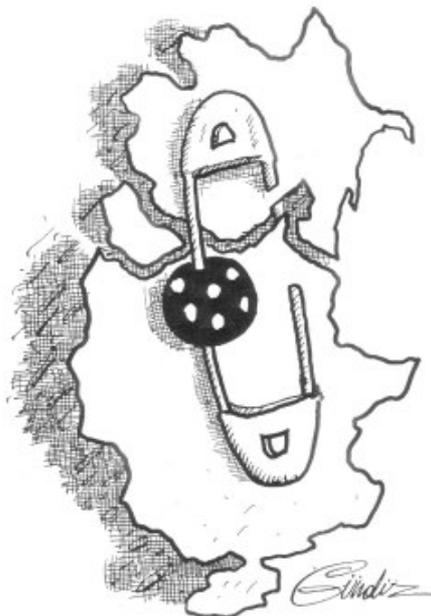
---

<sup>438</sup> Şəhriyar: Deine Heilung Aserbaidshan, in: Mietag, Esmail: 1998:45.

Diese liegen vor allem in den gegenwärtig unterschiedlich gesetzten Schwerpunkten. Während die AXCP in ihren Territorialforderungen auf Berg-Karabach und die Rückgabe der besetzten Gebiete fixiert ist, so BAB auf Süd-aserbaidshan. Auch wenn die Bedeutung Berg-Karabachs für die territoriale Integrität anerkannt wird und im Programm auch verschiedentlich auftaucht, ist bei Integrität vor allem die Aufhebung der Teilung Aserbaidshans gemeint.

Was die Gesamtaserbaidshanische Union heraushebt aus der Menge der Parteien, Splitterparteien und NGOs sind zwei Elemente, die im politischen Leben Aserbaidshans eher ungewöhnlich sind. Zum einen ist es deren verbriefte Programmatik. Wo andere Parteien sich mit Wahlplakaten ihrer Kandidaten begnügen, trumpft BAB nicht nur mit einem fast 70-seitigen Manifest auf, sondern auch mit einer multimedialen PC-Version, die nichts an Informationen, Videoausschnitten, Texten und Suchmitteln vermissen läßt. Für die Analyse der Rolle und Funktion der BAB in Aserbaidshan, deren Ziele und Mittel werden diese Materialien neben Interviews und Presseinformationen herangezogen.

Zum anderen ist die Union deutlich bemüht, sich in das internationale „Aserbaidshan-Netzwerk“ einzubringen. Eine enge Zusammenarbeit verbindet BAB mit Organisationen wie dem Aserbaidshanischen Weltkongreß (*Dünya Azərbaycan Konqresi*, DAK) und die Bewegung zum Erwachen Südaserbaidshans (*Güney Azərbaycan Milli Oyanıb Herekatı*, GAMOH). Kontakte zu iranischen Organisationen machen deutlich, daß hier das Feld für ein konzentriertes Zusammengehen bereitet wird.



Quelle: *Dünya Azərbaycan*, 1-2000.

## 1. AUßERPARLAMENTARISCHER NATIONALISMUS

„Wir fordern jeden zur Diskussion auf, dem das Schicksal unseres geteilten Aserbaidshans nicht unwichtig ist, und jeden, der den heiligen Kampf für die Einheit Aserbaidshans für eine Sache der Ehre hält.“<sup>439</sup>

In das politische „Niemandland“, das ab 1993 zwischen Regierungspartei und Opposition gähnte, wurde 1997 die Gesamtaserbaidshanische Union gestellt. Dort soll sie Positionen einnehmen, die die Parteien, vor allem die AXCP, ideologisch entlasten. Obwohl gegenwärtig nicht angestrebt, ist nach einer Übergangszeit auch die Entwicklung zu einer Partei Gesamtaserbaidshans möglich.<sup>440</sup> Die Gründung der Gesamtaserbaidshanischen Union fiel somit in einen Zeitraum, in dem sich Aserbaidshans auf den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 1998 hinbewegte und die national-aserbaidshanische Opposition mit Wahlkoalitionen versuchte, das Əliyev'sche Machtkartell zu brechen.

Hinter der neuen Organisation BAB steht die national-orientierte Opposition, vor allem die Volksfront und die Müsavat-Partei. Diese Parteien bilden im politischen System Aserbaidshans neben der Regierungspartei YAP die eigentlichen Schwergewichte.

Wie sehr die Politik und Ideologie der Volksfront auf den Panaserbaidshanischen Kurs ausgerichtet ist, bestätigt eine Meinungsumfrage der unabhängigen Tageszeitung *Zerkalo* (Spiegel) zum Thema: Vereinigung von Nord- und Südaserbaidshans.

„Diese Woche wurde die Frage gestellt, ob die Leser die Vereinigung von Nord- und Südaserbaidshans begrüßen oder nicht. [...] Es nahmen 2808 Personen teil, von denen 63% mit ‚Ja‘ und 5% mit ‚Nein‘ antworteten. [...] Die Ergebnisse zeigen, daß sich die Bevölkerung an das Vorhandensein der ‚südaserbaidshanischen Frage‘ nicht nur erinnert, sondern die jenseits des Arax lebenden ‚Iraner‘ für Landsleute hält. Vermutlich spielte bei der Meinungsumfrage auch eine Rolle, daß die Oppositionskräfte den Problemen der im Iran lebenden Aserbaidshaner in der letzten Zeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt haben.“<sup>441</sup>

---

<sup>439</sup> Bütöv Azərbaycan Birliyinin Məramnaməsi, Baku, 2001:5. Des weiteren zitiert als: BAB.

<sup>440</sup> So jedenfalls die verhaltene Auskunft einiger Funktionäre von BAB, während eines Gespräches im März 2001.

<sup>441</sup> *Zerkalo*, 30. Sept. 2000.

Einen Monat später griff die der Partei Mūsavat nahestehende Zeitung *Yeni Mūsavat* das Thema erneut auf. Aufhänger war die 4. Tagung des DAK in Straßburg.<sup>442</sup>

Im textuellen Rahmen der Zeitungen nahmen diese Umfragen einen scheinbar gewichtigen Platz ein. An sich sagt die Frage aber wenig über deren Bedeutung im gesellschaftlichen Leben aus. Erst innerhalb eines Fragenkomplexes wird der Stellenwert einer aserbaidshanischen Vereinigung sichtbar. Dabei ergibt sich mitunter ein differenzierteres Bild.

In einer von mir im März 2001 durchgeführten Umfrage wurde darum gebeten, zehn Themenbereiche ihrer Bedeutung nach zu ordnen.<sup>443</sup> Die Themen bezogen sich ausschließlich auf gesellschaftspolitisch relevante Bereiche wie Berg-Karabach, Reformen, Vereinigung etc. Entsprechend dieser Umfrage ergab sich im Mittel folgende Bedeutungszuordnung:

1. LÖSUNG DES KONFLIKTES UM BERG-KARABACH
2. GESUNDHEITS- UND ALTERSVORSORGE
3. POLITISCHE REFORMEN
4. FRIEDENSSICHERUNG
5. PRIVATISIERUNG
6. ÖFFENTLICHE SICHERHEIT
7. **VEREINIGUNG ASERBAIDSCHANS**
8. KLÄRUNG DES STATUS DES KASPISCHEN MEERES
9. UMWELTFRAGEN

Die Bedeutung einer aserbaidshanischen Vereinigung stand mit dem 7. Rang am unteren Ende des Bewertungssystems und gehörte deutlich nicht zu den am dringlichsten zu lösenden Problemen. Dagegen führten staatliche Friedenssicherung und politische wie wirtschaftliche Reformen das Feld an. Dabei zeigte sich jedoch eine Bedeutungsverschiebung je nach politischer Aktivität der Befragten: Je aktiver im politischen Leben, um so eher rückte die Frage einer aserbaidshanischen Vereinigung nach vorn.

---

<sup>442</sup> *Yeni Musawat*, 31. Okt. 2000.

<sup>443</sup> Befragt wurden 125 Personen.

Erweitert man jedoch die Umfrage um Aspekte aus dem Bereich privater Existenzsicherung (Sicherung des Arbeitsplatzes, Familie) rückt die Vereinigungsfrage noch mehr an den Rand des politischen Blickfeldes.

Zwischen den Parteien gibt es erhebliche Meinungsunterschiede hinsichtlich einer Vereinigung. Während die YAP einem Gesamtaserbaidshan ablehnend gegenübersteht, befürwortet die AXCP und deren Aktivisten nachhaltig eine panaserbaidshanschanische Entwicklung.

<b>Mübariz Gurbanlı, YAP</b>	<b>Cəmil Həsənli, AXCP</b>
<p>Ich unterstütze die Aufrufe zur Vereinigung von Nord- und Südaserbaidshan nicht. Bei der Durchführung von Meinungsumfragen darf man sich keinen Emotionen hingeben und zur Schaffung eines mythischen Staates aufrufen. In Aserbaidshan gibt es Leute, insbesondere in der Opposition, die fehlerhaft denken und zur Spaltung Irans aufrufen. In der Welt gibt es mehr als 40 Millionen Aserbaidshanschaner, die Mehrheit lebt in Iran. Sie sind iranische Staatsbürger und spielen eine wichtige Rolle bei der Bildung dieses Landes. Und heute bekleiden die Aserbaidshanschaner wichtige Positionen im iranischen Regierungssystem. Die Versuche der Spaltung Irans können für die Aserbaidshanschaner selber negative Folgen haben.</p> <p>M. Gurbanlı in: <i>Zerkalo</i>, 30. Sept. 2000. Gurbanlı ist stellv. Exekutivsekretär von YAP</p>	<p>Ein solches Ergebnis ist natürlich. Nach der Beendigung des Kalten Krieges redet man in der Welt immer häufiger von der Vereinigung geteilter Staaten. Als Beispiel dient die Vereinigung von Deutschland und die Lage in Korea. Diese Tendenz hat also einen internationalen Charakter. Außerdem muß unbedingt bemerkt werden, daß für Südaserbaidshan der Norden, der seine Unabhängigkeit bereits erobert hat, immer mit Freiheit assoziiert wird.</p> <p>C. Həsənli, in: <i>Zerkalo</i>, 30. September 2000. Həsənli ist Professor an der BDU und Parlamentsabgeordneter der AXCP.</p>

Die Aussage Həsənlis, Professor für Geschichte an der Staatlichen Universität Baku, Parlamentsabgeordneter und Vorstandsmitglied von BAB, ist um so höher zu bewerten, als er gleichzeitig auch Mitglied des Kərimov-Flügels der AXCP ist. Damit fungiert er als Bindeglied zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition. Er ordnet sich damit in eine Reihe weiterer politischer Aktivisten ein, die – oftmals mit akademischem Hintergrund – entweder direkt zur „alten“ Regierungsgarde um Elçibəy zählten, oder aus dessen Umfeld stammten. Das Namensverzeichnis des BAB-Vostandes liest sich dann auch wie ein *who's who* des aserbaidshanschanischen Nationalismus.

So spiegelt die folgende Kurzdarstellung des Vorstandes die Vernetzung von politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen trefflich wider.<sup>444</sup>

<i>Name</i>	<i>Funktion</i>	<i>Tätigkeit</i>	<i>Mitgliedschaften</i>
1. Almaz Məmmədova, 1948	-	Prof. für Philologie	AXCP
2. Arif Hacıyev, 1962	Stellv. Vorsitzender	Müsavat-Funktionär	Müsavat-Parteisekretär
3. Arif Rəhimoglu, 1955	Stellv. Vorsitzender	Dozent für Philologie	AXCP, AMDF <sup>445</sup>
4. Arzu Səmədbəyli, 1962	Stellv. Vorsitzender	-	AXCP
5. Aydın Kərimov, 1965	Berater	-	AXCP
6. Azər Fərruxi, 1958	Stellv. Vorsitzende	-	BAB-woman
7. Bəhram İsmayılov, 1969	Stellv. Vorsitzender	-	AXCP, BAB-youth
8. Cəmil Həsənli, 1952	-	Prof. für Geschichte	AXCP
9. Eldar Qaradağlı, -	Stellv. Vorsitzender	-	AXCP
10. Elçin Paşayev, 1965	Sekretär	-	AXCP
11. Əydər Tağızadə	Stellv. Vorsitzender	-	-
12. Güntay Qocabəyli, 1965	Stellv. Vorsitzender	-	-
13. Kamil V. Nərimanoğlu	-	Prof. für Philologie	ASV
14. Nəsim Nəsimli, 1956	Stellv. Vorsitzender	Prof. für Geschichte	Müsavat
15. Pənah Hüseynov, 1957	Stellv. Vorsitzender	-	AXCP
16. Şövkət Tağıyeva, 1948	-	Prof. für Geschichte	-
17. Vaqif Sultanlı, 1958	-	Prof. für Philologie	-

Schon auf den ersten Blick lassen sich zwei Aspekte festhalten.

### **Erstens**

Der Vorstand der Gesamtaserbaidchanischen Union setzt sich zum großen Teil (9 von 17) aus AXCP-Mitgliedern zusammen. Gemeinsam mit den beiden Müsavat-Angehörigen ist die Gruppe der Garant eines aus den Anfangszeiten der Volksfront herrührenden ideologischen aserbaidchanischen Nationalismus.

<sup>444</sup> Persönliche Daten, Parteizugehörigkeit, Funktionen innerhalb der BAB soweit feststellbar durch eigene Recherche sowie aus: BAB, 2001:2; BAB-MediaCD. Eine „Leerstelle“ bei Funktion, Tätigkeit, Mitgliedschaft weist darauf hin, daß keine genauen Informationen vorlagen.

<sup>445</sup> Aserbaidchanischer Nationaler Demokratiefond (*Azərbaycan Milli Demokratiya Fondu*, AMDF)

### Zweitens

Die professorale bzw. akademische Gruppe ist vergleichsweise stark vertreten. Sieben der Mitglieder im Vorstand sind Universitätsangehörige. Von diesen wiederum gehören zumindest folgende vier zu den Gründungsmitgliedern der AXC: Almaz Məmmədova, Arif Rəhimoglu, Cəmil Həsənli und Pənah Hüseynov. Jede dieser Personen ist ausgewiesen als Historiker, bei dreien liegt der Schwerpunkt auf der Geschichte, Sprache und Kultur Aserbaidshans.<sup>446</sup>

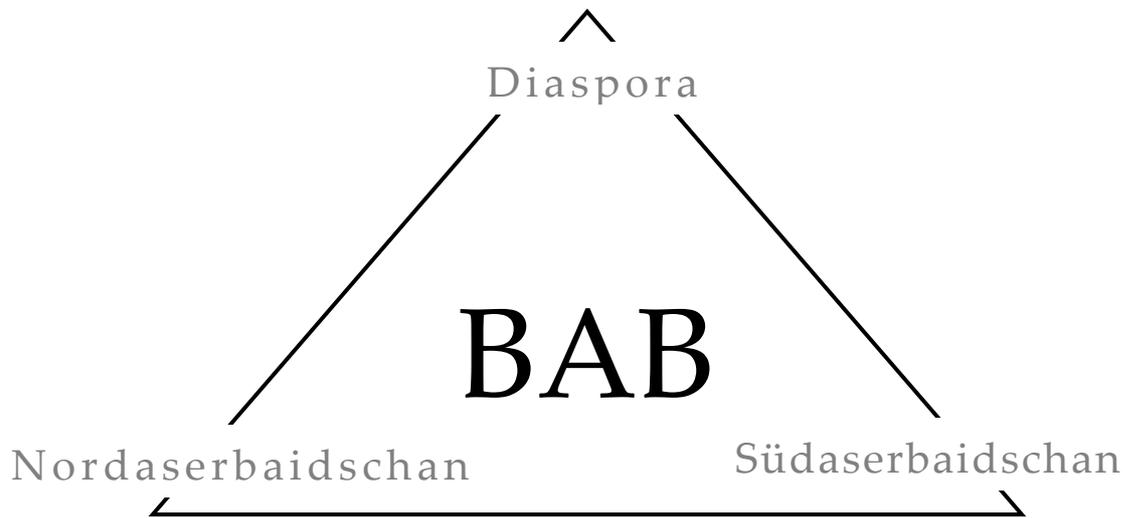
Mit einem Blick auf die Entstehungsgeschichte der nationalen Bewegung im Jahr 1988 wird deren Engagement verständlich. Die Initiatoren der aserbaidshanischen Reformbewegung entstammen dem „Klub der Wissenschaftler“ und damit einem Kreis von Wissenschaftlern und Intellektuellen, die schon Ende der 80er Jahre auf gesellschaftliche Veränderungen drängten. Von dort heraus entwickelte die Reformbewegung ihre ersten organisierten Strukturen und veränderte ihren Charakter hin zu einer nationalen Bewegung für ein eigenständiges Aserbaidshans.

Wenn überhaupt historische Kontinuitäten sichtbar und nicht etwa ideologisch konstruiert werden, dann an diesem Punkt: Mitte des 19. Jahrhunderts waren es vor allem Intellektuelle wie Ahundzadə, die ein aserbaidshanisches Selbstverständnis förderten; es waren ein Jahrhundert später wiederum Intellektuelle, die vom geteilten Aserbaidshans sprachen und schrieben und die das Aserbaidshanische zu stärken suchten. Als ab 1985 durch Glasnost und Perestroika ein gesellschaftlicher Umbruch anstand: zählten erneut Intellektuelle zu den ersten Aktivisten. Zusammengedrängt auf wenige Wochen im Herbst 1988 entstand, initiiert von einer kleinen Gruppe politischer Intellektueller, eine politische Massenbewegung. Eben diese ersten Aktivisten arbeiten, neben vielen neuen, annähernd 15 Jahre später an der Realisierung ihres Ideals: einer aserbaidshanischen Demokratie und gesamtaserbaidshanischen Vereinigung. Mit Azər Fərruxi ist ein Aserbaidshaner aus Iran im Vorstand vertreten. Die Verbindungen zu den iranischen Aserbaidshanern erschöpfen sich jedoch nicht darin. In den Materialien von BAB wird auf BAB-Ableger in Iran hingewiesen, Zahlen über diese Zirkel und über Mitglieder fehlen allerdings. Nicht zuletzt sei auf den Optimismus des Vorstandes hingewiesen.

---

<sup>446</sup> Memmedova arbeitet v.a. über Literatur in Südaserbaidshans, Rehimoglu zu linguistischen Themen des Aserbaidshanischen und Hasanli zur aserbaidshanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Mit gleich zehn (!) stellvertretenen Vorsitzenden versucht man sich in einer Selbstmotivation, BAB als führende panaserbaischanische Organisation heranwachsen zu sehen.<sup>447</sup>



---

<sup>447</sup> Die Stellvertreter-Parade weist auch auf den Umstand hin, daß nichts so wertvoll ist wie ein Titel. Dabei sollte der russisch-sowjetischen Tradition Rechnung getragen werden, wonach der Vorsitzende zwar die Rechte (und Pflichten) der Repräsentation übernimmt, der Stellvertreter jedoch den wesentlichen Teil der Arbeit, dabei aber auch die stärkeren Gestaltungsmöglichkeiten sein eigen nennen darf.

## 2. PROGRAMM, ZIELE, STRATEGIEN

Wenn unser Volk nicht als geeinte Nation von 40 Millionen auf die politische Bühne der Geschichte tritt, dann gibt es keine Rettung.<sup>448</sup>

Sei erst der im Manifest dutzendfach ausgemachte iranische Chauvinismus besiegt, könne man sich dem Anschluß des iranischen Teils Aserbaidshans widmen. Hierzu wird eine Übergangsphase angestrebt, nach der ein souveränes Gesamtaserbaidshan entstehen würde.

In seinem Manifest arbeitet der Vorstand von BAB nach eigenen Aussagen auf das genaueste auf wissenschaftlicher und historischer Grundlage. Während zuerst die historische Chance einer Vereinigung dargestellt und durch einen historischen Exkurs untermauert wird, wendet man sich im folgenden den Problemen der Vereinigung zu. Das Hauptproblem, dem sich die Vereinigungskämpfer gegenüber sehen, ist im Manifest deutlich definiert: Iran.<sup>449</sup>

BAB-Anschauungsmaterial



Soweit in aller Kürze die Vorstellungen der BAB-Führung. Ausgeblendet bleiben dabei nicht nur die geostrategischen Interessen Rußlands, der Türkei und der am kaspischen Öl interessierten internationalen Konsortien, sondern auch und gerade die Haltung der iranischen Aserbaidshaner. Diese sind sich in der Frage einer zukünftigen Vereinigung alles andere als einig.

<sup>448</sup> BAB:17.

<sup>449</sup> Ebd.:5ff.

Wirtschaftlich, politisch und sozial auf das Beste in das gesellschaftliche System Irans integriert, bedeutet eine Vereinigung gleichzeitig die Ablösung von Iran. Mit dieser territorial-staatlichen Veränderung verlöre die aserbaidische Elite Irans erheblich an Einfluß. Was sie im Gegenzuge als Ersatz bekäme, ist jedoch im höchsten Maße ungewiß. Denn auch in der Republik Aserbaidschan sind die politischen und profitablen Claims abgesteckt. Um ein Einschwenken der politischen und wirtschaftlichen Führungseliten beider Aserbaidschans zu erreichen, müßten die individuellen Gewinnaussichten größer sein als die Gefahr des Scheiterns, mithin das Aktionsrisiko einschätzbar sein.

Auf dieser Ebene ist im Programm von BAB nichts Verwertbares zu finden. Die herausgearbeiteten Gemeinsamkeiten beruhen fast ausschließlich auf den historischen Ungerechtigkeiten und den aktuellen politischen und kulturellen Repressalien, die die Aserbaidschaner in Iran ausgesetzt sind.

So ruft BAB die iranischen Aserbaidschanern dazu auf, ihre Gelder vornehmlich in die aserbaidischen Provinzen Irans zu investieren um damit ihren Beitrag zum wirtschaftlichen, kulturellen und infrastrukturellen Aufschwung „Aserbaidschans“ zu leisten.

### 2.1. VEREINIGUNG ALS DAS „NATÜRLICHE RECHT DES VOLKES“

Es scheint gegenwärtig überdeutlich, daß eine friedliche Ablösung des aserbaidischen Territoriums von Iran illusorisch ist. BAB indes setzt auf die Zukunft und einen möglichen Zerfallsprozeß innerhalb Irans.

Zumindest letzteres ist bei einem politischen Machtwechsel, weg von der herrschenden „Mullahkratie“ hin zu einem demokratischen Pluralismus nicht ganz unwahrscheinlich. Zentralistisch ausgerichtete Staaten, noch dazu mit stabilen ethnischen Minderheiten, welche über Jahrzehnte immer wieder mit Einschränkungen ihrer kulturellen Identität zu kämpfen hatten, unterliegen in dem Moment Zentrifugalkräften, wo das Zentrum an Autorität verliert. An diesem Punkt könnten die BAB-Aktivisten ansetzen und verstärkt intervenieren. So wendet sich BAB schon jetzt an die „Kampfgenossen“ im Süden und an all jene, die bereit sind, die „Befreiung Aserbaidischans“ zu unterstützen:

„Dieses Manifest richtet sich an die Bürger der aserbaidischen Republik, die ihre eigene Freiheit erreicht hat und nun um Demokratie kämpft, an die Bewohner in Südaserbaidischans, deren nationalen Ansprüche unterdrückt und deren Rechte ihnen genommen werden. Es richtet sich an jene Einheimische, die an fast allen Orten der Welt, von Australien bis zur Halbinsel Skandinavien, von Südafrika bis nach Kanada leben und auf unterschiedlichen politischen, wissenschaftlichen, geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Ebenen leben. Es richtet sich an jene im Ausland, die Heimweh haben.“<sup>450</sup>

Es ist dies der Ruf, sich um die aserbaidische Fahne zu scharen im gemeinsamen Kampf für eine Vereinigung. Dafür enthält man sich sogar ideologischer Grabenkämpfe, wenn sich dadurch nur eine breite Koalition sichern ließe. Im Streben um eine breite nationale Basis seien alle jene aufgerufen, die sich einem Gesamtaserbaidischans verpflichtet fühlen.

„Die nationale Organisation (*milli təşkilatlanma*) bedeutet nicht nur die Organisation der Nationalisten. Sie bedeutet auch den Zusammenschluß von Nationalisten, Liberalen, Linken, Geistlichen usw. auf nationaler Bühne um nationale Organisationen zu gründen und die der Nation bedeutsamen Grundziele zu realisieren.“<sup>451</sup>

Der theoretische Ansatz umfaßt dann auch einen von Demokratisierung und Nationalisierung gleichermaßen getragenen Prozeß. Demnach entwickle sich das nationale Bewußtsein nur auf der Basis einer Demokratisierung der Gesellschaft.

---

<sup>450</sup> Ebd.:3.

<sup>451</sup> Ebd.:14.

Hervorgerufen durch mehr Demokratie würde sich das Verständnis der Bevölkerung für seine eigene Geschichte, Kultur und Sprache erhöhen. Dieses Verständnis würde in der Folge in politische Aktivitäten umgesetzt im Kampf für nationale Rechte. Am Ende des Weges stünde eine reformierte, demokratische Gesellschaft. Und bezogen auf Aserbaidshan bedeutet dies: Aus dem „geteilten“ Land erhebt sich ein neues Gesamtaserbaidshan.

„Der Beginn der Nationalisierung spielt eine wichtige Rolle für die Vertiefung der Demokratie. Und deswegen können Demokratisierung und Nationalisierung nicht voneinander getrennt werden. [...] Wenn es keine Demokratisierung gibt, dann gibt es auch keine Nationalisierung und umgekehrt.“<sup>452</sup>

Wenn auch die Grundsätze der Entwicklungsphasen einer Nationalbewegung entsprechend der Theorien von Hroch deutlich werden (Kulturelle Identität, Politisierung, Massenbewegung), scheint die enge Verknüpfung von Demokratie und Nationalismus nicht nur äußerst zweifelhaft, sondern vor allem dem Aufbau einer breiten, fraktionsübergreifenden Aktionsfront geschuldet zu sein.

Bei der Analyse der historischen Prozesse, die zur Teilung des aserbaidshanischen Siedlungsgebietes führten, wird bis in das 10. Jahrhundert zurückgegangen. Schon dort machen die Autoren des Manifestes anhand Firdausis „Schahname“ (*Firdovsinin Şahnamə*) einen antitürkischen Rassismus aus, der die nichtpersischen Völker beleidige und erniedrige.<sup>453</sup>

Eben diesem „persischen Chauvinismus“, der im 20. Jahrhundert unter Reżā Schah Pahlavī mit der Doktrin eines arischen Volkes“ (*ari irqçiliyi*) und eines Paniranismus einen neuen Höhepunkt erlebte, sei die Unterdrückung des aserbaidshanischen Volkes geschuldet. Das Manifest bewegt sich mit seiner Argumentation hart am Rande eines eigenen, das Aserbaidshanische überhöhen- den, Chauvinismus und scheut zur Darstellung persischer Politik nicht vor christlich-abendländischen Metaphern zurück.

„[Pahlavī] schuf eine nationalistische Diktatur und verwandelte die Idee des Paniranismus mit Hilfe der Engländer zur offiziellen Ideologie des Staates. Er fing an, eine Assimilierungspolitik zu betreiben, die – Firdausi als Muster– zum Kreuzzug gegen die natürlichen Rechte nichtpersischer Völker, insbesondere der Türken, aufrief.“<sup>454</sup>

---

<sup>452</sup> Ebd.:11f.

<sup>453</sup> Ebd.:9.

<sup>454</sup> Ebd.:9.

Den „natürlichen“ Rechten, auf die sich der Kampf für ein geeintes Aserbaidtschan bezieht, wird in der BAB-Argumentation weiter Raum gegeben. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, daß es sich bei diesen so nachhaltig bemühten „natürlichen Rechten“ um Individualrechte handelt. Indem nun BAB für die „Nation Aserbaidtschan“ diese Individualrechte geltend macht, begibt sich die Union auf die Ebene des Völkerrechtes. Und verläßt gerade jene Ebene, aus der sie ihre Anleihen holte.

Es gäbe – einem quasi *a priori* existierendem Demokratierecht entsprechend – das Recht eines jeden auf LEBEN, EIGENTUM und FREIHEIT. Würden diese Rechte nicht gewährt, so gäbe es darüber hinaus ein Recht auf WIDERSTAND, mit dem die anderen Rechte eingefordert werden dürften.<sup>455</sup>

### **Recht auf Leben:**

Jedes Volk habe ein Recht auf Leben. Dies – so BAB – schließe das Recht auf Zusammenleben ein sowie die Möglichkeit, dieses Recht auf Leben mit den eigenen Vorstellungen (Sprache, Kultur, Religion etc.) auszufüllen.

Eine Teilung des Volkes wäre daher eine tiefe Verletzung eben diesen Rechtes.

### **Recht auf Eigentum**

Was dem Bauer sein Acker, ist dem Volk sein Territorium.

Natürliche Ressourcen, intellektuelle Arbeit sowie die Ergebnisse produzierender Arbeit fielen unter das Eigentumsrecht. Der „nationale Reichtum eines Volkes“ sei daher unbedingt schützenswert.

### **Recht auf Freiheit**

Die Freiheit eines Volkes, wie sie bei BAB propagiert wird, beinhaltet sowohl das Recht auf Staatsgründung als auch das Recht auf Verwendung und Kontrolle der eigenen materiellen und kulturellen Güter.

### **Recht auf Widerstand**

Sei eines der angeführten Grundrechte eines Volkes bedroht oder außer Kraft gesetzt, dann bestünde das Recht zum Widerstand.

---

<sup>455</sup> Ebd.:9ff. Ausführlich werden die Angriffe auf die Kultur, die Religion und auf das Leben der Aserbaidtschaner geschildert, ohne beständig den russischen aber vor allem persischen Chauvinismus anzuklagen.

Die Argumentationskette scheint lückenlos.

Was hier demokratisch und friedliebend propagiert wird, ist aber im Grundgedanken nichts anderes als die ethnische Homogenisierung eines Territoriums, das von fremden Einflüssen zu schützen sei. Anders herum wird hier der Ethnisierung des Territoriums das Wort geredet, da nur in einem ethnisch „reinen“ Gebiet die Umsetzung der Forderungen machbar sei: jedoch in multiethnischen, multireligiösen Gebieten einen permanenten ethnisch-religiösen Konflikt hervorrufe. Zwar gesteht BAB allen ethnischen und religiösen Gruppen und Minderheiten das Existenzrecht auf aserbaidsschanischem Gebiet zu, hat allerdings eigene Vorstellungen über die Gleichberechtigung.

„Die nationale Kultur Aserbaidsschans vereint sowohl die 40 Millionen aserbaidsschanischer Türken als auch die in Aserbaidsschan lebenden ethnischen Minderheiten des Landes und bildet eine Einheit. Die Dominanz der aserbaidsschanischen Türken in dieser Kultur hat keine Vormachtstellung.“<sup>456</sup>

Was, so muß gefragt werden, ist „Dominanz“ anderes als eben Vormachtstellung und das Fehlen von Gleichberechtigung? Auffallend ist im gesamten Programm von BAB, daß es an konkreten Ideen fehlt, wie die ethnische Vielfalt in den aserbaidsschanischen Gebieten – auch des Nordiran – bei einer territorialstaatlichen Autonomie zu bewahren wäre. Den detailliert dargestellten Rechten, die dem aserbaidsschanischen Volk zustünden, steht ein eklatanter Mangel an Aussagen zur friedlichen zwischenstaatlichen Koexistenz gegenüber. Die sich aus der Interaktion mit anderen Völkern und Staaten ergebenden Pflichten (Respektierung der Grenzen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten etc.) finden so gut wie keinen Eingang in das Programm von BAB. Das Selbstverwirklichungsrecht eines Volkes stößt dort an seine Grenzen, wo es mit den Interessenssphären anderer Völker kollidiert. Nur im Interessensausgleich besteht die Chance für die politische, kulturelle, wirtschaftliche und auch territorialen Entfaltung eines Volkes. Die Festschreibung der auf völkerrechtliche Ebene gehobenen Individualrechte im Manifest erhellt – synonym gelesen – in aller Klarheit Intention und Zielrichtung der Gesamtaserbaidsschanischen Union:

Recht auf Leben	=	Einigung
Recht auf Eigentum	=	Territorium
Recht auf Freiheit	=	Staatsgründung
Recht auf Widerstand	=	Kampf

<sup>456</sup> BAB:54.

Für diesen Kampf wird eine historische Kontinuität bemüht, die im wesentlichen drei Etappen staatlicher Souveränität hervorhebt:

	Norden	Süden
1918-20	ADR – M.Ə. Rəsulzadə	Azadistan – Xiyabani
1945-46	-	Autonome Regierung – Pişəvəri
1991	Republik Aserbaidshan	-

Auf diese Etappen beziehen sich die Autoren, auch wenn ein Gesamtaserbaidshan aus ihrer Sicht sowohl 1918/20 als auch 1945/46 eine Illusion war. Die im Manifest gleich mitgelieferte Fehleranalyse geht dann auch von folgender Prämisse aus um eine Vereinigung zu erreichen: Die „materiellen und geistigen Kräfte“ müssten gesammelt und koordiniert, die Idee eines Gesamtaserbaidshan (*Bütöv Azərbaycan ideyası*) im nördlichen wie im südlichen Aserbaidshan beständig propagiert werden. Sich weltweit zu organisieren, sei die gegenwärtig wichtigste Aufgabe auf dem Weg zum gemeinsamen Staat.

„Unsere in Ländern Asiens, Europas und Amerikas lebenden Landsleute gründen dort verschiedene Organisationen, mit denen sie den Kampf für ein Gesamtaserbaidshan unterstützen und sich so um unsere Nation, unsere Heimat, unseren Staat und um unsere Menschen ehrlich und ehrgeizig bemühen.“<sup>457</sup>

<sup>457</sup> Ebd.:13. Die Liste internationaler aserbaidshanischer Organisationen ist in der Tat lang. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang etwa: DAK, Azerbaijan Society of America, Vətən, Intern. Forum of Word Azerbaijanis, Ana Dili u.a., vgl. [www.zerbaijan.com/var/links.htm](http://www.zerbaijan.com/var/links.htm).

## 2.2. VON DER KULTUR ZUR POLITIK

Der Internationalisierung der aserbaidischen Frage soll nach dem Programm eine inneraserbaidische Entwicklung vorausgehen. Diese wird in drei Etappen gegliedert und mündet in eine Politisierung der Gesellschaft:<sup>458</sup>

1. Vereinsgründung
2. Zusammenschluß der Vereine
3. Parteienbildung

### **Vereinsgründung** (*dərnəkləşmə mərhələsi*)

Zu Beginn dieser Phase, nach BAB in den 60er Jahren, überwogen nationale Kulturvereine, die politisch akzeptiert wurden und öffentlich agierten. Diese waren vor allem Träger eines aserbaidischen Kultur- und Gesellschaftsbildes jener Zeit. Gerade Sprach- und Literaturwissenschaftlern fiel eine Trägerrolle zu. Eher im geheimen agierten national-politische Organisationen. Im Manifest wird eine von Elçibəy in den 60er Jahren gegründete geheime politische Organisation genannt, die einen wichtigen Beitrag leistete für „die Verbreitung des Souveränitätsgedankens und der Idee eines Gesamtaserbaidischans im Norden“.<sup>459</sup>

Im Süden setzte der kulturelle Aufschwung etwa 1979 ein. Der Ausbruch der Islamischen Revolution ermöglichte auch der aserbaidischen Gemeinschaft ein eigenständiges kulturelles und politisches Netzwerk aufzubauen. Nach nur zwei Jahren, 1981, kam mit den Repressalien des Regimes die Ernüchterung und der Rückzug ins Private. Erst zu Beginn der 90er Jahre wieder, seitdem aber kontinuierlich, steigt die Zahl der „national-kulturellen“ Organisationen an und es entstehen Kulturzentren, Literaturzirkel u.ä.

Gleichzeitig mit der öffentlichen Seite des kulturellen Aufschwungs steigt die Bereitschaft, sich in informellen und teils geheimen Vereinigungen zu organisieren mit dem Ziel, „die Unabhängigkeit und Einigkeit Aserbaidischans“ zu fördern.<sup>460</sup>

---

<sup>458</sup> Auch hier zeichnet sich die von Hroch benannte stufenweise Entwicklung einer nationalen Bewegung ab. Von kulturellen Zirkeln über eine Politisierung bis hin zur Massenbewegung.

<sup>459</sup> BAB:15.

<sup>460</sup> Leider fehlen auch hier sämtliche Angaben.

**Zusammenschluß der Vereine** (*Dərnəklərin birləşmə mərhələsi*)

Der historischen und nationalen Notwendigkeit sei es geschuldet, die Aktivitäten der einzelnen Vereine, Organisationen und Gesellschaften zu bündeln. Konföderationen, Kongresse und Räte seien zu gründen. Eines der bedeutendsten Beispiele dafür sei die Gründung der AXC 1989 gewesen, die aus eben diesen Zirkeln erwuchs und den nationalen Forderungen eine Massenbasis gab.

Während in diesem Fusionsprozeß zu Anfang die „national-kulturellen“ Vereine dominierten, würden im weiteren die „national-politischen“ Organisationen die Führung übernehmen.

„An die Macht zu kommen und einen Staat aufzubauen, ist keine Arbeit für national-kulturelle Strukturen.“

**Parteienbildung** (*siyasi partiyalaşma mərhələsi*)

Die Idee von einem Gesamtaserbaidshan bestünde schon lange und würde „die politische Karte des Mittleren Ostens“ verändern. Sei erst einmal das politische Bewußtsein in der Bevölkerung so weit gewachsen, daß es neben der kulturellen Selbstverwirklichung auch die politische und wirtschaftliche Autonomie fordere, wären es die aus den Zirkeln entstandenen Parteien, die „bei unserer Wandlung zu einer Nation mit 40 Millionen [...] eine entscheidende Rolle für die Unabhängigkeit, Gesamtheit und für die Demokratie“ spielen würden. Es werden sich in diesem Prozeß alle Parteien zu entscheiden haben, ob sie sich anschließen oder etwa den „iranischen Chauvinismus“ unterstützen wollen.

Um ernsthaft dafür zu kämpfen, bedürfe es einer entsprechenden Organisation, die im Zentrum der Kräfte den Prozeß lenken könne: Eine Organisation, die als parteiübergreifenden Plattform alle Organisationsformen bündeln und zusammenführen müsse – BAB. Nur mit ihr könnten die nationalen Ideale verwirklicht werden. Die „aserbaidshanisch-türkische Nation von 40 Millionen“ würde in einem „unabhängigen, vereinten und demokratischen Aserbaidshan ein glückliches Schicksal erwarten.“<sup>461</sup>

---

<sup>461</sup> Ebd.:16.

### 2.3. STRATEGISCHE ZIELE UND GRUNDSÄTZE

UNABHÄNGIG, VEREINT, DEMOKRATISCH: Ein Aserbaidshan mit eben diesen Attributen schwebt den BABisten vor. Dezidiert wird auf die Bedeutung der Begriffe eingegangen. Eine von der Staatengemeinschaft anerkannte staatliche Souveränität (UNABHÄNGIGKEIT), innerhalb derer das aserbaidshanische Volk seine politischen, militärischen und sozialen Entscheidungen frei fällen kann, umfaßt ein Territorium (VEREINT), das die „nationalen und historischen Gebiete unseres geteilten weltweiten Volkes von 40 Millionen vereint“. Innerhalb dieses Landes würden die Menschenrechte geachtet, „inklusive der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte sowie der Minderheitenrechte“ (DEMOKRATISCH).

„Alle mit der Demokratie verbundenen internationalen Regelungen werden eingehalten.“<sup>462</sup>

Die Aussage zur Einhaltung demokratischer Grundsätze, wie im Manifest auch an anderen Stellen dokumentiert, steht jedoch dem Anspruch auf ein aserbaidshanisches Widerstandsrecht gegen jegliche Verhinderung einer Vereinigung entgegen. Es sei denn, Demokratie würde erst dann zu einem schützenswerten Gut, **nachdem** das Ziel – die Vereinigung – erreicht worden ist.

Damit begibt sich BAB in einen machiavellistischen Graubereich, in dem das „Recht auf Zusammenleben“ keiner anderen Restriktion unterliegt, als der eigenen Stärke zur Umsetzung. Die Umsetzung der Vereinigung und die Errichtung eines eigenen Staates sei von verschiedenen inneren und äußeren Faktoren beeinflusbar, die den Prozeß der Vereinigung beschleunigen, aber auch verlangsamen könnten. Das strategische Konzept von BAB sieht daher ein dreistufiges Phasenmodell vor.

#### **Vorbereitungsetappe**

In der Vorbereitungsetappe sei das aserbaidshanisch-türkische Bewußtsein durch die entsprechenden Institutionen weiter zu fördern. Propagiert werden sollten die Ideale und die Gründe, die für eine Vereinigung sprächen. Der Organisationsgrad der Aserbaidshaner sei so zu verdichten, daß „die nationale Kraft der 40 Millionen auf die gleichen Ziele gerichtet ist“.

---

<sup>462</sup> Ebd.:18.

Die aserbaidische Frage müsse „zur Tagesordnung der globalen Politik“ werden um die internationale Unterstützung zu gewinnen.<sup>463</sup>

Dem Norden Aserbaidschans käme die Aufgabe zu, seine staatliche Souveränität so zu verstärken, daß sich der Demokratisierungsprozeß festigt und gleichzeitig mit diesem das Lebensniveau steigt.

Für den Süden Aserbaidschans läge das erste Etappenziel im Erreichen einer national-kulturellen bzw. national-territorialen Autonomie und in einer Föderalisierung Irans (*federallaşma*).

### **Unabhängigkeitsetappe**

Hier liegt das Hauptaugenmerk auf dem südlichen Aserbaidschan. Nach der erreichten Autonomie käme als nächster Schritt die Lösung von Iran. Im Süden müsse „ein unabhängiger Staat aufgebaut werden“.

### **Einigungsetappe**

Die Existenz zweier aserbaidischer Staaten, souverän und international anerkannt, wäre nur von begrenzter Dauer und würde spätestens nach einem als positiv vorausgesetzten Referendum in eine Fusion beider Staaten münden.

„In dieser strategischen Etappe muß eine vereinigte zwischenparlamentarische Kommission beider aserbaidischer Staaten eingerichtet werden. [...] Es muß ein Mechanismus geschaffen werden, der Aserbaidschan vereinigt und zu einem einzigen Staat werden läßt.“<sup>464</sup>

Keinen Zweifel lassen die Autoren am Begriff Aserbaidschan: Die Heimat Aserbaidschan sei „zwischen Rußland, Georgien, Armenien, Irak und Iran geteilt worden“. Das nationale Territorium erstreckte sich daher auch von Dərbənd und Borçalı-Qarayazi im Norden und Nordwesten bis nach Həmədan und Savə im Süden. Von Ost nach West reiche das Gebiet vom Kaspischen Meer bis über Kərkük und Mosul hinaus. Ihrem Verständnis nach gehören in Iran die Provinzen Ost- und Westaserbaidschan, Ərdəbil, Zəngan, Həmədan, Qum, Qəzvin, und Teile der zentralen Provinz sowie Gilans zum zukünftigen aserbaidischen Staat. Ebenso wie die vom russischen Imperium „geraubten“ Gebiete, die zur Gründung eines armenischen Staates benutzt wurden, sowie Borçalı-Qarayazi (an Georgien und Armenien) und Dərbənd, das an Dagestan ging.

---

<sup>463</sup> Ebd.:18.

<sup>464</sup> Ebd.:19.

Allein: Die zentralen und südlichen Gebiete seien nur der Ausgangspunkt, wo der „Kampf für eine gesamtaserbaidtschanische Heimat [...] beginnen“ solle.<sup>465</sup> Das eigentliche historische Aserbaidtschan sei um einiges größer und hätte einmal bis an den Persischen Golf im Süden und bis nach Chorasan im Osten gereicht.<sup>466</sup>

Der territoriale Anspruch, der sich allein schon aus dem Wörtchen „beginnen“ herleiten läßt, mischt dem scheinbar ideellen Kampf eine reale Absicht bei, beeindruckt doch viele dieser Gebiete durch ihre Erdölreserven.

---

<sup>465</sup> Ebd.:10f.

<sup>466</sup> Dieser Lesart zu folgen würde bedeuten, das nicht die aserbaidtschanischen Gebiete Provinzen Persiens waren, sondern umgekehrt Persien ein Teil Aserbaidtschans.

### 3. NATION UND DIE EINIGKEIT DER SPRACHE

„Es ist der einzige Rettungsweg für die Azeritürken als ein vereintes Volk, ein gleiches nationales Bewußtsein und gleiche national-politische Ideale zu besitzen.“<sup>467</sup>

Mit der strategischen Planung, welche die Vereinigung Aserbaidshans im Grunde sehr euphorisch ins Visier nimmt, geht BAB an die inhaltliche Untermauerung ihrer Forderungen und entwirft das Gerüst eines von Demokratie getragenen Staatswesens. Nicht nur wird das Territorium eines zukünftigen Gesamtaserbaidshans umrissen, es wird auch der Versuch unternommen, die aserbaidshanische Nation als solche zu definieren. Die dabei verwendeten Attribute werden einem Nationsbegriff zugeordnet, der einerseits schon von Stalin geprägt wurde, andererseits Nation als Schicksalsgemeinschaft versteht.

„[...] die aserbaidshanisch-türkische Nation (*Azərbaycan Türk Milleti*) ist eine ethnisch-soziale Gemeinschaft, unabhängig von Rasse, Religion, ethnischer Herkunft und Klassenzugehörigkeit, die das nationale und historische Territorium Aserbaidshans für ihre Heimat hält, ein aserbaidshanisches, nationales und historisches Bewußtsein teilt und daran glaubt, daß ihr Schicksal mit Aserbaidshans verbunden ist und die in einem unabhängigen, gesamten, demokratischen aserbaidshanischen Staat leben will.“<sup>468</sup>

In dieser sehr komplexen Definition einer aserbaidshanischen Nation liegen einige Eigenheiten versteckt, von denen der Widerspruch einer „ethnisch-sozialen Gemeinschaft“, die unabhängig von der „ethnischen Herkunft“ existiert noch leicht zu verstehen ist, so man zu unterscheiden gewillt ist zwischen **aktueller** Gemeinschaft und **historischer** Herkunft.

In der Definition fehlt das Element Sprache. Anders als Religion und Rasse, die *keine* Stilmittel nationaler Identifikation darstellen sollen, ist die Sprache ausgeklammert aus der Definition, wird aber gerade dadurch zu *dem* Identifikationsmerkmal erhoben. Die „ethnisch-soziale Gemeinschaft“ sei zwar unabhängig von Religion, etc: aber (implizit) abhängig von der Sprache.

Nicht des Aserbaidshanischen mächtig zu sein wäre gleichbedeutend dem Ausschluß aus der nationalen Gemeinschaft. Nun ließe sich einwenden, eine gemeinsame Sprache gehöre bei BAB nicht notwendigerweise zum Identitätskanon.

---

<sup>467</sup> Ebd.:23.

<sup>468</sup> Ebd.:19.

Weit gefehlt, ist der Schrift und Sprachentwicklung nicht nur ein eigenes Kapitel gewidmet, sondern es heißt explizit, daß die „Politik der nationalen Sprache eine besondere Stellung in der nationalen Konzeption der Kulturpolitik Aserbaidschans“ einnehmen soll.<sup>469</sup>

Hinter einem weiteren Begriff verbirgt sich ebenfalls gehöriger politischer Sprengstoff: das *historische* Territorium als Heimat. Wie schon erläutert, versteht BAB unter dem historischen Territorium ein Gebiet, das noch sehr viel weiter reicht, als für ein zukünftiges Gesamtaserbaidshan in Frage kommt. Das historische Aserbaidshan erstreckte sich im Süden bis zum Persischen Golf und im Osten bis nach Chorasán.

So überzogen der Anspruch hinsichtlich des Heimatbegriffes auch erscheinen mag, so wohnt ihm doch ein potentieller Territorialanspruch inne. In Regionen mit multiethnischer Bevölkerung, mit über Jahrhunderten wandernden Grenzen ist das Spiel mit dem Territorium nie kalkulierbar. Wenn BAB mit dieser Formulierung bewußt im Vagen bleibt, dann auch, um aktuelle Gebietsfragen wie die um Berg-Karabach aufgreifen zu können. Wobei der Konflikt um Berg-Karabach – geradezu erstaunlich für die AXCP-Fraktion, unter deren Regierungsführung der Konflikt erst die Dimensionen eines Krieges annahm – nur selten thematisiert wird.

Ein weiterer Begriff der von BAB sehr vage formuliert wird, ist der des „aserbaidshanschen Volkes“. Wie kann es dieses Volk, trotz gewisser Gemeinsamkeiten in der Sprache und in kulturellen Bräuchen, geben, wenn der russische und persische Einfluß seit Jahrhunderten übermächtig ist, die religiöse Ausrichtung zum Teil verschieden und die kulturellen Gewohnheiten nicht mehr deckungsgleich sind? Wo bleibt die auch von BAB adaptierte „Einheit von Sprache, Gedanken und Arbeit“, die schon vor über einhundert Jahren von Gasprali für die türkischen Völker gefordert wurde?

In den verschiedenen Sprachen und Schriften sehen die Autoren dann auch ein beachtliches Hindernis, das der Umsetzung ihrer Vision im Wege steht.

Der Entwicklung von Schrift und Sprache wird im Manifest nicht nur bedeutender Raum gegeben, sondern steht als das erste von mehreren „Hauptprinzipien“.

---

<sup>469</sup> Ebd.:54.

Es scheint fast so, als würde für die Zukunft die hauptsächliche Identifikationsebene der aserbaidischen Volksgruppen vor allem im Bereich der Sprache und einer gemeinsamen Schrift gesucht. Anders, als es bei der Definition einer aserbaidischen Nation zum Ausdruck gebracht wird.

„Das Sprachbewußtsein ist die erste Stufe des nationalen Bewußtseins und die Aneignung des Sprachbewußtseins fördert weitere Faktoren des nationalen Bewußtseins.“<sup>470</sup>

Zwar wird davon ausgegangen, daß es mit dem Aserbaidisch-Türkischen eine gemeinsame Volkssprache (*xalq danışiq dili*) gibt, jedoch wird auch das Fehlen einer gemeinsamen Schrift und gemeinsamen Literatur beklagt.

In der für Nord- und Südaserbaidisch gleichermaßen bedeutenden Frage der Sprach- und Schriftentwicklung sieht BAB zwei grundlegende Problemfelder und Zielvorgaben.

Erstens gäbe es im Alltag zwar eine recht einheitliche Volkssprache, das *Azərbaycan türkcəsi*, jedoch fände gerade diese im südlichen Teil nur eingeschränkt ihre Anwendung. Im Bereich der Politik, der Literatur, Wirtschaft oder des Militärs gäbe es keine einheitliche Sprache. Daher bedürfe es einer erheblichen Förderung der Sprache. Da die gegenwärtige Sprachbehinderung vor allem im „iranischen Chauvinismus“ ihre politischen Wurzeln habe, sei der Kampf um eine umfassende Volkssprache (*ümmum xalq danışiq dili*) gleichsam ein Kampf für aserbaidische Autonomie im Iran. Als zweites Ziel bedeute die Vereinheitlichung der Schrift die Basis einer zukünftigen ideologischen Einheit und damit eines einheitlichen Aserbaidischens. Die Wahl für eine gemeinsame Schrift müsse schon aus Gründen der Abgrenzung zum Kyrillischen Rußlands und zum Arabischen Irans auf eine modifizierte Lateinschrift fallen.<sup>471</sup>

Nicht nur auf die Vereinheitlichung des Schriftsystems wird Wert gelegt, sondern auch auf die Entwicklung der Sprache. Der Anwendungsbereich des Aserbaidischen, von der Volkssprache, die weiter zwischen Nord und Süd zu vereinheitlichen sei, bis hin zu literarischen Gattungen der Prosa und Poesie, soll beständig ausgedehnt werden. Der hierfür vorgesehene Stufenplan ist im Manifest sorgsam ausgearbeitet. Es kann weniger verwundern, daß das Konzept der Sprach- und Schriftreform von den Autoren sehr klar und strukturiert aufgebaut wird.

---

<sup>470</sup> Ebd.:26.

<sup>471</sup> Ebd.: 21, 26ff.

Immerhin befinden sich unter diesen ausgewiesene Sprachwissenschaftler und Historiker, die sich seit vielen Jahren dem Thema der aserbaidischen Sprachpolitik widmen. An den öffentlichen Debatten der 90er Jahre waren mit Kamil Vəli Nərimanoğlu, Almaz Məmmədova und Cəmil Həsənli auch einige spätere Mitglieder von BAB maßgeblich beteiligt.<sup>472</sup>

Das Konzept zur Sprach- und Schriftanpassung für beide Teile Aserbaidschans sieht drei Phasen vor:

Nationalisierung von Eigennamen  
Entfaltung einer Literatursprache  
Schriftreform.

Dabei gilt es in Nord- und Südaserbaidischans unterschiedliche Probleme zu meistern. So habe das vom „iranischen Chauvinismus“ unterdrückte Volk einen weitaus größeren Nachholbedarf als das schon befreite Volk im Norden.

Forderungen gehen daher in die verschiedensten Richtungen: Ziel ist die politische, kulturelle und ethnische Anerkennung der Aserbaidschaner als eigenständiges Volk. Mit dem Verweis auf Artikel 15 und 19 der Verfassung Irans versuchen die südaserbaidischen Aktivisten, ihre Positionen zu untermauern.<sup>473</sup>

### **Nationalisierung von Eigennamen**

Die von BAB im Süden ausgemachte „Türkisierung“ von Eigennamen sei ein bedeutsamer Schritt, sich der aserbaidischen Wurzeln wieder bewußt zu werden. Diesem Trend, dem sich seit den 80er Jahren immer mehr Familien anschließen, sei es zu verdanken, daß viele Kinder neben ihren zwingend vorgeschriebenen persischen Namen auch türkische Namen wie Yasar, Aydin, Sevgi, Yilmaz ... erhielten. Diese Auffassung geht mit einem UN-Report zu nationalen Minderheiten in Iran konform, nachdem es beträchtliche Einschränkungen in der Ausübung aserbaidischer Lebensformen gibt.

---

<sup>472</sup> Vgl. Kellner-Heinkele, Barbara: XXXVI (2000) S. 159-170.

<sup>473</sup> Article 15: The official language and script of Iran, the lingua franca of its people, is Persian. Official documents, correspondence, and texts, as well as text-books, must be in this language and script. However, the use of regional and tribal languages in the press and mass media, as well as for teaching of their literature in schools, is allowed in addition to Persian.

Article 19: All people of Iran, whatever the ethnic group or tribe to which they belong, enjoy equal rights; and colour, race, language, and the like, do not bestow any privilege.

Vgl. [www.Iranonline.com/iran/iran-info/Government/constitution.html](http://www.Iranonline.com/iran/iran-info/Government/constitution.html) (Zugriff am 25. April 2003).

Im besonderen werden folgende Diskriminierungen hervorgehoben: Verweigerung kultureller Autonomie, Verhaftungen von Kulturaktivisten, Verbot des Aserbaidtschanischen in der Schule, Iranisierung von geographischen Eigennamen und Ablehnung aserbaidtschanischer Namen im Geburtsregister.

„Azeris are asking for the teaching of ‚proper‘ Azerbaijani Turkish alongside Persian in schools in regions predominantly inhabited by Azeris, production in and the broadcasting of ‚proper‘ Azerbaijani Turkish on radio and television, the allocation of one television channel for Turkish language broadcasting, the creation of schools of Azerbaijani Turkish language and literature at universities throughout Iran (it is noted that while Azerbaijani Turkish is not taught at the University of Tabriz, seven other languages are taught) and the facilitation of the creation of Azerbaijani Turkish cultural centres.“<sup>474</sup>

Im Norden habe der Trend hingegen schon in den 70er Jahren eingesetzt, mittlerweile erstreckte sich diese Nationalisierung der Namen auch auf den öffentlichen Raum und unterstütze das nationale Bewußtsein der Bevölkerung.

### **Entfaltung einer Literatursprache**

Dem „russischen und persischen Chauvinismus“ sei es geschuldet, daß die aserbaidtschanische literarische Sprache über Jahrzehnte benachteiligt worden sei, unnötig fremde Wörter in sich aufgenommen und aserbaidtschanische Begriffe verdrängt habe. Vor allem im Süden habe es Versuche gegeben, die Denkweise und die Äußerungsformen des Volkes zu manipulieren und eine Assimilierungspolitik in Schrift und Sprache zu betreiben. Gerade Intellektuelle seien daher aufgerufen, sich um die wissenschaftlichen und theoretischen Grundlagen der Sprache verdient zu machen. Da im Norden das Aserbaidtschanische die Staatssprache sei und staatlich gefördert würde, müsse der Süden sich dieser Entwicklung anschließen.

„Unsere einzigartige nationale literarische Sprache solle auf dem gegenwärtig hohen Niveau erhalten und weiter entwickelt werden. [...] Man muß auf die Literaturgattung der Prosa achten, damit wir heute im Süden Aserbaidtschans unsere nationale Sprache weiter verbessern können. Denn alle Gattungen der Sprache werden auf der Prosa aufgebaut und bestehen nicht aus Halbversen, sondern aus Sätzen. Es ist im Süden sehr verbreitet, Gedichte zu schreiben. Man hat aber nicht darauf geachtet, Werke der Prosa zu schreiben. Und für die nationale Sprache ist die Prosa wichtiger als die Poesie und von großer Bedeutung.“<sup>475</sup>

---

<sup>474</sup> UN-Human Rights Commity, E/CN.4/2002/42, 16. Januar 2002.

<sup>475</sup> BAB:28.

Zwar beziehen sich auch die Autoren gerne auf die großen aserbaidischen Dichtungen, etwa auf das „Buch des Dede Korkut“, und sehen in diesen Werken frühe Erscheinungsformen eines aserbaidischen Nationalgefühls. Gleichzeitig räumen sie der gegenwärtigen literarischen Entwicklung der Poesie nur eine geringe Bedeutung ein.

Das erinnert an die literarische Umbruchzeit von 1945/46, als die sogenannte „Revolutionsliteratur“ Gedichte als abstrakte Romantik und bürgerliche Erscheinung abtat.<sup>476</sup>

Neben der Kritik an der Poesie, die für die Autoren als Identifikationsebene ausscheidet, wird das Wort selbst zum begehrten Ziel von Reformen. Die „Reinheit unseres Wortschatzes“ wie es so schön heißt, müsse gefördert werden. Fremde Wörter sollten getilgt und durch aserbaidische Begriffe ersetzt werden. Die Sprache sei „aufzuräumen“, zu purifizieren und zu türkisieren.<sup>477</sup>

In einer Region, die über Jahrhunderte von der persischen Kultur und Literatur nicht nur berührt, sondern nachhaltig beeinflusst worden ist, in einem Land, das Dichter wie NiŪāmi (1141-1209) und FuŪlī (1494-1556) zum klassischen aserbaidischen Erbe zählt, erscheint solch ein Ansinnen um so anachronistischer, als der aserbaidische Büchermarkt geradezu überschwemmt wird mit neuen Ausgaben klassischer Dichtung. Auch das UNESCO-Projekt zum Dede-Korkut-Epos weist mit der Forschung und Dokumentation dieses einmaligen Werkes in die entgegengesetzte Richtung.

Gerade aber auf Werken wie dem „Kitab-ı Dede Qorqut“, dem ältesten bekannten oghusisch-türkischen Buch, baut BAB seine historische Rückbesinnung auf. Und das, obwohl das Epos „eine *poetische* Schatzkammer heldenhafter Sagen und Legenden der Ogusen, der Vorfahren der heutigen Aserbaidischen, Türken, Turkmenen und Gagausen“ ist.<sup>478</sup>

Auch an der historischen Einordnung der Sprache versuchen sich die Autoren. Allerdings mit einem Ergebnis, das fatal an die in den 30er Jahren in der Türkei propagierte Sonnensprachtheorie erinnert. Ziel sei es, daß Bewußtsein für den historischen Stellenwert des Aserbaidischen zu schärfen:

---

<sup>476</sup> Vgl. Berengian, Sakina : 1988:139.

<sup>477</sup> BAB:28.

<sup>478</sup> Karayev, Y., Das Epos Aserbaidischans – Das Buch meines Großvaters Korkud; in: Wostok 4/1999, S. 78-81. Hervorhebung durch den Autor.

„In der heutigen Zeit ist die aserbaidsschanische Sprache einer der entwickeltsten Zweige unseres Türkischen, die seit der Zeit der Kenger (Sumer/sümer) Türken eine sechstausendjährige schriftliche Tradition hat.“<sup>479</sup>

Diese (hoffnungslose) Überschätzung der aserbaidsschanischen Sprachgeschichte, wird von ähnlichen Beweisen auf anderen Gebieten gestützt, etwa der Aussage, daß es heutzutage möglich sei, „in 20 Ländern der Welt ohne Schwierigkeiten Aserbaidsschanisch zu sprechen“.<sup>480</sup>

Die weltweite Bedeutung des Türkentums, wie es von BAB verstanden wird, gehe aber über das rein Sprachliche hinaus. In einer Reihe von Beispielen wird das Türkentum mit dem Ursprung von Zivilisation gleichgesetzt: Das Rad sei von Türken erfunden worden, ebenso Hosen, Bügeleisen und Sattel. Das erste Gesetzbuch ginge ebenso auf Türken zurück wie das Zelt oder die Verarbeitung von Eisen.<sup>481</sup> Nähern sich die Autoren der Moderne, gibt es wieder Anlaß zur Hoffnung. Immerhin liegen sie richtig mit der Aussage, daß ein Aserbaidsschaner dem Islamischen Kulturraum das Drama erschlossen hat (Ahundzadə, 1850) und die „erste Oper des Ostens“ ebenfalls von einem Aserbaidsschaner stammt (Hacıbəyov, 1907). Insgesamt jedoch bleibt der Eindruck zurück, daß mittels unbewiesener Behauptungen ein historisches Bild gemalt wird, das letztendlich der „Sache“ mehr schaden als nützen dürfte.

### **Schriftreform**

Die Einführung eines neuen Schriftsystems soll die Einheit der Aserbaidsschaner weiter vorantreiben. Die bisher parallel genutzten Schriften Kyrillisch, Arabisch und Latein stellten eine Kommunikationshürde dar, die allein durch die Anpassung der Schriften in Nord- und Südaserbaidsschan zu umgehen sei.

Die von Präsident Əliyev im September 2001 für die Republik Aserbaidsschan umgesetzte Schriftreform war daher ganz im Interesse von BAB. Nicht nur ist damit eine erste Etappe erreicht und eine theoretische Signalwirkung für das südliche Aserbaidsschan gegeben, sondern es wird „Aserbaidsschan von Rußland und Farsistan mit ihren gleichen Gedankensystemen chauvinistischen Charakters trennen“.<sup>482</sup>

---

<sup>479</sup> BAB.:26.

<sup>480</sup> Ebd.:26.

<sup>481</sup> Ebd.:36f.

<sup>482</sup> Ebd.:29.

Die historische Einordnung diesmal der türkischen Schrift gerät jedoch abermals zu einem Fiasko. So sei das urtürkische Runenalphabet oder Orhon-Alphabet eine der ersten Schriften der Welt, „vielleicht die erste“, gewesen.

In der Tat: das seit Jahrhunderten nicht mehr genutzte türkische „Runenalphabet“ ist tatsächlich sehr alt und stammt immerhin aus dem 6. Jahrhundert n.Chr. Die annähernd 3.500 Jahre, die zwischen der Sumerischen Schrift und dem türkischen Runenalphabet liegen, übergeht das Programm somit stillschweigend.<sup>483</sup>

Unabhängig von den Fehlern im historischen Kontext: Die Entscheidung über das Schriftsystem bleibt immer eine politische. Gerade die Forderungen von BAB, auch im aserbajdschanischen Iran zu einer Lateinschrift überzugehen, ist von hoher politischer Brisanz. Nicht nur, weil einige der Mitglieder des BAB-Vostandes auch Parlamentsabgeordnete sind und ihre Forderung gegenüber Iran zumindest einen diplomatischen Fauxpas darstellen, sondern auch, weil es für die Bevölkerung der Republik Aserbajdschan eine erneute Umstellung bedeutet. Für ein Volk, das allein im 20. Jahrhundert gezwungen war, erst Arabisch, dann Lateinisch, anschließend Kyrillisch und nunmehr wieder ein neues Lateinisch zu schreiben, fehlt durch diesen mehrfachen Wechsel eine Kontinuität in der Entwicklung des nationalen Bewußtseins, die nur schwer ausgeglichen werden kann. Ganz abzusehen von einem kommunikativen Stigma, das diejenigen trifft, denen die Anpassung an einen erneuten Schriftwechsel nicht gelingt.

---

<sup>483</sup> Ebd.:28.

### ZUSAMMENFASSUNG

Die Gründung der BAB fiel in einen Zeitraum, als sich die national-aserbaidtschanische Opposition unter AXCP, AMİP und Məsavat in einem Popularitätstief befanden. Das bescheidene Abschneiden bei den Parlamentswahlen 1995 war ein Indiz dafür. Der von Əliyev herbeigeführten politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes hatten die Nationalisten keine programmatische Alternative entgegenzusetzen.

Mit BAB konnte zumindest das Feld des Nationalismus mit prominenten und erfahrenen Mitstreitern besetzt werden. Auf diesem Feld ging der Vorstand von BAB mit einem Programm in die Offensive, der der gemäßigte Regierungsflügel nicht zu folgen gewillt war. Als primäres Ziel definierte BAB den Zusammenschluß der aserbaidtschanischen Gebiete in den Grenzen eines angenommenen historischen Aserbaidtschans.

Sind die Schritte zur Umsetzung des Zieles – Vereinigung, Nationswerdung, Staatswerdung – klar mit zu bewältigenden Aufgaben untermauert, so ist der historische Bezug, der eine geschichtliche Kontinuität des aserbaidtschanischen Volkes über Jahrtausende (!) herstellen möchte, ein zweifelhaftes Konstrukt. Gleichwohl gelingt es BAB, die Thematik einer aserbaidtschanischen Vereinigung in die Öffentlichkeit zu bringen und dort zu halten.

Namhafte Politiker und Wissenschaftler, frühere Mitglieder der Volksfront-Regierung und Schriftsteller agieren als parlamentarische und außerparlamentarische Multiplikatoren. Zurückgreifen kann BAB auch auf Ressourcen der AXCP.<sup>484</sup>

Zwar belegt die „aserbaidtschanische Frage“ in der Öffentlichkeit einen eher hinteren Platz, besitzt aber das politische Potential, nationalistisches Potential zu mobilisieren. Auch wenn der Konflikt um Berg-Karabach nur partiell die Ziele von BAB tangiert, der darin enthaltene nationalistische Funke ist ausreichend, bei politischen Umwälzungen in Iran zum Flächenbrand zu werden.

Die intensiven Bemühungen, sich mit internationalen Organisationen wie DAK zusammen zu schließen, zeigen, wie sehr BAB an einer Internationalisierung der Problematik interessiert scheint.

---

<sup>484</sup> So finden Tagungen von BAB in den Räumen der AXCP-Zentrale und der Zeitung Azadlıq statt.

Viertes Kapitel  
ASERBAIDSCHANER ALLER LÄNDER – VEREINIGT EUCH!

„Ich bin ein Sohn Aserbaidshans,  
Mein Alter ist älter als mein Name,  
In meinem Leben habe ich kein einziges Wesen gekränkt,  
Ich habe nie die Absicht gehabt,  
Fremde Länder einzuverleiben,  
Aber die Welt soll wissen,  
Daß ich keinen Zentimeter meines Landes  
abgeben werde.“<sup>485</sup>

Aserbaidshaner gingen über Jahrzehnte. Flohen erst vor der kommunistischen Machtübernahme Bakus 1920 nach Iran und in die Türkei, von dort weiter nach Europa und Übersee. Der Zweite Weltkrieg zwang erneut Aserbaidshaner ins Ausland. Viele von ihnen waren Kriegsgefangene, denen Stalin die Rückkehr verweigerte. Nach 1979 dann suchten iranische Aserbaidshaner eine neue Heimat oder einfach ein Refugium bis zur möglichen Rückkehr.

So ließen die politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts die aserbaidshanische Diaspora anwachsen. Der Zerfall der UdSSR ist das vorerst letzte Kapitel in diesem Kampf um die Heimat. Geschätzte vier Millionen Aserbaidshaner leben allein in den Staaten der GUS.<sup>486</sup>

Der Fall des Eisernen Vorhangs öffnete den politischen Aktivisten einen erweiterten Aktionsraum und förderte das Zusammenspiel unterschiedlicher inner-aserbaidshanischer Organisationen mit solchen der Diaspora. War es im ersten Akt, während der 80er Jahre, noch der „Export“ der aserbaidshanischen Kultur und Sprache zu den seit Generationen in der Diaspora lebenden Aserbaidshanern, so verschob sich im zweiten Akt, den 90er Jahren, der Handlungsschwerpunkt auf die Einflußnahme politischer Organisationen in den Mutterländer.

Seit etwa 2000 läuft der dritte Akt und damit die Vernetzung inner- wie außer-aserbaidshanischer Organisationen. Der Fokus der Aktivitäten liegt mittlerweile im Politischen. Autonomieforderungen an Iran werden gekoppelt mit Forderungen nach aserbaidshanischer Vereinigung.

---

<sup>485</sup> Vahabzadə, Baxtiyar: Ich bin ein Sohn Aserbaidshans, in: Mietag, Esmail: 1998:204.

<sup>486</sup> Vgl. [www.azer.com/aiweb/categories/magazine](http://www.azer.com/aiweb/categories/magazine) (Zugriff am 05. Mai 2003), Əfəndiyev, Elçin: One people, many Lands.

Organisationen wie dem Aserbaidsschanischen Weltkongreß oder der iranisch-aserbaidsschanischen GAMOH gelang es, die „aserbaidsschanische Frage“ zu internationalisieren und vor die UNO zu bringen. Der Druck, der damit auf Iran, aber auch die Republik Aserbaidsschan ausgeübt wird, zwingt die Regierungen in die Offensive. Dabei wird deutlich, daß sowohl die Əliyev-Regierung in Aserbaidsschan als auch die „Mullahkratie“ in Iran jegliche politische Kooperation mit Organisationen ablehnen, die territoriale Gegebenheiten in Frage stellen.

So ragt GAMOH aus der Fülle der Gesellschaften und Vereine heraus, die zum Teil nur regional oder national begrenzt als Kulturvereine etc. auftreten. Diese großen Organisationen treten mit dem Anspruch an, eine Integrationsfunktion für die politisch aktive aserbaidsschanische Diaspora zu erfüllen. Dabei muß bedacht werden, daß es sich bei aller Internationalität um personell eher überschaubare Vereinigungen handelt. GAMOH gibt zwar keine konkreten Mitgliederzahlen bekannt, bestätigt aber, daß 99 % der Anhänger in Iran zu finden seien. Im Ausland gäbe es lediglich Repräsentanten, welche sowohl in Europa als auch den USA die Arbeit Dr. Cohraganis und die Positionen von GAMOH förderten.<sup>487</sup>

Beispielgebend seien zwei Organisationen herausgehoben:

- Nationale Bewegung zum Erwachen Südaserbaidsschans (*Güney Azərbaycan Milli Oyanış Hareketi*, GAMOH)
- World Azerbaijanis Congress (*Dünya Azərbaycanlıları Konqresi*, DAK).

---

<sup>487</sup> In einem Gespräch mit Xəzər Turkoğlu, dem schwedischen Repräsentanten von GAMOH, am 05. Mai 2003.

## 1. HEIMAT IN DER FREMDE

“Es ist heutzutage möglich, in mehr als 20 Ländern der Welt ohne Schwierigkeiten Aserbaidtschan zu sprechen.”<sup>488</sup>

Derzeit lassen sich in den verschiedensten Ländern Organisationen nachweisen, welche die aserbaidtschanische Kultur vertreten und/oder politische Absichten verfolgen. Die folgenden Übersichten vermitteln einen Eindruck über die Vielzahl aserbaidtschanischer Organisationen und Medien, die sich der Kultur und Politik, aber auch der „aserbaidtschanischen Frage“ widmen.

Organisationen in der Diaspora<sup>489</sup>

EUROPA insgesamt 44	AMERIKA insgesamt 18	SONSTIGE insgesamt 24
18 Deutschland 5 Großbritannien 4 Frankreich 3 Rußland 3 Dänemark 3 Schweden 2 Schweiz 2 Niederlande 2 Norwegen 2 Österreich 1 Spanien, Belgien, Moldawien	15 USA 4 Kanada	7 Türkei 5 Georgien  12 Sonstige

Für Europa läßt sich festhalten, daß ein fast flächendeckendes aserbaidtschanisches Netz besteht. Zumindest in den meisten der westlichen Staaten Europas arbeiten aserbaidtschanische Organisationen.

Auffällig bei der Darstellung ist Deutschland als scheinbarer Schwerpunkt aserbaidtschanischer Aktivitäten.<sup>490</sup> Dabei ist der Anteil der in Deutschland lebenden Aserbaidtschaner mit geschätzten 20-50.000 vergleichsweise gering.

Schweden hingegen ist der Hauptsitz des DAK in Europa, der z.Zt. aktivsten Organisation in Europa. Zumindest gehen die meisten Aktivitäten von dort aus.

<sup>488</sup> BAB.:26.

<sup>489</sup> Vgl. BAB-MediaCD, Stand 2001; eigene Internet-Recherche.

<sup>490</sup> Möglicherweise gilt die in Deutschland so verbreitete und von der deutschen Gesetzgebung unterstützte „Vereinsmeierei“ als ein Erklärungsansatz.

Die USA nehmen mit 15 Organisationen den zweiten Rang ein. Leider lassen sich auch nach ausgiebigen Recherchen keine gesicherten Daten über die dortige aserbaidische Minderheit treffen.<sup>491</sup>

Medien (print, tv, internet)<sup>492</sup>

DIASPORA	REPUBLIK ASERBAIDSCHAN
Ana Dili Azerbaijan International Azerbaijan Online Çöhreqanlı Güneş Odlar Yurdu Tribun The Azer-Turk Website Varlıq	525 Qəzet ANS Ayna Azadlıq Bizim Əsr Xalq Cəbhəsi Xəbər.net Olaylar Sərq Yeni Müsavat Zerkalo

Mit Ausnahme der Republik Aserbaidische wird bei den Presseerzeugnissen und Internetseiten nicht immer deutlich, in welchem Land sie produziert werden. Für die Republik Aserbaidische gilt, daß drei der Publikationen (*Yeni Müsavat*, *Azadlıq* und *Xalq Cəbhəsi*) parteinahe Zeitungen sind, andere hingegen nach eigenen Aussagen politisch unabhängig (*Zerkalo*, 525). Die Publikationen aus der Diaspora sind teils einschlägig panaserbaidisch (*Ana Dili*, *Çöhreqanlı*), teils politisch neutral und eher kulturell-gesellschaftlich orientiert (*Azerbaijan international*).

In der angeführten Tabelle tauchen nur Medien aus der Diaspora und aus der Republik Aserbaidische auf. Nicht jedoch für Iran, da gesicherte Erkenntnisse über die Anzahl aserbaidischsprachiger Presseerzeugnisse in Iran selbst nicht vorliegen.

<sup>491</sup> Auch das „Census Bureau“ der US-Regierung verfügt scheinbar nicht über entsprechende Daten. Wenn überhaupt, tauchen in Statistiken nur die Begriffe „Iranisch“ bzw. „Türkisch“ auf.

<sup>492</sup> Die Tabellen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vgl. auch: Fenz, Hendrik: Grenzen der Demokratisierung in postautoritären Staaten am Beispiel Aserbaidischs, in: OSCE-Jahrbuch 2004; Ana Dili, [www.ocaq-berin.com](http://www.ocaq-berin.com); [www.danulduzu.20.com](http://www.danulduzu.20.com); [www.zerbaijan.com/var/links.htm](http://www.zerbaijan.com/var/links.htm).

Gerade auch für Iran wäre eine Aufarbeitung des Presse- und Medienwesens nicht nur nützlich, sondern auch aufschlußreich hinsichtlich der medialen Möglichkeiten der Aserbaidsschaner Irans. Es fehlt zwar nicht an Hinweisen im Internet<sup>493</sup>, darunter auch in aserbaidsschanischer Sprache. Jedoch ist nicht immer ersichtlich, ob diese Online-Medien aus dem Iran kommen oder andernorts erstellt werden.

Wie *Azerbaijan International* berichtet, gäbe es für die in Iran publizierten Zeitungen und Zeitschriften seit wenigen Jahren einen Aufschwung, der auch von den iranischen Aserbaidsschanern genutzt wird. Einerseits belege Iran 2002 auf dem „Index der Pressefreiheit“ der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ einem denkbar schlechten 122. Platz (von 139), andererseits erlebten lokale Zeitungen einen deutlichen Aufschwung. Dieser äußere sich inhaltlich durch ein verstärktes Hinwenden zu politischen Themen und „harten Fakten“. Auch im Sprachgebrauch ließen sich Veränderungen nachweisen. So würde das Standard-Aserbaidsschanisch die lokalen Dialektvarianten langsam verdrängen. Dies vor allem durch den Einfluß des Türkei-Türkischen und „Nord“-Aserbaidsschanischen via TV, Radio und Internet.

Die überregionale Verbreitung lokaler Zeitungen wie der am 27. April 2001 verbotenen *Omid-e Zanğān* (Hoffnung von Zanzan) fördert diesen Prozeß.<sup>494</sup>

„This and other local Azerbaijani papers write about the cultural rights of Azerbaijanis and even criticize local and national authorities on issues related to Azerbaijan.“<sup>495</sup>

Die staatliche Praxis in Iran, mißliebige Zeitungen und Zeitschriften mit Verboten, die Redakteure mit Klagen und Repressionen bis hin zu Haftstrafen unter Druck zu setzen, führt zu ständigen Neugründungen, oft durch eben jene Redakteure, deren Publikationen kurz zuvor verboten worden waren.

Die Verleihung des von BAB ausgelobten Preises „Integriertes Aserbaidsschan“ an die Zeitschrift zeigt die Würdigung der aserbaidsschanischen Erneuerung in Iran und ebenso die Verbundenheit der nordaserbaidsschanischen nationalen Bewegung mit Südaserbaidsschan.

---

<sup>493</sup> Entsprechende Links (z. B. [ocaq-berlin.com/Daten/linkler.htm](http://ocaq-berlin.com/Daten/linkler.htm)), verweisen auf iranische Internetseiten.

<sup>494</sup> Vgl. *Azerbaijan International*, 8/2-2000.

<sup>495</sup> Ebd.:10.

Im krassen Widerspruch zu der von *Azerbaijan International* gemachten Darstellung publizistischer Fortschritte in Iran stehen die Aussagen Çöhreqanlıs, dem Vorsitzenden von GAMOH, der die Rechte der Aserbaidischer in Iran beständig verletzt sieht und die verfassungsmäßigen Rechte ethnischer Minderheiten einfordert.<sup>496</sup>

Zu erklären ist dies vor allem durch die politische Standortbestimmung der Akteure. Während *Azerbaijan International* eine neutrale kulturpolitische Monatszeitschrift ist, arbeitet Çöhreqanlıs GAMOH nach eigenen Aussagen auf politischer Ebene gegen die Diskriminierung der Aserbaidischen Minderheit in Iran.

---

<sup>496</sup> Vgl. [www.cehreganli.com](http://www.cehreganli.com)

## 2. GAMOH

“Iran, where nationals are taken into custody and terrorist groups supported, as well as human rights abused, will become more dangerous with its nuclear weapons in future.”<sup>497</sup>

Das Weiße Haus, Amnesty International, der Europarat: Aserbaidsschanische Aktivisten machen mobil und senden ihre Botschaft in die Welt hinaus. Den bisher größten Erfolg konnten die Aktivisten der „Aserbaidsschanischen Frage“ vor der UNO feiern. Am 21. Februar 2003 gab das Menschenrechts-Komitee der UNO die Anerkennung der „Bewegung zum Erwachen Südaserbaidsschans“ bekannt. Es ist die gegenwärtig einzige politische Organisation, die vor der UNO die aserbaidsschanischen Türken Irans repräsentiert.<sup>498</sup>



Für diesen Erfolg steht Çöhreqanlı. früherer Lektor an der Universität in Täbris, Kandidat für die Parlamentswahlen 1995, politischer Gefangener und Exilant: Ein Mann, der ähnlich Elçibəy im Norden, für ein Selbstbestimmungsrecht der Aserbaidsschaner kämpft.<sup>499</sup>

<sup>497</sup> Vgl. [www.cehreganli.com/xeberler/in-baku7.html](http://www.cehreganli.com/xeberler/in-baku7.html) (Zugriff am 04. August 2003).

<sup>498</sup> Auch andere Bezeichnungen sind üblich: „SANAM (South Azerbaijan Awakening Movement), NMSA (National Movement of South Azerbaijan) und SANRM (South Azerbaijan Revival Movement) auf.

<sup>499</sup> Der Druck auf Teheran ist mittlerweile so groß, daß einer sicheren Rückkehr nichts mehr im Wege zu stehen scheint. Andererseits fordert die iranische Regierung von der Republik Aserbaidsschan die Ausweisung Çöhreqanlis aus Baku, wo er sich Juli 2003 für einige Tage aufhielt.

Daß er Erfolg hat, zeigt sich in der breiten Öffentlichkeit, die zu erreichen er vermag. Aslan Xalidli, Chef der „Initiativgruppe des Südaserbaischanischen Parlamentes“ sieht darin den Beginn einer friedlichen Entwicklung des südlichen Aserbaischans.

„[...] Doktor Mahmudali Chohragani's Kampf basiert sowohl auf demokratischen Werten als auch auf den Prinzipien der Weltgemeinschaft. Wir hoffen, daß die politische Bewegung andauern wird und alle Azeri-Türken in Südaserbaischan ihre Freiheit und ihre Rechte auf zivilem Wege erreichen werden.“<sup>500</sup>

Laut den Aussagen Çöhreǧanlı gegenüber dem Center for Strategic and International Studies, CSIS, stünde GAMOH fest auf dem politischen Boden des Staates Iran. Die territoriale Integrität Irans würde explizit unterstützt; eine Vereinigung mit der Republik Aserbaischan sei nicht vorgesehen. Jedoch würde das „Islamische Regime“ abgelehnt und ein demokratischer Iran gefordert, in dessen föderativen Grenzen die Rechte der „aserbaischanischen Türken“ respektiert werden. Für die Zukunft sieht GAMOH in einer „offenen Grenze ähnlich der in EU-Ländern“ ein gangbares zwischenstaatliches Modell mit der Republik Aserbaischan.<sup>501</sup>

Der *homepage* von Çöhreǧanlıs GAMOH läßt sich aber anderes entnehmen. Ein unabhängiges und von Iran getrenntes Aserbaischan wird dort ebensowenig ausgeschlossen wie eine Vereinigung der aserbaischanischen Gebiete.<sup>502</sup> Auf diese doch recht beachtlichen Unterschiede in der Programmatik angesprochen, gibt der GAMOH-Vorsitzende eine scheinbar diplomatische, aber doch recht aussagekräftige Antwort: „If and when Azerbaijani Turks decide to reunite no one can stop it.“<sup>503</sup>

Xəzər Turkoǧlu, GAMOH-Vertreter in Schweden, wies nachdrücklich darauf hin, daß es – aus verständlichen Gründen - innerhalb Irans keinerlei Stimmen gäbe, die eine Vereinigung mit der Republik Aserbaischan forderten.

Çöhreǧanlı sieht die neue nationale Bewegung als Nachfolgerin der „blutigen Revolutionen“ des 20. Jahrhunderts, die den „Schutz der national-kulturellen Rechte aller Azeris“ zum Ziel hätten.

---

<sup>500</sup> *Olaylar*, 27. Febr. 2003.

<sup>501</sup> Vgl. Çöhreǧanlı, Mahmudali: Azerbaijani Turks of Iran: Will they lead a Revolution again, in: CSIS Caucasus Project Meeting Notes, 8. Aug. 2002, [www.csis.org](http://www.csis.org). (Zugriff am 05. Mai 2003).

<sup>502</sup> Vgl. [www.cehreganli.com](http://www.cehreganli.com)

<sup>503</sup> Vgl. CSIS, 8. Aug. 2002. Zwar spricht er sich auch hier wieder gegen eine Vereinigung aus. Andererseits wohnt seiner Aussage eine potentielle Gefahr für den „Wenn-Fall“ inne.

„Among these movements I can list Khiyabani's movement, Pishervari's movement, Sheriatmedari event and Islam Revolution. Meshrute revolution had started in Azerbaijan and aimed to liquidation of despotism and domination of democracy.“<sup>504</sup>

Ihren Rückhalt habe die Bewegung in der inneriranischen Unterstützung durch 50 soziale Organisationen und durch die Mehrzahl der Studenten, sowie durch eine Internationalisierung der „aserbaidtschanischen Frage“.<sup>505</sup>

Gegenüber der Türkei und der Republik Aserbaidtschan zeigen sich in der Zusammenarbeit und der Wahl der Partner gewisse Parallelen.

Während Dr. Çöhreçanlı bei seinem Besuch der Türkei im Mai 2002 einer Einladung der türkischen „Grauen Wölfe“ und des dortigen Aserbaidtschanischen Kulturzentrums folgte, war es in der Republik Aserbaidtschan der Parlamentsabgeordnete der AXCP Cəmil Həsənli, auf dessen Einladung er nach Baku kam. Mit İğbal Ağazadə, ebenfalls AXCP-Abgeordneter und Vorsitzender von BAB gehörte ein weiterer prominenter Vertreter des Panaserbaidtschanismus zu den Gesprächspartnern. Die Einladung und geplante Zusammenarbeit macht Sinn, sieht die südaserbaidtschanische nationale Bewegung ihre Rolle doch nicht im Kampf um die Rechte ethnischer Minderheiten, speziell der Aserbaidtschaner, erschöpft. Vielmehr bilde Südaserbaidtschan eine Wegmarke für die Zukunft der türkischen Völker.

„The 'Southern Azerbaijan issue has a strategic importance because of the future of the Turkish world', says Çöhreçanlı, in reference to former Azerbaijani leader Ebulfehz Elcibey, who believes that the road to the Turkish world passes through Tabriz.“<sup>506</sup>

Sosehr die Kontakte zwischen national-aserbaidtschanischer Opposition in der Republik Aserbaidtschan und iranisch-aserbaidtschanischen Organisationen gedeihen, sosehr halten sich die Regierungen beider Länder, Türkei und Aserbaidtschan, mit offiziellen Kontakten zurück. Im Falle Aserbaidtschans bleibt Präsident Əliyev betont zurückhaltend. Eine „südaserbaidtschanische Frage“ würde als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans nicht thematisiert werden.

<sup>504</sup> Vgl. Sahil Information and Research Center, Baku, Januar 2002, in: [www.cehreganli.com](http://www.cehreganli.com).

<sup>505</sup> Von den 1.650.000 Studenten in Iran seien 50 % Aserbaidtschaner, die der Bewegung aufgeschlossen gegenüber stünden. Vgl. *Turkish Daily News*, 7. Mai 2002. Interview mit Çöhreçanlı.

<sup>506</sup> Ebd.

Trotz der offiziellen Zurückhaltung erkannte die Regierung der Republik Aserbaidschan das politische, aber vor allem wirtschaftliche Potential, das zumindest die Diaspora zu bieten hat.

Schon im November 2001 hatte Präsident Əliyev zum Ersten Weltkongreß der Aserbaidschaner nach Baku eingeladen. Mehr als 1.000 Teilnehmer aus 36 Ländern waren vertreten und symbolisierten damit gleichsam das Ziel des Kongresses: „to unite all Azeris living abroad and create closer ties between the Azeri diaspora around the world.“<sup>507</sup>

Im darauf folgenden Sommer 2002 setzte die Regierung ihre Diaspora-Ambitionen fort. Die Gründung eines staatlichen Komitees soll seitdem die Verbindungen und die Zusammenarbeit mit im Ausland lebenden Aserbaidschanern fördern. Der Vorsitzende des staatlichen Komitees, Nazim İbrahimov, geht von geschätzten 4 Millionen Auslandstürken allein in den GUS-Staaten aus. Diese gälte es anzusprechen und für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Aserbaidschans zu sensibilisieren. Dabei seien nicht nur die türkischen Aserbaidschaner angesprochen, sondern auch Russen, Juden und alle jene ethnischen Minderheiten, die Aserbaidschan verlassen haben. Von der Kooperation ausgenommen blieben jene Organisationen, die sich in die inneren Angelegenheiten Irans einmischen würden.<sup>508</sup> Zu diesen dürfte mit aller Wahrscheinlichkeit auch der Aserbaidschanische Weltkongreß zählen. Explizit ist die Einheit Aserbaidschans Satzungsziel und Programm zugleich.

Eine schon 1987 gegründete Organisation, die sich dem kulturellen Austausch mit der Diaspora verschrieb, ist Vətən. Deren Vorsitzender und heutige Premierminister Aserbaidschans, Elçin Əfəndiyev, sah in der Förderung der aserbaidschanischen Kultur im Ausland die Hauptaufgabe der Gesellschaft. Vətən sollte die geistige Brücke sein zwischen den in und außerhalb der Republik lebenden Aserbaidschanern. Mittlerweile betätigt sich Vətən auch auf ökonomischem Gebiet, ohne dabei von einer neu gesetzten Zielrichtung abzuweichen. So setzt Əfəndiyev die Existenz der Gesellschaft in Bezug auf die Unabhängigkeit Aserbaidschans.

„The Vatan society still exists, and I hope that it will grow stronger in its activities related to an independent Azerbaijan.“<sup>509</sup>

---

<sup>507</sup> Vgl. *Caspian Business News*, 27. Nov. 2002.

<sup>508</sup> Vgl. *TURAN*, 13. Sept. 2002.

<sup>509</sup> [www.azer.com/aiweb/categories/magazine/ai101\\_folder/101\\_articles/101\\_afandiyev.html](http://www.azer.com/aiweb/categories/magazine/ai101_folder/101_articles/101_afandiyev.html)

### 3. DAK

„[...] mit unserer Kraft werden wir erfolgreich sein bei der Unabhängigkeit Südaserbaidshans und der Verwirklichung des Ideals eines Gesamtaserbaidshans.“<sup>510</sup>

Eine der international am breitesten agierenden Organisationen ist der Aserbaidshansische Weltkongreß (*Dünya Azərbaycan Kongresi*, DAK).

Logo von DAK



Ihren Hauptsitz hat die 1992 gegründete Vereinigung in den USA, verfügt aber mittlerweile über Kontaktstellen in Aserbaidshans, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und der Türkei. Mit den Jahrestagungen, die bisher in den USA (1997, Los Angeles und 1998, Washington), Deutschland (1999, Köln), Frankreich (2000, Straßburg), Schweden (2001, Malmö) und in den Niederlanden (2002, Den Haag) stattfanden, beweist DAK nicht nur Kontinuität, sondern ebenso die Fähigkeit, sich ein internationales Netzwerk aufzubauen.

Die personellen Verflechtungen des Vorstandes des Weltkongresses mit anderen nationalen Organisationen machen dabei einmal mehr deutlich, wie eng die Kooperation ist. So finden wir mit Vaqif Sultanlı nicht nur den Chefredakteur der DAK-Zeitschrift *Dünya Azərbaycanlıları*, sondern auch ein Vorstandsmitglied von BAB.

Mit İqbal Ağazadə und Sabır Rüstəmxanlı arbeiten zudem zwei aserbaidshansische Parlamentsabgeordnete für DAK. Sabır Rüstəmxanlı ist darüber hinaus Vorsitzender der Partei der Bürgersolidarität (*Vətəndaş Həmrə'lyiyi Partiyası*, VHP).<sup>511</sup>

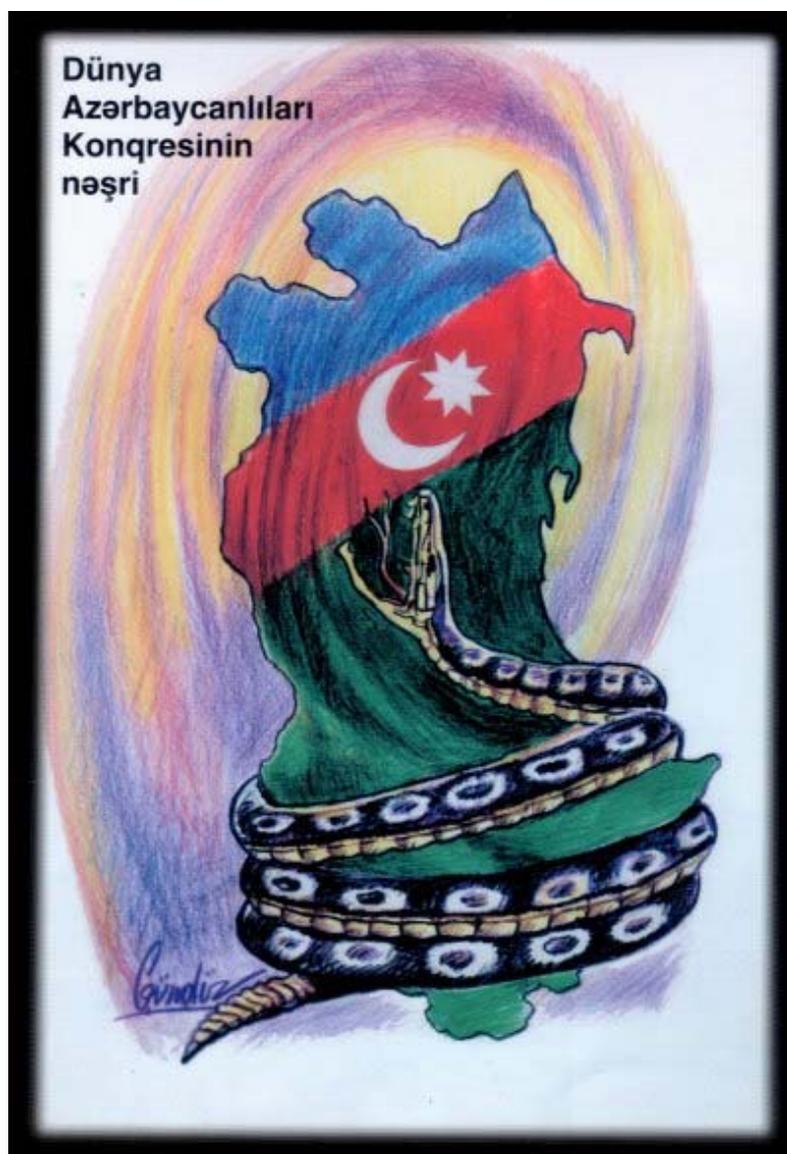
<sup>510</sup> Cavad Dərəxti bei der Unterzeichnung des Memorandums. Vgl. *Yeni Müsavat*, 02. Juli 2003.

<sup>511</sup> Bei einem Besuch der *websites* von VHP besteht die Möglichkeit, sich über einen Link mit BAB vertraut zu machen ([www.vhp-az.com](http://www.vhp-az.com)). Die interaktive Karte ist dabei identisch mit der von BAB.

Die personelle Nähe zur Gesamtaserbaidshanschen Union nimmt in der programmatischen Ausrichtung von DAK ihren Fortgang. In der Durchsetzung von Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und der besonders herausgehobenen national-kulturellen Autonomie sieht DAK ihre Aufgabe.

Dabei untermauert DAK die Forderungen durch einen historischen Ansatz. Wie ausnahmslos alle national-orientierten Parteien und Organisationen bezieht auch diese Organisation sich auf die Trennung „Aserbaidshans“ 1828 und die nationalen Revolutionen von 1918 und 1945.

Behindert würde die „sozial-kulturelle Integration Süd- und Nordaserbaidshans“ durch den schon anderenorts zitierten „persischen Chauvinismus“.<sup>512</sup>



Deckblatt der Zeitschrift *Dünya Azərbaycan*, 1-2000.

<sup>512</sup> Vgl. Statut von DAK, Baku 2002:16ff.

Auf einem Arbeitstreffen am 09. November 2002 wurde im Tagungsprotokoll dann auch ein Maßnahmenkatalog festgelegt, der die kommenden Aktivitäten sowohl in der Republik Aserbaidshans als auch in Iran festhält. Wichtigster Punkt ist die Freiheit und Unabhängigkeit (*bağimsızlıq*) „Südaserbaidshans“. Mit einem auf „Südaserbaidshans“ und einem auf die Diaspora ausgerichteten Programm werden die Aktivitäten gesteuert. Im Süden sei dazu der Organisationsgrad und die Propagandatätigkeit zu erhöhen. In der Diaspora hingegen sei die Zusammenarbeit zu verbessern und der kulturelle Einfluß zu verstärken. Letzter zielt insbesondere auf die Verbesserung des aserbaidshanschen Sprachangebotes ab.<sup>513</sup>

Auch wenn nicht explizit von einer Vereinigung Aserbaidshans die Rede ist, so beweist schon ein Blick in die Publikationen von DAK, daß diese angestrebt wird. Allein in der ersten Ausgabe des DAK-Magazins von 2002 weisen drei Karikaturen auf die Trennung und die angestrebte territoriale „Wiedervereinigung“ hin.<sup>514</sup>

Eine Vielzahl der Beiträge thematisiert die aserbaidshansische Vereinigung, etwa die Artikel von Çingiz Göytürklə („Die Einheit Aserbaidshans ist unser Hauptziel“) und von Arif Rəhimoğlu („Vereinigung, Nationswerdung, Staatlichkeit“), letzterer Vorstandsmitglied bei BAB.

Der Chefredakteur des Magazins, Vaqif Sultanlı, gedenkt in seinem Vorwort der großen Führer der Nationalbewegung: Məmməd Əmin Rəsulzadə, und Əbulfəz Elçibəy. Deren Bemühungen faßt er dann auch in einer in die Zukunft weisenden ideologischen Essenz zusammen:<sup>515</sup>

### **Bütövləşmə – Millətlaşmə - Dövlətlaşmə**

Diese Programmatik und ideologische Ausrichtung von DAK trat in einem persönlichen Gespräch mit Sultanlı noch deutlicher zu Tage. Sultanlı verwies dabei auf die Schlüsselrolle, die DAK bei der Koordination der regionalen und nationalen Organisationen einnimmt. DAK verstehe sich – so Sultanlı – weniger als eine ideologietragende Organisation, denn als Plattform, die den einzelnen Strömungen zur Verbreitung ihrer Positionen verhilft.<sup>516</sup>

<sup>513</sup> Vgl. [www.azerbajan-congress.com/Prot-3-02.doc](http://www.azerbajan-congress.com/Prot-3-02.doc) (Zugriff am 12. Januar 2003).

<sup>514</sup> Vgl. *Dünya Azərbaycan*, 1-2002, Cover, S. 14, S. 125.

<sup>515</sup> Vereinigung, Nationswerdung, Staatlichkeit.

<sup>516</sup> Das Gespräch fand am 16. Oktober 2002 in Hamburg statt.

Mit einem Appell an das UN-Büro für Menschenrechte, der Iran anklagt, ethnischen Minderheiten ihre verfassungsmäßigen Rechte (kulturelle und sprachliche Autonomie etc.) vorzuenthalten und damit gleichsam gegen die UN-Charta zu verstoßen, gibt DAK vor allem den aserbaidischen Iranern eine Stimme:

„We ask you by this appeal to help us in restoring the rights of the over 30 million South Azerbaijani Turks according to the statement of the UNO human rights. We ask you to object to the contrary actions of Iran against UNO human rights statement and international legal rules.“<sup>517</sup>

Daß damit einmal mehr mit überzogenen Bevölkerungszahlen in Iran argumentiert wird (mehr als 30 Millionen), mag eine quantitative Fehleinschätzung sein, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die UNO, ähnlich wie im Fall der GAMOH, mit einer „südaserbaidischen Frage“ konfrontiert wird. Und mit der Anerkennung der Problematik an sich erwächst aus der „südaserbaidischen Frage“ schnell ein „südaserbaidischer Konflikt“.

Angesprochen auf die Möglichkeiten politischer Partizipation, die Organisationen wie BAB und DAK in der Republik Aserbaidisch haben, bestätigte Sultanlı die Zurückhaltung der aserbaidischen Regierung auf alle Pläne, die entweder in innere Angelegenheiten Irans eingreifen oder territoriale Fragen berühren würden. Gleichzeitig sei DAK an einer breiten Basis zur Durchsetzung der Interessen gelegen. Hierzu würden gerade auch in der Republik Aserbaidisch weitere Kooperationen angestrebt werden.

Bester Beweis dafür ist das vom Aserbaidischen Weltkongreß und der Gesamtaserbaidischen Union im Juli 2003 vorgelegte Memorandum über gemeinsame Zusammenarbeit.<sup>518</sup> Inhaltlich geht das Memorandum nicht über die Programme von DAK und BAB hinaus. Es zeigt aber die Entschlossenheit, mit der die „aserbaidische Frage“ verfolgt wird.

Der Zeitpunkt der Unterzeichnung war nicht zufällig gewählt, weilte doch in diesen Tagen ebenfalls Dr. Çöhreqanlı zu Gesprächen in Baku.

---

<sup>517</sup> Vgl. [www.azerbaijan-congress.com/UNO-e.html](http://www.azerbaijan-congress.com/UNO-e.html)

<sup>518</sup> Memorandum vom Juli 2003. Fast gebetsmühlenartig wird einmal mehr der persische Chauvinismus (*Fars şovinizm*) als eine Hauptgefahr beschworen.

Erstaunlich an diesem Memorandum ist weniger der Umstand daß es zustande kam. Immerhin sind sich BAB und DAK in ihren Zielen weitgehend einig. Erstaunlich ist das relativ hohe Interesse der Medien an diesem Ereignis. Gleich fünf Zeitungen berichteten am darauffolgenden Tag von der Unterzeichnung: *Bizim Əsr-gəzətəsi*, *Üçnoqta gəzətəsi*, *525.ci gəzətəsi*, *Yeni Müsavat*, *Cümhuriyət*. Erstaunlich daran ist ebenso, daß keine regierungsnahen Zeitungen davon Notiz zu nehmen schienen. Deutlicher kann der politische Standpunkt der Regierung nicht zum Ausdruck kommen: keine Kontakte zur panaserbaischanischen Opposition.

### ZUSAMMENFASSUNG

Die panaserbaidischen Organisationen betonen einerseits zwar den friedlichen Charakter eines kulturellen und territorial-staatlichen Überganges, schließen aber andererseits andere Mittel zu dessen Umsetzung nicht aus.

Je besser es die Aktivisten verstehen, die gesellschaftliche Basis zu verbreitern, auf der die Forderungen nach Machtwechsel, Autonomie, Verfassungsrechten und Vereinigung stehen, umso größer die Erfolgsaussichten. In diesem Sinne werden Netzwerke geknüpft und wird versucht, die aus Sicht der Organisationen so wichtige „südaserbaidische Frage“ auf die internationale Tagesordnung zu bringen. Hoffnungsvoll daher die Stimme Çingiz Göytürks wenn er diese Entwicklung beschwört:

„Die Stimme der aserbaidischen Nationalbewegung wird von der Presse Amerikas, Europas und der Türkei aufgenommen.“<sup>519</sup>

Internationale Organisationen wie DAK oder der eher international agierende Çöhreqanlı agieren als Mittler und Vermittler zwischen Einzelgruppen. Sie sind verantwortlich für die Herausbildung eines internationalen Netzwerkes.

Dabei fällt eine Doppelstrategie auf. Während in Iran vor allem Forderungen nach kultureller Autonomie und nach Einhaltung der Verfassung etc. laut werden, vertreten die Organisationen in der Republik Aserbaidischans einen klaren Panaserbaidischanismus mit deutlichen territorialen Ansprüchen bis hin zum Irredentismus.

Die Internationalisierung der „aserbaidischen Frage“, wie sie den Hauptverfechtern des Panaserbaidischanismus vorschwebt, schafft nicht nur eine breitere Öffentlichkeit, sondern soll auch den Druck auf die Regierungen Aserbaidischans und Irans erhöhen. Trotz dieses Druckes sind die Regierungen gegenwärtig weit davon entfernt, eine Zusammenarbeit mit den panaserbaidischen bzw. national-aserbaidischen Organisationen aufzunehmen, geschweige denn entsprechende politische Zugeständnisse zu machen.

---

<sup>519</sup> Vgl. *Yeni Müsavat*, 02. Juli 2003.

## FAZIT TEIL III

Nationalismus und Demokratisierung sind in Aserbaidschan zwei Konstanten in einem fortlaufenden Prozeß der Transformation.

Hervorgerufen durch die Moskauer Zugeständnisse an die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Regionen, zeigten sich in den 80er Jahren erste Ansätze einer erstarkenden nationalen Identität. Im Moment des politischen Machtverlustes des Zentrums wurde die aserbaidische Identität zur Identifikationsebene, auf der sich, noch unstrukturiert und unorganisiert, Reformwillige und Regimegegner trafen.

Die Initiation einer demokratisch orientierten Nationalbewegung, die sich, allem anderen voraus, dem Sturz des kommunistischen Regimes verschrieben hatte, erfolgte 1989 mit der Gründung der Volksfront. Deren Vorsitzender, der russophobe Antikommunist Elçibəy, war bis zu seinem Tode im Jahr 2000 die Leitfigur nicht nur des politischen Wandels, sondern immer stärker auch eines auf die Vereinigung der aserbaidischen Gebiete hinzielenden Panaserbaidschanismus. Er steht für einen territorial-fixierten Nationalismus, der im „russischen Imperialismus“ und „iranischen Chauvinismus“ die ärgsten Feinde des aserbaidischen Volkes ausmacht.

Die untersuchten Organisationen, weisen folgende Gemeinsamkeiten auf:

- in ihrer ideologischen Ausrichtung sind sie durchweg national-aserbaidschanisch
- sie vertreten, wenn auch in unterschiedlichem Grad, einen Panaserbaidschanismus
- außer einer kurzen Zeitspanne (1992-93) stehen die aserbaidischen Nationalisten in der Opposition

Mit dem Regimewechsel, der 1990 in der Souveränitätserklärung der Republik seinen Anfang nahm und 1992 in der Wahl Elçibəys zum Präsidenten seinem ersten Höhepunkt entgegenschritt, setzte die Diversifizierung des national-aserbaidschanischen Bewegung ein. Eine Vielzahl politischer Parteien bildete sich, oftmals Abspaltungen von der AXC, die ein weites politisches Spektrum von gemäßigten national-demokratischen Parteien (Müsavat, AMİP, ...) bis hin zu radikalen turkistischen Parteien abdeckten. Für das letztendliche Scheitern der Volksfront-Regierung waren drei Faktoren ausschlaggebend: Territorialisierung des Konfliktes um Berg-Karabach, programmatische Konzeptlosigkeit und innerparteiliche Machtkämpfe.

Ein durch einen Militärputsch ausgelöster Umschwung trieb Elçibəy 1993 ins Exil nach Nachitschevan und Əliyev an die Spitze des Staates. Dessen umstrittene Machtübernahme, mit der er die Volksfront von ihrer kurzen Regierungsverantwortung befreite, sicherte dem Land einen dringend benötigten inneren wie äußeren Frieden. Dabei hatte der neue Präsident mit zwei Problemen zu kämpfen, die das Land schon in den 60-70er Jahren in der Entwicklung behinderten: Korruption und Nepotismus einerseits, präsidentiale Machtanhäufung andererseits. In der Bevölkerung wird die autokratische Regierungsführung nur aufgrund der nach wie vor hohen Reputation Əliyevs akzeptiert.

Zurückgedrängt in die Opposition, fanden die national-aserbaidshischen Parteien im Sturz Əliyevs erneut zu einem gemeinsamen politischen Nenner. Die Bildung von Wahlblöcken und Parteikoalitionen garantierte zwar die parlamentarische Mitsprache, aber auf einem derart niederen Niveau, daß von der Regierung initiierte Vorlagen wie die Bezeichnung der Staatssprache und die Annahme der Verfassung selten auf nennenswerten Widerspruch stieß.

Stagnation also im politischen Alltagsgeschäft. Die Omnipräsenz des Präsidentenapparates findet ihr Komplementär in der Ohnmacht der Opposition.

Auf einem anderen Gebiet, dem panaserbaidshischen Nationalismus, herrscht hingegen rege Bewegung. Die Frage der aserbaidshischen Vereinigung wird sowohl innerhalb der Republik Aserbaidshen als auch grenzübergreifend und auf internationaler Ebene gehandelt. In der Republik Aserbaidshen gibt es einen hohen Grad an personellen Überschneidungen national-aserbaidshischer Parteien (AXCP, Müsavat, ...) mit der panaserbaidshischen Organisation BAB. Eine enge Kooperation national-aserbaidshischer Parteien besteht über die Wahlbündnisse hinaus mit panaserbaidshischen Organisationen sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene. Diese Zusammenarbeit deutet eine Verschiebung der programmatischen Ausrichtung der Parteien auf einen panaserbaidshischen Kurs an. Der seit 175 Jahren geltende Status quo des „geteilten Aserbaidshens“ steht zur Debatte. Unabhängigkeit und Vereinigung haben ihren Eingang in den Forderungskatalog der Nationalisten gefunden.

„Unser Weg der Nationalisierung und Staatsbildung fängt mit der Vereinigung an. Die Formel Elçibəys: ‚Vereinigung, Nationswerdung, Staatsbildung‘ spiegelt genau dies wieder.“<sup>520</sup>

---

<sup>520</sup> BAB:52.

„[Dr. Chohreganli] called on the Iranian Azeris to unite within a monolith movement to develop as national movement struggling for own rights. According to him, that must be based on the nationalist ideology.“<sup>521</sup>

In den vergangenen Jahren schlossen sich Organisationen wie BAB, DAK, GAMOH u.a. zu einem Netzwerk zusammen, das mittlerweile ein konzertiertes Zusammenspiel erlaubt. Ziel ist die Vereinigung von „Nord- und Süd“-Aserbaidshan. Drei Etappen sind dafür vorgesehen:

- Unabhängigkeit Iranisch-Aserbaidshans
- Nationswerdung
- Zusammenschluß.

Die Haltung der aserbaidshanischen Wirtschafts- und Machteliten in Iran ist nicht durchgängig panaserbaidshanisch. Durch ihre politische und wirtschaftliche Integration in die Islamische Republik Iran stehen sie einer Vereinigung mehrheitlich skeptisch gegenüber. Es bedürfte mehr als ideologischer Anreize, um diese zur Aufgabe bestehender Privilegien zu bewegen.

Gruppen wie Individuen gehen, wie im Teil I dargestellt worden ist, erst dann Risiken ein, wenn das kollektive Engagement, in diesem Fall für ein autonomes oder vereintes Aserbaidshan, einen Nutzen verspricht, der unter den aktuell herrschenden Gegebenheiten nicht zu erlangen ist. So engagiert man sich vorerst für mehr Demokratie und nationale Rechte innerhalb Irans:

„We, the undersigned, representing the writers, poets, academics and students, journalists and political activists of Azarbaijan, supported by other fellow countrymen in building a comprehensive front for demand of democracy express our opinions on the basic outlines of the freedom loving movement of the Iranian nation as follow: [...]

- In respect of the fact that Iran is a country with multiple nationalities, and various recognised, mass-scale and independent languages such as Turkish, Farsi, Arabic, [...] have been in use in its vast geography throughout the history, quick acceptance and transparent fulfilment of the obvious principle of education in the mother language in all levels of education is an essential fact.

- In respect of the fact that all languages and dialects and also all cultural heritage belong to the spiritual wealth of the nation, creating appropriate conditions for survival and flourishing of all active languages and dialects of Iran, and protecting and restoring all the cultural memorials without discrimination is our demand.“<sup>522</sup>

<sup>521</sup> [www.cehreganli.com/xeberler/from-baku.html](http://www.cehreganli.com/xeberler/from-baku.html)

<sup>522</sup> Azerbaijan speaks! Vgl. [www.cehreganli.com/gorush/az-speaks.txt](http://www.cehreganli.com/gorush/az-speaks.txt).

Die Regierungen Irans und Aserbaidshans hingegen lehnen jegliche Kooperation mit panaserbaidshanischen Organisationen ab; steht die Gefahr doch nahe, bei einer Zusammenarbeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten bezichtigt zu werden. Mit der Internationalisierung der „aserbaidshanischen Frage“ erhoffen sich die Organisationen zum einen ein internationales Engagement gegen die iranische Regierung, zum anderen soll Druck auf Iran und Aserbaidshan ausgeübt werden.

Für alle aserbaidshanischen Organisationen und Parteien, ob national oder kommunistisch, nord- oder südaserbaidshanisch, steht die Sprach- und Schriftgestaltung als zentraler Grundstein im nationalen Gebäude. Trotz widersprechender Positionen im Detail besteht Konsens über die Stärkung des Aserbaidshanischen zumindest auf zwei Feldern: Lateinisch als Schriftsystem und Aserbaidshanisch als Standardsprache. In diesem Sinne gehört Heydər Əliyev noch einmal das Wort, der – *pars pro toto* – Sprache und Identität als Einheit sieht:

„Every nation must love its own language. If people don't love their own country and if they don't have their own language, they can never become a strong nation.“<sup>523</sup>

---

<sup>523</sup> *Azerbaijan International* 9 (2001) 3. Interview mit Heydər Əliyev.

## SCHLUßBEMERKUNGEN

Inmitten eines politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses kann Aserbaidshan auf ein bewegtes 20. Jahrhundert zurückblicken. Zwischen russischem Kolonialismus und Industrialisierung, Pogromen und Weltkriegen, Stalinterror und sowjetischer Stagnation kämpften Generationen von Aserbaidshanern um kulturelle Autonomie, staatliche Souveränität und territoriale Vereinigung. Es gab wenige fruchtbare Perioden, in denen eine nationale Identität gedeihen konnte. Sie lassen sich in einem Überblick wie folgt zusammenfassen:

- Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts waren es die Dschadidisten und Mirzə Fəth-Əli Ahundzadə, die zur Reformierung der muslimischen Gesellschaft aufriefen, um diese gegen die vordringende „westliche“ Welt und deren Wirtschaftssystem zu stärken.
- Anfang des 20. Jahrhunderts waren es politische Aktivisten, vornehmlich aus gebildeten Kreisen, die sich in Vereinen und Parteien zu organisieren begannen.
- Die Republikgründung 1918 war ein bedeutender Sieg der aserbaidshanischen Nationalisten, auch wenn sie sich der anströmenden kommunistischen Macht beugen mußten. Zudem war mit der ADR zum ersten Mal in der aserbaidshanischen Geschichte ein autonomer Nationalstaat entstanden.
- Einen erneuten Versuch nationaler Staatlichkeit unternahmen Aserbaidshaner 1945 mit der PRA. Nur dank der Unterstützung durch die Sowjetunion konnte die Regierung bestehen. Die internationalen Verwicklungen zwischen den Großmächten und früheren Anti-Hitler-Koalitionären trieben die politischen Blöcke in den Kalten Krieg.
- Der Regimewechsel in Iran 1979 war ein Hoffnungsschimmer für mehr kulturelle Autonomie der nationalen Minderheiten. Die aserbaidshanische Unterstützung der Revolution schwand jedoch in dem Maße, wie die Repressalien gegen Minderheiten zunahmen. Auch wenn seit Jahrzehnten die kulturelle Autonomie der Aserbaidshaner in Iran massiv eingeschränkt ist, so lebt der ursprüngliche Geist der Bewegung fort.
- Mit dem Zusammenbruch der UdSSR gewann Sowjet-Aserbaidshan die Unabhängigkeit. Der Regimewechsel war nicht nur ein politischer oder wirtschaftlicher: er war vor allem ein ideologischer Wechsel.
- Der Prozeß der Demokratisierung ist mittlerweile ins Stocken geraten. Es fehlt an einer Zusammenarbeit von Regierung und Opposition und an praktikablen Konzepten für weitere wirtschaftliche und politische Reformen. Eine Lösung für Berg-Karabach ist nicht in Sicht.

Bilden die vergangenen 150 Jahre das Gerüst, um das sich die aserbaidische Gemeinschaft – zumindest auf dem Gebiet der heutigen Republik – zu einer Nation formte, so ist die durch Sehnsuchtsliteratur, Islamische Revolution und Unabhängigkeit geprägte Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg, der eigentliche Nukleus im Prozeß des *nation building*.

Diese Phasen in ein historisches Kontinuum zu setzen, wie es einige aserbaidische Historiker und Politiker praktizieren, mag der propagandistisch gefärbte Versuch sein, politische wie territoriale Ansprüche zu legitimieren, ignoriert aber nicht selten den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Deutlich wird dies, wenn es um die angebliche „vornationale“ Geschichte Aserbaidischans geht und Reiche und Vorfahren bemüht und in einen konstruierten Zusammenhang mit Aserbaidischans gestellt werden.

Drei Faktoren stärkten seit Ende der 80er Jahre einen aserbaidischen Nationalismus: der Zerfall der UdSSR, die staatliche Unabhängigkeit Aserbaidischans und der Konflikt um Berg-Karabach. Einmal geweckt, erfolgte die ideologische Rückkopplung und die Nationalisierung der Politik.

Dabei zeigen sich zwischen den politischen Parteien erhebliche Unterschiede in der Regierungsführung. Während die „Wende“-Kommunisten unter Mutəlibov auf die Hilfe und Kraft Moskaus bauten, setzten die Nationalisten unter Elçibəy auf eine antirussische Politik und Wirtschaftsentwicklung, die sich dem türkischen Element verpflichtet fühlte und die ethnischen Gemeinschaften von der Regierungsbeteiligung ausschloß. Anders hingegen die Staatsführung unter Präsident Əliyev, der über die Politik des Interessenausgleiches nicht nur die virulenten Konflikte einzudämmen vermochte, sondern sich gleichzeitig eine breite Machtbasis sichern konnte.

Nach 15 Jahren der Transformation steht Aserbaidischans erneut an einem Wendepunkt. Die politischen Kräfte müssen sich über die Richtung, die das Land perspektivisch einschlagen soll, einigen. Zur Auswahl stehen zwei Wege: Dynastie der Macht oder demokratischer Pluralismus.

Steht Heydər Əliyev für den innerfamiliären Machterhalt, so steht die national-aserbaidische Opposition um den verstorbenen Əbulfəz Elçibəy für den demokratischen Aufbruch aus dem realsozialistischen Verbund, aber auch für einen ausgeprägten aserbaidischen Nationalismus. Die Grenzen zwischen beiden Lagern sind fließend.

Der Grundstein zu einer Dynastisierung der Macht, wie sie sich mittlerweile auch in zentralasiatischen FSU-Staaten beobachten läßt, ist gelegt. Die Gründung der Partei Neues Aserbaidshan, YAP und die Besetzung hochrangiger Posten mit Getreuen manifestiert sich beispielhaft im Sohn Heydər Əliyevs, İlham Əliyev. Dieser ist mittlerweile nicht nur Parteivorsitzender der YAP, Vize-Präsident des aserbaidshanischen Ölunternehmens SOCAR, Chef des Nationalen Olympischen Komitees, sondern auch Regierungschef und seit 05. August 2003 vom Präsidenten ernannter Premierminister. Viel mehr an Personalunion geht kaum. Sein Sieg bei der Präsidentschaftswahl im Herbst 2003 zementierte trotz der mehrtägigen Unruhen in der Hauptstadt Baku die Macht nicht nur İlham Əliyevs, sondern auch der YAP. Anders als in Georgien wenige Wochen später, wo mit der erzwungenen Abdankung des Präsidenten eine politische Ära zu Ende ging, besteht in Aserbaidshan die „Nomenklatura-Tradition“ auch in der Person des neuen Präsidenten weiter.

„So vererben die Herrscher der früheren Sowjetrepubliken nun die Macht an Ihresgleichen wie einst in Königreichen üblich. Denn der Arbeiterschaft trauen die neuen Herren nicht mehr viel zu: ‚Niemals werden wir kulturlosen Gemüsehändlern gestatten, an die Macht zu kommen.‘ So spricht der zukünftige Herrscher Aserbaidshans, İlham Əliyev.“<sup>524</sup>

Mit dem neuesten Wahlbündnis „Unser Aserbaidshan“ wird ein weiteres Mal der Versuch unternommen, die Präsidentschaft Əliyevs auf demokratischem Wege zu beenden und die Machtverhältnisse umzudrehen. Auf einem Treffen oppositioneller Parteien (Müsavat, ANIP, AXCP) Ende August 2003 in London konnte man sich jedoch nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.

„Arif Hajily, Musavat party's deputy chairman, noted that the parties' leaders have to come to a common opinion that they need cooperation to prevent monarchy in the republic.“<sup>525</sup>

Gelingt dies nicht, wie es auch wenige Wochen vor der Wahl im Oktober 2003 den Anschein hat, ist unter gegenwärtigen Bedingungen eine demokratische Konsolidierung unmöglich.

---

<sup>524</sup> Vgl. [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-260483,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-260483,00.html)

<sup>525</sup> Vgl. [www.bakutoday.net/view.php?d=5922](http://www.bakutoday.net/view.php?d=5922) (Zugriff am 27. August 2003).

## BIBLIOGRAPHIE

## BIBLIOGRAPHISCHE ABKÜRZUNGEN

AWA	Akademie der Wissenschaften Aserbaidschans (AdW. d. ASSR)
AYB	Azerbaycan Yurt Bilgisi, Istanbul
ASE	Azerbaycan Sovet Ensiklopediyası
BIOS	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
CAS	Central Asian Survey
CC	Caspian Crossroads
CMRS	Cahiers du Monde Russe et Soviétique
CSIS	Center for Strategic & International Studies
EI	Encyclopedia of Islam
ESU	Enzyklopädie der UdSSR
GA-AR	Staatliches Archiv der Aserbaidshanischen Republik
GAPPOD	Staatl. Archiv für polit. Parteien und gesellschaftliche Bewegungen
IsAz	Istoriya Azərbaycana
JTS	Journal of Turkish Studies
KölnZSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
MEJ	Middle East Journal
NO	Der Neue Orient
OEI	Osteuropa-Institut
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PTF	Philologiae Turcicae Fundamenta
RH	Russian History
RN	Revoljucija i Nacional'nosti
SR	Slavic Review
VE	Vostočnij Ekspres
WI	Welt des Islam

## 1. Dokumente & Quellen

### **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA)**

- Geheime Akten, Der Weltkrieg Nr.11 (Unternehmungen gegen unsere Feinde), Bd. 1, Bl. 16.  
 Geheime Akten, Der Weltkrieg Nr. 11 d secr., Bd. 1., Blatt unleserl.  
 Geheime Akten, Der Weltkrieg Nr. 11 d secr. (Unternehmungen [...] im Kaukasus), Bd. 6, Bl. 13.  
 Geheime Akten, Der Weltkrieg Nr. 11 d secr. (Unternehmungen [...] im Kaukasus), Bd. 6, Bl. 13f. und 18f.  
 Geheime Akten, Der Weltkrieg, Nr. 11 d secr. (Unternehmungen [...] im Kaukasus), Bd. 6, Bl. 183, Garantieerklärung vom 06. Juli 1915.

### **Staatliches Archiv der Aserbaidzhanischen Republik, (GA-AR), Gosudarstvennyj Archiv Azerbajdzanskoj Respubliki**

- fond 27/ opis' 1/ delo 707, 1. 8.  
 fond 894/ opis'10/ delo 104, 1. 1.  
 fond 894/ opis' 10/ delo 80, 11. 40-43.  
 fond 51/ opis' 1/ delo 7, 11. 31-33.  
 fond 895/ opis' 1/ delo 16, 1. 270.  
 fond 1017s/ opis' 1s/ delo 89, 11. 1-59.

### **Staatl. Archiv für polit. Parteien und gesellschaftliche Bewegungen (GAPPOD), Gosudarstvennyj Archiv Političeskich Partii i Obščestvennych Dviženii**

- |                              |                               |
|------------------------------|-------------------------------|
| fond 11, opis' 2, delo 1.    | fond 276, opis' 7, delo 178.  |
| fond 11, opis' 2, delo 33.   | fond 276, opis' 7, delo 220.  |
| fond 268, opis' 23, delo 15. | fond 276, opis' 7, delo 258.  |
| fond 276, opis' 7, delo 3.   | Fond 276, opis' 8, delo 529.  |
| fond 276, opis' 7, delo 5.   | fond 276, opis' 8, delo 170.  |
| fond 276, opis' 7, delo 145. | fond 276, opis' 8, delo 181a. |
| fond 276, opis' 7, delo 168. | fond 276, opis' 8, delo 394.  |
| fond 276, opis' 7, delo 169. | fond 276, opis' 8, delo 528a. |
| fond 276, opis' 7, delo 171. | fond 276, opis' 8, delo 535.  |
| fond 276, opis' 7, delo 172. | fond 276, opis' 8, delo 562.  |
| fond 276, opis' 7, delo 173. | fond 276, opis' 7, delo 200   |
| fond 276, opis' 7, delo 174. |                               |

## Quellen

### A/B

AXC-Programm. In: [www.axcp.az/html/body\\_about.html](http://www.axcp.az/html/body_about.html)

Ahundzadə, Mirzə Fəth-Əli: *Əsərləri*. Baku: ELM, 1955.

Alter, Peter: *Nationalismus*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1985.

Balayev, Aydin: *Rules of Azerbaijan Popular Front Party 1988-1991*. In: [www.axcp.az/html/body\\_about.html](http://www.axcp.az/html/body_about.html).

*Bor'ba za pobedu sovjetskoj vlasti v Azerbajdžane 1918-1920*. Dokumenty i materialy. Baku: ELM, 1967.

*Bor'ba za pobedu socialističeskoj revoljuzii v Azerbajžane*. Dokumenty i materialy. Baku: Kommunističeskaja Partija Azerbajžana, Institut Istorii Partii, 1967.

*Bütöv Azərbaycan Birliyinin Məramnaməsi*, Baku, 2001.

### D/E

Dvenatcatyi s'ezd RKP(B) 17.-25. aprelija 1923 goda. Stenografičeskij otčet.

Moskau: Izdat. polit. literatury, 1968.

Əlçibəy, Əbulfəz: *Independence*. Baku, unveröffentlichtes Manuskript.

Ders.: *Bütöv Azərbaycan Yolunda*. Ankara: Ecdad Yayınları, 1997.

### G

Gellner, Ernest: *Thought and Change*. Chicago: Chicago Press, 1965.

Ders.: *Nationalismus und Moderne*. Hamburg: Rotbuch-Verlag, 1995.

*Geschichte der KPdSU*. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung, 1946.

Gorbatschow, Michael: *Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei. Bericht und Schlußwort des Generalsekretärs des ZK der KPdSU auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 27.-28. Januar 1987*. Moskau: APN-Verlag, 1987.

Ders.: *Perestroika*. München: Droemer Knauer, 1987.

Gülüšambarov, S.: *Očerki fabrik i zavodov Bakinskoi gubernii*. Tiflis: 1890.

### H

Herder, Johann G.: *Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit*. Paris: Aubier, 1940.

Hobsbawm, Eric, J.: *Nationen und Nationalismus*. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, 1992.

Hroch, Miroslav: *Social Preconditions of National Revival in Europe*. Cambridge: University Press, 1985.

Ders.: *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas*. Prag: Universität Karlova, 1968.

### I/K

Ibrahimov, Mirza: *Die Zeit wird kommen*. Berlin: Verlag Kultur und Fortschritt, 1952.

Keykurun, Naki: *Azerbaycan Istiklal Mücadelesinin Hatıraları*. In: *Azerbaycan Gençlik Derneği*, Istanbul, 1964; [www.scf.usc.edu/~baguirov/azeri/tomrisbook1.htm](http://www.scf.usc.edu/~baguirov/azeri/tomrisbook1.htm)

Kohn, Hans: *Geschichte der nationalen Bewegung im Orient*. Berlin: Vowinckel, 1928.

Kolonal'naja politika rossijskogo carizma v Azerbajdžane v 20-60 ch gg. 19. v, Bd. 1-2. Moskau, Leningrad: 1936.

Kommunističeskaja Partija Azerbajdžana. Institut Istorij Partij, Bor'ba za pobedu socialističeskoj revoljucij v Azerbajdžane. Dokumenty i materialy, Baku 1967.

**L**

Lenin, Vladimir, I.: Gesammelte Werke. Berlin: Dietz, 1972.

Ders.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: *Ausgewählte Werke*, Bd. 2. Berlin:

Dietz, 1979, S. 352-382.

**M**

Mautner, Wilhelm: *Der Kampf um und gegen das russische Erdöl*. Wien: Manz, 1929.

Menzel, Theodor: Der 1. Turkologische Kongreß in Baku. In: *Der Islam*, 16 (1927), S. 4-76 & 169-228.

Mehmet-Zade, Mirza-Bala: *Milli Azərbaycan Hareketi*. Berlin: Kurtuluş, 1938.

**N/P**

Nərimanov, Nəriman: *Əsərləri*. Baku: ELM, 1965.

Ders.: *Izbrannye proizvedenija*, Bd. 1 (1890-1917). Baku: ELM, 1988.

Ders.: *Izbrannye proizvedenija*, Bd. 2 (1918-1921). Baku: ELM, 1989.

Perepis' naselenija goroda Baku, 1903. Baku: Kaspij, 1905.

Perepis' naselenija goroda Baku, 1913. Baku: Kaspij, 1916.

**R**

Renan, Ernest: *Was ist eine Nation*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 1996.

Rəsulzadə, Məmməd Ə.: *Das Problem Aserbaidshan*. Berlin: Kurtuluş, 1938.

Ders.: *Azərbaycan Cumhuriyeti*. Istanbul: Azərbaycan Türkleri Kültür Derneği, 1990.

Ratgauzer, Ja I.: *Revoljucija i graždanskaja vojna v Baku*, Bd. 2. Baku: İspart, 1927.

**S/T**

Stalin, Josef W.: Marxismus und nationale Frage, in: Stalin, J.W., Bd. 2. Berlin: Dietz, 1950, S. 266-333.

Ders.: *Fragen des Leninismus*. Moskau: Verlag für Fremdsprachige Literatur, 1947, S. 358-362.

Dünya Azərbaycanlıları Konqresi, Statut von der Organisation, Baku 2002.

Taqizadeh, Hassan: The Background of the Constitutional Movement in Azerbaijan. In: *MEJ* 14 (1960) 4, S. 456-465.

**U/V**

Unbekannter Verfasser *Žilišča – Bakinskich' neftepromyšlennich rabočich*. Baku: Tipografija: I. L. Šteinerja, 1913.

Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977. Berlin 1978.

Villari, Luigi: *Fire and Sword in the Caucasus*. London: T. Fisher Unwin, 1906.

Voronsov-Daškov, Illarion I.: *Vsepoddannejšii otčet za vesem let upravljenija Kavkazom*. St. Petersburg: 1913.

**Lexika und Nachschlagewerke**

Azərbaycan Sovet Ensiklopediyası. Baku: ASSR Dövlət Nəşriyyat, 1976-1987.

Enzyklopädie der Sowjetunion. Berlin: Verlag Kultur & Fortschritt, 1950.

The Encyclopaedia of Islam. New Edition. Leiden u.a.: 1954-

Istorija Azerbaidžana. Moskau: Izdat, 1979.

Philologiae Turcicae Fundamenta. Wiesbaden u.a.: Steiner u.a., ab 1959.

## Periodika

525-ci Qəzet	Izvestija
Açık Söz	Kəşkül
Azadlıq	Kaspij
Aydınlıq	Kommunist
Azərbaycan	Molla Nasrəddin
Azerbaijan International	Moskau News
Bakinskij Raboçij	Müxalifət
Baku	Süddeutsche Zeitung
Caspian Business News	TAZ
Cümhuriyyət	TURAN
Ədəbiyyat və İncəsənət	Turkish Daily News
Elm	Vek
	Yeni Müsavat

## 2. LITERATUR

### A

- Abrahamian, Ervand: *Iran between two Revolutions*. Princeton: Princeton University Press, 1982.
- Axmedov, Tejmur A.: *Nariman Narimanov*. Baku: Yazıçı, 1988.
- Akural, Sabri M.: *Turkic Culture: continuity and change*. Bloomington: University Press, 1987.
- Alexandrow, G. F. u.a.: *Geschichte des Bürgerkriegs in der UdSSR*, Bd. 2. Moskau: Verlag für Fremdsprachige Literatur, 1949.
- Aliyeva, Igrada: *Istoriya Azerbaidžana s drevnežih vremen do načala XX v.* Baku: ELM, 1995.
- Allworth, Edward (Hsg.): *Tatars of the Crimea: their struggle for survival*. Durham: Duke University Press, 1988.
- Altstadt, Audrey: *The Azerbaijani Turks*. Stanford: Hoover Institution Press, 1992.
- Dies.: Muslim Workers and the Labor Movement in Pre-War-Baku. In: Akural, Sabri M.: 1987, S. 83-91.
- Dies.: Baku City Duma: Arena for Elite Conflict. In: CAS, 5 (1986) 3-4, S. 49-66.
- Anderson, Barbara A. & Silver Brian D.: Population Redistribution and the Ethnic Balance in Transcaucasia. In: Suny, Ronald G.: 1996, S. 481-506.
- Asgharzadeh, Alireza: *The rise and the fall of South Azerbaijan Democratic Republic (1945-46)*. In: [www.zerbaijan.com/azeri/AlirezaAsgharzadeh.htm](http://www.zerbaijan.com/azeri/AlirezaAsgharzadeh.htm)
- Aşurbəyli, Sara B.: *Gosudarstvo Şirvanşaxov VI-XVI vv.* Baku: ELM, 1983.
- Atabaki, Touraj: *Azerbaijan. Ethnicity and Autonomy in Twentieth-Century Iran*. London u.a.: British Academic Press, 1993.
- Atkin, Muriel: *Russia and Iran 1780-1828*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1980.
- Dies.: Russische Expansion in the Caucasus to 1813. In: Rywkin, Michael: 1988, S. 139-187.
- Auch, Eva-Maria (Hsg.): *Lebens- und Konfliktraum Kaukasien*. Großbarkau: Edition Barkau, 1996.
- Dies.: Aserbaidşan: Demokratie als Utopie. In: BIOS, 33 (1994).
- Dies.. „Ewiges Feuer“ in Aserbaidşan: ein Land zwischen Perestrojka, Bürgerkrieg und Unabhängigkeit. In: BIOS, 8 (1992).
- Avery, Peter: *Modern Iran*. New York: Praeger, 1967.

## B

- Baberowski, Jörg: *Der Feind ist überall: Stalinismus im Kaukasus*. München: DVA, 2003.
- Ders.: Entweder für den Sozialismus oder nach Archangel'sk! Stalinismus als Feldzug gegen das Fremde. In: *Osteuropa*, 50 (2000) 6, S. 617-637.
- Baddeley, John F.: *The Russian Conquest of the Caucasus*. Richmond, Surrey: Curzon, 1999.
- Baldauf, Ingeborg: *Schriftreform und Schriftwechsel bei den muslimischen Russland- und Sowjettürken (1850-1937)*. Budapest: Akadémiai Kiadó, 1993.
- Bennigsen, Alexandre: Panturkism and Panislamism in History and Today. In: *CAS*, 3 (1984) 3, S. 39-49.
- Bennigsen, Alexandre & Wimbush, S. Enders: *Muslims of the Soviet Empire*. Bloomington u.a.: Indiana University Press, 1986.
- Dies.: *Muslim National Communism in the Soviet Union*. Chicago: University of Chicago Press, 1980.
- Bennigsen, Alexandre & Lemerrier-Quelquejey, Chantal: *Islam in the Soviet Union*. London: Pall Mall Press, 1967.
- Dies.: *La presse et le mouvement national chez les musulmans de Russie avant 1920*. Paris: La Haye, 1964.
- Bennigsen, Alexandre & Quelquejey, Chantal: Der „Sultangalievismus und die nationalistischen Abweichungen in der tatarischen autonomen Sowjetrepublik. In: *CAS*, 9 (1960) 3, S. 323-396.
- Berengian, Sakina: *Azeri and Persian literary works in twentieth century Iranian Azerbaijan*. Berlin: Klaus Schwarz, 1988.
- Bihl, Wolfdieter: *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Bd. II (Die Zeit der versuchten kaukasischen Staatlichkeit)*. Wien u.a.: Böhlau, 1992.
- Ders.: *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Bd. I (Ihre Basis in der Orient-Politik und ihre Aktionen 1914-1917)*. Wien u.a.: Hermann Böhlau Nachf., 1975.
- Bournoutian, George A.: The Ethnic Composition and the Socio-Economic Conditions of the Eastern Armenia in the First Half of the Nineteenth Century. In: Suny, Ronald G.: 1996, S. 69-86.
- Brands, Horst W.: *Azerbaidŝanisches Volksleben und modernistische Tendenz in den Schauspielen Mirzā Feth 'Alī Ahundzādes*. 's-Gravenhage u.a.: Harrassowitz, 1958.
- Bunijatov, Ziya M.: *Istoričeskaja Geografija Azerbaidŝana*. Baku: ELM, 1987.
- Buttino, Marco: *In a Collapsing Empire*. Milano: Feltrinelli, 1993.

## C

- Caferođlu, Ahmet: Die aserbaidŝanische Literatur. In: *PTF*, Bd. 2, 1964, S.635-699.
- Ders.: Mirza Feth-Ali Ahundzade hakkında bir vesika. In: *AYB*, 26 (1934), S. 41-45.
- Ders.: Mirza Feth-Ali Ahundzade. In: *AYB*, 24 (1933), S. 436-43.
- Chaqueri, Cosroe: *The Soviet Socialist Republic of Iran, 1920-21*. Pittsburgh u.a.: University of Pittsburgh Press, 1995.
- Ders.: The role and impact of Armenian intellectuals in Iranian politics. In: *Armenian Review*, 41 (1988) 2-4.
- Chehregani, Mahmoudali: Azerbaijani Turks of Iran: Will they lead a Revolution again, in: *CSIS Caucasus Project Meeting Notes*, 8. Aug. 2002, [www.csis.org](http://www.csis.org).
- Dragadze, Tamara: *Soviet Economics and Nationalism in the Gorbachev Years; Regionalism, Ethnified Regionalism and Constitutional Regionalism*. In: Buttino, Marco: 1993, S. 73-81.
- Douglas, William O.: *Strange land and friendly people*. New York: Harper & Brothers, 1951.

## E/F

- Elwert, Georg: Nationalismus und Ethnizität: Über die Bildung von Wir-Gruppen. In: *KölnZSS*, 41 (1989) 3, S. 440-464.
- Əliqızı, Almaz: *Güney Azərbaycan Ədəbiyyatı*. Baku: BDU Nəşriyyatı, 1998.
- Emmons, Terence: *The Zemstvo in Russia*. Cambridge: Cambridge University Press, 1982.
- Fenz, Hendrik: Grenzen der Demokratisierung in postautoritären Staaten am Beispiel Aserbaidschans, in: *OSZE-Jahrbuch 2004*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004.
- Ders.: *Vom Völkerfrühling zur Oktoberrevolution 1917*. Hamburg: LIT, 2000.
- Figes, Orlando: *Die Tragödie eines Volkes*. Berlin: Berlin-Verlag, 1998.
- Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht: Die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/15*. Düsseldorf: Droste, 1961.
- Fisher, Alan W.: Ismail Gaspirali, Model Leader for Asia. In: Allworth, Edward (Hsg.): 1988, S. 11-26.
- Freitag-Wirminghaus, Rainer: Kurzbiographie Haidar Aliyev. In: *Orient* 35 (1994) 1, S. 5-14.
- Fuller, Elizabeth: Azerbaijan: Geidar Aliyev's Political Comeback. In: RFERL Research Report, Vol. 2, No. 5, 29. Januar 1993.

## G

- Gaebel, Michael & Jürgensen, Carsten: Die politischen Parteien in Aserbaidschan. In: Auch, Eva-Maria, 1996, S. 130-150.
- Geertz, Clifford: *The Interpretation of Cultures*. London: Basic Books, 1973.
- Gehrke, Ulrich: *Persien in der deutschen Orientpolitik während des Ersten Weltkrieges*, Bd. 1. Stuttgart: Kohlhammer, 1960.
- Glötz, Peter: Wieviel Elite braucht und verträgt die Demokratie. In: Kodalle, Klaus M.: 2000, S. 43-52.
- Golden, Peter B.: The Turkic Peoples and Caucasia. In: Suny, Ronald G.: 1996, S. 45-67.

## H

- Hanke, Sabine: *Aserbaidschans Weg zur Marktwirtschaft*. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, 1998.
- Hellmann, Manfred (Hsg.): *Handbuch der Geschichte Rußlands*, Bd. 1. Stuttgart: Hiersemann, 1989.
- Heyerdahl, Thor: Scandinavian Ancestry. In: *Azerbaijan International*, 8 (2000) 2, S. 78-82.
- Hildermeier, Manfred: Stalinismus und Terror. In: *Osteuropa*, 50 (2000) 6, S. 593-605.
- Hoetzsch, Otto: *Rußland in Asien. Geschichte einer Expansion*. Stuttgart: DVA, 1966.
- Ders.: *Rußland: Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom Japanischen Krieg bis zum Weltkrieg*. Berlin: Reimer, 1917.
- Hosking, Geoffrey A.: *The Russian constitutional experiment: government and Duma 1907-1914*. Cambridge: Cambridge University Press, 1973.
- Hovannissian, Richard G.: *The Republic of Armenia: Between crescent and sickle*, Bd. 4. Berkeley u.a.: University of California Press, 1996.
- Ders.: *Armenia on the Road to Independence*. Berkeley u.a.: University of California Press, 1967.
- Hurewitz, Jacob C.: *Diplomacy in the Near and Middle East: A Documentary Record*, Bd. I. Princeton: Van Nostrand, 1956.

## I/J

- İsmailov, Mahmud Əli: *Promyşlennost' Baku v načale XX veka*. Baku: ELM, 1976.
- Jäschke, Gotthard: Republik Aserbaidschan. In: *WI* 23 (1941) 1/2, S. 55-69.

## K

- Kappeler, Andreas: *Rußland als Vielvölkerreich*. München: C. H. Beck, 1993.
- Ders. (Hsg.): *Die Muslime in der Sowjetunion und Jugoslawien*. Köln: Markus, 1989.
- Ders.: Die Moskauer „Nationalitätenpolitik“ unter Ivan IV. In: *RH* 14 (1987) S. 263-282.
- Kappeler, Andreas u.a.: *The Formation of National Elites*. Aldershot u.a.: Dartmouth, 1992.

- Katzer, Nikolaus: *Die weiße Bewegung: Herrschaftsbildung, praktische Politik und Programmatik im Bürgerkrieg*. Köln u.a.: Böhlau, 1999.
- Kazemzadeh, Firuz: *The struggle for Transcaucasia*. New York u.a.: Philosophical Library u.a., 1951.
- Kellner-Heinkele, Barbara: Biz kimik? – Das Problem mit der Bezeichnung der Staatssprache in der Republik Aserbaidschan. In: *Folia Orientalia*, XXXVI (2000) S. 159-170.
- Dies. & Landau, Jacob M.: *Politics of Language in the ex-Soviet Muslim States*. London: Hurst and Company, 2001.
- Kenez, Peter: *Civil War in South Russia*. Berkeley: University of California Press, 1977.
- Kodalle, Klaus M.: *Der Ruf nach Eliten*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2000.
- Koutcharian, Geraya: *Der Siedlungsraum der Armenier unter dem Einfluß der historischen Ereignisse seit dem Berliner Kongreß 1878*. Berlin: Reimer, 1989.

## L

- L'Estrange Fawcett, Luise: *Iran and the Cold War*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 1992.
- Lang, David M.: *The last years of the Georgian Monarchy 1658-1832*. New York: Columbia University Press, 1957.
- Latyšev, Anatolij G.: *Rassekrečennyj Lenin*. Moskau: MART, 1996.
- Lazerini, Edward J.: *Reform und Modernismus (Djadidismus) unter den Muslimen des Russischen Reiches*. In: Kappeler, Andreas (Hsg.): 1989, S. 35-47.
- Leeuw, Charles van: *Azerbaijan, a quest for identity*. Richmond u.a.: Curzon, 2001.
- Lenczowski, George: *Russia and the West in Iran 1918-1948*. Ithaca u. a.: Cornell University Press, 1949.

## M

- Martin, Terry: Terror gegen Nationen in der Sowjetunion. In: *Osteuropa* 50 (2000) 6, 606-616.
- McKenzie, Kermit E.: Zemstvo Organisation and Role within the Administrative Structure. In: Emmons, Terence: 1982, S. 31-78.
- Məmmədşadə, Həmid: *M. F. Ahundzadə*. Baku: Maarif, 1985.
- Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation*. Opladen: Leske + Budrich, 1999.
- Michel, Karl M. (Hsg.): Die neuen Eliten. In: Kursbuch Nr. 139 (2000) 3, Berlin.
- Mietag, Esmail: *M. H. Schahriar*. Berlin: Verlag U. Mietag, 1998.
- Miljukov, Pavel N. (u.a.): *Die nationale Frage in der Russischen Duma*. London: 1915.
- Mil'man, Aron S.: *Azerbajžanskaja SSR*. Baku: Azerbajžanskoe Gosudarstv. Izdat, 1971.
- Minassian, Anahide T.: Nationalism and Socialism in the Armenian Revolutionary Movement (1887-1912). In: Sunny, Ronald G.: 1996, S. 141-186.
- Minorskij, Vladimir F.: *A History of Sharvan and Darbend in the 10th – 11th Centuries*. Cambridge: Heffer, 1958.
- Mir Celal & Hüseyinov, Firidun: *XX. Asır Azərbaycan Edebiyatı*. Istanbul: Birleşik Yayıncı, 2000.
- Motika, Raoul: Glasnost in der Sowjetrepublik Aserbaidschan am Beispiel der Zeitschrift *Azərbaycan*. In: *Orient* 32 (1991) 4, S. 573-590.
- Ders.: Islam in Post-Soviet Azerbaijan, in: *Archives de Sciences Sociales des Religions*, 115 (2001) 3, S. 111-124.
- Mümtaz, Sayman: *Azərbaycan ədəbiyyatının qaynaqları*. Baku: Yayıncı, 1986.
- Musayev, Maksim Talib Oğlu: *Milli Şura parlamenti (yaradılması, fəaliyyəti, süqutu)*. Baku: Ağrıdağ nəşriyyatı, 2001.

## N/O

- Nazim, A.: Rekonstruktivnyi period i zadači iskusstva nacional'nostej. In: *Revoljucija i Nacional'nostej*, (1930) 4/5, S. 83-92.
- Nissman, David B.: *The Soviet Union and Iranian Azerbaijan*. Boulder u.a.: Westview Press, 1987.
- Ders.: The Origins and Development of the Literature of ‚Longing‘ in Azerbaijan. In: *JTS*, 8 (1984), S.197-207.
- Olivier, Bernard v.: Korenizatsiia. In: *CAS*, 9 (1990) 3, S. 77-98.
- Ordubadi, Məmməd S.: *Qanlı İlləri*. Baku: Qarabağ Yardım Komitəsi, 1991.

## P

- Pažitnov, K. A.: Očerki po istorii bakinskoj neftedobyjajuščej promyšlennosti. Moskau: 1940.
- Pelenski, Jaroslaw: *Russia and Kazan: Conquest and imperial ideology (1438-1560)*. The Hague u.a.: Mouton, 1974.
- Pipes, Richard: *Die russische Revolution*, Bd. 3. Berlin: Rowohlt, 1993.
- Ders.: *The Unknown Lenin. From the Secret Archive*. New Haven, u.a.: Yale University Press, 1996.
- Ders.: *The Formation of the Soviet Union*. Cambridge: Harvard University Press, 1964.
- Polonskij, Lev: *Simens na Kavkaze*. Baku: 1995.
- Ders.: *Bankinskij dom Br. Rotšild v Baku*. Baku: 1998.
- Pradetto, August, Weckmüller, Carola: *Eliten in postkommunistischen Ländern*. Hamburg: Universität der Bundeswehr, 2000.
- Ravasani, Schapur: *Die sozialistische Bewegung in Iran seit Ende des letzten Jahrhunderts bis 1922*. Hannover: TU, 1971.
- Rhineland, Laurens H.: Viceroy Voronzov's Administration of the Caucasus. In: Suny, Ronald G.: 1996, S. 87-104.
- Rorlich, Azade-Ayşe: *The Volga Tatars: a profile in National resilience*. Stanford: Hoover Institution Press, 1986.
- Rossow, Robert: The Battle of Azerbaijan, 1946. In: *MEJ*, 10 (1956) 1, S. 17-32.
- Rywkin, Michael (Hsg.): *Russian colonial expansion to 1917*. London u.a.: Mansell, 1988.

## S

- Saizew, Sergej: Separatismus in Rußland. In: *BIOS-Berichte*, 41 (1992).
- Scheibert, Peter: *Die russischen politischen Parteien von 1905-1917*. Darmstadt: WBG, 1972.
- Schroeder, Gertrude E.: Transcaucasia since Stalin: The Economic Dimension. In: Suny, Ronald G.: 1996, S. 461-479.
- Shaffer, Brenda: *Borders and Brethren: Iran and the Challenge of Azerbaijani Identity*. Cambridge u.a.: MIT Press, 2002.
- Simon, Gerhard: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 1986.
- Spuler, Bertold: *Die Goldene Horde: die Mongolen in Rußland 1223-1502*. Wiesbaden: Harrassowitz, 1965.
- Stölting, Erhard: *Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR*. Frankfurt/M.: Eichborn, 1991.
- Süleymanova, Sevda: *Azərbaycanda ictimai-siyasi hərəkət*. Baku: Azərbaycan Dövlət Kitab Palatası, 1999.
- Suny, Ronald.G. u.a.: *Intellectuals and the Articulation of the Nation*. Ann Arbor: Michigan Press, 1999.
- Ders. (Hsg.): *Transcaucasia, Nationalism and Social Change*. Ann Arbor: Michigan Press, 1996.
- Ders.: *The Baku commune 1917-1918*. Princeton: Princeton University Press, 1972.
- Swietochowski, Tadeusz: *Historical Dictionary of Azerbaijan*. London u.a.: Scarecrow Press, 1999.
- Ders.: Der Islam und die Entwicklung nationaler Identität in Aserbaidschan. In: Kappler, Andreas u.a.: 1989, S. 47-62.

Ders.: *Russia and Azerbaijan: a borderland in Transition*. New York: Columbia University Press, 1995.

Ders.: The Himmet Party: Socialism and the national question in Russian Azerbaijan 1904-1920. In: *CMRS*, 19 (1978) 1-2, S. 119-142.

#### T/V

Trofimov, Dmitry A.: Islam in the Political Culture of the former Soviet Union: Central Asia and Azerbaijan. In: *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, 93 (1995).

Vəliyev, İsmayıl & Hüseynov, Cavid: *Azərbaycanın Siyasi Partiyaları və İctimai Təşkilatları*. Baku: Azərbaycan Ensiklopediyası Nəşriyyat-Poliqrafiya Birliyi, 1995.

Volodarskij, Michail I.: *Sovety i ich južnye sosedi Iran i Afganistan (1917-1933)*. London: Overseas Publ. Interchange, 1985.

#### W

Wälzholz, Gunnar: Nationalismus in der Sowjetunion. In: *Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft*, Osteuropa-Institut (OEI), Berlin: 8 (1997).

Wehner, Markus: *Bauernpolitik im proletarischen Staat: die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921-28*. Köln u.a.: Böhlau, 1998.

Willerton, John: *Patronage Politics in the Soviet Union*. Cambridge: Cambridge University Press, 1992.

#### Y/Z

Yazdani, Ahmed O.: *Geteiltes Aserbajdschan. Blick auf ein bedrohtes Volk*. Berlin: Das Arabische Buch, 1993.

Yurtsever, Vahap A.: Mirza Fethali Ahundzade'nin Hayatı ve Eserleri. In: *Azerbaycan Kültür Derneği*, Ankara, 3 (1950).

Zaslavsky, Victor: *Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*. Berlin: Wagenbach, 1991.

Zürrer, Werner: *Persien zwischen England und Rußland 1918-1925*. Bern u.a.: Lang, 1978.

Ders.: *Kaukasien, 1918-1921*: Düsseldorf. Droste, 1978.

### 3. INTERNET-ADRESSEN

[www.axcp.az/html/body\\_about.html](http://www.axcp.az/html/body_about.html)  
[www.azer.com/aiweb/categories/magazine](http://www.azer.com/aiweb/categories/magazine)  
[www.azer.com/aiweb/categories/magazine/93\\_folder/93\\_articles/93\\_aliyev.html](http://www.azer.com/aiweb/categories/magazine/93_folder/93_articles/93_aliyev.html)  
[www.azeri.org/Azeri/az\\_english/81\\_folder/81\\_articles/81\\_turcology\\_congress.htm](http://www.azeri.org/Azeri/az_english/81_folder/81_articles/81_turcology_congress.htm)  
[www.azerbaijan-congress.com/uno-e.html](http://www.azerbaijan-congress.com/uno-e.html)  
[www.azerbaijan-congress.com/prot-3-02.doc](http://www.azerbaijan-congress.com/prot-3-02.doc)  
[www.cehreganli.com](http://www.cehreganli.com)  
[www.cehreganli.com/xeberler/in-baku7.html](http://www.cehreganli.com/xeberler/in-baku7.html)  
[www.csis.org](http://www.csis.org)  
[www.csis.org/ruseura/caucasus/pubs/cew\\_030605.pdf](http://www.csis.org/ruseura/caucasus/pubs/cew_030605.pdf)  
[www.eurasianet.org/departments/election/Azerbaijan/az1030.html](http://www.eurasianet.org/departments/election/Azerbaijan/az1030.html)  
[www.ehess.fr/centres/ceifr/assr/N115/006.htm](http://www.ehess.fr/centres/ceifr/assr/N115/006.htm)  
[www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20010326/433603DE.doc](http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20010326/433603DE.doc)  
[www.europeanforum.bot-consult.se/cup/azerbaijan/parties.htm](http://www.europeanforum.bot-consult.se/cup/azerbaijan/parties.htm)  
[www.hrw.org/reports/1994/WR94/Helsinki-02.htm](http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Helsinki-02.htm)  
[www.imf-az.org/pdf/pr/pr122397.pdf](http://www.imf-az.org/pdf/pr/pr122397.pdf)  
[www.iranonline.com/iran/iran-info/Government/constitution.html](http://www.iranonline.com/iran/iran-info/Government/constitution.html)  
[www.internews.ru/books/transcaucasus/31.html](http://www.internews.ru/books/transcaucasus/31.html)  
[www.kfw.de/DE/Service/OnlineBibl48/Entwicklun38/Aserbaidshan\\_DE.pdf](http://www.kfw.de/DE/Service/OnlineBibl48/Entwicklun38/Aserbaidshan_DE.pdf)  
[www.lrp.de/m6\\_ausland/download/m612ase.pdf](http://www.lrp.de/m6_ausland/download/m612ase.pdf)  
[www.news.excite.com/printstory/news/r/010803/08/odd-alphabet-dc](http://www.news.excite.com/printstory/news/r/010803/08/odd-alphabet-dc)  
[www.osce.org/news/generate.pf.php3?news\\_id=2972](http://www.osce.org/news/generate.pf.php3?news_id=2972)  
[www.scf.usc.edu/~baguirov/azeri/tomrisbook1.htm](http://www.scf.usc.edu/~baguirov/azeri/tomrisbook1.htm)  
[www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,AZE,00.html](http://www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,AZE,00.html)  
[www.transparency.org/pressreleases\\_archive/2002/2002.08.28.cpi.en.html](http://www.transparency.org/pressreleases_archive/2002/2002.08.28.cpi.en.html)  
[www.uni-wuerzburg.de/law/aj00000.html](http://www.uni-wuerzburg.de/law/aj00000.html)  
[www.usazerbaijancouncil.org/caspiancr.html](http://www.usazerbaijancouncil.org/caspiancr.html)  
[www.yap.org.az/indexing.htm](http://www.yap.org.az/indexing.htm)  
[www.zerbaijan.com/var/links.htm](http://www.zerbaijan.com/var/links.htm)  
[www.zerbaijan.com/azeri/AlirezaAsgharzadeh.htm](http://www.zerbaijan.com/azeri/AlirezaAsgharzadeh.htm)